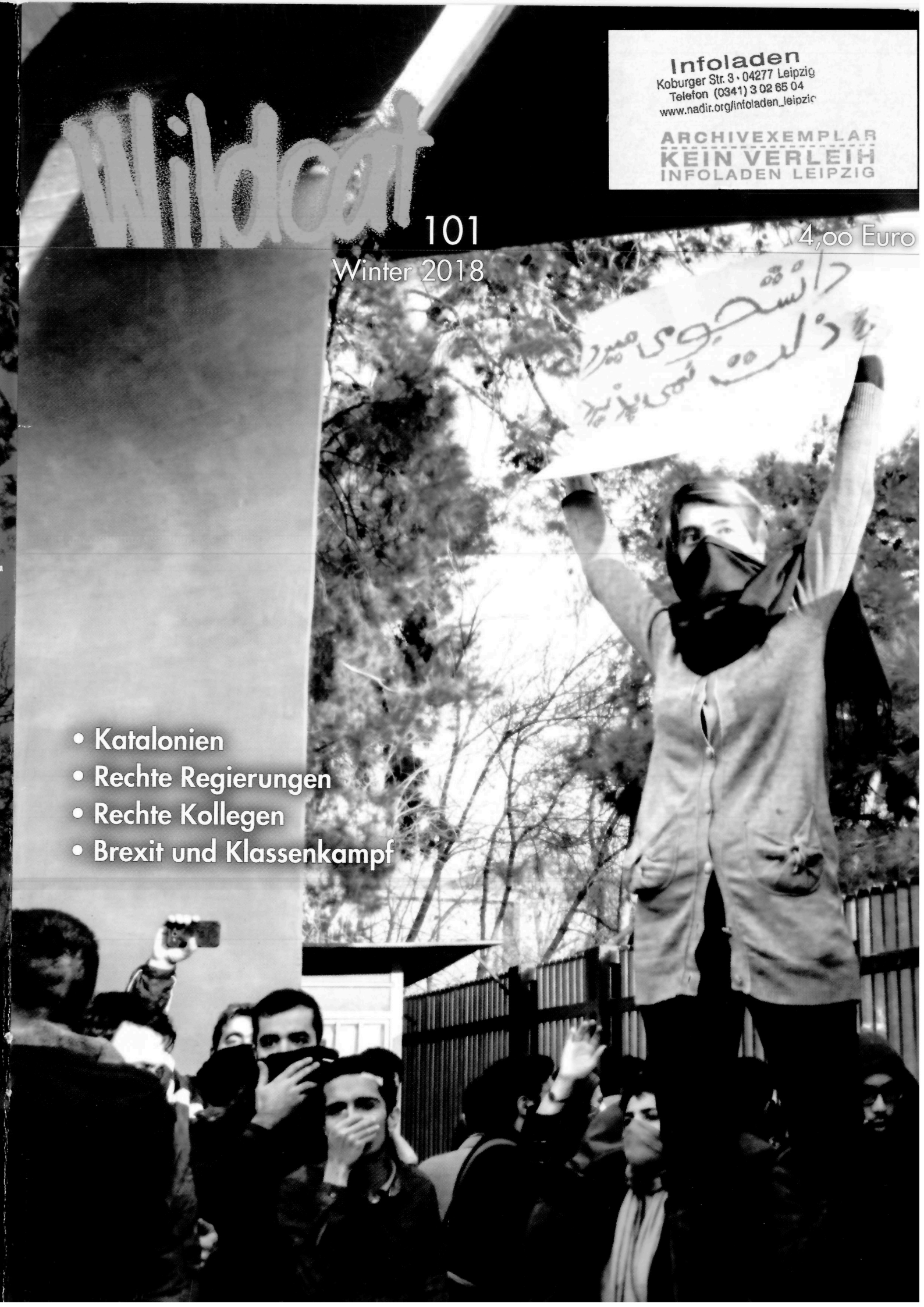
Wildcat

101
Winter 2018
4,00 Euro

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig
ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

- Katalonien
- Rechte Regierungen
- Rechte Kollegen
- Brexit und Klassenkampf



Wildcat 101 – Winter 2017/18

Inhalt

Editorial	3
1916 bis 1921 – die verpasste Weltrevolution	4
Protestbewegung im Iran	8
Streik bei VW in Bratislava	11
Klassenkämpfe im ehemaligen Jugoslawien	14
Kämpfe in der italienischen Logistik	19
Fachflüchtlinge gesucht	23
Migration und nationale Sozialdemokratie in Großbritannien	35
Das katalanische Labyrinth	49
Rechte Regierungen	58
Geh wählen oder stirb!	67
Rechte Kollegen...	68
Pflegeakkord nach Tarif	77
Das Proletariat, wie es im Buche steht	82
Die frühe Auslagerung der Elektronikindustrie	95

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag, V.i.S.d.P.: P. Müller – Wildcat
Einzelheft: 4 Euro; Ausland: 5 Euro

Abopreise:

Abo: 6 Hefte (incl. Versand)
Deutschland und Österreich: 20 Euro, Förderabo: 40 Euro
Abo sonstiges Ausland: 30 Euro
WeiterverkäuferInnen: 8 Expl. der aktuellen Nummer 16 Euro

Bestellungen:
Brief: Wildcat, Postfach 80 10 43, 51010 Köln
E-Mail: versand@wildcat-www.de
oder per Abo-Formular auf unsere Website

Konto: Shiraz e.V.
IBAN: DE39 3701 0050 0007 0645 09 | BIC: PBNKDEFF
Kontakt: redaktion@wildcat-www.de

Archiv und Aktuelles: www.wildcat-www.de

Dieses und das Foto auf dem äußeren Umschlag wurden am 30.Dezember 2017 in Teheran aufgenommen und zeigen StudentInnen, die durch Spezialeinheiten der Polizei auf dem Gelände der Universität von den übrigen Protesten isoliert werden.

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

Hallo, da sind wir wieder!

2017 war

- 100 Jahre Russische Revolution ›› 1916 bis 1921 – die verpasste Weltrevolution S. 4
- 50 Jahre »Summer of Love«; damit begann die Kommerzialisierung der Hippiebewegung – dazu kein Artikel im Heft.
- 40 Jahre Deutscher Herbst – auch dazu leider kein Artikel im Heft; im Gefolge entstanden die Stadtzeitungen und wurde 1978 der Tunix-Kongress abgehalten, der den Abschied vom Klassenkampf postulierte.
- auch »25 Jahre Mölln«: Am 23. November 1992 verübten zwei Nazis einen Brandanschlag auf von türkischen Familien bewohnte Häuser in Mölln mit drei Toten und neun Verletzten.
- 2017 begann mit Fake News ›› Rechte Regierungen S. 58
  ›› bzw. komplementär Rechte Kollegen S.68

2017 erschien keine *Wildcat*,
aber sonst war doch einiges los und deswegen legen wir eine recht fette Materialsammlung vor:

›› Streiks auf dem Balkan S. 11 und S. 14

›› Kämpfe in der italienischen Logistik S. 19

›› Großbritannien: zum Verhältnis von Einwanderung und Einkommensverlust der englischen Arbeiterklasse und zur »Corbyn-Mania« großer Teile der vormals radikalen Linken S. 35

›› Großbritannien: Klassenkampf in Fabriken und Lagerhallen Westlondons S. 42

›› BRD: »Entlastungskampagne« von ver.di in den Kliniken S. 77

›› Als sich Teile Jugoslawiens lossagten, erkannte die EU diese als neue Staaten an. Im Falle der Katalanen bleibt sie hammerhart. Die offizielle Ebene interessiert uns allerdings genauso wenig wie billige Verurteilung. Aus der Ferne sieht die Unabhängigkeitsbewegung teilweise wie eine folkloristische Klamotte aus, bzw. wird in den Medien als solche präsentiert. Aus der Nähe miterlebt stecken eine Menge wichtige Sachen drin: jahrelange Kontinuität von sozialen Mobilisierungen; politische Debatten darüber, in welcher Gesellschaft wir leben wollen – allerdings auch viel Verzweiflung: Wie ohnmächtig muss man sich fühlen, um nur im Verlassen Spaniens die Möglichkeit zu sehen, die Franko-Zeit endlich hinter sich zu lassen? ›› Katalonien S. 49

›› Das Hartz-System soll europaweit durchgesetzt werden (Macron in Frankreich, *Jobs act* in Italien). Mit seiner Anwendung auf die Flüchtlinge soll gezeigt werden, dass das System ›Lebensunterhaltssicherung unter dem Existenzminimum‹ verbunden mit ziemlich willkürlichen Sanktionierungen auch bei sehr großen Betroffenenzahlen durchsetzbar und finanzierbar ist. Daneben steht das vollständige Versagen einer Linken, der man moralisches Engagement als Beschäftigungsknochen hinwirft. ›› Fachflüchtlinge gesucht S. 23

›› Auf S. 95 ein Fremdbeitrag von Ferruccio Gambino: Warum braucht die Weltweite Arbeiterklasse so lange, um durchschlagende Kämpfe wie die *sit down strikes* in den 30 Jahren zu führen? Sehr interessante Ausführungen – wir würden nur der Behauptung widersprechen, die »rasende Nachfrage« schwäche die ArbeiterInnen in Südost-Asien. Wir zeigen im Heft, dass starke Nachfrage und Arbeitskräfteknappheit gerade die Kampfbedingungen verbessern

2018 wird:

- Energie-, Auto-, Luftfahrt-, Bankenindustrie: »Disruption«, wohin man schaut.
- Aber auch Kämpfe in Tunesien, Autoarbeiterkämpfe in Rumänien und Portugal und...

›› neue Bewegungen im Iran, dazu haben wir auf den letzten Drücker einen Artikel geschrieben ›› S. 8

- 100 Jahre 1918
- 50 Jahre (Mai) 68
- 200 Jahre Karl Marx

... und mehr Platz war nich fürs Edi!

Stuttgart, 20.1.2018

1916 bis 1921 – die verpasste Weltrevolution

Zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution hatten wir ein Seminar organisiert.

Die Oktoberrevolution war das folgenreichste Ereignis des 20. Jahrhunderts. Und fast alle, die seither über Revolution nachdachten, bezogen sich auf sie. Fast die gesamte aktuelle Programmatik der radikalen Linken stammt aus der damaligen Phase oder sogar direkt aus dem Russischen Oktober (Partei vs. Räte, Beteiligung am Parlamentarismus oder nicht, Gewerkschaftsfrage, Bauernfrage, Anti-Imperialismus bzw. Theorie der »Arbeiteraristokratie«, Zweistufenmodell, Bündnisfrage usw.). Die meisten Linken sind der Ansicht, die Russische Revolution musste zu Stalins »Sozialismus in einem Land« degenerieren, weil sie isoliert blieb. Im ehemals »autonomen« Teil der Linken sind hingegen Strömungen vorherrschend, die den Oktober bereits als alles entscheidenden konterrevolutionären Akt sehen; »Klappe zu, Affe tot«.

In der Einschätzung des Russischen Oktobers gibt es tatsächlich nicht viel Spielraum: Es war keine Massenaktion, sondern die militärische Machtübernahme durch eine Minderheit, aber noch mit den Lernprozessen der Massen synchronisiert. Allerdings hatte schon am Tag zuvor Trotzki, Leiter des »militärisch-revolutionären Komitees« im Petrograder Sowjet, Befehle für die Besetzung strategischer Stellen in der Hauptstadt erlassen. Die Umsturzpläne waren auch kein Geheimnis, aber die Hauptstadt mit ihren 200 000 Deserteuren war zu apathisch. »Was ist das für eine Revolution, wenn alle ins Theater gehen, als wäre nichts gewesen!« ‚soll sich ein Bolschewik empört haben.

Trotzdem hätte in den unmittelbaren Jahren danach die Geschichte mehrmals eine andere Wendung nehmen können. Andererseits waren die Bolschewiki nicht auf einem guten Weg, der dann nur an der mangelnden internationalen Unterstützung scheiterte. Bereits unmittelbar nach der Machtübernahme begannen sie mit dem Aufbau ihres Repressionsapparats. Als Jakobiner hatten sie aus der Französischen Revolution gelernt, man müsse sich auf den notwendigerweise kommenden Terror vorbereiten.

Die französische Revolution war die erste, die Oktoberrevolution die letzte der »Revolutionen des 19. Jahrhunderts«.[1] Alle diese »Revolutionen« seit dem 16. Jahrhundert waren Etappen auf dem Weg von der feudalen in die bürgerliche Gesellschaft, politische Revolutionen ohne sozialen Umsturz, ja ohne größere soziale Veränderungen. Revolutionen, die im Kapitalismus entstehen und diesen umstürzen wollen, sind was ganz anderes.

Es war aber die »Februarrevolution«, die den Zaren verjagt hat. Und sie war tatsächlich ein Aufstand der Massen, vor allem ein Aufstand der Arbeiterinnen. Danach steigerten sich die Streikwellen vom Mai bis zum Oktober, Arbeiter besetzten Betriebe und übernahmen sie in Selbstverwaltung. Der Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat bildete eine Parallelregierung. Bauern desertierten und eigneten sich das Land an…

Diese Ereignisse in Russland 1917 sind eingerahmt in mehrere revolutionäre Anläufe auf der ganzen Welt im Zeitraum von 1905 bis 1923. Den politischen Akteuren, wie etwa den *Wobblies* in den USA, war dieser internationale Kontext durchaus bewusst. So sehr, dass sich Linkskommunisten in Deutschland in ihrer Propaganda von »Russland« abgrenzten, weil sie (wohl zu Recht) fürchteten, dass eine Diktatur nicht das war, was die aufständischen Massen wollten. Der Russische Oktober hat die Bewegungen weltweit gespalten.

[1] Siehe z. B. die Kritik von Immanuel Wallerstein an der französischen Revolution

Machtübernahme?

Die italienische *Autonomia* hat in den 70er Jahren ausgiebig debattiert, wie die »Machtübernahme« bzw. die Zerstörung der politischen Macht *heute* aussehen kann. Dabei war die Feststellung gängig, politische Macht lasse sich nur in Bezug auf die ökonomische Struktur fassen und sei heute nicht mehr als »Erstürmung des Winterpalais« zu ergreifen. Es ist nur eine Anmerkung am Rande, dass diese heroische Erstürmung selbst schon eine im Nachhinein inszenierte Propagandashow war.

Wichtig sind heute zwei Sachen: Wenn es keine politische Macht gibt, die wie eine militärische Festung eingenommen werden kann – was heißt das für eine aktuelle, revolutionäre Strategie? »Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen« können wir getrost in die Tonne tun; es ist Poesie und keine Anleitung zum Handeln. Wie aber dann?

Zweitens: Eine kommunistische Revolution ist nur weltweit möglich. Was können wir aus dem ersten globalen Anlauf vor 100 Jahren lernen? Warum gelang die *globale Revolution* damals nicht? Ist die Revolution heute nur möglich, wenn sie auch damals möglich war? Oder haben sich erst heute die Voraussetzungen dazu entwickelt? Wie ist heute die Frage nach dem Zusammenhang von Klassenkampf und Revolution zu stellen?

Erster Weltkrieg

Der globale revolutionäre Anlauf ging dem Ersten Weltkrieg voraus (1905: russische Revolution, Entstehung der Räte; Gründung der *Wobblies* in den USA; antikolonialistische Aufstände in Afrika). Laut Fernand Braudel befand sich der Westen 1914 »nicht nur am Rande des Krieges, sondern auch am Rand des Sozialismus«[2] Der englische König George VI. soll gesagt haben: »Dankt Gott für den Krieg. Er hat uns vor der Revolution bewahrt.« Zweifellos habe der Erste Weltkrieg »vor allem innere Ursachen« gehabt, nämlich die sozialrevolutionäre Drohung durch die Arbeiterklasse in den meisten später kriegführenden Ländern, schrieb Karl Heinz Roth 1977; »es wäre noch genauer zu erforschen, in wieweit der Ausrottungsfeldzug gegen die *Wobblies* ... des Jahres 1917 nicht nur ein wichtiger Aspekt, sondern überhaupt zentraler Motor für den Kriegseintritt der USA war.«[3] Mit dem Kriegseintritt der USA im April und dem Russischen Oktober wurde der Erste Weltkrieg zum Weltbürgerkrieg, zur »Keimzelle all dessen, was das 20. Jahrhundert noch bringen sollte.«[4]

Als Lenin im Frühjahr/Sommer 1917 hörte, dass überall in Europa Soldaten desertieren oder meutern, dass ArbeiterInnen streiken und revoltieren, hielt er die Revolution für möglich – allerdings nur, *bevor* die Großmächte Frieden schließen.

1916/17 markiert den Beginn einer globalen Aufstandsbewegung: massenhafte Revolten in den kriegführenden Armeen; Osteraufstand in Irland; Massenstreikbewegung in den USA; in Deutschland bedrohten Streikbewegungen den »Burgfrieden«, den die Sozialdemokratie geschlossen hatte; Aufstände in Französisch-Westafrika und Indien; 1917: Februarrevolution in Russland, im Frühjahr Massenstreiks in Italien und Deutschland, im August Aufstand in Turin usw. usw.

Und entgegen der Annahme Lenins gingen in vielen Ländern die Bewegungen und Aufstandsversuche nach dem Ende des Krieges weiter: in Russland selber, in Deutschland... In Italien entwickelte sich 1919/1920 eine breite revolutionäre Bewegung ausgehend von Turin (Demonstrationen, Streiks, Fabrik- und Landbesetzungen, Hungeraufstände; der Generalstreik im April 1920 blieb aber auf Turin beschränkt); die beiden Jahre werden als »*Biennio Rosso*« bezeichnet.

Europäischer Bürgerkrieg

Auch wenn die meisten den Begriff »Europäischer Bürgerkrieg« für die Jahre 1917 bis 1947 mit Nolte verbinden[5] – geprägt hatte ihn Isaac Deutscher im März 1967 bei Vorlesungen zum 50. Jahrestag der russischen Revolution von 1917.[6]

Zum Beispiel Deutschland

Aufstand der Matrosen der Kriegsflotte in Kiel – überwiegend zum Kriegsdienst gezwungene Industriearbeiter; Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, Umsturztage in Berlin; die Weihnachtskämpfe um das Berliner Schloss; Januaraufstand der Revolutionären Obleute; Sozialistische Republik Bremen; Massen- und Generalstreiks im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland; Berliner Generalstreik; Bayerische Räterepublik vom März-April 1919; die Märzrevolution 1920 im Anschluss an den Generalstreik gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch – die letzte Chance...

Dagegen koordinierte die SPD die Konterrevolution. Bereits am 10. November 1918 hatte Friedrich Ebert einen strategischen Pakt mit der Obersten Heeresleitung geschlossen, wenige Tage später war dieser durch ein Abkommen zwischen der Gewerkschaftsführung und der Rüstungsindustrie sozialpolitisch untermauert worden. Auf dieser Grundlage wurde der Bürgerkrieg gegen die aufständischen Massen entfesselt. Noskes Schießbefehl war ein Freibrief zum Massenmord. Panzer, Flugzeuge, Artillerie und Minenwerfer im Stadtkampf. Diesem Weißen Terror waren die organisatorischen Versuche des revolutionären Aufbruchs

[2] Fernand Braudel, Le monde actuel, Paris 1963, Dritter Teil, Kap. 3

[3] Karl Heinz Roth, Die Entstehung der modernen Arbeiterklasse in den USA 1905-1922, (über das Buch von Gisela Bock, Die ‚andere' Arbeiterbewegung in den USA von 1905-1922 (1977), in: Bergmann/Janssen/Klein (Hg.): Autonomie im Arbeiterkampf. Beiträge gegen die Fabrikgesellschaft, 1978, S. 165-182.

[4] Luciano Canfora, Eine kurze Geschichte der Demokratie, Köln 2006, S. 219

[5] Ernst Nolte legitimiert den Nationalsozialismus als Reaktion auf die bolschewistische Revolution. Sein Buch *Der Europäische Bürgerkrieg 1917–1945* löste zusammen mit seinem Artikel *Die Vergangenheit, die nicht vergehen will* in der FAZ 1986 den Historikerstreit aus.

[6] Isaac Deutscher, Die unvollendete Revolution. Frankfurt 1967: EVA.

nicht gewachsen. Bis zu 5000 Menschen fielen dem Terror der Jahre 1918 bis 1920 zum Opfer.

Russland

In Russland selber machte der Bürgerkrieg mit ungefähr acht Millionen Toten die letzten Hoffnungen auf eine emanzipatorische Umwälzung der Gesellschaft zunichte. Das Eingreifen aller Großmächte in den Konflikt trug maßgeblich zu seiner Eskalation bei. Canfora weist darauf hin, dass Churchill und de Gaulle beim Angriff der Alliierten auf Sowjetrussland dabei waren – Churchill in führender Position –, um deutlich zu machen, in welcher Frontstellung sich europäische Staatschefs 1940-1970 sahen.

In ganz Europa schweißte die Hetze gegen die Bolschewiki die Konterrevolution zusammen und brachte ihr Unterstützer. Überall sollte die sozialrevolutionäre Initiative so schnell wie möglich vernichtet werden, um die Internationalisierung der von den russischen Soldaten, Arbeitern und Bauern eröffneten Perspektive zunichte zu machen. In Italien formierte sich nach dem *Biennio Rosso* die Konterrevolution in den *Fasci* Mussolinis. 1922 kommt Mussolini an die Macht. Damit schließt sich das Zeitfenster der revolutionären Möglichkeiten in Europa. 1923 errichtet Primo de Rivera in Absprache mit dem König in Spanien eine Diktatur. 1926 Militärputsch in Portugal. Anfang 1933 kommt Hitler an die Macht. 1936 beginnt der Spanische Bürgerkrieg. Im März 1937 hetzt der Papst gegen die zwei »kommunistischen Länder« Russland und Mexiko (es waren die einzigen Länder, die die spanische Republik gegen Franco unterstützten) – und verbündet sich mit dem Faschismus.

(Anmerkung am Rande: antifaschistische Positionen, die der KPD letztlich die »Schuld« am Nationalsozialismus geben, weil sie nicht mit der SPD zusammengearbeitet und die »Arbeiterbewegung« gespalten habe, vergessen die Rolle der SPD im Bürgerkrieg wenige Jahre davor.)

Nach 1945 musste dann die historische Erfahrung »Kapitalismus bringt Krieg und Faschismus, wer Krieg und Faschismus abschaffen will, muss den Kapitalismus ausrotten« mit der »sozialen Marktwirtschaft« getilgt werden. Aber der griechischen Bürgerkrieg (1946–1949) wurde als Drohung gegen jedweden Versuch benutzt, über den »Verfassungsrahmen« hinauszugehen – und z. B. Betriebe zu vergesellschaften, oder auch nur die Nazis aus dem Staatsapparat zu säubern. Die neuere historische Forschung begreift auch den Kalten Krieg als kalten Bürgerkrieg.

[7] Canfora a.a.O., S. 203

[8] Vgl. Das Ende der »Bauernfrage« in: *Wildcat*, 82 https://www.wildcat-www.de/wildcat/82/w82_bauern.html

Verstellt die »Bauernfrage« die eigentliche Frage?

Zumeist wird das größte klassenpolitische Problem beim Scheitern der Revolution in der Bauernfrage gesehen. In den Schützengräben waren Arbeiter und Bauern zusammengekommen und hatten sich gemeinsam gewehrt. Diesbezüglich finden wir Karl Heinz Roths Begriff des »militärischen Arbeiters« sehr treffend: »Im Verlauf des Ersten Weltkriegs [wurden] mindestens 50 Millionen Angehörige der Unterklassen [zwangsrekrutiert]. (...). Die soziale Zusammensetzung des globalen Gesamtarbeiters war außerordentlich komplex – aber sie wurde durch diese Klammer – die militärische Arbeit – miteinander in alltäglichen Kontakt gebracht. Es war der gemeinsame Kampf des gesamten Spektrums der arbeitenden Klassen gegen diese neue Art der Ausbeutung, Unterdrückung und wechselseitigen Vernichtung, der die globale Sozialrevolte der Jahre 1916 bis 1921 auf den Weg brachte.« (aus dem Seminarreader)

Uns fiel auf, dass auch dort, wo die Bauernfrage nichts blockierte, z.B. in England, die Arbeiter nicht die Revolution machten. Lenkt die »Bauernfrage« nur davon ab, dass 1917 die kommunistische Revolution tatsächlich noch nicht auf der Tagesordnung stand? Waren die Arbeiteravantgarden im Westen womöglich so stark vom Zweistufen-Modell überzeugt, dass die SPD leichtes Spiel hatte? Hat Haffner recht, und die Kieler Matrosen sahen sich als Wegbereiter für die SPD? 100 000 Matrosen meutern, sie haben alle Kanonen – und sie fordern, dass sie in Zukunft ihre Offiziere »Siezen« dürfen.[7]

100 Jahre später sprechen wir vom Ende der »Bauernfrage« (Ende der Fragestellung vom Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern). Seit 2010 ist die Landbevölkerung weniger als die Hälfte der Menschheit. Aber 40 Prozent der Menschen leben in China und Indien, sowohl dort wie in den Metropolen spielt die »Landfrage« nach wie vor eine extrem wichtige Rolle (in den städtischen Metropolen als »Wohnungsfrage«; in der Peripherie weltweit als neues Bauernlegen, *Landgrabbing*, »neuer Extraktivismus«). Diese beiden Seiten *politisch* festzuhalten, ist gar nicht so einfach, aber entscheidend! (Einfacher sind Positionen, die ominös auf »Gemeinschaft« setzen, oder auf die »Moralische Ökonomie des Dorfes«; sie haben sind aber Wunschvorstellungen als Realität.)[8]

Die Trennung von Stadt/Land, die Frage, wie wir unsere Nahrungsmittel produzieren, Artensterben, Klimawandel, Imperialismus... all das können wir von der »Landfrage« her diskutieren!

Gründe des Scheiterns

Trotzki sprach in einer Kritik an Entwicklungen in der bolschewistischen Partei von ihrer »Furcht vor den Massen«. Das ist eine zentrale Kritik an *allen* sozialdemokratischen Führern dieser Zeit; sie hatten kein Vertrauen in den *Prozess* der Revolution, stritten sich stattdessen – im besten Fall – über Modelle, oder gingen zusammen mit dem Staatsapparat gegen die Aufstände vor. Auch Trotzki selber sah die Legitimation des Sozialismus nicht in den Emanzipationsprozessen der Massen, sondern in der forcierten Industrialisierung: »Der Sozialismus bewies sein Recht auf den Sieg ... in der Sprache des Eisens, des Zements und der Elektrizität.«[9] Die sogenannte »linke« Fraktion der Bolschewiki um Trotzki hatte durch ihren Schulterschluss mit Stalin im Rahmen der Zwangskollektivierungen einen verheerenden Einfluss – sowohl auf die damalige Entwicklung wie auf die linke Debatte danach. Grundlage für ihr Zusammengehen mit Stalin war ihr Glauben an die forcierte kapitalistische Entwicklung.

Insgesamt blieben die Theorien der Führer hinter den Ansätzen und organisatorischen Experimenten (Generalstreikkomitees, Sowjets usw.) der aufständischen Massen zurück.

Schwerer wiegt die Konterrevolution (die uneingeschränkte Zusammenarbeit der SPD mit der terroristischen Soldateska ist wohl beispiellos, aber auch in Italien berieten sich sozialistische Führer mit den Präfekten, wie die Aufstände am besten zu befrieden seien, und in Russland gingen die Bolschewiki 1920/21 mit der von Trotzki wiederaufgebauten regulären Armee gegen die Aufstände vor). Gegen den entfesselten Bürgerkrieg hatten die Aufständischen kein Konzept; sie waren regional stark, aber dem national agierenden Feind unterlegen.

Am wichtigsten war wohl die Klassenspaltung – die ungelöste »Bauernfrage« konnte nicht nur in Italien von der Konterrevolution instrumentalisiert werden; beim blutigen Vorläufer Mexiko 1913-1916; aber auch im russischen Bürgerkrieg 1918-1921 und Ungarn 1919. Aber es war eben nicht nur die »Bauernfrage«! Die operaistischen Versuche Mitte der 60er Jahre, das Scheitern der revolutionären Anläufe 1917/18 als Problem der »Arbeiterzusammensetzung« zu analysieren, waren im Prinzip richtig (wenn auch roh und hölzern) und sollten fortgesetzt werden. Die Methode der Klassenzusammensetzung fragt nach dem fortgeschrittensten Teil der Klasse – das ist nicht die Frage nach der Hegemonie über andere Teile der Klasse, sondern nach der Revolution.

Wären die Räte eine Alternative gewesen? Waren sie wirklich Ausdruck der Arbeitermacht? – oder immer schon durchsetzt bzw. beherrscht von den Parteien? Auch die Räte waren nichts Statisches, sie haben sich immer wieder verändert und auch radikalisiert – Kurt Eisner sah sie als emanzipativen *Prozess*. Räte können auch eine leere Hülle sein, in Bayern gab es zum Beispiel auch auf dem Land Räte – in die dann Großgrundbesitzer gewählt wurden. Auch hierzu scheint uns Sergio Bolognas Kritik der Rätebewegung eine erneute Lektüre wert.[10]

Letztlich scheint uns eine aktuelle Einschätzung von Paolo Giussani plausibel, auch wenn er es in der ihm eigenen Art zuspitzt: »Wenn wir Revolution als Prozess der Transformation marktförmiger Beziehungen in höhere Beziehungen verstehen, wird ein Typ von politischer Macht erforderlich, der diesem Prozess entspricht. Ihre Eroberung durch die ArbeiterInnen muss über die Erarbeitung von Formen geschehen, die zumindest teilweise schon auf das Ziel vorbereitet sind... Am Ende des Ersten Weltkriegs war in Europa keine Revolution in Vorbereitung.«[11] Letzteres erscheint uns zu schlaumeierisch aus der *ex-post*-Analyse – eine revolutionäre *Entwicklung* wäre möglich gewesen. Was sich die ArbeiterInnen ausgedacht hätten, wenn sie z. B. die Konterrevolution in Deutschland hätten besiegen können, das wissen wir einfach nicht.

Die verpasste Weltrevolution 1965 – 1980

Wir werden 50 Jahre nach dem »französischen Mai« ein Fortsetzungs-Seminar veranstalten zur Frage, warum der revolutionäre Anlauf Mitte der 60er bis Anfang der 80er Jahre im letzten Jahrhundert nicht geklappt hat. Auch hier spielten die falschen Lehren aus dem Russischen Oktober eine verheerende Rolle (die diversen Parteiaufbau-Organisationen mit ihrem Führungsanspruch, der Anti-Imperialismus, der Maoismus...).

Unsere ungelösten Fragen nehmen wir derweil als strukturbildende Maßnahme ins zweite Seminar mit.

Der Reader kann bestellt werden:
6 Euro plus Porto, 10 Expl. 50 Euro.

[9] Leo Trotzki, Die Verratene Revolution, 1936, Kapitel I: »Was ist erreicht?«

[10] Sergio Bologna: Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Theorie der Partei an den Anfängen der Rätebewegung, in: S. Bologna/M. Cacciari: Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage, Berlin 1973

[11] Paolo Giussani: Die Oktoberrevolution; Mailand, Oktober 2017. Im Reader S. 106-109.

Nach der grünen eine Welle von Blue Collars

Iran: der Unmut macht sich Luft

In der *Wildcat* 99 hatten wir die Zunahme von Arbeiterkämpfen im Iran und ihre Hintergründe beschrieben. Auch 2017 gab es mehr als 900 Streiks und Demonstrationen. Wegen nicht gezahlter Löhne sind z. B. die Arbeiter der Zuckerrohrfabriken Haft-Tape (4000) und Hepco (1000) seit Jahren im Aufstand. Nachdem bei einem Bergwerksunglück mehr als vierzig Arbeiter getötet worden waren, wurde Präsident Rouhani kurz vor seiner Wiederwahl von Arbeitern ausgebuht.

Mitte November 2017 machte das Erdbeben im Osten des Landes die unglaubliche Korruption und den Betrug im Baugewerbe deutlich. Der Staat hatte ohne Berücksichtigung der Standards gebaut. Mehr als 500 Menschen kamen ums Leben. Rund 18 000 Wohnungen wurden komplett zerstört, noch immer sind zehntausende von Menschen obdachlos. Dass einige Mullahs den Opfern die Schuld gaben – »Gott bestraft die Menschen wegen ihrer Sünden« –, brachte das Fass zum Überlaufen: In der Messaging-App *Telegram* wurden die Mullahs mit Rettungshunden verglichen, der Unterschied sei nur, dass Hunde Ehre haben. So etwas war bisher undenkbar!

Nach weiteren Erdbeben in Teheran und anderen Städten gingen immer mehr Menschen nachts auf die Straße. Sie zeigten sich gegenseitig *Victory*-Zeichen, als hätten sie die Straßen zurückerobert. Ein 50-jähriger, der vormittags Taxi fährt und abends Postbote eine Maklerfirma ist, sagte: »Gestern Nacht haben wir endlich gefeiert. Menschen waren die ganze Nacht draußen, wie im Ausland.«

Es gab immer mehr Sit-ins und Demonstrationen. In den sozialen Medien tauchten Videos wie das einer alten Frau auf, die vor einer Bank auf einem Stuhl steht und vor vielen Menschen die Herrschenden beschimpft. Die Bank hatte sie um ihre Ersparnisse gebracht. Schätzungen zufolge haben in den letzten zehn Jahren vier bis fünf Millionen Menschen ihre Ersparnisse verloren. Die iranischen Banken sind verrottet.

Die Bewegung begann am Donnerstag, den 28. Dezember 2017 in der Stadt Maschhad als Protest von Hardliner gegen die »Reform«-Regierung; dann geriet der Protest außer Kontrolle. In Teheran war nur Tage zuvor eine Kundgebung von Arbeitern für die Freilassung eines hungerstreikenden Führers der Busfahrergewerkschaft mit Verhaftungen und Verletzten beendet worden.

Die Bewegung radikalisierte sich schnell und breitete sich auf fast 100 Städte aus. Die Parole »Nieder mit dem Diktator/Khamenei« wurde vorherrschend. Im Unterschied zur Bewegung 2009, die auf Teheran und einige wenige Großstädte beschränkt blieb, mobilisierte sich diesmal vor allem die Peripherie. 2009 wollte die Mittelklasse an der Globalisierung in der westlichen Welt teilhaben und setzte auf die Reformer. Diesmal drückten die Proteste aus, dass die Menschen im Bestehenden keine Zukunft mehr sehen. Arbeitslose, SlumbewohnerInnen und Arme waren die Taktgeber. Die bisher 26 auf den Straßen und im Knast Getöteten und 90 Prozent der mindestens 3700 Verhafteten sind arme Jugendliche unter 25. Es waren weniger Frauen auf der Straße; denn die meisten Aktionen waren gewalttätiger, fanden nachts und in kleineren Städten statt. Die Revolte war besonders im Westen des Landes stark, wo die ethnischen Minderheiten leben, die etwas mehr als 50 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Die Bewegung ging radikal gegen Symbole des herrschenden Regimes mit seiner Vermischung aus Politik, Religion und Wirtschaft vor. Neben Gebäuden des Staates, der Polizei, der Banken usw. wurden auch Moscheen und heilige Symbole in Brand gesetzt – auch das war neu. Die Protestierenden hatten für einen Augenblick keine Angst mehr.

Die Aktionen wurden auf der Straße zwar nur von einigen Hunderttausenden getragen, aber sie hatten breite Unterstützung. Die Slogans und Videos der Proteste werden massenhaft in sozialen Netzwerken weitergeleitet, die Protestierenden konnten sich tatsächlich als Mehrheit fühlen.

Der ökonomische Hintergrund: Arbeitslosigkeit und Armut

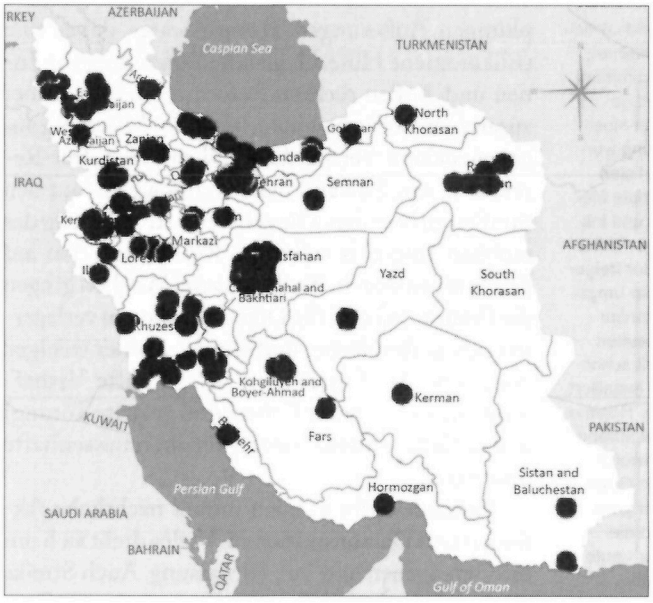
Die Zahl der Slumbewohner und Obdachlosen ist in den letzten zehn Jahren stark gestiegen, seit 2013 ebenso die Armut in der urbanen und ländlichen Peripherie. Hinzu kommt die massive Proletarisierung der Mittelklasse. Das Ende der UN-Sanktionen brachte für die Mehrheit nicht die erhofften Verbesserungen. Nur einige korrupte Mullahs und ihr ökonomisch-militärischer Komplex profitierten davon, z. B. die Pasdaran.

2016 stieg das BIP um mehr als zwölf, 2017 um bis zu fünf Prozent. Wachstum gab es fast nur im Energiesektor, es kam kaum in der restlichen Wirtschaft an. Viele Bereiche der Industrie stagnieren, es gibt immer mehr Entlassungen. Private und staatliche Investitionen sind auf einem historisch niedrigen Niveau, die erhofften ausländischen Investitionen hat es wegen der unsicheren Lage um neue Sanktionen kaum gegeben.

Die offizielle Arbeitslosigkeit liegt heute bei zwölf Prozent (Frauen 20,7, Männer 10,5 Prozent); 42 Prozent der Arbeitslosen sind AkademikerInnen. Besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit unter jungen Leuten: 2015/16 waren 31 Prozent der Männer und 53 Prozent der Frauen zwischen 18 und 29 arbeitslos. 82 Prozent der Männer und 55 Prozent der Frauen zwischen 18 und 29 Jahren leben noch bei ihren Eltern; 76 Prozent der Männer und 49 Prozent der Frauen waren noch nie verheiratet.

Die Löhne stagnieren, das Durchschnittseinkommen entspricht in etwa dem gesetzlichen Mindestlohn (9,29 Millionen Rial – heute etwa 209 Dollar). Aber 40 Prozent der Arbeitenden verdienen weniger als den Mindestlohn, der nur in Großbetrieben durchgesetzt ist.

Die wirtschaftliche Lage hat sich besonders in kleineren Städten und auf dem Land verschlechtert. Hier hatte die Einführung einer »bedingungslosen« Beihilfe durch den früheren Präsidenten Ahmadinedschad die Armut gemildert. Für viele war diese Geldleistung besser als subventioniertes Benzin. Damit konnte Ahmadinedschad 2009 die »grüne Bewegung« befrieden. (Zweitens mit seiner Anrufung der nationalen Identität.) Doch die massive Inflation der letzten Jahre hat diese Geldleistung entwertet. Nun wird sie von Rouhani stark beschnitten. Im Haushalt für 2018 werden die Budgets für Militär, Raketenprogramm und militärische Interventionen im Ausland erhöht. Die begonnene Kürzung vieler Subventionen wird weitergeführt. Der Benzinpreis erhöht sich um 50 Prozent.



Die Karte zeigt grob die Verteilung der Proteste

»Kapitalisten-Mullahs, gebt uns unser Geld zurück«

Die Proteste waren Ausdruck des wachsenden Misstrauens gegenüber dem politischen Apparat als Ganzem. Sie stellten sich gegen Rouhanis Krieg gegen die Arbeiterklasse und die Armen und haben eine breitere Front hergestellt als es die vielen, oft vereinzelten Kämpfe der letzten zwei, drei Jahre konnten. Sie sind eine Weiterentwicklung der Proteste der letzten Jahre, aber gleichzeitig wird die veränderte Klassenzusammensetzung im Iran deutlich sichtbar. Deswegen helfen Vergleiche mit 1979 oder 2009 nur wenig. Die materiellen und ideologischen Möglichkeiten der Bewegung sind heute andere! Es sind keine Proteste von in absoluter Armut »Abgehängten«, sondern von Menschen, die statt der erwarteten Verbesserungen nur Stagnation und Verschlechterungen erleben – während die kleine herrschende Schicht sich extrem bereichert. Deshalb richtet sich die Wut gegen das gesamte bestehende Regime. Die Parole »Nieder mit hohen Preisen« wurde schnell zu »Nieder mit dem Diktator/Khamenei« und »Hardliner und Reformer, eure Zeit ist vorbei«.

Die Aktiven und Ideologen der Bewegung von 2009 sind in ihrer Einschätzung gespalten. Einige sprechen angesichts der totalen Unfähigkeit der Herrschenden von der »Notwendigkeit, die Massen zu organisieren«; andere sind abgeschreckt von der Gewalt und wenden sich von der Bewegung ab aus Angst vor einer »Außensteuerung«. Sie sehen die Gefahr eines Bürgerkrieges.

Auch das Regime hatte große Probleme damit, dass die Revolte keine Wortführer hat und verweist ständig auf eine ausländische Einflussnahme. Die

Die »bedingungslosen« Beihilfe hatte Ahmadinedschad 2010 eingeführt. Sie war als Ausgleich für die damals erstmals beschnittenen Subventionen auf Güter wie Benzin und Brot gedacht. 2010 betrug sie etwa 40 Dollar und wurde pro Monat an etwa 80 Prozent der IranerInnen gezahlt. Da sie nie erhöht wurde, war sie 2016 nur noch 12 Dollar wert. Gleichzeitig wurden die Gütersubventionen weiter reduziert: Schon 2016 machten Subventionen für Wasser, Strom und Treibstoff nur noch 3,4 Prozent des BIP aus, 2007 waren es noch 27 Prozent gewesen. In seinem Haushaltsentwurf will Rouhani die Zahl der Beihilfebezieher mehr als halbieren, davon wären etwa 34 Millionen Menschen betroffen.

Im Iran gibt es grundsätzlich Inhaltezensur im Internet, der Zugang zu bestimmten Seiten und Apps ist gesperrt. Während der Hochphase der Bewegung wurden diesen Zensurlisten auch populäre Soziale Medien wie Telegram und Instagram hinzugefügt. Mittlerweile sind sie wieder freigeschaltet. Viele Iraner umgehen diese Inhaltezensur aber, auf neu verkauften Smartphones ist oft schon die passende App installiert. Das weiß auch das Regime: Deswegen hat es während der Bewegung zeitweise und an bestimmten Orten das mobile Internet ganz abgeschaltet – und die Kommunikation der Leute untereinander gestört.

plumpen Äußerungen Trumps waren dabei eine willkommene Hilfe. Gegen die Bedrohung von Innen und Außen rückten Reformer und Hardliner zusammen und versuchten, mit einer Mischung aus geheucheltem Verständnis und massenhafter Repression, den Zustand der Furchtlosigkeit auf den Straßen zu beenden. Die zeitweise Abschaltung des mobilen Internets sollte die Kommunikation auf den Straßen stören. Nach fast zwei Wochen gingen die Proteste zurück, die Demonstrationen verlagerten sich in die Nächte und wurden immer weniger. Nun setzt das Regime auf massenhafte Verhaftungen, hinzu kommt Folter (und gezielte Tötung) in den Gefängnissen, vermeidet aber massenhafte Tötungen.

Vereinzelt gibt es noch immer nächtliche Aktionen und Demonstrationen. Vieles dreht sich um die Gefangenen und ihre Freilassung. Auch Streiks gibt es wieder, bisher aber nur gegen drohende Entlassungen und wegen ausstehender Löhne. In den Betrieben der Kernindustrie (Autoindustrie, Ölsektor …) ist es bisher still. Die Bewegung könnte aber den Boden für eine breite gemeinsame Streikwelle schaffen, die den ArbeiterInnen mehr Kraft verleiht. Denn sie sind eindeutig ihr Bezugspunkt. Im Unterschied zu 2009 haben heute die Unterschichten eine Führungsrolle und laufen der Mittelschicht nicht mehr hinterher. Hier zeigt sich, was für einen starken Einfluss die Streikbewegungen der letzten beiden Jahre auf die Vorstellung von Widerstand hatten.

Nationalismus vs. Islamismus?

Bisher haben die Proteste keine eigene positive Vision für eine andere Gesellschaft entwickelt. Dieses Vakuum füllt sich mit verwirrten Ideen. Eine der absurdesten ist die Forderung nach der Rückkehr der Monarchie.

Wichtiger ist der überall sichtbare Nationalismus, der sich in Parolen wie »Unabhängigkeit, Freiheit – Iranische Republik« (statt islamischer Republik) zeigt. Eine Parole, die man auf den Straßen oft hören konnte, war »Nein zu Gaza, nein zu Libanon, ich opfere mein Leben für den Iran«. Sie wird seit Jahren von nationalistischen Kräften gegen die Außenpolitik der Mullahs benutzt. In der Bewegung war sie aber weniger eindeutig nationalistisch, da mit der Forderung nach Sozialausgaben verbunden. Dass die Menschen auf den Straßen sich gegen die Kriegseinsätze in Syrien und im Irak aussprechen, muss nicht zwangsläufig nationalistisch sein, und ist eine wichtige Entwicklung, weil diese islamistisch-nationalistische Außenpolitik bis vor kurzem sichtbaren Rückhalt in der Bevölkerung hatte.

Trotzdem könnte der Nationalismus (gegen den staatlich propagierten Islamismus), die ideologische Lücke der Bewegung füllen. Dabei spielen auch ausländisch finanzierte Nachrichtensender und die viel gelesenen Internet- und *social media*-Kanäle, wie *Amad*-News, – die von wohlhabenden Iranern im Ausland finanziert werden – eine große Rolle.

Hinzu kommen Sympathien für Trump: Manchen gilt er wegen seiner versprochenen Unterstützung des iranischen *Volks* als einziger Freund im Ausland! Das liegt nicht an seiner Politik, sondern daran, dass er nicht Obama ist, der gleichzeitig für die Sanktionen und den wirkungslosen Atomdeal steht. Die Leute blenden Trumps Rolle als Kriegstreiber in der Region aus; eine militärische Intervention der USA ist für sie unvorstellbar. Im Gegensatz zu solchen Ängste bei Exiliranern und in Teilen der iranischen Mittelschicht, die in die internationalen Debatten eingeklinkt sind.

Die Linke: das schwächste Glied

Die Exil-Linke hat dem »Iran-First«-Nationalismus kaum etwas entgegenzusetzen. Ihre Parolen »Nieder mit der Islamischen Republik«, »Weg mit dem Islamfaschismus« können integriert werden, auf vielen Unterstützungsaktionen im Ausland stehen linke IranerInnen friedlich neben Nationalisten und Monarchisten. Die auf den Straßen Irans sichtbar gewordene Kritik am Kapitalismus wird mit der Parole »Alle gemeinsam!« weggewischt. »Nieder mit dem Diktator!«; was danach kommt, ist erstmal nicht so wichtig. Das Wort »Revolution« ist in aller Munde, bleibt aber inhaltsleer.

Wenn linke Propaganda ihre (ausländischen) Leser in einem dauerhaften Empörungszustand halten will, kommen die ArbeiterInnen nur als Opfer vor. Das macht es schwer, auf die Bewegung im Iran einzuwirken. Zum Beispiel könnten wir selbstkritisch die alte Parole von 1979 »*Arbeit*, Brot und Freiheit« hinterfragen, die heute im Iran wieder skandiert wird. Auch damals wollte ein Teil der Linken erstmal den Schah weghaben – doch was danach kam, war leider sehr wichtig!

Die Bewegung ist seit Mitte Januar abgeflaut, aber es wird wieder zu einer Explosion kommen. Dann stehen die ArbeiterInnen und die Linke (nicht nur im Iran) vor einer weltverändernden Aufgabe. ■

… sie wird sich nicht unter der Oberfläche halten lassen!

Streik bei Volkswagen in **Bratislava**

Im Februar 1992 begann die Produktion im *Volkswagen*-Werk in Bratislava – im Juni 2017 wurde zum ersten Mal gestreikt. Ein halbes Jahr davor hatte es zwei Streiks in ungarischen Autofabriken gegeben, ein halbes Jahr danach folgte nun ein Streik bei *Ford* in Rumänien.

Im November 2016 streikte das *Daimler*-Werk in Kecskemét und im Januar 2017 die *Audi*-Fabrik in Györ. Es handelte sich um Warnstreiks von jeweils zwei Stunden – beide unter Gewerkschaftskontrolle. Bei *Daimler* kam eine Lohnerhöhung von 10 Prozent für 2017 und 2018 heraus, bei *Audi* eine Lohnerhöhung von 30 000 Forint (ca. 100 Euro) für 2017 und 2018, zudem ein monatlicher »Loyalitätsbonus« je nach Betriebszugehörigkeit: in der niedrigsten Kategorie »5-10 Jahre« 5000 Forint (ca. 16 Euro), in der höchsten »25 Jahre« 20 000 Forint (ca. 65 Euro).

Die Situation bei VW Bratislava

Auch nach Ausbruch der Krise 2007ff. hatte *Volkswagen* in die Fabrik investiert. Seit 2002 werden hier Geländewagen produziert. Der 2010 einsetzende SUV-Boom führte zur Erhöhung der Stückzahlen, 2016 machten SUVs rund 57 Prozent der Produktion aus. Mittlerweile werden in 24 Stunden 750 SUVs unterschiedlicher Konzernmarken produziert. Exporte gehen auch in die USA und nach China.

Der slowakische Staat unterstützt die Autokonzerne massiv. Laut Berechnungen der Tageszeitung SME hat VW Slovakia von 1998 bis 2008 insgesamt ca. 600 Mio. Euro an staatlichen Subventionen erhalten. *Kia* beim nordslowakischen Zilina erhielt in den letzten elf Jahren 233 Millionen Euro. Für den Bau einer neuen Fabrik in Nitra wurden dem britischen Autokonzern *Jaguar Land Rover* Subventionen in Höhe von 130 Millionen versprochen. Im letzten Fall hat die EU-Kommission eine Überprüfung eingeleitet, ob die Unterstützung den Vorschriften über Regionalbeihilfen entspricht.

Wer arbeitet in Bratislava?

Im Werk sind die drei Unternehmen *Volkswagen*, *Autovision* und DHL tätig. Die DHL-ArbeiterInnen befinden sich am Anfang der Produktionskette und bringen die Teile an die Linien. Am Band stehen die *Volkswagen*-ArbeiterInnen. Die ArbeiterInnen von *Autovision* bringen die fertigen Autos zu den Parkplätzen, machen Qualitätskontrolle usw. Alle drei Firmen beschäftigen neben einer Stammbelegschaft auch LeiharbeiterInnen. Ihr Anteil bei VW Bratislava liegt bei ungefähr 15 Prozent. Sie werden nach dem gleichen Tarif wie die Festangestellten bezahlt, bekommen aber weder Bonuszahlungen noch 13. und 14. Monatsgehalt.

Aktuell arbeiten mehrere hundert *Audi*-ArbeiterInnen aus Györ in der Fabrik, als Unterstützung für die Anläufe des VW *Touareg* und des *Audi Q8*. Sie pendeln jeden Tag die rund 80 Kilometer von Györ nach Bratislava.

Die DHL-ArbeiterInnen haben es am schlechtesten. Die Bezahlung ist niedrig; viele machen Überstunden, um mit dem Lohn irgendwie auszukommen – speziell die LeiharbeiterInnen. 16-Stunden-Schichten sind keine Seltenheit. Für die Unterkunft im Wohnheim wird ihnen ein Betrag vom Lohn abgezogen, der von Leihbude zu Leihbude variiert. Eine Leiharbeiterin berichtet, dass ihr ca. 200 Euro – ungefähr ein Drittel vom Lohn – abgezogen werden.

Der Grundlohn der VW-ArbeiterInnen (ohne Bonuszahlungen, 13. und 14. Monatsgehalt) beträgt ca. 600 Euro netto. Es gibt zwölf Lohngruppen. Ein Arbeiter, der seit sieben Jahren bei *Volkswagen* arbeitet und in Lohngruppe sechs ist, der höchsten, in die ein Bandarbeiter kommen kann, verdient zwischen 950 und 1100 Euro netto im Monat. Zusätzlich bekommt er dreimal im Jahr ca. 1000 Euro netto, als 13. und 14. Monatgehalt sowie als Bonuszahlung. Aufs Jahr gerechnet kommt er damit auf einen monatlichen Durchschnittslohn von 1200 Euro netto – inklusive Überstunden, Nachtschichtzulage, Wochenendarbeit usw.

Die sechste Lohngruppe ist die verbreitetste. Vor dem Streik haben neu eingestellte ArbeiterInnen in der zweiten oder dritten angefangen.

Der Großteil der *Volkswagen*-ArbeiterInnen kommt aus umliegenden kleineren Städten oder Dörfern. Aus einem Umkreis von 100 Kilometern (z. B. Nitra) pendeln sie zur Arbeit. Es gibt auch Leute aus dem Osten des Landes, sie wohnen in den Unterkünften der Unternehmen.

Ein Teil der ArbeiterInnen arbeitet seit 15 oder mehr Jahren im Werk. In den letzten Jahren kommen mehr jüngere Leute. Die meisten sind gerade mit der Schule fertig geworden. Sie kommen wegen der hohen Löhne, wissen aber, dass sie hier nicht ihr ganzes Leben verbringen werden. Viele sind nur ein paar Wochen oder Monate im Betrieb. Die Fluktuation ist hoch. Ein VW-Arbeiter schätzt, dass von zehn Neulingen sieben im ersten Monat wieder aufhören.

Siehe auch in *Wildcat* 78, Winter 2006/2007: Slowakei – das neue Detroit? https://www.wildcat-www.de/wildcat/78/w78_slowakei.html

Es gibt unterschiedliche Schichtsysteme. Die Instandhaltung arbeitet in Zwölf-Stunden-Schichten. An den »New Small Family«-Linien (VW *up!*, *Škoda Citigo* und *Seat Mii*) wird im Drei-Schicht-System gearbeitet; die Wochenenden sind frei. Die SUVs werden durchgehend – sieben Tage die Woche – produziert.

Volkswagen bezieht ungefähr ein Drittel seiner Teile von Zulieferern, die in der Slowakei produzieren. Einer davon ist *Faurecia*. Es gibt ein ganzes Netzwerk an Zulieferern in der West-Slowakei, wo alle Arten von Teilen für die Autoindustrie produziert werden. Die dortigen Arbeitsbedingungen, Löhne usw. müssen wir noch untersuchen.

Arbeitskräftemangel

In der Slowakei nimmt der Arbeitskräftemangel zu; laut Miroslav Kralik, Präsident der Serbisch-slowakischen Wirtschaftskammer, fehlen rund 80 000 Arbeitskräfte. Das hat viel mit der Auswanderung in EU-Länder wie Großbritannien, Österreich oder die BRD zu tun. Rund 300 000 SlowakInnen sind ausgewandert. Die vollständige EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt seit Mai 2011. Zudem pendeln ca. 155 000 SlowakInnen in die Nachbarländer – vor allem nach Österreich und Tschechien. Die offizielle Arbeitslosenrate lag im Juli 2017 bei 6,7 Prozent, die historisch niedrigste in der Slowakei – niedriger als vor der Krise. Die Lage ist regional verschieden; im südöstlichen Teil der Slowakei liegt die Rate z. B. bei über 20 Prozent.

Aufgrund des Arbeitskräftemangels werden verstärkt ausländische ArbeiterInnen eingestellt. Ende September 2017 arbeiteten rund 46 000 AusländerInnen in der Slowakei, vor allem aus Serbien, Rumänien und Tschechien. Die ausländischen ArbeiterInnen von PSA *Peugeot Citroen* Trnava sind in einer Siedlung mit rund 300 Wohnungen am Rand des Dorfs Zavar untergebracht. Regelmäßig gibt es Konflikte unter ihnen, was auch zu Spannungen mit der lokalen Bevölkerung führt.

Bei *Volkswagen* in Bratislava arbeiten auch ein paar Leute aus Serbien. Vor einigen Monaten gab es einen Skandal, über den slowakische Medien berichteten: Dutzende bis hundert serbische ArbeiterInnen waren in der Slowakei in fürchterlichen Unterkünften untergebracht und haben illegal in einer *Samsung*-Fabrik in Galanta (Region Trnava) gearbeitet. In Serbien beträgt der Durchschnittslohn rund 180 Euro pro Monat. In der Slowakei verdienen sie zwischen 450 und 750 Euro. Da Serbien nicht in der EU ist, werden serbische ArbeiterInnen über Agenturen – in der Regel mit 90-Tage-Verträgen – angestellt. Die beiden Staaten haben Anfang November ein Protokoll unterzeichnet, um es SerbInnen leichter zu machen, in der Slowakei zu arbeiten. Damit wollen sie den Anteil an illegaler Beschäftigung absenken.

Der Streik bei VW Bratislava

In den letzten Jahren kündigte die Gewerkschaft regelmäßig Streiks an – meistens während laufender Tarifauseinandersetzungen. Im Juni war sie mit einer Forderung nach 16 Prozent Lohnerhöhung in die Verhandlungen gegangen und stellte die Lohnunterschiede zwischen *Volkswagen* Deutschland und VW *Slovakia* in den Vordergrund. Den ArbeiterInnen selbst waren Forderungen wie mehr bezahlte Urlaubstage, längere Pausenzeiten, niedrigere Intensität der Arbeit, bessere Behandlung durch Vorgesetzte und ein Pendlerzuschuss wichtig. Die Beteiligung am Streik war hoch, sie lag bei rund 75 Prozent der ca. 12 000 Beschäftigten, am ersten Tag sogar bei ca. 90 Prozent. Obwohl die LeiharbeiterInnen, die ungarischen ArbeiterInnen, die ArbeiterInnen von DHL und *Autovision* aus rechtlichen Gründen nicht am Streik teilnehmen konnten, haben sie ihn unterstützt. Der Versuch, die Produktion trotz des Streiks fortzusetzen, scheiterte.

Für die ArbeiterInnen gab es kein Streikgeld, da die aufrufende Gewerkschaft *Moderné Odbory Volkswagen* sich erst im Oktober 2016 nach internen Machtkämpfen von der Gewerkschaft OZ KOVO

abgespalten hatte. Rund 8000 von 8300 Mitgliedern wechselten in die neue Gewerkschaft.

Die Stimmung während des Streiks war gut und hatte eine Art »Festival-Feeling«. Man grillte, spielte Fußball und diskutierte. Für die ArbeiterInnen war wichtig, dass sie ihre KollegInnen aus anderen Abteilungen kennenlernen konnten. Kontakte und Diskussionen über Abteilungs- und Hallengrenzen hinweg sind während der Arbeit nur schwer möglich.

Die Ergebnisse des Streiks

- Die erste und zweite Lohngruppe wurden abgeschafft. Statt 679 Euro brutto Einstiegslohn gelten nun 834 Euro. Es kommen zwei neue Lohngruppen am oberen Ende dazu.
- Eine Lohnerhöhung für alle Lohngruppen in drei Schritten: 4,7 Prozent gleich, ab Januar 2018 weitere 4,7 Prozent, ab November 2018 nochmal 4,1 Prozent. Die Laufzeit beträgt 27 Monate.
- Ein Extra-Urlaubstag für 2018 und 2019.
- Eine Einmalzahlung in Höhe von 500 Euro, um das fehlende Streikgeld zu kompensieren.
- Erhöhung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall an den ersten drei Tagen auf 40 Prozent des Durchschnittslohns. In der Slowakei bekommen die ArbeiterInnen an den ersten drei Tagen im Krankenstand nur 25 Prozent ihres Durchschnittslohns, vom vierten bis zum zehnten Tag 55 Prozent. Die ersten zehn Tage zahlen die Kapitalisten, danach gibt's 55 Prozent Krankengeld von der Sozialversicherungsanstalt. Viele gehen deshalb krank zur Arbeit oder nehmen ggf. Urlaub.
- Es wird auch eine Erhöhung des 13. und 14. Monatslohns Lohns geben; wie hoch, ist noch immer nicht klar.
- Ein Pendlerzuschuss von 30 Euro pro Monat.
- Die Forderungen nach längerer Pausenzeit (zehn Minuten mehr) und Einstellung zusätzlicher ArbeiterInnen wurden nicht durchgesetzt.

»Seiteneffekte« des Streiks

Dem Streik folgten Tarifverhandlungen zwischen *Autovision* und DHL mit der(selben) Gewerkschaft und fast identischen Forderungen bzw. Ergebnissen wie bei *Volkswagen*. Für die ArbeiterInnen beider Unternehmen gibt es drei Lohnerhöhungen und Einmalzahlungen: 4,5 Prozent (ab Oktober 2017) und 130 Euro; 4,3 Prozent (ab April 2018) und 130 Euro; ab Februar 2019 4,1 Prozent und 130 (*Autovison*) bzw. 100 Euro (DHL). Für 2018 und 2019 einen extra Urlaubstag und die Erhöhung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall an den ersten drei Tagen auf 40 Prozent des Durchschnittslohns. Bei *Autovision* gibt es verschiedene Bonus-Zahlungen, die durch den Abschluss auch erhöht werden. Die Laufzeit geht ab 1. Oktober (DHL) bzw. Juli (*Autovison*) bis 31. Oktober 2019.

Stärkung der Gewerkschaften

Durch diese Erfolge könnte es zu einer Erneuerung der Gewerkschaften in der Slowakei kommen. In den letzten Jahren hatten sie an Ansehen und Mitgliedern verloren. Bei PSA in Trnava, *Eissmann Slovakia* in Holíči, *Schaeffler Slovakia* in Skalici und *Jaguar Land Rover* haben sich Ableger der Gewerkschaft *Moderné Odbory* gegründet, die auf ihrer Internetseite von der »Ankunft einer neuen Generation von Gewerkschaften in der slowakischen Automobilindustrie« spricht. Und GewerkschafterInnen der neu gegründeten Sektion der IP aus dem *Volkswagen*-Werk in Poznan suchen Kontakt zu den ArbeiterInnen aus Bratislava.

Wie geht es weiter?

Arbeitskräftemangel, Produktionsanlauf neuer Modelle sowie steigende Stückzahlen sind gut für die Kampfbedingungen. Ende August hatte Ralf Sacht, Chef der *Volkswagen* Gruppe in der Slowakei, bekanntgegeben, im Werk in Bratislava bis zum Jahresende 2017 zusätzlich 1000 ArbeiterInnen einstellen zu wollen. Grund: Start der Serienproduktion des *Audi Q8*.

Jaguar Land Rover überlegt, die Fabrik in Nitra – die Produktion soll Ende 2018 starten – zu vergrößern. Man prüfe die Ausweitung des Logistikbereichs und den Neubau einer eigenen Halle zur Produktion von Batteriemodulen. Bei einer Umsetzung würden zusätzlich 2000 ArbeiterInnen benötigt.

Amazon eröffnete Mitte November 2017 ein Retourenzentrum in Sered (Nähe Nitra). Anfangs wird hier an vier Tagen in zwei Zehnstundenschichten gearbeitet. In den nächsten drei Jahren soll auf 1000 Beschäftigte aufgestockt werden. Am 21. August hat die Supermarktkette *Tesco* ihr weltweit drittgrößtes Logistikzentrum – das größte in Zentraleuropa – im Dorf Gáň bei Galanta eröffnet. 1200 ArbeiterInnen sollen eingestellt werden.

Diese Situation könnten die ArbeiterInnen nutzen, um nicht nur individuell – durch das Wechseln in eine andere Fabrik –, sondern kollektiv und offensiv zu kämpfen. Eine Organisierung abseits der Gewerkschaften wäre wichtig, um sich nicht mit monate- oder sogar jahrelangen Friedenspflichten einfangen zu lassen und um neben Lohnerhöhungen auch Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchsetzen zu können. Bei *Kia* und bei *Škoda* in Mladá Boleslav (Tschechien) starten demnächst die Tarifverhandlungen – und die ArbeiterInnen haben hohe Erwartungen. Vielleicht strahlt der Kampf bei *Volkswagen* aus und motiviert KollegInnen in der Autoindustrie zum Nachmachen. ■

Klassenkampf im ehemaligen Jugoslawien

... und in Albanien

Kurz nach dem Streik beim VW-Werk in Bratislava im Sommer 2017 gingen die *Fiat*-ArbeiterInnen im serbischen Kragujevac in den Kampf. Ihnen folgten die Arbeiterinnen der *Gorenje* Kühlschrank-Fabrik in Valjevo, ebenfalls Serbien; am Tag drauf Arbeiter auf vier serbischen Baustellen, drei davon in Belgrad.

Seit der globalen Krise 2008 kommt es im ehemaligen Jugoslawien immer wieder zu großen Mobilisierungen und Streiks. Die »Jugonostalgija«[1] ist weit verbreitet, ein romantisches Zurückwünschen »sozialistischer«, auf jeden Fall aber weniger nationalistischer Zeiten. Angesichts der traumatischen Erfahrungen in den Balkankriegen der 90er, dem Nationalismus, der desolaten wirtschaftlichen und sozialen Situation machen die Bewegungen jedenfalls Mut.

Wie viel besser der Kapitalismus ist

Wildcat 61: Arbeiterklasse und Nationalismus in Jugoslawien
Wildcat 94: Slowenien: Das Ende der Transformation – wilde Streiks und Proteste
Wildcat 96: Aufstand in Bosnien
Wildcat 100: Streik im Hafen von Koper

Eine erste neoliberale Welle kam in den 90er Jahren. Nachdem privatisiert und abgeräumt war, kam es sogar zum Krieg. Die zweite Welle kam in den 00er Jahren, nun übernahm allmählich die EU die Zügel und drängte vor allem mit Banken und Immobilienprojekten in den Raum (wer erinnert sich nicht an die österreichisch-bayrische »Erfolgsstory« *Hypo-Alpe-Adria*?). Ausgehend vom stagnierenden ehemaligen EU-Vorzeigestaat Slowenien über Kroatien nach Serbien wird seither die Arbeitsgesetzgebung ausgehöhlt. Es geht vor allem um leichtere Kündigungen, Auslagerungen, Leiharbeit...[2]

Ökonomisch ist die Situation heute schlimmer als vor 1990. Serbien verlor in den letzten 20 Jahren 300 000 frisch ausgebildete junge Leute, auch Kroatien schrumpft seit dem EU-Beitritt 2013 jährlich um 25 000 Einwohner. 3,8 Millionen BosnierInnen leben in Bosnien, 1,67 Millionen im Ausland, 300 000 davon in Österreich und Deutschland, über 800 000 in Kroatien, Slowenien, Serbien. Rücküberweisungen machen je nach Land 20 (Serbien, Bosnien) bis 50 Prozent (Kosovo) des BIP aus. In Kroatien hat die Industrieproduktion noch immer nicht das Vorkriegsniveau erreicht, dazu kommt die Pleite des größten Handelskonzerns am Balkan, *Agrokor*.[3] In Serbien sind seit den Kriegen eine Million Industriearbeitsplätze weggefallen. Genauso viele Menschen haben den Kosovo verlassen, jetzt leben dort noch 1,7 Millionen. Jeder zehnte Kosovare lebt in der BRD. Von den 15- bis 24-Jährigen gehen mehr als ein Drittel nicht in die Schule und haben keine Arbeit. Es gibt kaum Güter oder Dienstleistungen, die exportiert werden; über Wasser hält man sich mit Krediten.[4] Die Schulden der ex-jugoslawischen Staaten sind aktuell über fünf Mal höher als die von Jugoslawien 1990.

Wer nach Slowenien kommt, fragt sich, wie ein Arbeiter mit unter 1000 Euro Bruttolohn die österreichischen und deutschen Waren kaufen soll, die in Slowenien sogar teurer sind. Die ArbeiterInnen in Serbien und Bosnien haben nur die Hälfte eines slowenischen Lohns, auch dort stehen die Lebensmittel-Preise in keinem Verhältnis zum Einkommen. Die durchschnittliche Preissteigerung der letzten Jahre lag in Slowenien und Bosnien bei knapp vier, in Kroatien bei 2,5, in Serbien sogar bei elf Prozent – bei stagnierenden Löhnen und Einkommen!

Nur das Wohnen ist (noch) billig. Viele haben Wohnungen aus dem jugoslawischen »Volkseigentum« in ihr eigenes überführen oder retten können, die meisten anderen besitzen ein Haus (vor allem außerhalb der Städte). In Slowenien ist das Verhältnis Eigentums- zu Mietwohnungen bei 78, in Bosnien bei 87, in Kroatien bei 90, in Serbien bei 84 Prozent (Albanien gibt übrigens 100 Prozent an, was heißt, dass niemand zur Miete wohnt).

Politik

In Kroatien und Bosnien regieren die Kriegs-Parteien aus den 90ern, im Kosovo ist ein ehemaliger UÇK-Kämpfer Präsident, ein anderer Premierminister; Montenegro wird seit 24 Jahren von einem ehemaligen ZK-Mitglied regiert, der das Land 2017 in die NATO führte.

In Kroatien will eine starke rechte Bewegung die Vergangenheit umschreiben und Erinnerungen an die Tito-Zeiten, an den Antifaschismus und jegliche Gemeinsamkeiten mit den Nachbarstaaten, voran die Sprache, tilgen. Darin sind auch junge Leute aktiv. Diese Bewegung ist aber nicht geschlossen. In nicht einmal zwei Jahren brachen zwei von der rechten HDZ-Partei geführte Regierungen auseinander, es herrscht politische Dauerkrise (die HDZ, Kroatische Demokratische Union, wurde vom Kroatienkrieg-Einpeitscher Franjo Tuđman 1989 gegründet).

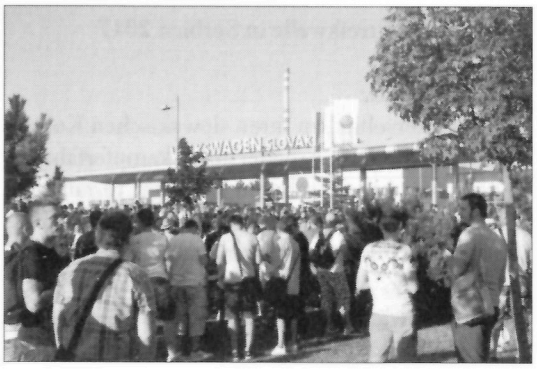
Die Herrschenden wollen der Klasse vor allem über das Schulsystem ihre reaktionären Inhalte einimpfen, aber die Leute gehen dagegen auf die Straße. In den Sommern 2016 und 2017 organisierten LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen große Demos mit 20 000 Leuten durch Zagreb gegen das

[1] Tanja Petrovic, Erinnerungen an ein untergegangenes Land, in: APuZ 40-41/2017. http://www.bpb.de/apuz/256925/erinnerungen-an-ein-untergegangenes-land?p=all

[2] Hierzu ein interessantes Interview in englischer Sprache: http://www.criticatac.ro/lefteast/balkan-labour-reforms

[3] *Agrokor* umfasst 143 Unternehmen und 700 Supermärkte in Kroatien und Slowenien. 57 000 Leute sind direkt und 500 000 sind bei Zulieferern beschäftigt.

[4] Frankfurter Rundschau, 26.6.2017; http://www.fr.de/politik/balkan-eine-generation-verschwindet-a-1302223



Fotos: https://karmina.red/posts/vw-1/

veraltete Bildungssystem. Ein Teilnehmer nannte es ein »Aufbäumen eines breiten politischen Bündnisses von Gewerkschaften, Fraueninitiativen, Vertretungen von Menschen mit Behinderung, Eltern-, Schüler- und Lehrervertretern, von LGBT-Vertretungen und etlicher anderer gegen den Rechtsruck im Land«[5].

Politiker zündeln; immer wieder fällt das Wort Krieg. Im November verkündete Bakir Izetbegović, Sohn des Bosnienkrieg-Einpeitschers Alija, dass er Krieg als Option zur Verteidigung seines Territoriums nicht ausschließe (Bakir ist Vorsitzender der 1990 von seinem Vater gegründeten SDA, Partei der demokratischen Aktion). Der Präsident der *Republika Srpska* Milorad Dodik leugnet immer wieder mal die Morde in Srebrenica, droht in 90er-Jahre-Rhetorik mit Abspaltung von Bosnien, unterhält beste Kontakte zu Österreichs Chefnazi, H.C. Strache – und fordert zum FPÖ-Wählen auf.

Es gibt nach wie vor ausgeprägte Grenzstreitigkeiten, etwa um den Meerzugang Sloweniens, den Kroatien blockieren will; um das Eigentum an der in drei Wasserkraftwerken erzeugten Energie im Grenzfluss Drina, der Bosnien und Serbien trennt; im Juli hat Kroatien Obst- und Gemüse-Importe aus Nicht-EU-Ländern um ein Vielfaches verteuert, was v. a. zu einem »Handelskrieg« mit Serbien geführt hat; auf Druck der EU hat Kroatien zurückgerudert; und so geht es ständig weiter.

Auch Islamismus ist ein großes Problem. Vor allem aus Saudi-Arabien und der Türkei fließt Geld für Moscheen. Mudschahedin, die Anfang der 90er aus den Kriegen in Afghanistan und Algerien kamen und vom Westen unterstützt wurden, damit sie gegen Milošević kämpfen, sind immer noch aktiv. Die vielen Waffen, die nach der Auflösung der Jugoslawischen Volksarmee verschwunden sind, tauchen immer wieder auf, z. B. beim Bataclan-Attentat, in Syrien und im Irak.

Proteste

In Serbien und in Mazedonien kommt es oft zu Protesten gegen die Regierungen, sogar in Montenegro kam es 2015 zu größeren Demos gegen den erwähnten Balkan-Wendehals Đukanović. Bekannter wurden die *Ne-davimo-Beograd*-Bewegung 2016 und die *Anti-Vučić*-Bewegung Anfang 2017 sowie die großen Demos gegen den mazedonischen Präsidenten Ivanov. Es sind Nachzügler der europäischen Platzbewegungen von 2011: Die Mittelklasse fordert Demokratie und kritisiert die Korruption. Während der Bewegung in Mazedonien nahmen die nationalistischen Scharmützel deutlich ab. Wenn die Politiker unter Druck geraten, zögern sie aber nicht, auf Nationalismus und Bürgerkrieg zu setzen, wie die blutigen Kämpfe 2015 in Kumanovo zeigen (während mal wieder »Albaner« gegen »Mazedonier« demonstrierten, kam es in dieser Phase zu einer brutalen Schießerei zwischen bewaffneten Gruppen und mazedonischen Bullen).

Im Frühjahr 2016 waren in Serbien Tausende gegen Gentrifizierung auf der Straße, weil die Regierung zusammen mit einem Investor aus Abu Dhabi (VAE) die wunderbaren Bars und ein Viertel am Fluss Save plattmachen und durch die üblichen Glastürme ersetzen will. Die Bewegung wurde als »*Ne davimo Beograd*« bekannt, sinngemäß eine Mischung aus »Belgrad gibt nicht auf« und »Belgrad lässt sich nicht überschwemmen«. Die Proteste wurden vor allem von den Mittelklasse-AnwohnerInnen getragen, die ihre Ausgehmeile, Ateliers und Secondhand-Läden behalten und Teuerungen vermeiden will. Gleichzeitig protestierten gestrandete Flüchtlinge in der Stadt.

Heute lärmt am Save-Ufer eine der größten Baustellen Europas, manche sprechen von einem »Mini-Dubai«, die österreichische *Strabag* errichtet gerade einen Wohnturm. Die arabische *Eagle Hills Company* will in den nächsten 30 Jahren drei Milliarden Euro in ihr *Belgrade-Waterfront*-Projekt schmeißen. Illegale Abrissarbeiten werden geduldet. Man kann sich den Korruptions-Sumpf vorstellen. Die Flüchtlinge im Park zwischen Hauptbahnhof und Busbahnhof werden hingegen nicht mehr toleriert.

Aufstände und Streiks

In der globalen Krise fingen neue Kämpfe an. Die Streikwelle in Serbien von 2009 bis 2011 wurde vor allem durch den Arbeiter einer Textilfabrik bekannt, der sich aus Protest einen Finger abschnitt. Außerdem war die Pharmafabrik *Jugoremedija* lange in den Medien mit ihrem Kampf ihrer Belegschaft für Selbstverwaltung. 2012 gab es lediglich ein paar kurze Aktionen bei *Fiat* in Kragujevac. Aber als wir 2013 erneut von Aktionen bei *Fiat* hörten, stießen wir bei der Recherche zudem auf protestierende BusfahrerInnen und LKW-Fabrikarbeiter. Im selben Jahr streikten Werftarbeiter im kroatischen Rijeka und Arbeiterinnen der Textilfabrik *Kamensko*, in Slowe-

[5] https://balkanstories.net/2017/06/08/mehr-bildung-braucht-das-land

nien demonstrierten die Metallarbeiter von *MLM Maribor* durch ihr Werk. Über die Hafenarbeiter in Koper und ihre Streiks 2011 und 2016 haben wir ausführlich berichtet, ebenso über die Aufstände in Slowenien 2012/13 und Bosnien 2014, in denen sich jahrelange Arbeiterkämpfe verdichteten.

2016 ging es mit Massenprotesten und Streiks weiter. 2017 gab es erneut eine Streikwelle in Serbien, kontinuierliche Streiks der mazedonischen Eisenbahner und einen Busfahrer-Streik in Slowenien.

Arbeiteraufstand in Ballsh 2016 (Albanien)

Am 1. Juni 2016 begannen 1200 Ölarbeiter in der kleinen mittelalbanischen Stadt Ballsh den Kampf für die Bezahlung ihrer seit zehn Monaten ausstehenden Löhne. Sie haben die Anlagen besetzt und diskutierten über die Weiterführung des Betriebs in Selbstverwaltung. Der Betrieb mit zwei Raffinerien und fünf Ölfeldern leidet an der üblichen Privatisierungs-Praxis: zuerst mit Steuergeld modernisiert, dann 2008 vom Staatsbetrieb ARMO für 128,7 Mio. Euro an ein US-amerikanisch-schweizerisches Konsortium verkauft. Das wiederum hat den Betrieb in Teilen weiterverkauft; der Staat hält nur noch 15 Prozent, und die Unternehmer sind zahlungsunfähig bzw. -unwillig.

Am 7. Juni gingen die EisenbahnerInnen in Streik, die ebenfalls mit Privatisierung zu kämpfen haben. Sie forderten mehr Investitionen, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten. Beide Arbeitergruppen haben sich aufeinander bezogen und ihre Solidarität erklärt. In Tirana haben Studierende für die Ölarbeiter demonstriert.

Gleich am zweiten Tag schickte die Regierung Polizei zur besetzten Ölraffinerie. Die Arbeiter verbarrikadierten sich und konnten mit brennenden Autoreifen die Anlage zunächst abschirmen.

Im September endete der Streik in Ballsh. Die Arbeiter hatten erreicht, dass eine neue Firma (Sitz: Virgin Islands!) die Anlagen übernimmt, investiert und die Löhne nachzahlt. Nachdem der Betrieb wieder aufgenommen worden war, kam es im November zu einer Explosion, der 40-jährige Shkelqim Muca wurde getötet. Schuld war ein defektes Ventil, auf das die Arbeiter vorher hingewiesen hatten und das ersetzt werden sollte. Ein paar Tage später wurde wieder ein Arbeiter verletzt.

Im Januar 2017 begannen 150 von 200 Arbeitern der zweiten ARMO-Raffinerie in Fier mit Protesten, weil ihnen vier Monate keine Löhne bezahlt worden waren. In Interviews sagten Arbeiter aus Ballsh übrigens, dass der Unternehmer den Deal vom September 2016 nicht einhält, und die oberen Gewerkschafter mit ihm und der Regierung unter einer Decke stecken.[6]

[6] http://www.criticatac.ro/lefteast/great-albanian-oil-robbery

Die Streikwelle in Serbien 2017

FCA Kragujevac

Im Unterschied zu ihren slowakischen KollegInnen sind die *Fiat*-ArbeiterInnen kampferfahren,[7] sie kämpfen aber auf sehr ungünstigem Terrain. Die Spaltung der Autoindustrie in Gewinner und Verlierer kam klar im unterschiedlichen Abschluss der beiden Streiks zum Ausdruck. *Volkswagen* Bratislava ist eine wichtige und ausgelastete Fabrik in der globalen Produktion, der Arbeitskräftemangel in der Region spielt den ArbeiterInnen in die Hände. Bei *Fiat* hingegen sinken die Absätze – um ein Viertel von 2010 bis 2016. Während der globale Autoabsatz in den sechs Jahren um durchschnittlich 4,6 Prozent pro Jahr stieg, ging der von *Fiat* um 4,1 Prozent zurück. Und die konzerninterne Konkurrenzfabrik in Tychy, die den kleineren *500* produziert, aber ganz leicht auf den in Kragujevac produzierten größeren *500L* umgestellt werden kann, ist ein heftiges Druckmittel gegen die serbischen Arbeiter (das gilt natürlich wegen der niedrigeren Löhne in Serbien auch umgekehrt). Die VW-ArbeiterInnen in der Slowakei haben Verbesserungen erkämpft, ihre serbischen *Fiat*-KollegInnen wurden schonungslos abgeräumt.

Der Streik wurde Ende Juli beendet, obwohl eine Schicht geschlossen weiterstreiken wollte, um die Lohnerhöhung durchzusetzen. Das desaströse Ergebnis ist ein dreijähriger Vertrag, somit drei Jahre Friedenspflicht. Die Lohnerhöhung beschränkt sich auf die Inflationsrate: 2,2 Prozent 2017 und 4,5 Prozent 2018; gefordert war eine Lohnerhöhung um 33 Prozent, also von umgerechnet 300 auf 400 Euro. Der Bonus der letzten zwei Jahre wurde noch immer nicht bezahlt, über die Bonuszahlungen 2017 wird 2018 verhandelt.

Sind die Arbeiter Innenam Ende Opfer gewerkschaftlicher Konkurrenzkämpfe geworden? Im Streik zogen sie durch Kragujevac, feierten, diskutierten.Die Demos waren laut und kräftig, für jeden Einzelnen bleiben die Tage als willkommene Abwechslung und heitere Stunden mit KollegInnen in Erinnerung. Aber hat der Kampf ihr Selbstbewusstsein befördert? Haben sie neue Erfahrungen von autonomer Stärke gemacht, die ihnen helfen, das Streikverbot zu überwinden? Entladen sich Enttäuschung über und Hass auf die Gewerkschaft in neuen Versuchen? Ob der Streik bei Gorenje im 100 km entfernten Valjevo dadurch ins Rollen gebracht wurde, dürfen wir annehmen – er fing während des *Fiat*-Streiks an.

[7] Siehe *Wildcat* 95: Autoindustrie – Kämpfe & Klassenspaltung, online auf www.wildcat-www.de

Gorenje in Valjevo

Am 12. Juli traten 600 ArbeiterInnen, in der Mehrzahl Frauen, in den Streik. In zwei Hallen bauen 1500 Leute Kühl- und Gefrierschränke zusammen. 15 Leute bildeten das Streikkomitee, das den Kampf gegen die 200-300 Euro niedrigen Löhne und gegen die Affenhitze koordinierte. Mindestens 40 Euro Lohnerhöhungen sollten es sein plus Verbesserung allgemeiner Bedingungen, wie z. B. regelmäßigere Auszahlung von Überstunden. Im Gegensatz zum *Fiat*-Streik kann sich der Abschluss sehen lassen, der nach sechs Tagen erreicht war: 33 Euro mehr (außer für Vorarbeiter und Schichtmeister) plus acht Euro für die tägliche warme Mahlzeit in der Kantine sowie die ersehnten Klimaanlagen. Die schlechten Arbeitsbedingungen werden mit einer Einmalzahlung von 25 Euro »abgegolten« (s. auch *Wildcat* 94 zu den erfolgreichen Streiks bei Gorenje in Slowenien 2009 und 2012).

MB Ratko Mitrović

Am 13. Juli, einen Tag nach den Gorenje-Arbeiterinnen, gingen die Arbeiter der Baufirma *Ratko Mitrović* in den Streik. Asphaltierungsarbeiten bei 50 Grad Celsius, unbezahlte Stunden, nicht abgeführte Sozialversicherungsbeiträge (so dass man nicht zum Arzt gehen kann) waren der Grund.

Drei Baustellen in Belgrad und südlich davon eine große in Vreoci standen still. Šef Branko versprach sofort, die Mai-Löhne zu zahlen, seitdem hört und findet man nichts mehr dazu.

Goša in Smederevske Palanke

Schon im März 2017 begannen die Arbeiter beim Eisenbahnwaggon-Hersteller *Goša* aus Smederevske Palanke einen Streik. Die 370 Arbeiter hatten seit über 30 Monaten keinen Lohn mehr bekommen. Der Konzern schuldete einigen von ihnen bis zu 5000 Euro. Die Arbeiter forderten zudem Sozialversicherung und Anrechnung der nicht bezahlten Arbeitszeit für die Rente. Sie blockierten immer wieder die Eisenbahnstrecke Belgrad – Solun, die zum internationalen Korridor ins griechische Thessaloniki gehört. Mitte Juli begannen ein paar Arbeiter einen kurzen Hungerstreik, andere konzentrierten sich auf ihre schon länger laufenden Klagen. Es gab immer wieder Verhandlungstermine mit der Regierung, um die Löhne in Raten auszubezahlen. Aber der Unternehmer überwies jedes Mal weniger als den vereinbarten Betrag, Ende September kamen nochmal 250 Euro pro Kopf, Mitte November wurde das Konkursverfahren eröffnet. Die Hälfte der Arbeiter sieht sich gerade nach neuen Jobs um.

FAP Priboj

Ähnlich ist die Situation der eingangs erwähnten LKW-Arbeiter, auch sie laufen ihren Löhnen nach. In Priboj wurden lange Zeit ältere *Mercedes*-Modelle für allerlei Zwecke gebaut sowie Busse, Anhänger, Getriebe. Jetzt werden dort nur noch Militärfahrzeuge produziert, der Staat will die Fabrik aus strategischen Gründen erhalten. Es gibt Meldungen über Export-Aufträge nach Ägypten und Algerien. Die Arbeiter haben in den letzten Jahren immer wieder Versuche gemacht, ihre Situation zu verbessern – wenn sie nix zu produzieren hatten und deswegen nicht streiken konnten, haben sie die Eisenbahnstrecke blockiert, auf der die neuen Fiats von Kragujevac in den montenegrinischen Hafen Bar transportiert werden.

Rebellisches Belgrad

Mitte Juli fand in Novi Sad eine Solidaritätskundgebung für die streikenden *Fiat-*, *Gorenje-*, *Goša-*, *Ratko Mitrović-* und FAP-ArbeiterInnen statt, anwesend waren aber nur 30 Studis. Auf dem Trg Republike, dem Hauptplatz in Belgrad, gab es eine größere Soli-Kundgebung für die kämpfenden ArbeiterInnen und für eine Erhöhung der Kilogramm-Preise der Himbeer-Produzenten, damit sie ihren ErntearbeiterInnen etwas höhere Löhne zahlen können (viele Himbeeren in österreichischen Supermärkten kommen aus Serbien). In Belgrad nennt sich die Organisierung auf dem Platz »Bewegung der sieben Forderungen«, sie wurde während der »Bewegung gegen die Diktatur«, also während der *Anti-Vučić*-Bewegung im April und Mai 2017, gegründet. Sie sammeln Geld für die Streikenden.

Zur selben Zeit begannen SachbearbeiterInnen des städtischen Sozialamts einen Streik für sichere Arbeitsplätze. Er dauerte eine Woche. Der Auslöser war, dass zwei arbeitslose Männer vor dem Sozialamt ihre Frauen – der zweite auch sein Kind – ermordet haben.

Am 12.11.17 marschierten tausende Postangestellte für höhere Löhne und die Zurücknahme der Lohnkürzung vom November 2014 durch die Hauptstadt und bis vor die Zentrale der *Posta Srbije*. Danach haben sie Unterschriften für einen Streik gesammelt. Am 21.11. versuchten Gewerkschafter diesen zu beginnen, aber nur wenige beteiligten sich, weil die Repression Angst macht. Allein wegen öffentlichem Protest in ihrer Freizeit wurden 47 Postangestellte suspendiert. Die Forderungen werden trotzdem aufrechterhalten: Beendigung der Suspendierungen, Bezahlung der tatsächlich geleisteten Stunden der letzten drei Monate, Festeinstellung aller Befristeten und LeiharbeiterInnen. Anstellung von mehr ArbeiterInnenn in technischen Positionen.

»Moderne Gewerkschaften, Streik!«

Eisenbahner-Streiks in Mazedonien

Mit Streiks im Februar/März, im Juni und im Dezember 2017 haben die Angestellten der staatlichen Eisenbahn ausstehende Löhne eingetrieben. Beim ersten Streik dauerte es zwei Wochen, bis die Löhne ausbezahlt wurden, beim zweiten knapp drei Tage. Zum Dezember-Streik gibt es bis jetzt keine Infos, wie er ausgegangen ist. Pikant ist, dass die Eisenbahn in der Flüchtlingswelle 2015/16 statt der fünf Euro für eine Fahrkarte von Gevgelija nach Skopje 25 Euro pro Flüchtling genommen hat und trotzdem die Löhne nicht rechtzeitig bezahlt.

Diese Streiks sind unbequem für das Kapital, weil durch Mazedonien der immer wichtiger werdende Güterkorridor von Thessaloniki nach Mitteleuropa verläuft. Er war die Ausweichroute während des Streiks im Hafen von Koper 2016.

Busfahrer in Slowenien

Vom 4. bis 14. September 2017 haben 400 der 570 Busfahrer der *Arriva*-Gruppe, die der *Deutschen Bahn* gehört, u. a. für höhere Löhne gestreikt. Die Fahrer haben nicht alle Routen gestoppt, z. B. wurden ArbeiterInnen und SchülerInnen weiterhin befördert. Mit dem Streik haben sie die Lohnerhöhung durchsetzen können, die zuständigen Gewerkschaften haben sie dafür nicht gebraucht.[8]

Der Maulwurf gräbt weiter – durch Beton

Gerne wird vom Balkan als Pulverfass gesprochen, genauer gesagt schon seit 1912, als das englische Satire-Magazin *Punch* jene berühmte Karikatur veröffentlichte[9], die im Nachhinein als gespenstische Prophezeiung des Ersten Weltkriegs erscheint. Nach 30 Jahren Krieg fingen die Arbeiter am Balkan an, den Sozialismus aufzubauen – der war überhaupt nicht so toll, wie viele Jugonostalgiker behaupten: die vielen politischen Gefangenen, die 68er-Bewegung wurde vom Tito-Regime abgeräumt, den Ansprüchen der ArbeiterInnen konnte nur durch immer massivere Verschuldung beigekommen werden. Die Rechnung bekamen die ArbeiterInnen ab Ende der 80er präsentiert, und dann haben sie sich nach der größten Streikbewegung Jugoslawiens gegenseitig abgeschlachtet. Die *Jugonostalgija* leistet aber trotzdem was – sie entzieht dem Nationalismus einiges an Boden, und zwar auch dann, wenn die Leute nicht gerade gegen die Regierung demonstrieren oder streiken. In den Bewegungen selber wird der Nationalismus viel deutlicher weggedrängt. In aller Munde ist der Spruch aus dem bosnischen Aufstand: »Wir sind hungrig auf drei Sprachen!«

Während die nationalistischen Politiker sich die letzten Happen gegenseitig wegzuschnappen versuchen, gräbt sich die Arbeiterklasse in Südosteuropa in Aufständen und Streiks durch eine brutale und desolate sozio-ökonomische Situation. Die ArbeiterInnen am Balkan tragen die Konflikte aus, die uns noch bevorstehen: Klassenkampf in den kapitalistischen *Wastelands*, oft ohne schnelle materielle Verbesserungen rausholen zu können. Nicht spalten und verrückt machen lassen! Dafür müssen wir mehrere Sprachen verstehen – und eine wirklich sprechen: *Štrajk*. ■

Wilder Streik bei Ford in Craiova, Rumänien

Am Mittwoch, 20. Dezember, einigte sich die Gewerkschaft *Sindicatul Ford Automobile Craiova* mit dem Unternehmen auf einen neuen Tarifvertrag für 2018 und 2019. Die ArbeiterInnen lehnten diesen ab und gingen am Tag darauf in den Streik. Rund 200 ArbeiterInnen machten eine spontane Demonstration außerhalb des Werks, weitere Kollegen schlossen sich an. Schließlich legten 1000 ArbeiterInnen die Produktion lahm. Im Oktober 2017 hatte die Produktion des Kompakt-SUV *EcoSport* in Craiova begonnen. Zuvor waren die Autos im Werk im indischen Chennai zusammengebaut und importiert worden. Für die Fertigung wurden viele neue ArbeiterInnen eingestellt; offiziell wird von 1700 gesprochen. Beim wilden Streik waren vor allem die jungen und neu eingestellten ArbeiterInnen ganz vorne dabei.

Am 1. Januar trat in Rumänien ein vor kurzem verabschiedetes Gesetz in Kraft, wodurch ArbeiterInnen nun alleine den vollen Sozialversicherungsbeitrag zahlen müssen. Im Fall der *Ford*-ArbeiterInnen sind das 37,25 Prozent vom Brutto. Ein Bandarbeiter verdient netto zwischen 1150 und 1450 RON (245-310 Euro). Die geringe Lohnerhöhung im abgeschlossenen Tarifvertrag gleicht diesen Abzug nicht aus, insgesamt würde der Lohn sinken. Dagegen streikten die ArbeiterInnen.

Am Freitag, 29. Dezember, dem letzten Arbeitstag 2017, wurde wieder gearbeitet. Mit dem 31. Dezember läuft der alte Vertrag aus. Man darf gespannt sein, wie es 2018 weitergeht.

[8] Siehe *junge welt*, https://www.jungewelt.de/m/artikel/318891.die-gewerkschaften-bleiben-dem-management-treu.html

[9] https://punch.photoshelter.com/image/I00001IIRFFJb-T3E
Aktuell (leider hinter Bezahlschranke): https://www.wsj.com/articles/europes-next-crisis-the-balkans-1500937579 – hier ohne: https://www.reddit.com/r/geopolitics/comments/6r7gxz/europes_next_crisis_the_balkans

Wir haben schon mehrfach über die Kämpfe der migrantischen LogstikarbeiterInnen in Italien geschrieben. In ihren Kämpfen spielen verschiedene Basisgewerkschaften eine wichtige Rolle, allen voran die S.I.COBAS. Bis vor kurzem haben nur sie sich um diese migrantischen ArbeiterInnen gekümmert. In einem Interview sagte uns ein Lagerarbeiter, sie hätten sich zunächst an die offiziellen Gewerkschaften gewandt, seien von diesen aber fortgeschickt worden.

Nun ändert sich das offensichtlich: Einzelne Ortsgruppen der Transportarbeitergewerkschaft der CGIL mobilisieren ebenfalls in diesem Sektor – mit teilweise ganz ähnlichen Kampfmethoden. Im Unterschied zur BRD laufen die traditionellen Gewerkschaften den Kämpfen hinterher – in der BRD interveniert ver.di prophylaktisch. Die Klassenkämpfe befinden sich also in einer entscheidenden Phase.

Den folgenden Artikel hat ein Genosse aus dem Veneto geschrieben, der an keine Basisgewerkschaft angebunden ist.

https://www.wildcat-www.de/aktuell/a095_tnt-streik_italien.htm
Italien: Wie Arbeitsmigrant-Innen für Verbesserungen in einer ganzen Branche kämpfen.
In *Wildcat* 99, Winter 2016 war eine ausführliche Besprechung zum Film »Die Angst wegschmeißen«, (http://de.labournet.tv/)

Kämpfe in der italienischen **Logistik**

Die Logistikbranche

Vor etwa sieben Jahren haben Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit Transport und Einlagerung von Waren beschäftigt sind, begonnen, sich gegen ihre Bedingungen zu wehren und zu organisieren. Seither gibt es eine wachsende Aufmerksamkeit für die Arbeitsbedingungen in der Logistik vor allem in dem politischen Umfeld, das sich seit Ende der 1990er Jahre auf die MigrantInnen bezieht. Schon damals fanden MigrantInnen vor allem in dieser Branche einen Arbeitsplatz, obwohl das wirtschaftliche Klima weniger schwierig war als heute und es damals auch noch reguläre Jobs in Industrie- und Handwerksbetrieben gab.

Seit Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre und dem ersten großen Zustrom von MigrantInnen nach Italien sind die Kooperativen[1] das Hauptinstrument zur Flexibilisierung der Arbeit. Im Warenumschlag wurden gesetzliche Ad-hoc-Verordnungen für die Arbeit eingeführt, die bis heute wirksam sind, um die zentrale Stellung des *socio lavoratore di cooperativa*, also des »arbeitenden Gesellschafters« einer »Genossenschaft«, dauerhaft zu garantieren. Die juristische Konstruktion der Kooperative macht es möglich, Tarifverträge und Gesetze zu unterlaufen, da die »Gesellschafter« ja frei sind zu beschließen, auch für zwei Euro die Stunde zu arbeiten.

Für die zuletzt auf dem Arbeitsmarkt Angekommenen waren sie nach einem mehr oder weniger langen illegalen Aufenthalt die hauptsächliche Eintrittsmöglichkeit in eine feste Beschäftigung. Man verwies sie an die Kooperativen, um den Angriff auf die einheimischen Beschäftigten zu erleichtern, die auf ihren besseren Bedingungen beharrten und die vom *Arbeiterstatut* vor Kündigungen geschützt waren.

Deshalb bildet die Branche seit einem Vierteljahrhundert das bevorzugte Beschäftigungssegment für migrantische Arbeit. Obwohl das Gesetzespaket »Treu«[2] 1997 die verallgemeinerte Prekarisierung der Beschäftigten einleitete, sind in den Logistik-Kooperativen in Nord- und Mittelitalien im Warenumschlag fast ausschließlich MigrantInnen beschäftigt. Sie machen allerdings nur zehn Prozent der insgesamt 900 000 tariflich beschäftigten TransportarbeiterInnen aus.

Dieser Beschäftigungssektor ist heute ein chaotisches Konglomerat von Arbeitsstellen, die sich aufgliedern in entlohnte Lagerarbeiter oder »arbeitende Gesellschafter« von Kooperativen; direkt bei Kooperativen Beschäftigte; Leiharbeiter und sowohl von Firmen als auch von Kooperativen Ausgeliehene; Teilzeit- oder befristet Beschäftigte und, zu einem kleinen Teil unbefristete ArbeiterInnen, die zunehmend seit dem *Jobs Act* vom Dezember 2014 eingestellt wurden.

[1] **Die Kooperativen** spielen in Italien die Rolle, die in der BRD die Sklavenhändler spielen, sie sind »Zwischen«-Unternehmen. Sie beschäftigen aber etwa viermal so viele Menschen, sind somit für die italienische Ökonomie von überaus großer Bedeutung. Sie sind ihrerseits wieder in Konsortien organisiert. Wenn die Kämpfe zunehmen, verlieren sie ihren Auftrag und verschwinden, ohne Sozialabgaben und Löhne zu zahlen. Im Schnitt besteht eine Kooperative zwei Jahre, dann geht sie in Konkurs und wird von einer neuen Kooperative mit anderem Namen abgelöst. Die Konsortien bestehen länger, wobei sich von Monat zu Monat die Zusammensetzung der angeschlossenen Kooperativen ändert.

[2] Das Gesetzespaket »Treu« (Arbeitsminister der Mitte-links-Regierung Prodi) von 1996/97 sorgte für eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes durch die Zulassung einer Vielzahl von prekären Beschäftigungsformen wie Zeit- und Leiharbeit und befristete Verträge.

Alternativgewerkschaften:
Cobas – Comitato di base, Basiskomitee
S.I.Cobas – Sindacato Intercategoriale Cobas
SOL-Cobas – Sindacato degli Operai in Lotta Cobas
SLAI Cobas – Sindacato dei Lavoratori Autoorganizzati Intercategoriale Cobas
COBAS – Confederazione dei Comitati di Base
UNICOBAS – Confederazione Italiana di Base
USB – Unione Sindacale di Base
USI – Unione Sindacale Italiana
ADL Cobas – Associazione Diritti Lavoratori Cobas
CUB – Confederazione Unitaria di Base

Traditionelle Gewerkschaftsverbände:
FIM-CISL – Federazione Italiana Metalmeccanici
FIOM-CGIL – Federazione Impiegati Operai Metallurgici
FLM – Federazione Lavoratori Metalmeccanici
FILT-CGIL – Federazione Italiana Lavoratori Trasporti
CGIL – Confederazione Generale Italiana del Lavoro
CISL – Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori
UIL – Unione Italiana del Lavoro

[3] Das **Bossi-Fini**-Gesetz von 2002 (Mitte-rechts-Regierung unter Berlusconi) begrenzte die legale Zuwanderung und führte härteste Maßnahmen gegen irreguläre Migration ein. Aufenthaltsgenehmigungen für Nicht-EU-BürgerInnen sind befristet und an Arbeitsverträge gebunden. Wer den Arbeitsplatz verliert, muss sich innerhalb von sechs Monaten einen neuen Job suchen.

Der Großteil dieser Personen ist bei Konsortien von Kooperativen beschäftigt, die als Subunternehmer tätig sind (*regime di appalto*).

Hinzu kommt noch die verbreitete Beschäftigung von »Kleinunternehmern« mit eigenem LKW für den Warentransport auf der Straße, die oft in Handwerksverbänden organisiert sind.

Also die ganze Palette von größtenteils prekären Arbeiterfiguren, wobei der Anteil der MigrantInnen wächst. Deren Zusammensetzung gliedert sich in immer mehr ethnische Profile, ihre rechtliche Bedingungen werden immer instabiler. Dies geschieht kraft eines institutionellen Rassismus, der gestützt wird von rechten Ideologien, die in der *Subprime*-Krise hochgekommen sind und von den Mainstream-Medien kultiviert werden.

Eine Welt also, in der die Gewerkschaftsverbände (CGIL, CISL, UIL) oft auf der falschen Seite stehen, weil sie mit den Mega-Kooperativen verflochten sind, die *de facto* ganz einfach Arbeitgeber sind, trotz der Genossenschaftsideologie. Lange Zeit haben die Gewerkschaftsverbände die Augen vor den wirklichen Ausbeutungsbedingungen verschlossen. Erst die Kämpfe der MigrantInnen haben diese Dinge ans Licht gebracht.

Kader und migrantische ArbeiterInnen

Die Führungskader der Alternativgewerkschaften verfolgen eine streikfreudige Praxis und positionieren sich klarer gegen Regierung und Unternehmerschaft. Die Basisgewerkschaften, allen voran die S.I.COBAS, fanden also breite Aktionsräume, als sie sich mit den migrantischen ArbeiterInnen im Transportsektor zu beschäftigen begannen.

Die Geschichte der Alternativgewerkschaften in Italien beginnt mit der Krise Anfang der 90er Jahre insbesondere in der Lombardei, aber auch im gesamten industriellen Norden. Mailand ist wichtig, weil dort nach dem Ende der *Vereinigten Metallarbeitergewerkschaft* FLM Mitte der 1980er Jahre etwa 200 Kader zur FIM (CISL) von Tiboni gewechselt waren. Sie machten den Kern der ersten großen Alternativgewerkschaft CUB aus, die mit der Idee gegründet wurde, eine umfassende Basisgewerkschaft zu sein. Sie ist heute in 15 Branchenverbände aufgegliedert – leider ist die Geschichte nicht wie geplant verlaufen. Es gab Konkurrenzgründungen, Abspaltungen, Neugründungen, die sich wiederum gespalten haben, usw. [2]

Die Kader haben unterschiedliche ideologische Hintergründe und nicht die gleiche Auffassung über Vertretung oder Führung des Kampfs. Aber ihre Konfliktorientierung hat mit der Ausweitung der Prekarisierung und Fragmentierung der Arbeit zu wachsenden Mitgliederzahlen geführt. Die Alternativgewerkschaften sind somit in der Lage, radikale Kämpfe auf einem gewissen Niveau zu führen, vor allem im öffentlichen und privaten Personentransport, aber auch bei den Beschäftigten im Transport und Warenumschlag in den großen Warenverteilzentren, wo der Anteil migrantischer ArbeiterInnen sehr hoch ist.

Vor allem an diesen Infrastrukturknotenpunkten haben sich in den letzten Jahren die längsten und härtesten Kämpfe entwickelt, unter Rückgriff auf Kampfformen wie Streikposten vor den Toren und Blockaden des Warenflusses, Straßenblockaden und physische Auseinandersetzungen mit Polizei und Streikbrechern. Diese Kampfformen, die für die Mehrheit der Beschäftigten in Italien von vorgestern sind und die CGIL, CISL und UIL vor geraumer Zeit fallen gelassen haben, sind die quasi zwangsläufige Reaktion auf härteste Ausbeutungsbedingungen, was die hohe Belastung, die lange Schichtdauer (bis zu zwölf Stunden am Stück), die geforderte Flexibilität bei der Arbeitszeit und die besch* Löhne betrifft. Die Bedingungen der Beschäftigten am Arbeitsplatz und ihre rechtlich unsichere Stellung als MigrantInnen im Italien des nach wie vor gültigen Bossi-Fini-Gesetzes[3] haben diesen besonderen Teil der Klasse in den Kämpfen zusammengebracht mit gewerkschaftlichen Organisationen, die sich programmatisch auf sie ausgerichtet haben.

S.I.COBAS, die sich nach dem Austritt aus der SLAI-COBAS (ursprünglich bei *Alfa Romeo* aktiv) im Sommer 2010 gegründet hat und sich als Gewerkschaft in den Auseinandersetzungen besonders hervorgetan hat, ist es mit ihren inzwischen 15 000 Mitgliedern zwischen Lombardei und Emilia, Rom und Neapel gelungen, wichtige Tarifauseinandersetzungen zu gewinnen dank der Radikalität der von den »arbeitenden Gesellschaftern« der Kooperativen selbst organisierten Kämpfe: von TNT in Piacenza 2010 bis *Esselunga* in Pioltello 2011, von IKEA in Piacenza 2012 bis *Granarolo* in Bologna 2013; doch S.I.COBAS hat große Schwierigkeiten, die in den verschiedenen Betrieben erreichten Resultate zu konsolidieren.

Die daraus folgende Steigerung der Kampffähigkeit und der Beitritte von ArbeiterInnen zu den Alternativgewerkschaften hat seit Beginn des Jahrzehnts zur Behauptung einer konfliktfreudigen Praxis in einem Bereich geführt, der 150 000 Beschäftigte in Italien zählt – so viele arbeiten über Kooperativen. Doch es ist bisher nicht gelungen, organisierte Bündnisse *untereinander* zustande zu bringen, um die kritische Masse zu erreichen, um der Kollaboration der großen Gewerkschaftsverbände mit den Unternehmern eine breite und wirksame Position entgegenzustellen, von der Prozesse von Neuzusammensetzung mit dem Rest der Arbeiterklasse ausgehen könnten.

Nun mischen sich die großen Gewerkschaftsverbände ein

Nach den vielen (erfolgreichen) Kämpfen der letzten Jahre haben sich nun offenkundig auch die großen Gewerkschaftsverbände entschlossen, sich in diesem Bereich zu engagieren, allmählich auch die CGIL, FIOM inklusive. Denn nicht nur im öffentlichen Dienst gab es in letzter Zeit eine beträchtliche Mitgliederwanderung von den traditionellen Gewerkschaften weg hin zu den Alternativgewerkschaften.

In der Auseinandersetzung um die Erneuerung des landesweiten Branchentarifvertrags[4], der 900 000 Beschäftigte betrifft und wo auf der Gegenseite 25 Unternehmerverbände der Branche sitzen, reicht die im Streit mit *einem* Gegenpart nur *eines* Bereichs erworbene Legitimation nicht aus, um den Manövern standzuhalten, die CGIL, CISL und UIL im Konzert mit einer Regierung ausführen, deren Arbeitsminister bis vor zwei Jahren Präsident der *Liga der Kooperativen* war.

Ein Beispiel dafür sind die Ereignisse bei *Amazon* am 24. November 2017. CGIL-CISL-UIL hatten für den *Black Friday* zum Streik am Standort Castel San Giovanni aufgerufen, bei dem es um unternehmensspezifische Dinge als auch um den neuen landesweiten Tarifvertrag für die Transportbranche ging. Zum Streik aufgerufen waren die direkt Beschäftigten, aber nicht die über Subunternehmer Beschäftigten bzw. Leiharbeiter. Normalerweise arbeiten in Castel San Giovanni 1600 Leute, aber imWeihnachtsgeschäft waren es knapp 4000; die Hälfte von ihnen, die Leiharbeiter, waren vom Streik ausgeschlossen; hinzu kamen noch mehrere hundert, die man zur Unterstützung der direkt Beschäftigten befristet eingestellt hatte. Das Ergebnis war, dass sich der Streik trotz einer guten Beteiligung der direkt Beschäftigten nicht sonderlich auf die Auslieferung der Waren auswirkte.

Ihre politische Schwäche hat sich auch in den Gegensätzen der Alternativgewerkschaften untereinander gezeigt[5]. Kürzlich haben zwei Bündnisse von Basisgewerkschaften zu zwei Generalstreiks an zwei verschiedenen Tagen aufgerufen: für den 27. Oktober 2017 riefen CUB, SI-COBAS, USI und SLAI-COBAS auf; USB, COBAS und UNICOBAS für den 10. November. ADL-COBAS hat nach dem Abschluss der Versammlung der ersten »Koalition« am 23. September, die sich nicht auf ein einheitliches Datum einigen konnte, am ersten Streik für den Privatsektor und am zweiten für den öffentlichen Sektor teilgenommen.

Unnötig zu sagen, dass die »Generalstreiks« keine besondere Wirkung entfalteten, auch wenn sich viele Beschäftigte im öffentlichen Nahverkehr in den Großstädten daran beteiligten. Die Medien konnten die großen Unannehmlichkeiten nicht verschweigen, die sie verursachten. Ansonsten haben sich sozusagen die Einflusszonen jeder gewerkschaftlichen Organisation bestätigt bei einer einheitlichen Beteiligung von unten in den verschiedenen Bereichen – und verbreiteten Klagen der Streikenden über die fehlende Einigung auf einen einzigen Mobilisierungstermin.

Groß bleibt also die Unordnung in den Breitengraden der Basisgewerkschaften – das zeigen auch die Ereignisse Ende September / Anfang Oktober in Carpiano im Mailänder Hub von SDA, dem Paketdienst der italienischen Post (den nun wohl Amazon übernehmen will), als S.I.COBAS und SOL-COBAS sich untereinander völlig zerstritten haben und Streikposten von S.I.COBAS von nachts aus Salerno, Rom, Termoli, Lecce und Alessandria angereisten selbstständigen Fahrern angegriffen wurden, die versuchten durchzubrechen.

Die Streitigkeiten untereinander dauern an. Am Samstag, 4. Oktober, in Vicenza war das Begräbnis des für seine Aktivitäten gegen die US-Militärbasis in Vicenza bekannten Genossen Olol Jackson, der mit 48 Jahren an einem Infarkt gestorben war. Er hatte in den letzten Jahren die ADL COBAS mit aufgebaut. Unter den 1000 TeilnehmerInnen (GenossInnen und ArbeiterInnen) waren etwa 100 ArbeiterInnen aus der Lagerlogistik im Veneto – größtenteils Migranten, die streikten, um dabei sein zu können. In der Trauer um den Verlust eines Genossen gibt es also die Hoffnung auf einen gemeinsamen Weg der linken Bewegung im Veneto, auch wenn der nicht leicht sein wird. ■

[Wer übrigens Italienisch lernen will, soll sich an uns wenden: wir organisieren Italienischkurse in Italien.]

[4] Der neue landesweite Tarifvertrag wurde am 3. Dezember 2017 unterzeichnet und soll am 1. Februar in Kraft treten. Er ist aber noch nicht in allen Unterkategorien angenommen, da wird noch nachverhandelt. Wichtigstes Ergebnis ist eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 108 Euro und die Einführung einer Sozialklausel, wenn die Kooperative den Auftrag verliert. Die Weiterbeschäftigung der ArbeiterInnen durch die neue Kooperative war der Hauptstreitpunkt für alle Basisgewerkschaften beim Abschluss von Haustarifverträgen in den letzten Jahren.

[5] Die italienischen Alternativgewerkschaften sind leider auch ein Minenfeld von Konkurrenz, Eifersüchteleien und Bündnispolitik der übelsten Sorte – dies ist ein Thema für sich und wird in der nächsten *Wildcat* behandelt.

Bild: Der Lagerarbeiter aus der Sicht von Hobo/Bologna – Angst hat er keine.

Im Veneto haben Mitglieder der Transportarbeitergewerkschaft FILT-CGIL eine *Logistik-Koordination* ins Leben gerufen, die in den letzten beiden Jahren erstaunlich gute Ergebnisse erzielt hat, was Löhne und Arbeitsbedingungen betrifft. Das folgende Gespräch hat der Regionalsekretär von *Rifondazione Comunista* am 18. Dezember mit einigen von ihnen geführt (wir haben es stark gekürzt).

»Von den Arbeitsbedingungen ausgehen!«

Paolo, UPS-Arbeiter, RSA FILT-CGIL

»Als ich vor 17 Jahren mit der Arbeit angefangen habe, begann meine Schicht zwischen sechs und sieben Uhr morgens und endete, wenn alles ausgeliefert war. Erst nach zehn, zwölf Stunden war eine richtige Pause drin; aber dann wurden es 13 Stunden… Wir bekamen Monatslohn auf der Basis von 168 Stunden. Die ersten drei Krankheitstage, die laut Tarifvertrag die Firma zahlen muss, wurden uns nicht bezahlt. Die Sozialversicherungsbeiträge zogen sie uns aber ab. Es gab zehn Tage bezahlten Urlaub.«

Manuel, Delegierter bei GLS

»Auch ich habe mit 12-13 Stunden Arbeit täglich begonnen. Mit der Zeit merkst du, dass es dir schwerer fällt. Es kamen die ersten gesundheitlichen Probleme. Von den vielen Stunden hinterm Lenkrad bekommst du Hämorrhoiden, Gelenkschmerzen, Rückenschmerzen, du musst mit Stress umgehen…«

Paolo: »Mit den Kämpfen haben wir uns würdigere Arbeitsbedingungen erstritten. Jetzt machen wir unsere acht Stunden Arbeit, ich spreche für meinen Betrieb und die, wo wir die Einhaltung des landesweiten Tarifvertrags erzwungen haben. Das gilt nicht für die Befristeten oder die Leute, die in der Vorweihnachtszeit zusätzlich kommen, viele Ältere, die meist kurz vor der Rente sind und denen noch Rentenbeiträge fehlen. Sie laden auch 100 Pakete in den Lieferwagen, aber sie schaffen es nicht, bringen alles durcheinander ... Die machen weiterhin so viele Stunden, wie wir vorher gemacht haben. Schluss ist, wenn alle Pakete ausgeliefert sind. Sie verdienen gut, weil sie das von uns Erreichte kriegen, aber sie sind erpressbar. Sie versuchen, immer zur Stelle zu sein, alles zu machen, was verlangt wird, weil sie hoffen, unbefristet eingestellt zu werden. Manchmal halten sie nur einen Tag durch.«

Wie habt ihr die Auseinandersetzung geführt? Wie habt ihr euch organisiert?

Paolo: »Begonnen haben wir bei UPS, auch mit Hilfe einer erfahrenen Kollegin, die bei uns im Büro arbeitet. Sie hat mich in Kontakt gebracht mit der UPS-Koordination, die sich an anderen Standorten gegründet hatte: Como, Rom, Florenz, Turin, Mailand. Wir waren die Ersten, die vor zwei Jahren begonnen haben. Am 4. Dezember 2015 haben wir den Multi UPS an den Verhandlungstisch gezwungen. Von hier ist unser Kampf losgegangen.«

Massimo von der Logistik-Koordination Vicenza (früher Provinzsekretär der FILT, heute in Rente, aber immer noch aktiv in der Unterstützung seiner KollegInnen)

»Wir haben einen Forderungskatalog aufgestellt, in dem wir außer der Anwendung des landesweiten Tarifvertrags noch weitere Dinge bezüglich der Sozialversicherung verlangten. Wir haben mit Versammlungen begonnen, Versammlungen mit 100 ArbeiterInnen in einem einzelnen Depot gemacht. Die Koordination besteht aus VertreterInnen aus allen Betrieben, in denen wir tätig sind. Wenn eine Firma die Versammlung nicht zulässt oder einen Arbeiter entlässt oder wenn sie nicht mit uns verhandeln will, wird die gesamte Koordination mobilisiert.«

Paolo: »In Bassano haben wir im Konflikt mit *Bartolini* den Verkehr der halben Stadt blockiert. Wir haben auf der Straße Flugblätter verteilt, per Megafon Reden gehalten, standen vor den Toren.«

Massimo: »Dasselbe haben wir bei *Valentino* gemacht mit der Kooperative, die für sie arbeitet. Wir sind zu fünfzigst hingegangen, um sie an den Verhandlungstisch zu bringen. Wir haben uns davor aufgestellt. Das war eine Riesensache für Vicenza. *Valentino* gilt als unantastbar. (...)

Wir sind eine ›Straßengewerkschaft‹, wir wollen die ArbeiterInnen und ihre Interessen vertreten, und das notwendigerweise auch mit Kämpfen. Das macht eine Sache sofort klar. Die FILT von Vicenza hat mit übergroßer Mehrheit für die Minderheitsbewegung *Gewerkschaft ist was anderes!* gestimmt. Unsere Praxis, unsere Art zu intervenieren entspricht nicht der üblichen gewerkschaftlichen Vorgehensweise. Ich spreche nicht von CISL oder UIL, die gar nichts zählen und vor allem nichts machen, sondern ich spreche von der CGIL. Wir entsprechen nicht ihrer Art von Gewerkschaftsarbeit von oben nach unten. (...) Vielleicht ändert sich gerade etwas. Für den gerade abgeschlossenen landesweiten Tarifvertrag haben wir drei Tage lang gestreikt.«

Paolo: »Früher hatte ich 50-55 Lieferungen und Rücknahmen am Tag. Heute habe ich 78 Pakete *plus* Rücknahmen. In den kleinen Dörfern bestellen sie sich jetzt schon einen Kugelschreiber oder einen Wäscheständer für drei Euro bei *Amazon*. Wir stehen vor einer großen Veränderung, die nicht nur uns betrifft.«

Manuel: »Alles ändert sich. Es gibt einen Wettlauf um den Online-Verkauf. Auch wenn die Leute kapieren, dass da irgendwas nicht stimmt, dass sie uns dazu bringen, dass wir wie die Verrückten am Rennen sind, dass die kleinen Läden zumachen; sie finden es sehr bequem, sich die Dinge zu mehr als günstigen Preisen ins Haus bringen zu lassen. Sie müssen sich nicht umziehen, um aus dem Haus zu gehen, müssen nicht das Auto nehmen… und das ist in den kleinen Dörfern eine große Bequemlichkeit.«

Wie beurteilt ihr die Auseinandersetzungen, die in so vielen Lagerhäusern von den Basisgewerkschaften geführt werden?

Massimo: »Ganz allgemein möchte ich sagen, dass die Basisgewerkschaft eine Lücke gefüllt hat, die wir gelassen haben. Man muss die Bedürfnisse der ArbeiterInnen verstehen und ihnen Antworten geben. Es sind Fehler gemacht worden, man hat das unterschätzt, oder noch schlimmer, man hat sich nicht für die Bedingungen interessiert, denen sie gezwungenermaßen in vielen Betrieben ausgesetzt waren und sind.« ■

Mit dem sogenannten »Flüchtlingsproblem« werden zwei Jahre nach dem »Sommer der Migration« politische Mehrheiten organisiert bzw. verloren. Sind die erbitterten Debatten über den Familiennachzug für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz nur Schaukämpfe? Wie passt dies alles zusammen mit dem Gejammer von Unternehmen über Fachkräftemangel? Inwieweit ist es der Flüchtlingsverwaltung gelungen, die hier Angekommenen in den Arbeitsmarkt zu integrieren?
Wir haben versucht, offizielle Zahlen zusammenzutragen, was nicht ganz einfach ist – zu viele politische Interessen sind hier im Spiel. Parallel dazu haben wir Interviews mit Geflüchteten zu ihrer Arbeitssituation gesammelt. Einen Teil davon findet Ihr in gekürzter Form im Anschluss.

Fachflüchtlinge gesucht

Im Sommer 2015 haben hunderttausende Flüchtlinge sich einen Weg nach Europa gebahnt. Sie schmuggelten sich nicht versteckt und nachts über die Grenzen, sondern sie konnten so hohen politischen Druck aufbauen, dass die deutsche Regierung die Grenze öffnete.

Für kurze Zeit waren sie eine Kampfgemeinschaft, als es darum ging, Zäune zu überrennen. In der BRD und anderen Ländern angekommen, konnte diese Offensive nicht bestehen bleiben. Gegenüber den Behörden, auf dem Arbeitsmarkt, im Alltag bist du ein Einzelner. Dies gilt insbesondere für diejenigen, die sich auf ein Asylverfahren einlassen, um als politischer Flüchtling oder Kriegsflüchtling ein spezielles Antragsverfahren zu durchlaufen. Die Rolle als Bittsteller erschwert ein gemeinsames und kämpferisches Auftreten. Manch eine/r muss Geschichten erfinden, um hierbleiben zu dürfen; damit durchzukommen ist mehr oder weniger Glückssache. Beispielsweise treten viele Iraner und Afghanen zum Christentum über. Das führt in die Abhängigkeit von Kirchengemeinden und schränkt die eigenen Handlungsmöglichkeiten erheblich ein – die falsche Lebensgeschichte muss möglicherweise jahrelang aufrecht erhalten werden.

Es ist unwahrscheinlich, dass Flüchtlinge »als Flüchtlinge« in größerem Ausmaß kämpfen werden. Flüchtlingskämpfe in der Vergangenheit waren meist kollektive Kämpfe in Lagern gegen Lebensmittelpakete. Das Arbeitsverbot führte dazu, dass sie jahrelang unter diesem Status lebten. Außerdem waren viele Flüchtlinge schon in ihrem Herkunftsland politisch organisiert gewesen und setzten dies hier fort. Das ist heute anders.

»Integration über Arbeit«

Bei der Aufnahme von Geflüchteten im Sommer und Herbst 2015 wollte die Regierung den Gegnern dieser Politik von vornherein den Wind aus den Segeln nehmen und behauptete, diese Menschen würden den leergefegten Arbeitsmarkt entlasten und dass man alles tun wolle, um sie sobald wie möglich in Arbeit zu bringen. Arbeitserlaubnisse sollte es nun auch für Geduldete geben; auch Leiharbeit sollte künftig für Geflüchtete möglich sein. D.h. viele der als Flüchtlinge Eingereisten werden arbeiten gehen und in Betrieben mit anderen zusammen arbeiten. Wie werden sie dort aufgenommen? Gibt es eine Abwehrhaltung einheimischer Kollegen? Werden Flüchtlinge auf Arbeit schlechter gestellt? Wird es zu einer »Unterschichtung« kommen, die die Kampfbedingungen generell verschlechtert? Werden gemeinsame Kämpfe möglich sein?

Gegen das Gegeneinander

Die Zugewanderten kommen heute in einen sehr viel stärker deregulierten Arbeitsmarkt als beispielsweise die »Gastarbeiter« in den 1960er Jahren. Die Situation, auf die sie in deutschen Betrieben treffen, ist ziemlich desolat. Belegschaften haben sich nach Strich und Faden auseinanderdividieren lassen. Eine Vielzahl von Erpressungen und Zumutungen wurde kampflos hingenommen. Aus dieser Position eigener Schwäche und Defensive neigen Teile der ansässigen Arbeiterklasse dazu, die damit verbundenen Probleme auf andere zu schieben, vor allem auf MigrantInnen und Flüchtlinge.

Es ist notwendig, dass die ArbeiterInnen damit aufhören, die Tatsachen zu verdrehen und auf staatlichen Protektionismus zu setzen. Das geht nur, wenn sie durch eigenes Handeln und Kämpfen die Bedingungen für alle verbessern und die Eingewanderten als Teil der Klasse sehen. Im direkten Umgang miteinander im Betrieb ist das möglich.

Genau darauf müssen Linke ihre volle Kraft richten, Antirassismus und Sozialarbeit reichen nicht aus. Nur eine kämpfende Klasse kann verhindern, dass sich einzelne Gruppen gegeneinander wenden.

Massenflucht oder geordnete Zuwanderung

Als immer mehr Geflüchtete in die BRD kamen, platzten Unternehmerverbandsvertreter, Handwerkskammerpräsidenten und Unternehmensvorstände vor Freude über dieses potentielle Humankapital, das neuen Schwung in den Arbeitsmarkt bringen werde. Manche Linken vermuteten angesichts der jubelnden Kapitalisten, dass die Öffnung der Grenzen im Sommer 2015 eine geplante Maßnahme war, um die BRD mit billigen Arbeitskräften zu versorgen und die hiesige Arbeiterklasse unter Druck zu setzen.

Tatsächlich war die Grenzöffnung ein Moment des Kontrollverlusts: Wie auch immer es genau abgelaufen ist, es war eine Zeitlang unmöglich, die Flüchtlinge an der Grenze stehen zu lassen.

Aber das Zeitfenster war kurz, die Grenzkontrollen wurden drastisch verschärft, die Balkanroute ist dicht, bei der Flucht übers Mittelmeer kamen letztes Jahr mindestens 3000 Menschen ums Leben.

Reproduktionskrise des Kapitalismus

Parallel zur Einwanderung von Geflüchteten aus Asien und Afrika sind seit dem Kriseneinbruch 2008 viele Leute aus Süd- und Osteuropa eingewandert. Die Öffnung des Arbeitsmarktes in der EU hat wie ein weiterer Schritt der Globalisierung gewirkt. Wir haben es momentan mit der dritten großen Einwanderungswelle in die BRD zu tun – nach den »Gastarbeitern« der 60er und den Jugoslawien-Flüchtlingen und anderen Osteuropäern der 90er Jahre.

Über das politisch motivierte Hin und Her bei der Diskussion um Einwanderung hinaus lassen sich weitläufigere historische Muster erkennen. Moderne Gesellschaften reproduzieren sich nicht aus sich selbst heraus, sondern sind auf Zuwanderung angewiesen. Das BRD-Kapital wird seit 150 Jahren über Immigration mit Arbeitskraft versorgt; diese wurde entweder durch Kriege ausgelöst oder über Anwerbeabkommen organisiert. Seit einigen Jahrzehnten nimmt sie die Form von Zuwanderungs- oder Flüchtlings*wellen* an. So wird die Arbeiterklasse überfordert und in der Defensive gehalten.

Die Politik ist eingeklemmt zwischen den Forderungen der Wirtschaft nach einer Liberalisierung der Migration und der politischen Weltlage, die die Zahl der Flüchtlinge zu einer unberechenbaren Größe macht. Bundes- und Landesregierungen fahren einen Schlingerkurs: auf der einen Seite werden immer neue Maßnahmen erfunden, um die Geflüchteten zu verwalten und in Arbeit zu bringen; auf der anderen Seite werden mit Schielen auf die letzten Meinungsumfragen publikumswirksam Leute in Kriegsgebiete abgeschoben, darunter auch mal bestens integrierte Arbeiter. AfghanInnen, die sich zu händeringend gesuchten PflegehelferInnen haben ausbilden lassen und sich als solche bewährt haben, erhalten negative Asylbescheide. Ehrenamtliche verlieren den Glauben an den Staat, weil sie sich an das Wort der Regierung gehalten haben, dass es vor allem um »Integration« gehe.

Die offizielle Rhetorik lautet »Kriegsflüchtlinge ja, Wirtschaftsflüchtlinge nein«. Allerdings sind diese beiden Gruppen oft schwer zu unterscheiden. Sie werden zurzeit mit allen Mitteln draußen gehalten, um keine »Sogwirkung« zu erzielen – zumindest so weit das in der Öffentlichkeit akzeptiert wird.

Dabei halten die meisten PolitikerInnen Einwanderung für notwendig, sie soll aber in geordneten Bahnen verlaufen, mit *Blue Card* oder über Werkvertragsfirmen beispielsweise.

»Fachkräftemangel«

Die deutsche Wirtschaft boomt, und auch wenn das ein Tanz am Abgrund der Weltwirtschaftskrise ist und niemand weiß, wie lange er dauern wird, braucht sie erst einmal Arbeitskraft. Die Einheimischen werden immer älter, es wachsen viel weniger ArbeiterInnen nach als in der Vergangenheit. Die seit Jahrzehnten wiederkehrende Propaganda um einen Fachkräftemangel hat sich angesichts der sinkenden Arbeitslosigkeit gerade wieder hochgeschaukelt. Die Arbeitgeber fordern mit dieser Begründung seit 20 Jahren mehr Zuwanderung. Am besten sollen qualifizierte Leute herkommen, und wer von den Flüchtlingen keine Ausbildung hat, soll gleich eine machen. Je mehr gut ausgebildete Leute es gibt, umso weniger müssen die Unternehmen ihnen bieten und zahlen.

Die Arbeitgeber-Lobby ruft immer nach Leuten mit Ausbildung. Oft ist gar nicht wichtig, welche Ausbildung das ist, es geht nur darum, dass die Leute mal drei Jahre durch die Mühle gegangen sind, Industrieabläufe kennen und bewiesen haben, dass sie diszipliniert genug sind. Und das sollen die Geflüchteten jetzt auch erstmal zeigen.

Es werden nämlich gar nicht nur »Fachkräfte« gesucht (tatsächlich werden im Moment sogar viele Fachkräfte entlassen, z.B. bei Banken und Versicherungen). Im Gegenteil fehlt es zurzeit hauptsächlich an einfacher Arbeitskraft und an Leuten, die harte körperliche Arbeit machen. Hinter dem Bild von der BRD als dem »Land der Ingenieure« versteckt sich ein großer Niedriglohnsektor, der für die Exportwirtschaft produziert: schlecht bezahlte Montage-Arbeiterinnen, Lagerarbeiter und LKW-Fahrer. Genau für diese Jobs werden dringend Leute gesucht. Dazu kommen noch Bau, Handwerk, Dienstleistungen und Pflegearbeiten, die parallel zu den Industriejobs immer »günstiger« werden müssen.

Die Zahl der Arbeitsstellen, für die man keine formelle Qualifikation braucht, ist in letzter Zeit weit stärker als alle anderen Arten von Jobs gewachsen: In den letzten drei Jahren sind 1,6 Millionen sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden, für 45 Prozent davon braucht man keine formelle Ausbildung, obwohl diese Art von Jobs insgesamt nur 13 Prozent ausmachen. Viele Deutsche wollen solche harten Jobs zu den gegebenen Bedingungen nicht machen. Der Betreiber einer großen Spedition sagt beispielsweise: »Für die Nachtschicht kriegen Sie keinen Deutschen«. Dem Institut der deutschen Wirtschaft zufolge gibt es allein für LKW-Fahrer 15 000 offene Stellen. Die Zuwanderung aus Osteuropa ist bereits rückläufig. Viele gehen in ihre Herkunftsländer zurück bzw. bleiben gleich dort, weil die Löhne gestiegen sind und die Lebensbedingungen sich verbessert haben. Die Arbeitgeber auf dem Bau und in der Gastronomie jammern.

Da der Konkurrenzdruck in diesen Bereichen hoch ist und die einzelnen Kapitalisten die Arbeitsbedingungen kaum verbessern können, suchen sie eben Zuwanderer und Flüchtlinge, die bereit sind, für wenig Lohn flexibel zu arbeiten – zumindest als Einstieg. VertreterInnen der Institutionen merken das immer mal wieder offen an: »Offenbar haben wir einen großen Bedarf an einfachen Dienstleistungen. Daher profitieren wir von dieser Art Zuwanderung, vorausgesetzt, diese Menschen kommen am Arbeitsmarkt an.« (Prof. Brücker, IAB)

Vollbeschäftigung bei stagnierenden Löhnen. Wie wirkt sich die Zuwanderung aus?

In der BRD herrscht im Moment die paradoxe Situation, dass die Arbeitslosigkeit relativ niedrig ist und die Wirtschaft wächst, die Löhne aber kaum steigen.

Mit der Einführung des Mindestlohns 2015 hat die Politik eine Lohnuntergrenze gezogen. Damit konnte das Lohnniveau der Ansässigen nicht weiter nach unten absacken und das »Lohnabstandsgebot« zur Sozialhilfe besser gewahrt werden.

Forderungen von Unternehmerseite, die Lohnuntergrenze für Flüchtlinge aufzuheben, wurden bisher nicht erfüllt. Es war sogar eine Forderung der AfD im Wahlkampf, dass der Mindestlohn auch für Flüchtlinge gelten soll.

Ausnahmen davon gibt es trotzdem, z.B. im Zweiten Arbeitsmarkt; es gibt auch immer die Möglichkeit der Schwarzarbeit. Aber es ist offensichtlich nicht politischer Wille, dass dieser Lohn von der Zuwanderung unterlaufen, sondern dass von unten aufgefüllt wird.

Die Gefahr des Mindestlohns besteht eher darin, dass diese Lohnhöhe als legitim angesehen und akzeptiert wird und immer mehr Leute nur den Mindestlohn bekommen, wie die Entwicklung in anderen EU-Ländern (z.B. Frankreich) zeigt.

Wie erklären sich die bürokratischen Hürden für die Beschäftigung von Flüchtlingen?

Tatsächlich ist es für noch nicht anerkannte Flüchtlinge ziemlich kompliziert, legal zu arbeiten. Umziehen zum Beispiel darf man erst mit der Anerkennung, und auch dann können noch Wohnsitzauflagen gelten. Es sind immer mehrere Behörden für einen Fall zuständig, die nicht unbedingt gut vernetzt sind, oft hängt alles von Ermessensspielräumen ab. Die Bearbeitung der Anträge dauert ziemlich lange, und es ist sehr schwer, eine Arbeit zu finden, wenn jederzeit die Abschiebung droht.

Der DIHK fordert zur verbesserten Einstellbarkeit von Flüchtlingen einen Abschiebeschutz während der Einstiegsqualifizierung, die Wartezeiten für Sprachkurse müssten kürzer und das Wirrwarr von Zertifikaten beseitigt werden. Eine Ausbildungsduldung sollte sechs Monate vor Beginn der Ausbildung erteilt werden – denn Ausbildungsverträge werden frühzeitig abgeschlossen.

Für die Unternehmer wäre es am besten, dass Flüchtlinge einfach herkommen und anfangen zu arbeiten, ohne »bürokratische Hemmnisse«. Am besten auch ohne dass sie staatliche Unterstützung bekommen, damit sie sich für jede Arbeit hergeben müssen. Einige »Hemmnisse« wurden rasch beseitigt, so dass es im Vergleich zu früher *theoretisch* leichter geworden, als Flüchtling in der BRD zu arbeiten, selbst wenn noch unklar ist, ob und wie lange man bleiben kann.

Arbeitserlaubnis

Wer Asyl oder Schutz als Flüchtling nach der Genfer Konvention beantragt, muss seinen Ausweis abgeben und bekommt eine Aufenthaltsgestattung. Wird dem Antrag stattgegeben, bekommt man eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre, oder für ein Jahr, wenn nur subsidiärer Schutz zuerkannt wird – was die Arbeitssuche sehr viel schwerer macht. Das ist mittlerweile bei vielen Syrern der Fall. Wird der Antrag abgelehnt, aber eine Abschiebung ist nicht möglich, bekommt man eine Duldung.

Uneingeschränkt arbeiten dürfen anerkannte Flüchtlinge und Asylberechtigte. Menschen aus »sicheren Drittstaaten« dürfen in vielen Fällen gar keine Arbeitserlaubnis bekommen.

Wer noch im Antragsverfahren steckt oder eine Duldung hat, braucht eine Arbeitserlaubnis. Die Ausländerbehörde muss dann jede Arbeitsaufnahme konkret genehmigen und dafür die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit einholen. Die BA prüft unter anderem, ob die geflüchtete Person zu schlechteren Bedingungen eingestellt werden soll als deutsche Mitarbeiter.

Die Vorrangprüfung in den ersten 15 Monaten des Aufenthalts, bei der die Zustimmung nur dann erteilt wird, wenn die Arbeitsstelle nicht mit einem »Inländer« besetzt werden kann, wurde mit dem Integrationsgesetz vom Sommer 2016 in den meisten Regionen für drei Jahre ausgesetzt (ausgenommen sind Mecklenburg-Vorpommern sowie einige Orte in Bayern und NRW). Einschränkungen für Leiharbeit wurden bereits im Herbst 2015 aufgehoben.

Integrationsgesetz?

Auf dieses Integrationsgesetz geht auch die »Ausbildungsduldung« zurück. Die Erteilung einer Duldung für die Zeit der Ausbildung ist heute ein Rechtsanspruch und liegt nicht mehr im Ermessen der Behörde, die Altersgrenze von 21 Jahren wurde abgeschafft. Es dürfen allerdings noch keine Schritte zur Abschiebung eingeleitet worden sein – eine von mehreren Bundesländern sehr weitläufig interpretierte Vorschrift.

Das Gesetz erhöht den Druck, arbeiten zu gehen, was zulasten der Arbeitsbedingungen gehen dürfte. Nur Flüchtlinge, die einen Arbeitsplatz haben, dürfen ihren Wohnort frei wählen; die Länder können sonst Regelungen erlassen, nach denen der Wohnort bestimmt oder zumindest bestimmte Orte ausgeschlossen werden. Das schon bekannte Prinzip der Agenda 2010 »Fördern und Fordern« wird nun auch auf Flüchtlinge angewendet: Wird ein Integrationskurs verweigert, können Leistungen gestrichen werden. Das ist ein Hohn angesichts der Tatsache, dass Tausende von Flüchtlingen lange Zeit darauf waren, an Integrations- und Sprachkursen teilnehmen zu können. Zudem sind Flüchtlinge verpflichtet, sogenannte »Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen« anzunehmen, also »Ein-Euro-Jobs«. Der üppige Zuverdienst wird für sie allerdings auf 80 Cent die Stunde gekürzt.

Die Zuwanderer sollen arbeiten und keine Ansprüche stellen.

Man könnte fast schon von einer Strategie sprechen: Ein Arbeitsplatz wird versprochen und darf dann doch nicht angenommen werden. Anträge reihen sich an lange Wartezeiten, Auskünfte widersprechen sich. Diese Prozeduren reiben die Leute auf und sind ein Mittel der Vereinzelung. Die nicht völlig unberechtigte Hoffnung auf Aufenthaltsstatus, Unterstützung und eine neue Existenz wird wachgehalten, auch über viele Hindernisse hinweg. So bleiben viele potentiell enttäuschte und verzweifelte Menschen unter Kontrolle, Aufstandssituationen wie in italienischen Flüchtlingslagern werden verhindert.

Wo arbeiten die Flüchtlinge?

Die große Mehrheit der Geflüchteten, die arbeiten dürfen oder zumindest nach Genehmigung arbeiten dürfen, steckt in Sprachkursen, Praktika oder anderen Maßnahmen. Die Jugendlichen ohnehin: von ihnen besuchen viele noch die Schule oder spezielle Integrationsklassen. Wer 2015 gekommen ist, wird diese frühestens 2018 verlassen. In Bayern schlossen im Sommer 2017 etwa 5500 Flüchtlinge eine Berufsintegrationsklasse ab, sie sind alle vor 2015 gekommen. 2018 werden es wohl mehr als doppelt so viele sein.

Aber auch wer früher gekommen ist und schon zwei Jahre hinter sich hat, hat nicht unbedingt einen klaren Weg vor sich. Bei manchen dauert die Schule länger, weil sie noch alphabetisiert werden mussten. Viele werden nicht zur Hauptschulabschluss-Prüfung zugelassen oder bestehen sie nicht.

Ausbildung

Nur die wenigsten fangen jetzt eine Ausbildung an, in Darmstadt z.B. sind es von 67 Integrationsklassen-Schülern nur 12. Zu der Schwierigkeit, einen Arbeitgeber zu finden, der die bürokratischen

Hürden auf sich nehmen und sie ausbilden will, kommen noch zahlreiche Vorschriften hinzu, mit denen eine erfolgreiche Ausbildung und gelungene Integration sichergestellt werden soll. Viele erfüllen die Voraussetzungen nicht: Um die Genehmigung für eine Ausbildung zu erhalten, müssen Geflüchtete Sprachkenntnisse auf B2-Niveau nachweisen. Damit haben viele Probleme, die wenige Kontakte zu Deutschen haben. Einige haben sogar die Zusage für einen Ausbildungsplatz in der Tasche, kämpfen aber noch mit dem Spracherwerb.

Viele junge Leute wollen aber gar keine Ausbildung machen: viele kennen das Konzept einer mehrjährigen Ausbildung und die vielen Ausbildungsberufe gar nicht, die es in der BRD gibt, nicht. Manchen behagt auch der angebotene Beruf nicht. Und viele wollen oder müssen gleich mehr Geld verdienen und nehmen schnell einen Helferjob an.

Wie viele Geflüchtete bisher tatsächlich eine Berufsausbildung begonnen haben, ist nicht genau zu sagen. In der Statistik der Bundesagentur tauchen für 2017 6000 auf, die damit ihre Arbeitslosigkeit beendet haben. Dazu kommen aber noch alle, die vorher beispielsweise zur Schule gegangen sind oder andere Kurse besucht haben. In Baden-Württemberg haben 2017 2300 Geflüchtete eine Ausbildung angefangen, ungefähr doppelt so viele wie 2016.

Arbeit

Auch bei den (etwas) Älteren scheinen die Behörden besorgt zu sein, sie zu früh auf die reale Arbeitswelt loszulassen – oder auf starke Schwierigkeiten zu stoßen, was Festeinstellungen angeht. Die Leute werden zunächst in Kurse und Praktika geschickt. Viele haben schon mehrere Praktika absolviert, diese dauern ein bis vier Wochen, und wenn nicht schon eine bestimmte Qualifikation vorhanden ist, finden sie zumindest in Berlin und Brandenburg oft in Bereichen wie Gastronomie und Verkauf statt. Jobs werden daraus meistens nicht, es gibt nur die Hoffnung, dass das Zeugnis bei der nächsten Bewerbung hilft. Auch in der stärker industriell geprägten Stuttgarter Region gibt es viele Praktikanten.

Manche versuchen, durch eine Ausbildung in einem Mangelberuf wie Altenpflegerin ihren Aufenthalt zu legalisieren. Andere versuchen, der Abschiebung durch einen Job im zweiten Arbeitsmarkt zu entgehen.

Das ist allerdings keine Perspektive für Leute, die ihre Familie herholen wollen oder dies bereits getan haben: wer einen fünfköpfigen Haushalt versorgen will, braucht sofort einen Job und die Möglichkeit, mit Überstunden und Nebenjobs wie schwarz putzen gehen, den Lohn zu erhöhen.

Die Zahlen des BAMF und des IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit) entsprechen in etwa diesen Erfahrungen. Als Annäherung an die Zahl der Geflüchteten ziehen sie die Zahl der »Personen aus den acht wichtigsten außereuropäischen Herkunftsländern« heran (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien).

Wie viele Geflüchtete zumindest offiziell auf Jobsuche sind, kann man den Statistiken grob entnehmen. Die Bundesagentur hat für Dezember 2017 181 000 Arbeitslose aus diesen Ländern als arbeitslos registriert, das sind 7000 mehr als vor einem Jahr. Immer mehr Geflüchtete werden von den Ausländerbehörden an die Jobcenter »übergeben«, aber nur ein Teil von ihnen taucht in der Arbeitslosenstatistik auf. Die Zahl derer, die als »Unterbeschäftigte« bezeichnet werden, ist im Jahr bis zum Oktober 2017 von 320 000 auf 420 000 gewachsen. Dahinter verbergen sich diejenigen, die gerade Kurse, Praktika und andere Maßnahmen absolvieren. Viele Geflüchtete haben geringfügige Jobs, insgesamt sind es 61 000. Von Oktober 2016 bis Oktober 2017 haben 56 000 Geflüchtete, die vorher arbeitslos waren, eine sozialversicherungspflichtige Arbeit am ersten Arbeitsmarkt aufgenommen, 7000 eine geringfügige Beschäftigung, weitere 9000 eine am zweiten Arbeitsmarkt. Im Oktober 2017 haben etwas mehr als 200 000 Menschen aus den acht genannten Ländern sozialversicherungspflichtig gearbeitet.

Die Beschäftigungsquote (die geringfügig Beschäftigte einschließt) stieg damit im Verlauf des Jahres von 16 auf 25 Prozent an. Das bedeutet, dass ein Viertel der erwerbsfähigen Geflüchteten bereits offiziell arbeitet, bei den Ausländern insgesamt sind es 47 Prozent und bei den Deutschen 67 Prozent.

Ein Viertel der arbeitenden Flüchtlinge ist über Leiharbeit beschäftigt, gefolgt von Beschäftigungsverhältnissen in Unternehmen, die »wirtschaftliche Dienstleistungen« erbringen, und dem Gastgewerbe. Fast die Hälfte der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeitet als Helfer.

Die Zugewanderten verfolgen unterschiedliche Strategien. Anders als die »Gastarbeiter« sind viele Flüchtlinge nicht hierher gekommen, um in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Geld zu verdienen und dann wieder in ihr Herkunftsland zu gehen. Sie wollen ein besseres Leben, nicht in beschissenen Jobs ackern bis zum Umfallen. Das zeigen auch die folgenden Interviews. ■

Kein Traumjob, aber erstmal in Ordnung

Die Interviews, von denen wir hier Auszüge abdrucken, wurden im letzten Jahr in verschiedenen Gegenden Deutschlands und Österreichs geführt.

Die Arbeitssituation der verschiedenen Gruppen ist unterschiedlich; wer aus »sicheren Herkunftsländern« kommt, muss mehr bürokratische Hürden überwinden und erlebt oft mehr Schikanen.

Einige Syrer sagen, sie würden zurückgehen, wenn kein Krieg mehr wäre. Die Leute aus Afrika wollen nicht zurückgehen. Wer bleiben will und Familie hat, will seine Familien herholen. 2017 sind schon viele Frauen hergekommen.

Einige wurden anfangs in den Lagern selber beschäftigt, v. a. als Übersetzer; sehr viele arbeiten in der Gastronomie und verdienen im Prinzip Mindestlohn. Ein Inder, der über eine Liebesbeziehung hierhergekommen ist, erzählt über die dortigen Hierarchien. Für die meisten ist das kein Traumjob, aber erstmal in Ordnung. Und vor allem ist die Arbeit auch eine Möglichkeit »unter Leute zu kommen«. Solange sie von den Ämtern in Kursen und Praktika geparkt werden, kriegen sie keinen Kontakt zu Deutschen, über Deutsch-Kurse ist das sehr schwer. Oder die Leute werden vom Amt in Maßnahmen gesteckt, die sie angeblich für die Arbeit vorqualifizieren sollen, aber dann gibt es dort keine richtige Betreuung und kein Ziel. Dann sitzen sie rum, trinken Kaffee und spielen mal in der Werkstatt – sechs Monate lang.

Die Leute haben auch gute Netzwerke und informieren sich gegenseitig. Aber Boden unter die Füße kriegen sie erst über die Arbeit.

Viele bringen Arbeitserfahrungen mit, die werden aber kaum anerkannt. Qualifizierte wollen in ihren Bereichen arbeiten, sind aber meist auch offen für einen Neuanfang. Facharbeiter vom Bau wie Elektriker finden dagegen oft auch Jobs in ihrem Beruf.

Die meisten der Befragten sagten, ihre Arbeit gefalle ihnen. Viele gehen unbefangen mit der Arbeitssituation um. Sie haben keine Vorstellungen von Klassenkampf, sondern lassen sich auf viele Zumutungen ein, solange es in ihren »Plan« passt, viele sind zu Überstunden bereit. Sie wehren sich aber, wenn Grenzen überschritten werden – zumindest stellen sie sich im Gespräch so dar. Über größere Probleme bei der Arbeit hat niemand erzählt. Sie kommen mit dem Verdienst hin, können sogar etwas nach Hause schicken – teilweise schaffen sie das aber nur mit vielen Überstunden.

Ganz typisch der Mechaniker aus Albanien: Die Arbeit gefällt ihm, keine Probleme mit den Kollegen, soziale Kontakte aber eher in der Community. Er ist insofern »untypisch«, als er mit einem Touristenvisum in die BRD gekommen ist. Auch alle anderen, mit denen wir gesprochen haben, konnten ihre ihre Wanderung in die BRD strategisch planen und sprechen darüber, wie sie sie finanziert haben.«

Einige gehörten im Herkunftsland sicherlich nicht zu den Armen, haben eine gute Schulbildung oder sogar ein Studium (begonnen). Geflohen sind sie, weil sie z. B. nicht nicht gezwungen werden wollten, im syrischen Bürgerkrieg auf einer Seite zu kämpfen.

Die Fotos geben nicht die Gesprächspartner wieder, sondern sind Aufnahmen von einem Flüchtlingsfest der ARGE Kultur in Salzburg im Juli 2017, die wir im Netz gefunden haben. (https://www.flickr.com/photos/argekultur/sets/72157683283915564/with/35798891806/) Das Foto der beiden Frauen stammt vom Umbruch-Bildarchiv.

Arbeit in der Küche

Ich beschloss, nach Deutschland auszuwandern

Ich bin 27 Jahre alt, in der Provinz Badachschan, Afghanistan, geboren und als Kleinkind mit meiner Familie in die Provinzhauptstadt Faizabad gezogen.

Dort bin ich acht Jahre lang, von Samstag bis Donnerstag (8-12 Uhr), zur Schule gegangen. Es gab die Unterrichtsfächer Geographie, Mathematik, Politik, Dari, Paschtu, Arabisch, Religion und Geschichte. Aber ich habe kaum aufgepasst, eher gespielt oder mich anderweitig beschäftigt. Nach acht Jahren habe ich die Schule abgebrochen. Ich habe keinen Abschluss. Ich bin Analphabet, kann also auch meine Muttersprache Dari nicht hinlänglich lesen und schreiben.

Unter der Talibanherrschaft war es nicht ungewöhnlich, dass auch Leute, die zur Schule gegangen sind, nicht lesen und schreiben konnten. Jetzt ist das zum Glück anders. Ich und meine Freunde schätzen, dass die Analphabetenquote in Badachschan bei Menschen meines Alters ca. 20 bis 30 Prozent beträgt. In Masar-e Scharif und Kabul ist es viel besser.

Mit 18 fing ich an, selbständig als Taxifahrer zu arbeiten, verdiente aber sehr wenig. Danach arbeitete ich zwei bis drei Jahre als Fahrer für eine kanadische Entwicklungshilfeorganisation *(Canadian Governmental Development Association)*. Den Job hatte mir ein Freund besorgt. Als die Taliban zwei kanadische und zwei afghanische Mitarbeiter dieser Organisation entführten, stellte sie ihre Tätigkeiten in diesem Gebiet ein und ich verlor meinen Job.

Ich war deshalb verzweifelt und schimpfte auch in der Öffentlichkeit über die Taliban. Da diese überall ihre Spitzel haben und Faizabad zumindest nachts kontrollieren, erfuhren sie von meinen Äußerungen und drohten, mich und auch meine Familie zu töten. Da die Taliban überall in Afghanistan ihre Leute haben, gab es keinen sicheren Ort mehr für mich.

Ich beschloss deswegen, nach Deutsch-

land auszuwandern – zumal die deutsche Regierung einen meiner Ex-Kollegen, der für die kanadische Organisation als Übersetzer gearbeitet hatte, nach Deutschland holte. Ich hoffte, er könnte mir in Deutschland helfen. Auch einer meiner Nachbarn in Faizabad war Deutscher.

Ich fuhr nach Pakistan und überquerte in einem privaten Transport die Grenze in den Iran. Dort fuhr ich an die Grenze zur Türkei und ging zu Fuß über die Grüne Grenze, nahm einen Bus nach Ankara und dann nach Izmir. Von dort setzte ich mit einem Boot nach Lesbos über. Dann ging es weiter nach Athen, Mazedonien, Serbien, Kroatien, Ungarn und Österreich. In Passau erreichte ich Deutschland. Dann schickten die Behörden mich zuerst nach Hamburg und dann nach Berlin.

Mein Antrag auf Asyl wurde im November 2016 abgelehnt. Zurzeit habe ich eine Duldung wegen eines noch nicht abgeschlossenen Klageverfahrens gegen diese Ablehnung.

Seit meiner Ankunft in Berlin vor fast zwei Jahren wohne ich in der Notunterkunft in den Hangars in Berlin-Tempelhof. Am Anfang habe ich anderthalb Jahre Geld vom Lageso bekommen. Nebenher habe ich einen Monat lang schwarz gearbeitet (acht Stunden am Tag, sechs Tage die Woche für 800 Euro monatlich, sprich ca. 3,85 Euro pro Stunde). Dann habe ich ein halbes Jahr lang zwei Stunden am Tag in einem türkischen Imbiss gearbeitet. Da habe ich 8,50 Euro in der Stunde gekriegt. Die Arbeit hat mir gut gefallen, zumal ich dadurch nicht einfach nur in der Notunterkunft rumsitzen musste. Vor ein paar Wochen aber hat das Lageso anlässlich der Erneuerung meiner Duldungspapiere die Arbeitsbewilligung zurückgezogen. Jetzt bekomme ich wieder Unterhalt vom Lageso.

Wenn ich wieder arbeiten darf, würde ich gerne wieder in der Küche arbeiten, da ich das jetzt gelernt habe. Ich habe zunächst kleine einfache Aufgaben bekommen (putzen) und dann immer mehr dazu gelernt (Zubereitung der Speisen).

Bei der Arbeit sprachen wir Deutsch, Türkisch und mit Händen und Füßen. Es war nicht immer leicht, sich zu verständigen.■

Automechaniker

Mein Chef weiß,
wie gut ich in dem Job bin

Ich bin 29, geboren in Kunduz, Afghanistan; seit dem 18. Lebensjahr habe ich in Masar-e Scharif gelebt. Ich bin elf Jahre zur Schule gegangen, dann musste ich die Schule abbrechen, als mein Vater erkrankte und ich Geld verdienen musste. Die Hochschulreife hätte ich nach 12 Jahren bekommen.

Mit neun Jahren fing ich an, nachmittags nach der Schule in der Autowerkstatt meines Bruders zu arbeiten. Dort arbeitete ich bis zum 17. Lebensjahr. Danach habe ich anderthalb Jahre für die US-Armee als Automechaniker gearbeitet. Dass ich keine offizielle Ausbildung hatte, war kein Problem, meine lange Berufserfahrung reichte aus. Aber meine Eltern waren gegen diesen Job, weil die Autoritäten in meinem Heimatdorf, die Mudschaheddin, diese Arbeit missbilligten. Die Nachbarn meiner Familie begannen zu fragen, womit ich mein Geld verdiente, bis meine Beschäftigung bekannt wurde. Dann fingen die Taliban an, meine Familie und mich mit dem Tod zu bedrohen. Da andere Leute in meinem Dorf schon wegen ähnlicher Jobs ermordet wurden, ging ich im Alter von 20 Jahren nach Tadschikistan. Dort baute ich eine Autowerkstatt auf – zunächst gemeinsam mit meinem Schwager, bis das Geschäft ausreichend gut lief und ich ihm seinen Anteil daran abkaufte.

Dort ist die Immigrationspolitik sehr restriktiv und korrupt. Ich musste ständig viel Geld für die Erneuerung meiner Papiere bezahlen und durfte mich nur tagsüber in der Hauptstadt aufhalten, wo meine Werkstatt war, und musste in einem speziellen Flüchtlingsdorf übernachten. Außerdem besuchte mich zwei bis fünf Mal am Tag der Geheimdienst auf Arbeit, um mich zu verhören. Ich lebte dort unter der ständigen Bedrohung, abgeschoben zu werden.

Nach sechs Jahren hatte ich die Hoffnung, dass sich die Situation in meiner Heimat beruhigt hatte und wollte wieder zu meiner Familie ziehen. Aber nur 23 Tage später wurde mein Cousin von den Mudschaheddin erschossen. Daher beschloss ich nach Deutschland auszuwandern.

Ich ging zuerst in die Provinzhauptstadt Masar-e Scharif. Dort organisierte mir ein Freund ein dreimonatiges Visum für die Türkei. Ich flog nach Istanbul und arbeitete dort illegal vier Monate auf dem Bau. Dann ging ich nach Izmir und setzte mit dem Boot nach Lesbos über. Dann fuhr ich nach Athen, Mazedonien, Serbien, Kroatien, Ungarn und Österreich. In Passau erreichte ich Deutschland und fuhr nach Hamburg. Dort wurde ich registriert, bekam meine Duldung zur Durchführung eines Asylverfahrens und wurde nach Berlin geschickt. Ich habe im Moment subsidiären Schutz, befristet auf ein Jahr.

Ich arbeite 20 Stunden die Woche als Automechaniker und verdiene damit 763 Euro netto. Morgens mache ich einen Deutschkurs. Manchmal mache ich Überstunden, dafür bekomme ich 20 Euro die Stunde (ca. 2-3 Überstunden die Woche). Das Lageso zahlt meine Miete (ca. 360 Euro). Seit Juli 2016 wohne ich alleine in einer Wohnung in Berlin-Wedding. Die Wohnung hat mir ein deutscher Freund besorgt, der den Hauptmietvertrag übernommen hat, um die bürokratischen Hindernisse durch das Lageso zu umgehen.

Anfangs gefiel mir die Arbeit sehr gut, dann fand ich sie schlecht. Ich sollte ständig Autos putzen anstatt Autos zu reparieren. Ich beschwerte mich, ich sei kein Car-Washer, sondern Automechaniker und drohte mit Kündigung. Daraufhin entschuldigte sich der Chef bei mir und verteilte die Putzjobs gleichmäßig unter allen Kollegen. Mein Chef weiß, wie gut ich in dem Job bin. Er gab mir auch schon extra Geld unter der Hand, wenn ich ein Auto besonders schnell und gut reparierte.

Ich möchte meine Deutschkenntnisse verbessern und eine offizielle Ausbildung zum Automechaniker machen, um mehr Geld verdienen zu können.

Wir sprechen alle Deutsch, meine türkischen und der bulgarische Kollege untereinander auch Türkisch. Die Sprache ist kein Problem. ■

Übersetzer

Ich verkaufte mein Auto, um die Flucht zu finanzieren.

Ich bin 27 und komme aus Afghanistan. Dort bin ich zwölf Jahre zur Schule gegangen und habe Abitur gemacht. Ich könnte also theoretisch in Afghanistan studieren. Aber während die Schulbildung kostenlos ist, kostet ein Studium 80-100 Euro monatlich. Ich habe die Schule mit 18 Jahren beendet und mit 19 als Helfer für eine private Landvermessungsfirma im Straßenbau angefangen. Dort habe ich auch als Übersetzer gearbeitet, da ich neben meiner Muttersprache Dari noch Farsi, Paschtu, Urdu und Englisch spreche. Den Job habe ich über meinen Bruder bekommen.

Mit 20 fing ich an, für eine Zeitung zu arbeiten, als Vertriebsmanager. Die Zeitung beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit Opium und Terrorismus. Bekommen habe ich den Job über eine reguläre Bewerbung, bei der wohl auch meine Sprachkenntnisse von Vorteil waren.

Bei einer Geschäftsreise in ein Dorf wurde ich von Talibankämpfern verhört und zusammengeschlagen, was meine Gesundheit bis heute beeinträchtigt. Zwar mischte sich der Dorfvorsteher ein und konnte meine Exekution verhindern, aber ich musste versprechen, meine Arbeit zu beenden. Seitdem wurde auch meine Familie permanent bedroht und ihr verboten, in ihrem Dorf ihre Felder zu bestellen. Ich bat die Afghanische Nationalarmee, mir zu helfen und die Angreifer ausfindig zu machen, jedoch erfolglos.

Wir zogen daraufhin in die Provinzhauptstadt, wo ich meine Arbeit im Büro fortsetzte. Als auch dort bewaffnete Männer auftauchten und wir immer wieder Drohbriefe der Taliban bekamen, beschloss meine Familie, dass ich das Land verlassen sollte. Ich entschied mich für Deutschland, da ich dort Freunde und ein paar Tanten hatte.

Im August 2015 ging ich nach Kabul, um meine Flucht zu organisieren. Ich verkaufte mein Auto und mein Vater verkaufte etwas Land, um die Flucht zu finanzieren. Um gefährliche Provinzen zu vermeiden, flog ich zunächst via Dubai nach Teheran. Von dort fuhr ich mit einem Lastwagen an die türkische Grenze, wurde aber von der iranischen Polizei aufgegriffen und in ein Gefängnis nach Teheran gebracht. Ich konnte aber meinen Pass verstecken, damit er nicht zerstört wird.

Nach meiner Freilassung fuhr ich mit dem Auto an die türkische Grenze bei Urmia und überquerte drei Tage lang die Grüne Grenze. In der Türkei angekommen, wurde ich acht Tage lang von Schleppern gefangen gehalten, bis mir meine Eltern mehr Geld schickten. Dann konnte ich mit Bussen nach Istanbul und anschließend an die Ägäis fahren. Meine erste Überfahrt versuchte ich mit einem Boot, das leck war, so dass ich es schwimmend wieder an Land ziehen musste. Mein nächster Versuch war erfolgreich und ich erreichte Lesbos. Dann kam ich über Athen, Mazedonien, Serbien, Kroatien, Ungarn und Österreich nach Passau. Von dort aus fuhr ich nach Hamburg und wurde im Oktober 2015 von den Behörden nach Berlin geschickt.

Im September 2016 hatte ich meine Anhörung beim BAMF, habe aber noch keinen Bescheid erhalten. Ich habe lediglich eine Duldung zur Durchführung eines Asylverfahrens. Ich habe eine Arbeitserlaubnis.

Ich habe zunächst ca. eineinviertel Jahre in der Notunterkunft in den Hangars in Berlin-Tempelhof gewohnt und bin dann zusammen mit einem afghanischen Freund in eine Wohnung in Kreuzberg gezogen. Dort haben wir einen befristeten Untermietvertrag.

Nach fünf Monaten im Hangar bekam ich dort einen 80-Cent-Job und arbeitete vor allem als Übersetzer und beriet andere Flüchtlinge – Informationsveranstaltungen und Beratung über Wohngemeinschaften, Deutschkurse und kulturelle Aktivitäten. Das habe ich drei bis vier Monate gemacht – solange wie man eine solche Maßnahme machen darf. Dann habe ich direkt beim Träger angefangen, zunächst auch für 80 Cent. Jetzt bin ich dort angestellt und verdiene 1260 Euro brutto für 30 Stunden wöchentlich (plus 170 Euro vom Lageso).

Ich bin der einzige Flüchtling, der nicht als Minijobber arbeitet oder ein Praktikum macht. Weil ich anfangs einen 80-Cent-Job dort gemacht habe, musste ich kein Praktikum machen. Wir sprechen alle Deutsch miteinander. Es gibt nie Konflikte unter Kollegen. Manchmal treffen wir uns privat und grillen zusammen. Die Arbeit gefällt mir gut; perspektivisch möchte ich gern als Sozialarbeiter arbeiten. ■

Staplerfahrer in einer Autofabrik

Ich bin immer freundlich zu allen

Ich bin 49 Jahre alt und komme aus Damaskus. In Syrien hatte ich Meteorologie studiert und danach 23 Jahre für das Militär gearbeitet. Daneben habe ich auch andere Arbeiten gemacht – mit meiner privaten Transportfirma. Ich habe mit Schulen, Kindergärten, lokalen Versorgungseinrichtungen (Wasser und Strom) usw. gearbeitet.

Mein Leben in Syrien war besser als in Österreich. Der Krieg hat alles verändert. Fast in jeder Familie arbeitet eine Person beim Militär – mit Assad. Die zweite arbeitet für die *Freedom Army* [Freie Syrische Armee]. Für die Familien ist der Krieg schlimm, weil der Feind nicht von außen kommt. Mein Bruder ist bei der *Freedom Army*, ich war beim Militär.

Deshalb bin ich im Juni 2015 nach Österreich gekommen. Von der Türkei mit dem Boot nach Griechenland. Dann nach Mazedonien, Serbien, Ungarn bis Wien – Balkan-Route. Alles zu Fuß in 20 Tagen.

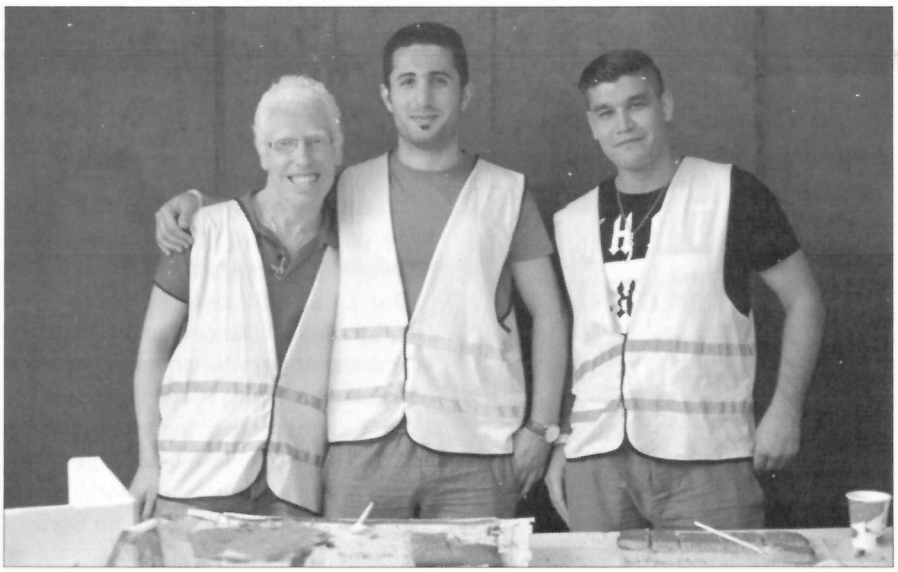
Das war hart; ich musste einen Schlepper bezahlen. Viele Schlepper sind auf der Straße mit Messern, mit Steinen gekommen und haben den Leuten das Geld weggenommen. Einer hält dir ein Messer an den Hals und einer an den Bauch. Leute aus Albanien und Afghanen haben uns auf der Straße Geld abgenommen. Dann der Regen. Aber schlimmer war, als ich die Kinder im Boot gesehen habe, und das Boot hat alle fünf Minuten gestoppt. Stopp und kaputt. Stopp und kaputt.

Vor sieben Monaten habe ich einen positiven Bescheid bekommen. Mein Aufenthalt ist aber zunächst auf fünf Jahre befristet. Ich war beim *AMS* [Arbeitsamt] und habe gesagt: Ich möchte Arbeit suchen, ich möchte keine Sozialhilfe. Beim *AMS* sind die Leute komisch, wenn du einen Termin hast. Nicht freundlich. Weil es so viele Leute ohne Arbeit gibt. Ich habe den Stapler- und Führerschein gemacht.

Dann habe ich Arbeit gesucht. Im Internet habe ich die Anzeige von *GLS Paket* gefunden. Sie suchten einen Fahrer und haben mich sofort eingestellt. Dort habe ich zwei Wochen gearbeitet. Die Arbeit war schwer; mein Chef hat immer gesagt, dass ich schneller arbeiten muss. Ich bin ein Flüchtling. Ich bin neu hier. Und ich habe gesagt: Nein. Ich fahre nicht schnell, denn das ist gefährlich. Ich bin LKW-Fahrer und alles kein Problem, aber wenn eine Katze, ein Hund, ein Kind, ein Fahrradfahrer, eine Person kommt, was soll ich machen? Ich habe gesagt: Ich gebe dir zwei Stunden von meiner Zeit. Anstatt mit 100 Adressen um 14 Uhr fertig zu sein, arbeite ich bis 16 Uhr. Ich gebe dir zwei Stunden von meiner Zeit kostenlos. Und er hat zur mir gesagt, das ist verboten. Da habe ich gesagt: Tut mir leid, aber ich fahre nicht schnell.

Ich arbeite jetzt als Staplerfahrer für einen Subunternehmer, der die Logistik bei *Magna Powertrain* macht. Ich bin nicht direkt angestellt, sondern Leiharbeiter. Ich arbeite in zwei Schichten, Montag bis Freitag. Ein Samstag kommt jeden Monat dazu. Damit verdiene ich 1300 Euro netto.

Kurz zum Arbeitsablauf: Ich nehme die Palette mit dem Stapler vom LKW und sortiere sie ein. Ich mache das alleine. Dann bringen wir die Palette an die Linie, wo sie gebraucht wird. Die machen *Land Rover, Mercedes, Audi* usw. Für jedes Modell gibt es eigene Paletten. Die Paletten müssen sauber sein. Da muss ich drauf schauen. Wenn die Palette schmutzig ist, dann mache ich sie mit Druckluft sauber. Das ist meine Arbeit. Wenn viel zu tun ist, mache ich keine Pause. Ich mache meine Arbeit, wenn ich sie machen muss. Wenn z. B. eine Linie ohne Palette ist, dann muss ich die noch schnell hinbringen. Mir ist das egal. Ich kann auch später Pause machen.



Alle sind freundlich zu mir. Ich bin hier angekommen und habe gedacht, vielleicht sind die Leute rassistisch und mögen keine Flüchtlinge… Aber alle sagten: Hallo. Wie geht's? Hallo, kommst du Kaffee trinken. Ein ungarischer Kollege hat mir alles erklärt. Meine Kollegen sind nicht nur Österreicher, einige kommen aus Ungarn und aus Deutschland. Ich bin jetzt sieben Monate dort. Ich bin immer freundlich zu allen. Ich weiß wie meine Arbeit geht und habe immer alles genau gemacht.

Alle reden Deutsch miteinander. Es ist gut für mich, wenn die ungarische Person nicht in Englisch mit mir spricht. Aber mein Chef redet immer Englisch. Deshalb habe ich zu ihm gesagt: Bitte Deutsch.

Wenn ich arbeite, komme ich nicht nach Graz. Ich habe guten Kontakt zum Pfarrer. Er hat mir ein Zimmer mit Bad und Dusche im Pfarrhaus im Dorf gegeben. Ohne Miete. Wenn ich Kaffee trinken mag, dann gehe ich in die Küche in der Halle.

Viele Flüchtlinge suchen Arbeit. Aber es ist schwer. Zuerst musst du Deutsch lernen. Die Leute suchen Arbeit in Restaurants, Lokalen, Cafés, Geschäften. Sie suchen immer in Graz. Orte, wo du mit Bus, Fahrrad oder zu Fuß hinkommst. Für mich war es einfacher, ich habe mein Auto. Ich kann überall hinfahren. Aber jetzt nimmt *Magna* viele Flüchtlinge auf. Sie bekommen auch eine Ausbildung.

Ich suche immer etwas, wo ich helfen kann. Bei einer Person mache ich die Straße sauber. Oder ich schneide im Garten etwas oder mähe den Rasen. Ich brauchte das Geld, um meiner Familie zu helfen. Jetzt ist sie gesund und braucht mein Geld nicht mehr und ich konnte mir diese Wohnung mieten. ■

Imbiss-Koch

Die Gründe für meine Flucht sind der IS und der Arbeitsmarkt

Ich bin 24 Jahre alt und komme aus einer Kleinstadt im Irak, in der zu der Zeit ca. fünf Prozent Jesiden lebten. Vor zehn Jahren waren es deutlich mehr. Meine Muttersprache ist Kurmanci. Ich spreche außerdem Sorani, Arabisch, ein bisschen Englisch (gelernt bei meinen vielen Jobs) und ein bisschen Hindi. Sechs Jahre Grundschule, ab der 5. Klasse Englischunterricht inklusive lateinisches Alphabet, was ich im Irak aber nicht beherrschte. Danach ein Jahr High School.

Danach habe ich tageweise auf dem Bau gearbeitet (Trockenbau, insbesondere Verputzen) und meinem Vater geholfen, ein Haus für die Familie zu bauen. Mit 17 Jahren ging ich wegen Arbeit nach Sulaimaniyya. Dort gab es mehr und bessere Jobs, außerdem war es angenehmer, nicht ständig von Verwandten, Bekannten und Nachbarn umgeben zu sein. In Sulaimaniyya vermittelte mir ein Onkel einen Job in einem Restaurant (Pizza, Döner). Dort blieb ich ein halbes Jahr. Danach habe ich ein halbes Jahr in einer Disko/Bar Tresen gemacht, dann war ich zwei Monate arbeitslos, dann ein paar Monate wieder in einer Disko/Bar (Tresen, Teestube und Pokerzimmer) in Sulaimaniyya, bis mein Vater (Krankenpfleger) mir den Job wegen des Pokerzimmers verbot. Ich selbst habe nie um Geld gespielt. Dann ging ich (mittlerweile 20 Jahre alt) wieder nach Shekha, war fast ein Jahr zu Hause und arbeitete wieder tageweise auf dem Bau. Dann fand ich einen Job als Koch in der Kantine einer großen Gasfirma in der Nähe von Erbil (fast zwei Jahre).

Zu dieser Zeit kam der IS in die Gegend. Meine Eltern und alle aus dem Dorf flohen nach Dohuk und wohnten eine Woche in einem Hotel. Ich war auf Arbeit, als der IS auftauchte. Ich und ca. 15 jesidische Kollegen ließen uns von der Firma Autos schicken und fuhren zu unseren Familien. Wegen des IS und der desolaten Arbeitssituation schickte mein Vater mich und meinen Bruder nach Deutschland (weil wir dort viele Verwandte haben). Mein anderer Bruder wollte meine Eltern nicht allein lassen, die körperlich nicht fit genug für die Flucht waren und dachten, sie könnten später nachkommen.

Die Gründe für meine Flucht sind also der IS und der Arbeitsmarkt. Viele Chefs im Irak stellen sowieso keine Jesiden ein und die anderen wollen mindestens, dass wir unsere Religion verschweigen. Außerdem will ich ein gutes Leben – nicht unbedingt für mich, aber für die Familie, die ich gründen möchte.

Wir fuhren im Juli 2015 zu sechst im Bus (Bruder, Onkel, Cousin, zwei Nachbarn) nach Istanbul, dann gingen wir mit Hilfe von Schleusern zu Fuß über die Grüne Grenze nach Bulgarien. Dann fuhren wir durch Serbien, durch Ungarn (wo ich einen Tag im Knast verbrachte und meine Fingerabdrücke nehmen lassen musste), durch Österreich bis nach Passau (Erst-Registrierung). Dann fuhren ich und mein jüngerer Bruder privat mit dem Zug nach München zu einem Cousin. Die Registrierungspapiere aus Passau haben wir vernichtet. Nach drei Tagen in München gingen wir zwecks erneuter Registrierung zur Polizei und wohnten sechs Tage in einer Notunterkunft, bis man uns nach Berlin schickte. Nach einer Nacht bei einem Cousin bekamen wir vom Lageso einen Übernachtungsschein und zogen in ein Hotel in Kreuzberg. Nach zwei Monaten bekamen wir Plätze in einem Heim in Schulzendorf. Nach sechs bis sieben Monaten bezogen wir ein Heim in Reinickendorf. Mein Bruder wohnt dort immer noch, ich aber wurde nach acht Monaten in ein Heim in Nikolassee verfrachtet. Dort wohne ich seit vier Monaten in einem Zweibettzimmer mit einem anderen Jesiden.

Mein Bruder hat Asyl (drei Jahre), mein Antrag wurde abgelehnt. Jetzt habe ich eine Duldung, solange meine Klage gegen den Bescheid läuft. Mein Bruder arbeitet nicht, sondern geht zur Schule und lernt Deutsch.

Ich habe einen Monat schwarz in einem Dönerimbiss gearbeitet (fünf Euro pro Stunde, vier bis sechs Stunden am Tag, ca. vier Tage pro Woche). Dann habe ich diesen Job legalisiert, um meinen Asylantrag nicht zu gefährden – auch mein Chef wollte das. Zwei Wochen nach meiner offiziellen Anstellung kam tatsächlich der Zoll und hat eine Razzia im Imbiss gemacht.

Wie gefällt dir die Arbeit?

Okay bzw. was sollen wir machen?!, besser als zu Hause bleiben.

Ich hab im Monat knapp 400 Euro netto; 8,84 pro Stunde, bei 60 Stunden im Monat (530,40 brutto).

Ich suche eine Wohnung und will einen sicheren Aufenthaltsstatus. Alles andere ist gerade kein Problem.

Der Chef und zwei Kollegen sind Deutsch-Türken (Kurden) und ein Kollege ist Pakistaner. Sein Asylantrag wurde auch abgelehnt und seine Klage läuft.

Die Türken sprechen auch Kurdisch. Ich spreche mittlerweile ein bisschen Türkisch, aber wir sprechen untereinander meistens Deutsch. Es gibt keine Sprachprobleme. ■

Koch

Je höher die Hierarchie, desto besser die Arbeit

Ich bin 30 Jahre alt und komme aus Indien. Dort habe ich einen Bachelor-Abschluss in Soziologie gemacht. Danach war ich vier Monate Geschäftsführer einer Friseursalonkette, dann ein Jahr Personalentwicklungstrainer an einer privaten IT-Berufsschule (Englisch, Vorbereitung auf Vorstellungsgespräche). Ich bin 2013 über eine Liebesbeziehung mit einer Deutschen hierher gekommen und war mit ihr verheiratet. Inzwischen sind wir getrennt, meine Duldung wird alle drei Monate verlängert.

Ich habe ein Einkommen von 600 bis 800 Euro im Monat; damit komme ich zurecht, weil ich in einem alternativen Wohnprojekt recht günstig wohne.

Ich habe in verschiedenen Restaurants und Kneipen gearbeitet, in einem indischen Restaurant, dann in einem größeren Restaurant; dann als Koch in einer Szenekneipe, zwischendrin kürzere Jobs. Zurzeit bin ich eher in der Alternativszene: ich hab eine feste Teilzeit-Anstellung in einem veganen Bistro-Café in Aussicht; mache ab und zu stundenweise Aushilfe bei Freizeitevents. Seit ein paar Jahren koche ich einmal die Woche in einem Alternativprojekt; in den Ferien koche ich manchmal bei Freizeiten ein bis zwei Wochen am Stück. Das läuft alles über Beziehungen und Bekannte; über Leihfirmen gibt es zu wenig Geld.

Nur der Job im indischen Restaurant war Vollzeit und sozialversicherungspflichtig, sonst zwar direkt angestellt, aber immer auf 450-Euro-Basis, der Rest schwarz. In der Gastroszene ist das üblich; Barzahlung ist gut, aber wegen Ausländeramt scheiße, wenn die Beschäftigung nicht sozialversicherungspflichtig ist. Die Bezahlung im Alternativprojekt einmal die Woche ist nicht so gut, aber Traumjob von der Atmosphäre und den Leuten her; es wäre schön, das offiziell und dreimal die Woche machen zu können. Ich arbeite nicht gern mit Fleisch.

In der Gastroszene gibt es keine Sicherheit, man kann schnell rausfliegen; Verträge werden versprochen, die man nicht bekommt; »falsche« Verträge, d. h. anders als abgesprochen (mit weniger Lohn, oder

entgegen der Absprache ist eine Ausschlussklausel enthalten), kein Mindestlohn oder versprochener Lohn wird nicht gezahlt; Schichten unfair verteilt z. B. nach Sympathie; man muss sich sehr anpassen, z. B. mit den anderen Alkohol trinken. Es gibt viele Konflikte und meist führen sie zur Kündigung.

Als Koch ist die Arbeit anspruchsvoll und anstrengend. Küchenarbeit ist Fabrikarbeit, vor allem die Arbeit an der Fritteuse mit Gestank und Hitze. Als Küchenchef im großen Restaurant ist der Job besser, je höher die Hierarchie, desto besser die Arbeit (kein Putzen), der schlechteste Job ist Spülen. Im Restaurant haben die Leute wie auf Drogen gearbeitet, starke Konkurrenz und Leistungsorientierung. Ich habe die schlechteste Arbeit bekommen, als Neuer musste ich als Einziger die Lüftung putzen.

In der Szenekneipe arbeiten viele Studis schwarz, nur einmal die Woche als Nebenjob, als Ausgleich zur Schreibtischarbeit, und für niedrigen Lohn. Ich habe individuell höheren Lohn ausgehandelt, darüber waren andere Köche sauer; jetzt bekommen sie aber mehr Lohn. Bedienungen geben zu wenig Trinkgeld ab, deswegen musste ich mehr Lohn fordern; in der Küche kriegt man ja viel weniger Trinkgeld als im Service.

Die meisten anderen Flüchtlinge oder Migranten, die ich kenne, arbeiten schwarz in der Gastro, sonst aufm Bau, im Forschungsinstitut, als Altenpfleger und im Tätowierstudio. ■

Das folgende Gespräch hat sich spontan beim Angeln ergeben und wurde nicht aufgenommen.

Automechaniker und Angler

V. kommt aus dem Kosovo. Er hat dort die Schule mit einem Berufsdiplom Mechanik abgeschlossen (keine Ausbildung im deutschen Sinne). Im Kosovo hat er keine Arbeit gefunden und ist deshalb 2013 nach Albanien (Tirana) gegangen. Dort hat er Arbeit in einer Autowerkstatt bekommen. Das hat ihm Spaß gemacht und er wollte Automechaniker werden. Er hat dann aber die Arbeit 2015 verloren.

Ein Verwandter, der seit 20 Jahren in Deutschland lebt und hier in einer Autowerkstatt arbeitet, hat ihn dann aufgefordert, hierher zu kommen, um eine Ausbildung zu machen.

V. ist im Juni 2015 mit einem Touristenvisum (Hinweis von seinem Verwandten, der auch für ihn gebürgt hat, d. h. nicht dem Sozialsystem zur Last fällt) hier angekommen. Der Verwandte hat ihm einen Arbeitsplatz in der Autowerkstatt mit der Aussicht auf eine Ausbildung besorgt. Über diesen Arbeitsplatz hat er dann mit Unterstützung des Arbeitgebers eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten. In der Werkstatt arbeitet er heute noch.

Mit der Arbeit ist er zufrieden. Auch mit den Kollegen läuft es gut, was aber auch an seinen Verwandten liegt. Probleme hat er nur mit der Sprache. Deswegen klappt es nicht so richtig mit deutschen Kontak-

ten. Mehr Kontakte hat er zur albanisch/kosovarischen Gemeinschaft in L.

Er arbeitet 40 Stunden die Woche. Nicht viele Überstunden. Über den Verdienst hat er sich nicht richtig ausgelassen (1000-1100 Euro). Nebenbei repariert er Autos für Freunde, hauptsächlich Albaner. Das reicht für eine kleine Wohnung in der Kleinstadt, wo auch sein Arbeitsplatz ist und die Mieten niedriger sind. So muss er nicht mehr bei seinen Verwandten wohnen.

Er kann zu Fuß zur Elbe und seinem Hobby (Angeln) nachgehen. Er hat einen Angelschein gemacht, damit er offiziell angeln kann. Außerdem kann er Freunde mitnehmen, weil er mit bis zu drei Ruten angeln darf. Er hat keinen Führerschein., aber die Busverbindung nach L. ist gut. Am Wochenende schläft er häufig dort.

Seine Ausbildungsziele haben sich mittlerweile geändert. Er will nun eine Ausbildung zum Anlagenmechatroniker machen. Dafür hat er einen Ausbildungsplatz bei einem Windkrafthersteller in Hamburg in Aussicht. Dafür muss er aber Sprachkurs B2 bestehen. Deutsch zu lernen hat er vernachlässigt, ist jetzt aber in einem B2-Kurs. Er hat Schwierigkeiten mit der Sprache und Angst, dass er die Prüfung nicht schafft. Persönlich fand ich, dass sein Deutsch nicht so schlecht ist, er kann sich gut verständlich machen.

Die Ausbildungsstelle zum Anlagenmechatroniker hat er sich selbst besorgt. Vorher hat er sich aber bei der Berufsberatung beim Arbeitsamt erkundigt.

Mit den Ämtern hatte er bisher keine keine großen Probleme. Am schwierigsten war das Touristenvisum. Da bekam er aber Unterstützung von seinen Verwandten und dem Arbeitgeber. ■

Banklehre

Am 1. August fängt meine Ausbildung zum Bankkaufmann an

Ich bin 29 Jahre alt und komme aus Syrien. Dort habe ich in Damaskus die Wirtschaftsschule des Instituts für Bankwesen abgeschlossen. Anschließend habe ich ein Studium an der Universität für Rechnungswesen und Finanzen begonnen. Nebenbei habe ich in einem Einkaufszentrum gearbeitet. Zuerst als Kassierer, später als Abteilungsleiter, d. h. ich habe die Kassenabrechnungen und Zahlungen an Lieferanten gemacht. Das war der Bereich, den ich mit meinen Studium gelernt habe.

Bevor ich mit dem Studium fertig war, begann 2011 der Krieg. Dadurch wurde das Leben schwieriger. Hauptsächlich bin ich weg, weil ich zum syrischen Militär eingezogen werden sollte. Ich kann nicht sagen, dass meine Familie und ich sehr unter Assad gelitten haben. Wir sind zwar Muslime, pflegten aber ein nicht sehr gläubiges Leben. Für die syrische Regierung Krieg führen gegen die eigenen Leute wollte ich aber auch nicht. Und die Rebellen haben mir noch weniger zugesagt.

Ich bin erst nach Ägypten gegangen. Das ist nicht so weit weg von meiner Familie und ich dachte, da wäre es sicherer. Ich bin heimlich mit dem Auto über die Grenze nach Libanon und von da mit dem Flugzeug nach Kairo. Anfangs lief es in Ägypten gut. Ich habe eine verkürzte Ausbildung zum Buchhalter gemacht und anschließend als Buchhalter gearbeitet. 2013 kam dann der Militärputsch und mir wurde die Lage zu unsicher. Auch mein Arbeitsplatz war bedroht. Deswegen bin ich mit dem Boot über das Meer nach Italien gekommen. Die Überfahrt war sehr teuer und hat einen großen Teil meiner Ersparnisse aufgebraucht. Aus den versprochenen fünf Tagen wurden fünfzehn Tage, bis wir von der italienischen Marine gerettet wurden.

Von Italien aus bin ich mit dem Zug nach Frankreich. Denn in Italien wurde uns erzählt, dass Frankreich 500 syrische Flüchtlinge aus Ägypten aufnimmt. Außerdem kann ich etwas Französisch. Dann habe ich aber über Leute, die ich in Italien kennengelernt hatte und die weiter nach Deutschland gereist sind, erfahren, dass ich hier bessere Chancen hätte, eine Bankausbildung zu machen. Dann bin ich über die Niederlande kommend im Sommer 2014 in Friedland bei Göttingen gelandet, wo ich dann Asyl beantragt habe. Ich musste einmal zu einer Anhörung beim BAMF und ich glaub nach drei Monaten war der Antrag durch. Da war ich schon in L..

Ich habe auch schnell ein günstiges Zimmer in einer WG bekommen, mit drei deutschen Mitbewohnern. Ich konnte fast kein Wort Deutsch, aber sie konnten Englisch, und mit ihrer Hilfe habe ich auch schnell einen Sprachkurs in der Volkshochschule bekommen. Da habe ich meinen A1- und A2-Schein gemacht.

Bei der Flüchtlingsberatung hatte ich gesagt, dass ich in einer Bank arbeiten und dafür eine Ausbildung machen will. Da wurde mir ein Sprachkurs beim Institut für berufliche Bildung vermittelt. Ich habe dort meine B1- und B2-Scheine gemacht, die Voraussetzung für eine Ausbildung sind. Zu dem Kurs gehörte nach drei Monaten auch ein einmonatiges Praktikum. Das konnte ich in einer Filiale der Sparkasse machen. Die haben mir dann eine Lehrstelle als Bankkaufmann angeboten. Voraussetzung dafür ist ein C1-Sprachkurs. Den habe ich jetzt erfolgreich abgeschlossen und am 1. August fängt meine Ausbildung an. Mit mir fängt noch ein weiterer Flüchtling an. Den kenne ich aber noch nicht. Die Sparkasse will jedes Jahr zwei Flüchtlinge ausbilden.

Wovon hast du die ganze Zeit gelebt?

Durch meine Arbeiten in Damaskus und Kairo hatte ich Geld gespart, wovon ich hauptsächlich während der Reise gelebt habe. Hier in Deutschland wurde mir dann die Wohnung vom Staat bezahlt, zusätzlich habe ich im Monat 392 Euro bekommen. Ab August bekomme ich 950 Euro Ausbildungsgeld.

Spielst du mit dem Gedanken, evtl. nach der Ausbildung nach Syrien zurückzugehen?

Nein. Ich bleibe hier, möglichst in dieser Stadt, und hoffe nach der Ausbildung in der Sparkasse zu bleiben. Ich habe hier Freunde gefunden, nicht nur Flüchtlinge. Wenn es geht, will ich versuchen, meine Familie oder einige davon nach Deutschland zu holen. ■

Migration und nationale Sozialdemokratie in Großbritannien

»Es gibt gute Gründe, die Einwanderungsrate unter Kontrolle zu halten. Ein Grund sind die Auswirkungen, die die Einwanderung auf die Bevölkerung haben kann, auf die öffentlichen Dienste und die Infrastruktur. Vor allem aber, weil Einwanderung die Bevölkerung am unteren Ende der Einkommensleiter am härtesten trifft.«

Theresa May, 6. September 2017

»[Nach Brexit und mit Labour] wird es keine Masseneinfuhr von niedrig entlohnten Arbeitern aus Osteuropa mehr geben, um hier die Bedingungen zu zerstören.«

Jeremy Corbyn, 23. Juli 2017

»Im letzten Jahrzehnt wurden wir Zeugen eines gigantischen Experiments auf Kosten von normalen ArbeiterInnen. Länder mit massiven historischen Einkommensunterschieden wurden in einem gemeinsamen Arbeitsmarkt zusammengebracht. Das Resultat waren ein permanenter Druck auf Lebensstandards und die Kürzungen von sozialen Dienstleistungen für die arbeitende Bevölkerung.«

Len McCluskey, 20. Juni 2016

Diese Zitate von der regierenden Premierministerin, dem Führer der *Labour*-Partei und dem Sekretär der größten britischen Gewerkschaft *Unite* markieren das Feld, auf dem die Debatte über das Verhältnis von Einwanderung und dem prägnanten Einkommensverlust der lokalen Arbeiterklasse geführt wird. Dass nicht wenige ArbeiterInnen dieser Argumentation folgen, hat weniger mit Fremdenfeindlichkeit als mit dem historischen Zusammenfallen von verschiedenen Faktoren Mitte der 2000er Jahre zu tun: Die globale Krise schlug ein, als die Maßnahmen der *New-Labour*-Regierung zur Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen aus den späten 1990er Jahren ihre verheerenden Auswirkungen zeigten; gleichzeitig war der britische Arbeitsmarkt im Zuge der EU-Erweiterung 2004 und 2007 weiter geöffnet worden. Im Ergebnis haben wir heute die niedrigste Arbeitslosenrate in der jüngeren Geschichte, kombiniert mit einem Rekordverfall der Löhne, was auf eine strukturelle Schwäche aufseiten der ArbeiterInnen hindeutet. Corbyns *Pro-Brexit*-Position erklärt sich damit, dass er für seinen sozialdemokratischen Plan nicht nur die Kapitalflüsse, sondern auch die Einwanderung regulieren muss. Dies führt zu heftigen Spannungen sowohl mit dem (neo-)liberalen Flügel der Partei als auch mit dem linken Fußvolk, dem sich im Laufe der *Corbynmania* auch große Teile der vormals radikalen Linken angeschlossen haben. Diese Linke hält dem nationalen Trend der Sozialdemokratie nur eine liberale Ausländerfreundlichkeit entgegen, den enormen Einbruch in den Lebens- und Arbeitsbedingungen der lokalen ArbeiterInnen erklärt sie lediglich mit der perfiden Macht der Bosse.

Im zweiten Teil des Artikels berichten wir von unseren Erfahrungen in Fabriken und Lagerhallen und mit gewerkschaftlichen Lohnverhandlungen. Seit gut vier Jahren organisieren wir uns als Kollektiv *Angry Workers* im tiefen Westen Londons, einem der größten Logistik- und nahrungsmittelverarbeitenden Industriegebiete Europas. Mehr als 90 Prozent unserer Kollegen sind ArbeitsmigrantInnen. Sie halten das globale Finanz- und Politzentrum London am Laufen – werden aber aktuell nur als politische Verhandlungsmasse benutzt.

»Und das Wichtigste! Alle industriellen und kommerziellen Zentren Englands besitzen jetzt eine Arbeiterklasse, die in zwei feindliche Lager gespalten ist, englische proletarians und irische proletarians. Der gewöhnliche englische Arbeiter haßt den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, welcher den standard of life herabdrückt. Er fühlt sich ihm gegenüber als Glied der herrschenden Nation und macht sich eben deswegen zum Werkzeug seiner Aristokraten und Kapitalisten gegen Irland, befestigt damit die soziale Herrschaft über sich selbst. Er hegt religiöse, soziale und nationale Vorurteile gegen ihn. Dieser Antagonismus wird künstlich wachgehalten und gesteigert durch die Presse, die Kanzel, die Witzblätter, kurz, alle den herrschenden Klassen zu Gebot stehenden Mittel. Dieser Antagonismus ist das Geheimnis der Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse, trotz ihrer Organisation. Es ist das Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse. Letztere ist sich dessen völlig bewußt.«

Brief von Marx an Sigfrid Meyer und August Vogt, 9. April 1870, MEW 32, S. 668f.

Migrationshintergrund…

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte England als ehemaliges imperiales Zentrum das Problem, die breite Einwanderung aus den früheren Kolonien mit dem Arbeitsmarkt in Einklang zu bringen. Es wurden Verträge mit den neuen post-kolonialen Regierungen in Jamaika, Barbados oder Trinidad geschlossen, die jungen ArbeiterInnen Kredite für die Reise nach Großbritannien anboten, wenn sie dort im U-Bahn-Bau oder bei der Post arbeiteten. Aber der Großteil des Zuzugs von ArbeitsmigrantInnen aus Indien, Nepal und Pakistan basierte anfänglich auf allgemeineren Vorbeziehungen, u. a. dem Dienst von Familienangehörigen in der britischen Armee. Diese ArbeiterInnen fanden vor allem in der Leicht- und Schwerindustrie Beschäftigung.

In der Phase des Zerfalls des Britischen Empires wanderten zwischen 1951 und 1971 rund 500 000 »nicht-weiße« ArbeitsmigrantInnen aus den ehemaligen Kolonien ein. Der *British Nationality Act* von 1948 garantierte Bürgern des Commonwealth das Recht, in Großbritannien zu leben und zu arbeiten. Mit der Rezession Mitte der 1960er wurde das Einwanderungs- und Zuzugsrecht eingeschränkt. Der 1968 von der *Labour*-Regierung Wilson eingeführte *Commonwealth Immigration Act* band das Einwanderungsrecht an den Nachweis, einen in Großbritannien geborenen Eltern- oder Großelternteil zu haben. Das ermöglichte AustralierInnen die Einreise, schloss aber ärmere bzw. nicht-weiße ArbeiterInnen des *Commonwealth* aus.

Zwischen 1951 und 1961 setzten zudem rund eine halbe Million IrInnen über; sie waren die größte Gruppe migrantischer ArbeiterInnen im Vereinigten Königreich. Ihre Verarmung in Irland hing unmittelbar mit der britischen Wirtschaftspolitik infolge der irischen Unabhängigkeit zusammen, und sie wurden Teil der Verhandlungsmasse in der Auseinandersetzung mit Nordirland.

Wilson agierte vor dem Hintergrund – und mit der Hilfe – von verschärfter rassistischer Gewalt gegenüber MigrantInnen. 1967 war auch die faschistische *National Front* gegründet worden. Zugewanderte ArbeiterInnen wurden von Gewerkschaften ignoriert oder aktiv an die Wand gespielt, während viele VermieterInnen der Parole *»No dogs, no blacks, no Irish«* folgten. Zugezogene ArbeiterInnen reagierten mit der Gründung von Selbstverteidigungsorganisationen (*Asian Youth Movement* etc.) und einer Welle von wilden Streiks, die die britische Industrie ähnlich wie die »Türkenstreiks« 1973 in der BRD ins Herz trafen. Die ArbeitsmigrantInnen kämpften sich in die lokale Arbeiterklasse hinein. Von nun an regierte die »englische Krankheit«, die im Massenstreik des *Winter of Discontent* 1979 ihren Höhepunkt fand. Bereits im Jahr 1975 musste der Internationale Währungsfond (IWF) das größte Kreditpaket seiner Geschichte schnüren, um die Sterling-Krise, den massiven Kursverfall des Britischen Pfunds, zu stemmen. Die *Labour*-Regierung führte zusammen mit den Gewerkschaften verschiedene Maßnahmen ein, um der Inflation und den Lohnforderungen der ArbeiterInnen Einhalt zu gebieten: Lohnstopp im öffentlichen Dienst und Branchenverträge, um Abteilungsstreiks und den *shop stewards* den Wind aus den Segeln zu nehmen. Diese konzertierte Aktion von Regierung und Gewerkschaften leitete Umstrukturierungsprozesse ein, welche die Arbeitslosenrate von 2,4 Prozent 1973 auf 6,2 Prozent 1977 und 13 Prozent 1982 anstiegen ließen. In ihrer Verklärung der *Labour*-Partei vergisst die heutige Linke in Großbritannien gern diese Vorgeschichte und lamentiert über den Amtsantritt von Thatcher als Stunde Null des neoliberalen Angriffs gegen die Arbeiterklasse.

In den 1980er Jahren ging die Einwanderung aus dem *Commonwealth* drastisch zurück. Viele arbeitslose IndustriearbeiterInnen aus dem Norden Englands migrierten nach London oder später nach Deutschland, um im Bauboom der Wiedervereinigung Arbeit zu finden. In den 90er Jahren führten die Auswirkungen der neuen imperialistischen Weltordnung (Golfkrieg 1990/91, Kriege in Somalia, Afghanistan) zu einem Wiederanstieg von Asyl suchender Migration. Darauf folgte in den Nuller Jahren eine neue Einwanderung aus östlichen EU-Staaten im Zuge der Liberalisierung 2004 und 2007. Die Zahl nicht in Großbritannien geborener Menschen nahm von 3,8 Millionen im Jahr 1993 auf 8,3 Millionen im Jahr 2014 zu. Die durchschnittliche jährliche Nettozuwanderung betrug 37 000 zwischen 1991 und 1995 und stieg im Zeitraum 2011–2015 auf 249 000.

Die aktuelle Zusammensetzung der Migration nach Großbritannien

Die »Netto-Einwanderungszahlen« sind weiterhin hoch, trotz des durch die konservative Tory-Regierung verkündeten Ziels, sie in den Bereich von wenigen Zehntausend zu drücken. Im Jahr 2015 betrug der emigrationsbedingte Bevölkerungszuwachs 333 000 bei einer Gesamtbevölkerung von rund 65 Millionen. Mit dem Brexit-Votum gingen die Einwanderungszahlen 2016 auf rund 273 000 leicht zurück. Dies ist zum Teil auf die feindlichere Stimmung zurückzuführen, aber vor allem auf den Lohnverfall aufgrund der Abwertung des Britischen Pfunds; es ist seit dem Referendum gegenüber dem Euro um 15 Prozent gefallen, ein britischer Lohn

zahlt sich im Ausland weniger aus. Rund die Hälfte aller MigrantInnen kommt aus der EU.

MigrantInnen gehen erstmal dorthin, wo es Arbeit gibt: Rund 40 Prozent aller AusländerInnen leben in London. Studierende stellen einen Großteil der Leute aus Nicht-EU-Ländern – ein Abschluss an einer britischen Uni hat für die Kinder der globalen Elite weiterhin einen hohen Marktwert und ist eines der Hauptexportgüter Großbritanniens. Fachkräfte von außerhalb der EU bekommen ein sogenanntes *Tier-2*-Visum, mit dem z. B. Programmierer aus Indien ein Jahr lang hier arbeiten können, wenn ihr Boss belegen kann, dass er sonst niemanden findet und ihnen genug zahlt. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der Anstieg an MigrantInnen mit kurzer Verweildauer: 2015 kamen rund 1,2 Millionen Menschen, um für weniger als ein Jahr in Großbritannien zu arbeiten oder zu studieren.

Zwischen 400 000 und 800 000 MigrantInnen haben keine Aufenthaltserlaubnis und leben unter illegalisierten Bedingungen. Asyl suchende Einwanderung ist gering, ihr Anteil an der Gesamtmigration schwankt um die fünf Prozent. Zurzeit leben nur rund 40 000 Asylsuchende auf der Insel, aber wie in anderen Ländern auch hat der Staat sie ungleichmäßig verteilt: Laut einer Studie des *Guardian* waren im Sommer 2017 im ärmsten Drittel des Landes fünfmal so viele Asylsuchende angesiedelt wie im reichsten Drittel.

Brexit

Die Brexit-Kampagne stellte die Einwanderung von »unqualifizierten« und niedrig entlohnten ArbeiterInnen aus den östlichen Staaten der EU ins Zentrum der Auseinandersetzung. Das Stereotyp des »polnischen Bauarbeiters« wabert durch alle Diskurse; sowohl *Tories* wie *Labour* dreschen darauf ein. Die Parole »Britische Jobs für britische Arbeiter« gelangte unter Premierminister Gordon Brown ins Programm von *Labour*. Momentan arbeiten rund 2,37 Millionen Leute aus der EU in Großbritannien, rund acht Prozent der gesamten arbeitenden Bevölkerung; etwa ein Drittel aller EU-MigrantInnen sind aus Polen. Seit 2014 kommen die meisten Leute aus Rumänien und Bulgarien – 2014 lebten 230 000 Rumänen/Bulgaren in Großbritannien, heute sind es 413 000. Die geläufigsten Berufsbezeichnungen für die sogenannten A10-MigrantInnen (aus den zehn osteuropäischen Staaten) sind *process operative* (36 Prozent), was man mit Handlanger übersetzen kann, oder *warehouse operative, packer* (19 Prozent) – die Packtiere des britischen Niedriglohnsektors.

Anfang September 2017 gab es ein (gewolltes oder ungewolltes) *leak* eines Arbeitspapiers der *Tories*, in dem sie Pläne diskutierten, wie sie nach dem Brexit die Einwanderung zurückschrauben könnten – u. a. durch Extrabesteuerung von Unternehmen, die MigrantInnen beschäftigen, oder durch befristete Arbeitserlaubnisse für Unqualifizierte. Daraufhin gab es einen breiten Aufschrei von Vertretern der britischen Industrie, die vor extremen Engpässen der Ware Arbeitskraft warnten. Drei Viertel aller KellnerInnen in Großbritannien seien aus der EU, ein Viertel aller KöchInnen, 85 Prozent aller saisonalen ErntearbeiterInnen, 30 Prozent der Beschäftigten in der Logistik und 25 Prozent aller ArbeiterInnen der Nahrungsmittelverarbeitung. Dem Königreich drohe der Hungertod!

Das *leak* der *Tories* ist andererseits Teil des stetig anwachsenden materiellen und ideologischen Drucks, den der Staat als Teil seiner Niedriglohnstrategie auf die EU-MigrantInnen ausübt. Seit April 2014 sind EU-MigrantInnen in der Sozialstaatshierarchie offiziell schlechter gestellt als ihre lokalen KollegInnen: Sozialhilfe oder Kindergeld gibt es erst nach drei Monaten Arbeit, Wohngeld erst nach einem Jahr – und es ist auf sechs Monate begrenzt. Der Anteil an EU-ArbeiterInnen, die Sozialleistungen beziehen, ist gering. Trotzdem verschärfen diese Einschnitte den Druck, in beschissenen Jobs zu bleiben oder sich schnell einen neuen zu suchen. Auch der Aufenthalt ist nicht mehr garantiert, die Medien berichten vermehrt über Abschiebungen von EU-BürgerInnen, die weder Arbeit haben noch arbeitssuchend gemeldet sind.

Einige karitative Einrichtungen verpfeifen osteuropäische Obdachlose an die Ausländerpolizei, als protektionistische Maßnahme für das eigene Klientel.

Auch gegenüber MigrantInnen von außerhalb der EU baut der Staat höhere Hürden auf. ArbeiterInnen müssen jetzt mindestens 18600 Pfund im Jahr verdienen, um ihre EhepartnerInnen nachholen zu können – eine Vollzeit-Stelle auf Mindestlohn bringt aber nur rund 15000 Pfund, kein Wunder, dass so viele KollegInnen wie irre Überstunden schieben! Der Betrag steigt auf 22400 Pfund, wenn sie auch ihr nicht-britisches Kind mitbringen wollen – manche KollegInnen aus Indien haben ihre Kinder deshalb seit Jahren nicht gesehen. Universitätsdozenten müssen der Ausländerpolizei Anwesenheitslisten ihrer (ausländischen) Studierenden vorlegen. Das Brexit-Referendum und die sich anschließende Debatte, wie man mit MigrantInnen in Zukunft verfahren soll, verschärfte deren Situation spürbar. Die *Tories* geben sich rabiat – zum Beispiel schlägt Boris Johnson vor, EU-MigrantInnen erst nach zwei Jahren Arbeit Anrecht auf staatliche Hilfen zu geben. *Labour* will stattdessen die Einwanderung an ein Punktesystem koppeln, das Qualifizierte bevorzugt. Im Februar 2017 verkündete der Partei-Vorsitzende Tom Watson, *Labour* wolle die Einwanderung zudem regional regulieren, sodass EU-MigrantInnen zum Beispiel nach London, aber nicht nach Newcastle ziehen können, wo sie nicht gebraucht würden.

Lohn der Angst

Laut einer Studie des Gewerkschaftsdachverbands TUC ist das durchschnittliche Realeinkommen zwischen 2007 und 2015 um mehr als zehn Prozent gesunken, was Großbritannien nach Griechenland zum negativen Tabellenführer unter den Industrienationen macht. Im Unterschied zu Griechenland wuchs die britische Wirtschaft aber in diesem Zeitraum, 2013 erreichte das BIP wieder den Vorkrisenstand, heute liegt es zehn Prozent darüber. Die Beschäftigungsrate stieg auf heute 75 Prozent, und die Arbeitslosenrate befindet sich aktuell mit 4,3 Prozent auf einem 42-jährigen Rekordtief – ebenso der Krankenstand, der in London aktuell bei 1,4 Prozent liegt, noch unter dem nationalen Durchschnitt von rund 2 Prozent (4,3 Krankentage im Jahr 2016). Investitionsraten und der Produktivitätsindex sind relativ niedrig: Wozu Roboter, wenn es genug niedrig bezahlte ArbeiterInnen gibt, die durchschnittlich vier Stunden pro Woche länger arbeiten als ihre europäischen KollegInnen?

PolitikerInnen und Wirtschaftsexperten wundern sich, warum die Reallöhne trotz niedriger Arbeitslosigkeit weiter sinken. Zumindest vonseiten des Staats ist das eine scheinheilige Frage, da er auf verschiedenen Ebenen aktiv zur Deckelung der Löhne beiträgt:

* Der eingeschränkte Zugang zu Sozialleistungen übt einen starken Druck auf die 3,5 Millionen ausländischen ArbeiterInnen aus.

* Der von *Labour* unter Blair eingeführte Mindestlohn – aktuell 7,50 Pfund pro Stunde – trägt ebenfalls dazu bei, dass ArbeiterInnen Niedriglöhne als gesetzlich legitimiert akzeptieren; momentan verdienen sechs Millionen ArbeiterInnen, das sind rund 20 Prozent der gesamten arbeitenden Bevölkerung zwischen 7,50 und 8,50 Pfund pro Stunde.

* Reallohnverlust durch Inflation hat viele Facetten, so sind z. B. seit 2008 die Kosten für Kinderbetreuung im Vergleich zum Nominallohnzuwachs um das Siebenfache angestiegen. Dies führt dazu, dass vor allem proletarische Frauen ins Kreuzfeuer von staatlich vermitteltem Zwang zu niedrig entlohnter Arbeit auf der einen und konservativem *backlash* (»Familie als Erfüllung«) auf der anderen Seite geraten.

* Rund 4,6 Millionen ArbeiterInnen haben Verträge, die die wöchentliche Arbeitszeit und damit ihr Einkommen nicht garantieren; dies ist ein Anstieg von 30 Prozent seit 2014.

* Die staatliche Deregulierung des Arbeitsmarkts hat auch die Scheinselbständigkeit ausgeweitet: Die Zahl der Selbständigen ist seit 2002 um 45 Prozent auf heute über 4,8 Millionen angestiegen; ihr durchschnittliches wöchentliches Einkommen ist seit Mitte der 90er von 300 auf heute 240 Pfund gefallen.

* Während die genannten Maßnahmen den Niedriglohnsektor von unten auffüllen, hält der Staat auch von oben den Deckel drauf: Der Lohn der 5,4 Millionen ArbeiterInnen des öffentlichen Sektors wurde 2011 eingefroren bzw. ist seit 2013 auf ein Prozent Jahreszuwachs eingedämmt, was angesichts der Inflationsrate einen Reallohnverlust bedeutet (zwischen 2000 und 3500 Pfund Lohnverlust im Zeitraum 2010 – 2016).

Die Linke missversteht die Sorge der PolitikerInnen bezüglich der Niedriglöhne als Bestätigung ihrer keynesianistischen Träume (»niedrige Löhne = beschränkter Konsum = nicht gut für die Wirtschaft«). Ihnen geht es dabei eher um das Risiko durch die persönliche Verschuldungsbombe. Seit dem Brexit-Votum steigt die Inflationsrate (im September 2017 stand sie bei rund drei Prozent), die Löhne sind aber 2016 nominal nur um rund ein Prozent gestiegen. Die Gesamtsumme an offenen Privatkrediten für Autokäufe, Ratenzahlungen und Käufe mit Kreditkarten stieg hingegen um zehn Prozent auf einen privaten Schuldenberg von nunmehr 200 Milliarden Pfund. Rund 8,8 Millionen ArbeiterInnen zahlen Lebensmitteleinkäufe oder Stromrechnungen mit Überziehungskrediten, Verzüge bei Hypothekenzahlungen sind auf einem neuen Hoch.

An diesem Punkt beißt sich die herrschende Ratte in den Schwanz. Die politische Klasse musste die Brexit-Kampagne als Manöver nutzen, um von den ungelösten strukturellen Problemen nach der Krise 2008 abzulenken. Das Votum sorgte aber für Unsicherheit auf den Aktienmärkten und ein fallendes Pfund. Dies treibt die Inflation und damit auch die Verschuldungsrate aufgrund des Einkommensverlusts in die Höhe. Die Notenbank kann aber den Leitzins nicht anheben, um das Pfund zu stärken, denn damit würde sie die Zahlungsschwierigkeiten noch verschärfen und die Immobilienblase gefährden.

Die *Tories* haben keinen anderen Plan als weiterhin Geld ins Feuer zu werfen – u. a. hat die Regierung 2017 entschieden, die Unternehmenssteuer auf das historische Tief von 17 Prozent zu senken, was den Standort London als globales Steuerparadies sichern und die Rolle des Pfunds aufwerten soll. Interessanter ist die Frage, ob die »linke« Führung der *Labour Party* tatsächlich einen nationalen Plan entwickeln kann, um das aus ihrer Sicht Beste aus dem Brexit zu machen. Dabei sieht sie sich nicht nur mit feindlichen Reaktionen von internationalen Investoren konfrontiert, sondern muss zwangsläufig auch ihre neue enthusiastische Parteibasis durch »unliberale« protektionistische Maßnahmen enttäuschen.

Labour camp

Nach dem Brexit-Referendum war die zweite Überraschung für das Establishment der relative Wahlerfolg von *Labour*. In Zeiten einer neoliberalen Krise scheint auch ein biederes Parteiprogramm radikal – zehn Pfund Mindestlohn ab 2020, Wiederverstaatlichung der Eisenbahn, Streichung von zwei Milliarden Pfund aus dem Kürzungspaket der *Tory*-Regierung von insgesamt neun Milliarden Pfund, oder anders gesagt, Beibehaltung von 78

»Von da an wurden die Vorsitzenden und Sekretäre der Trade-Unions und politischen Arbeitervereine, sowie sonstige bekannte Arbeiterredner, denen man Einfluß auf ihre Klasse zutrauen durfte, auf einmal wichtige Leute; sie erhielten Besuche von Parlamentsmitgliedern, von Lords und anderm vornehmen Gesindel. (…) Die radikalen Bourgeois sind verständig genug einzusehen, daß die Wahl von Arbeitern ins Parlament immer unvermeidlicher wird; es liegt also in ihrem Interesse, die voraussichtlichen Arbeiterkandidaten unter ihrer Leitung zu behalten (…). Und dafür haben sie ihren Herrn Samuel Morley, einen Londoner Millionär, dem es nicht darauf ankommt, es sich ein paar Tausend Pfund kosten zu lassen, um einerseits den kommandierenden General dieses falschen Arbeitergeneralstabs zu spielen und andrerseits durch ihren Mund sich bei den Massen als Arbeiterfreund ausposaunen zu lassen, zum Dank dafür, daß er die Arbeiter prellt. (…) Diese Gesellschaft setzte unter Morleys Vorsitz ein ›Arbeiterprogramm‹ auf, das jeder Bourgeois unterschreiben konnte und das die Grundlage einer gewaltigen Bewegung bilden sollte, um die Arbeiter politisch noch enger an die Bourgeoisie zu ketten…«

(Engels, Die englischen Wahlen, 1874, MEW 18, S. 496)

Im wilden Westen Londons

Wir wohnen und arbeiten im westlichen Randgebiet Londons, dem sogenannten *western corridor*, zwischen dem Flughafen Heathrow und den zwei Autobahnen M4 und A40. Neben öden Vorstadtstraßen mit überbelegten Reihenhäusern gibt es hier vor allem Logistik- und Industrieparks. Rund um den Flughafen arbeiten 80 000 Leute, in den Industriegebieten Southalls und Greenfords rund 4000 und in Park Royal 35 000. Wo in den 1960ern und 1970ern Helikopter, Autoteile und Doppeldeckerbusse vernietet wurden, werden jetzt in erster Linie Paletten umgeladen, Gemüse verpackt oder Fertigessen am Band zusammengerührt. Über die Hälfte der in der Neun-Millionen-Stadt London täglich konsumierten Nahrungsmittel geht durch den *western corridor*. Rund 90 Prozent der Arbeiter hier sind MigrantInnen erster oder zweiter Generation. Mit den Industrien veränderte sich auch die Zusammensetzung der lokalen Arbeiterklasse. In den 1930ern, als die ersten Tee-Fabriken, Chemieunternehmen und die großen Straßen- und Eisenbahnbaustellen entstanden, hieß es, »Waliser, geht nach Hause«, da in erster Linie arbeitslose Bergarbeiter aus Wales zuzogen. Ihnen folgten in den 1950ern ArbeiterInnen aus Irland. In den 1960ern wurde Southall zum größten punjabischen Viertel außerhalb Indiens. Heute treffen osteuropäische ArbeiterInnen sowohl auf eine eingesessene indische Arbeiterschaft als auch auf ein aufgestiegenes indisches Kleinbürgertum: Viele Bauunternehmer, Vermieter, Angestellte bei Behörden, Ladenbesitzer, Lokalpolitiker oder untere Manager sind indischer Abstammung. Zuweilen vermischt sich ein osteuropäischer Rassismus und die Ignoranz der Neuankömmlinge, Sikhs mit langen Bärten für Taliban-Sympathisanten zu halten, mit einer Ablehnung der »kleinen Bosse« und Blutsauger.

Ein Großteil der KollegInnen lebt in der Nähe des Arbeitsplatzes in unfreiwilligen Wohngemeinschaften, oft mehr als eine Person pro Zimmer. Eine Einzimmerwohnung gibt es kaum unter 900 Pfund, ein Doppelzimmer in einer geteilten Wohnung kostet um die 600 – bei einem Mindestlohn von rund 1200 Pfund im Monat. Es ist kein Problem, Jobs zu finden – aber schwierig, vom Arbeitslohn zu leben.

Geographisch und soziokulturell weit entfernt vom metropolitanen Stadtleben hatten hier die Wahlen und die *Corbyn-mania* wenig Bedeutung; die lokale *Momentum*-Gruppe besteht aus vier RentnerInnen. Großen Einfluss hatte jedoch das Brexit-Referendum und die allgemeine Politik gegenüber ArbeitsmigrantInnen. Unsere polnische Nachbarin, eine Busfahrerin, die seit neun Jahren in London lebt, berichtete von vermehrten Drangsalierungen und Sprüchen. Rumänische KollegInnen fragen sich, wann sie zurück müssen. Die Ausländerpolizei macht laufend Razzien in den Fabriken, u. a. beim Sandwich-Hersteller *Greencore*. In dieser Situation ist das Soli-Netzwerk unser Finger am Puls. Aufgrund der Kürzungsmaßnahmen hat

der Staat einiges an sozialarbeiterischen oder karitativen Vermittlungsinstanzen verloren, an die sich Leute in Not sonst wenden würden. Sobald wir unsere Plakate in der Gegend aufhängen, rufen uns Leute an. Anscheinend denkt zurzeit jeder Vermieter, Boss oder Behördenfuzzi, migrantische ProletarierInnen seien Freiwild, das man abzocken kann, ohne mit Konsequenzen rechnen zu müssen. Eine polnische Familie wurde von ihrem Vermieter mit »Abschiebung« bedroht, nachdem sie durch Kürzung ihres Wohngelds in Mietverzug geraten war. Eine punjabische Kollegin wurde von einem Visa-Agenten, der ihr eine kurze Computerausbildung und ein Arbeitsvisum mit Jobgarantie versprach, um 10 000 Pfund geprellt. Ein Küchenarbeiter aus dem Senegal wurde trotz Nachweisen seines Arztes wegen unerlaubter Abwesenheit gefeuert. Einem Bararbeiter aus Ungarn und einem Bauarbeiter aus Kamerun wurde der Lohn nicht bezahlt. Das sind einige von Dutzenden von Fällen.

Meistens reicht ein wenig Druck aus, um die Bosse zum Einlenken zu bewegen. Wichtiger ist uns aber, dass wir mit den ArbeiterInnen in Kontakt bleiben und durch sie neue Leute kennenlernen. Den Sohn eines sudanesischen Kollegen, dem wir bei einem unfairen Bußgeldbescheid geholfen hatten, trafen wir dann in einem der zentralen Warenlager der Gegend, in dem wir Kontakte suchten. Wir hoffen, dass mit der Zeit ein sichtbares Netzwerk von (migrantischen) ArbeiterInnen entsteht, das es mit den Bossen aufnehmen kann.

Dabei müssen wir uns auch mit anderen – religiösen oder nationalen – Netzwerken auseinandersetzen. In proletarischen Vierteln wie Southall spielen Moscheen oder Tempel eine wichtige Rolle in der alltäglichen materiellen und ideologischen Reproduktion der lokalen Klasse, und das über ihre unmittelbare Klientel hinaus. Viele arbeitslos gewordene osteuropäische ArbeiterInnen gehen zum Beispiel zu Sikh-Tempeln, um dort Essen zu bekommen. Nach dem Grenfell-Brandunglück war *Muslim Aid* die erste karitative Organisation, die Opfer unterstützte, während der Staat sich tagelang nicht blicken ließ. Diese *community organisations* spielen eine zwiespältige Rolle, die *bearded broz* (bärtige Brüder), eine Organisation aufstrebender muslimischer Männer, organisierten z. B. während des MüllarbeiterInnenstreiks in Birmingham im Herbst 2017 ihre eigene lokale Müllabfuhr. Mit dem Argument, der Streik würde die ärmeren (pakistanischen) Viertel am härtesten treffen, unterliefen sie praktisch – wenn auch nur in kleinem Ausmaß – eine der wichtigsten Auseinandersetzungen im Öffentlichen Dienst. Polnische NationalistInnen und Hooligan-Organisationen hatten in Reaktion auf Medienhetze gegen osteuropäische ArbeiterInnen zu Demos oder sogar zum »Polen-Streik« aufgerufen (was sie letztlich zu einem Aufruf zur Blutspende zurückschraubten). Sie betonten, polnische ArbeiterInnen seien die beste Arbeitskraft für die britische Wirtschaft. Ein anderer Versuch, einen »MigrantInnen-Streik« zu organisieren (*»one day without us«*), blieb zumindest in unseren Gefilden eine Online-Luftnummer mit einer zentralen Kundgebung im Regierungsviertel. Seitdem sind es vor allem besser situierte Westeuropäer, die zusammen mit liberal eingestellten BritInnen Demos für den Verbleib in der EU organisieren.

Gewerkschaften im Betrieb

2016 hatten die Gewerkschaften 6,2 Millionen Mitglieder, weniger als die Hälfte im Vergleich zu den 13 Millionen im Jahr 1979, Tendenz weiter fallend. Weiter oben haben wir scheinheilige Politiker kritisiert, die sich fragen, warum trotz niedriger Arbeitslosenrate kein Lohndruck von unten entsteht. Unserer lokalen Erfahrung nach gehören auch die Gewerkschaften dazu. In vielen der größeren Betriebe gibt es gewerkschaftliche Vertretungen. Auch wenn wir versuchen, eine unabhängige Struktur aufzubauen, treten wir der Gewerkschaft im Betrieb bei, in erster Linie auf der Suche nach Orten des Austauschs. Nach rund vier Jahren und Mitgliedschaft in drei, vier unterschiedlichen Gewerkschaften in verschiedenen Betrieben haben wir bisher kaum von Gewerkschaftstreffen mitbekommen – und bei den wenigen Treffen, an denen wir teilnahmen, kamen kaum ArbeiterInnen zu Wort. Meistens halfen die Gewerkschaften eher, die miesen Bedingungen zu verwalten. Dabei spielt Migration eine Rolle, eine größere Rolle die Trennung in Festangestellte und ZeitarbeiterInnen. Während rund 25 Prozent aller Festangestellten einen Gewerkschaftsausweis haben, sind es unter den ZeitarbeiterInnen und anderen prekär Beschäftigten nur 13 Prozent. Nur 16 Prozent aller ausländischen ArbeiterInnen sind gewerkschaftlich organisiert. Das hängt auch mit der Frage ihrer Verweildauer zusammen. 2016 haben rund 339 000 Leute die Insel verlassen; im Vergleich dazu sind 588 000 neu zugezogen. Die Gesamtmobilität ist deutlich höher, als die Nettozuwanderung suggeriert. Bei einer Umfrage von 2015 antworteten 40 Prozent aller befragten MigrantInnen, dass sie nur ein bis zwei Jahre in Großbritannien bleiben wollen. Laut Statistiken der Sozialversicherungsbehörde sind im Zeitraum 2010 bis 2014 rund ein Drittel aller EU-MigrantInnen weniger als ein Jahr in Großbritannien geblieben.

Diese kurzen Verweildauern stellen sicherlich ein Problem für traditionelle Gewerkschaften dar. Wenn MigrantInnen die Kohle für die Reise und die ersten Schritte im Ankunftsland ausgeliehen

Was tun?

Die Gewerkschaftsspitzen unterstützen das national-sozialdemokratische Programm, was weiterer Zuwanderung ablehnend gegenübersteht. Auf Betriebsebene sind die gewerkschaftlichen Strukturen nicht dazu geschaffen, den migrantischen ArbeiterInnen mehr Selbstvertrauen zu geben und vielleicht auch ein, zwei Dinge von ihnen zu lernen. Die Gewerkschaft klammert sich eher an die Anerkennung durch Managements und Kernbelegschaft und verkauft dadurch *de facto* breite Segmente der Arbeitskraft sehr billig.

Es gibt einige hoffnungsvolle Erfahrungen von basisgewerkschaftlichen Organisierungsversuchen unter migrantischen ArbeiterInnen, vor allem im Reinigungssektor. Diese waren aber nur dann erfolgreich, wenn erstens eine größere Anzahl von politisierten lateinamerikanischen ArbeiterInnen mitgemacht hat und zweitens die ArbeiterInnen Gebäude von Institutionen reinigen, die ihren guten Ruf nicht verlieren wollen, z. B. international berühmte Universitäten oder Museen. Anders als in Italien kommen LogistikarbeiterInnen hier nicht mit dem »Arabischen Frühling« im Rücken an, sondern dem Schnee- und Regenwetter des Ausverkaufs durch Solidarność in Polen.

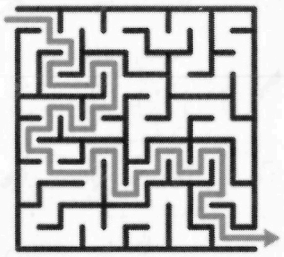
In dieser Situation müssen wir neue Sachen *ausprobieren*. Um die IWW bekanntzumachen, verteilten wir im November vor einer Sandwich-Fabrik Flugis. Wir kannten dort nur einen Typen aus der Reinigungsabteilung. Die ArbeiterInnen – vor allem Frauen aus Indien und Litauen – überraschten uns: »Ja, wir wollen es mit dem Unternehmen aufnehmen, sie behandeln uns wie Sklaven, lassen uns bis zu 14 Stunden schuften. Wir haben schon einiges versucht: einen Beschwerdebrief haben 120 ArbeiterInnen aller Nationen und Verträge unterschrieben; letzte Woche haben zwei Bänder geschlossen die Arbeit niedergelegt; zu zwanzigst sind wir wegen schlechter Arbeitsklamotten ins Büro vom großen Chef; die Mechaniker haben ihren eigenen Beschwerdebrief geschrieben.«

Die Linke muss erst ihren Glauben an die Allmacht einer *Labour*-Regierung verlieren und mit dem liberalen Multikulturalismus brechen, der AusländerInnen in erster Linie als gute Opfer darstellt. Eine Klassenposition müssen wir praktisch aufbauen und politisch durchsetzen. Im Zuge der materiellen Unterstützung der täglichen Kämpfe der ArbeiterInnen entstehen Strukturen, in denen wir gemeinsam mit ihnen zusammen Branchen-, sprachliche und andere Barrieren überwinden können. ■

www.angryworkersworld.wordpress.com
www.workerswildwest.wordpress.com

Experimente auf dem Weg einer gesellschaftlichen Transformation?

Das katalanische LABYRINTH



Nach dem Referendum über die Unabhängigkeit am 1. Oktober 2017 erlebten wir in Katalonien ein Wechselbad intensiver und verwirrender Gefühle. Wir sind am Kulminationspunkt eines Prozesses, der sich trotz ausgiebiger Ankündigung schließlich mit großer Dynamik entfaltete und um dessen Kontrolle alle Akteure mehr oder weniger verzweifelt rangen – während die mobilisierte Bevölkerung zunehmend zur Manövriermasse wurde. Den Ursprung der Unabhängigkeitsbewegung bildete die Verweigerungshaltung des Staatsapparates gegenüber einer Föderalistismusreform. Nach dem globalen Beinahe-Kollaps von 2008 verschmolzen soziale und konstitutionelle Krise in der Bewegung für einen unabhängigen katalanischen Staat. Die katalanistische Linke interpretiert diese Bewegung als Moment einer sozialen Revolution im bürgerlichen Gewand. Soziale Emanzipation im Schlepptau eines politischen Schlagabtauschs?

Zwischen Straße und Parlamenten

Die Durchsetzung des Referendums am 1. Oktober war ein Akt massiven zivilen Ungehorsams. Kilometerlange Schlangen vor den Wahllokalen und ca. 2,2 Millionen abgegebene Stimmen (bei einer Gesamtbevölkerung von 7,5 Millionen; Zensus: 5,3 Millionen) machten deutlich, dass die Versuche der Illegalisierung des Referendums noch mobilisierend gewirkt hatten. In den Wochen zuvor hatte es eine Reihe von Razzien auf der Suche nach Wahlunterlagen gegeben. Über 10 000 Nationalpolizisten und Brigadisten der *Guardia Civil* wurden zur Verstärkung der 6000 ständig stationierten »nationalen« Kräfte nach Katalonien verlegt. Mit der Loyalität der 16 000 katalanischen Polizisten war nur eingeschränkt zu rechnen. Die Wahllokale, überwiegend Schulgebäude, wurden nach Schulschluss am Freitagnachmittag von Eltern und Schülern besetzt, um die polizeiliche Schließung zu verhindern. Am Wahltag fanden sich vor den 2400 Wahllokalen in den frühen Morgenstunden zum Teil Hunderte von Menschen ein, um sich Polizeikräften in den Weg zu stellen. Tatsächlich kam es dann bis in die Mittagsstunden immer wieder zu Razzien durch die Truppen der Nationalpolizei und der *Guardia Civil*. Diese gingen gegen die dezidiert friedlich auftretenden BlockiererInnen mit einer Härte vor, die zu großer Empörung führte. Es gab knapp 800 Verletzte; ein Mann verlor ein Auge durch ein Gummigeschoss. Der Polizeieinsatz ist auf Hunderten von Videos dokumentiert, die unmittelbar zirkulierten.[1] Die »Bewachung« der Lokale hielt noch bis zum Ende der Auszählung spätnachts an, obwohl gegen Nachmittag die Polizeikräfte offenbar zurückgezogen wurden.

Die Ereignisse wurden auf Seiten der *Independentistas* als moralischer und technischer Sieg gewertet, was eine euphorische Stimmung und die Überschätzung des 1. Oktobers beflügelte. Längst nicht alle, die sich mit der Durchführung des Referendums solidarisierten, sympathisieren auch mit der Unabhängigkeitserklärung. Durch den »Erfolg« wurden die politischen Vertreter der Unabhängigkeit weiter unter Zugzwang gesetzt, während die Verteidiger der herrschenden zentralstaatlichen Ordnung die Blockbildung von Parteien, Medien und Justiz um die Regierung forcierten und zum konzertierten Gegenangriff bliesen. Nun gewann jedes Detail eine enorme Brisanz und die Kommunikationskanäle von den traditionellen Medien bis zu den sogenannten sozialen Medien liefen heiß. Das Tabu, am Arbeitsplatz nicht über Politik zu sprechen, wurde unterminiert. Die Gespräche wurden aber auch hysterischer; Genugtuung und Optimismus mischten sich mit Sorge und Angst. Fahnen- und plakatgeschmückte Balkone prägten das Stadtbild. An vielen Abenden wurde zum Protest ein massives Töpfeklopfen angestimmt. Am 3. Oktober wurde in Katalonien ein Generalstreik ausgerufen, dessen Auswirkungen je nach Sektor recht unterschiedlich waren, der aber unterstützt durch Straßenblockaden und mehrere große Demonstrationszüge als Mobilisierungserfolg gewertet wer-

[1] Video zum Polizeieinsatz *https://spanishpolice.github.io/*

den konnte. Die meisten kleinen und viele größere Läden blieben geschlossen.

Die folgenden Tage und Wochen waren von einem intensiven Schlagabtausch zwischen Separatisten und konstitutionell-monarchistischem Block geprägt; nun erschienen auch spanische Fahnen auf Demos und Balkonen. Ein surrealistisch anmutendes Szenario, das zunächst um die Unabhängigkeitserklärung selbst – mit all ihren Winkelzügen zur politischen und juristischen Auslegbarkeit – und die Mobilisierung der »schweigsamen Katalanen« kreiste, mündete schließlich in der Inhaftierung der Vorsitzenden der beiden wichtigsten Separatisten-Organisationen, der Amtsenthebung der katalanischen Regierung unter Anwendung des Notstandsartikels §155 der Verfassung, der Inhaftierung von acht ihrer Amtsträger und der strafrechtlichen Verfolgung von weiteren zehn, von denen sich fünf – darunter der Präsident – nach Belgien absetzten.

Für den 8. November wurde vom separatistischen Gewerkschaftsbündnis, das über eine sehr begrenzte Basis verfügt, ein neuer Ausstand ausgerufen. Dieser hatte jedoch geringe Auswirkungen und wurde nur im Bildungswesen in nennenswertem Umfang befolgt. Dennoch wurde das öffentliche Leben in Katalonien an diesem Tag durch über 70 Blockaden wichtiger Verkehrsadern empfindlich gestört. Es wurden Autobahnen und Landstraßen blockiert und Bahngleise sowie Bahnhöfe der Hochgeschwindigkeitszüge besetzt. Diese Aktionen wurden von den *Komitees zur Verteidigung der Republik* (CDR) organisiert. Die Zusammensetzung war deutlich jünger als auf den abendlichen Protestversammlungen vor den Rathäusern, die von den Massenorganisationen der Unabhängigkeitsbewegung organisiert wurden. Ein großer Teil der BlockiererInnen dürfte aus dem studentischen/unterbeschäftigten/arbeitslosen Milieu kommen. Die CDR entstanden als territoriale Organismen (in größeren Städten auf Stadtteilebene) im Vorfeld des 1. Oktober als Komitees zur Verteidigung des Referendums und beteiligten sich am Schutz der Wahllokale. Mittlerweile gibt es etwa 200 CDR, die als offene (»transversale«) Struktur konzipiert sind und nach dem Versammlungsprinzip funktionieren. Sie stehen zwar nicht direkt unter der Kontrolle von Separatistenorganisationen, aber ihr Aktionsmodus und ihre inhaltliche Ausrichtung unterliegen bislang vollkommen der Dynamik aus zentralstaatlicher Repression und kalkuliertem Rückzug der katalanischen Regierung. Ihr Blockade-Aktionstag reihte sich in die Kampagne symbolischer Protestrituale ein, die das Bild der mobilisierten Unabhängigkeitsbefürworter aufrechterhalten, zugleich jedoch einer kontrollierten Kanalisierung der Wut dienten.

Am 11. November kamen in Barcelona 750 000 Menschen zu einer Demonstration gegen Repression und für die Freilassung der Inhaftierten zusammen. Am 7. Dezember demonstrierten mit diesen Forderungen und für eine europäische Vermittlung über 50 000 Katalanen im 1350 km entfernten Brüssel.

Zu den vielen Sonderbarkeiten gehörten auch die beiden Tage der vermeintlichen Unabhängigkeitserklärung. Die erste Erklärung am 10. Oktober wurde sofort »temporär« ausgesetzt, um Verhandlungsspielraum offenzuhalten. Die zweite Erklärung am 27. Oktober wurde am Abend noch von Unabhängigkeitsfeiern vor den Rathäusern begleitet, die kaum die Skepsis über die reale Tragweite der Erklärung überdecken konnten. Innerhalb der Unabhängigkeitsbewegung war der Glaube, mit dem eingeschlagenen Weg unmittelbar die Errichtung eines eigenständigen republikanischen Staates zu erreichen, stark verbreitet, und die Ernüchterung dementsprechend groß. Die permanent zirkulierenden Interpretationen, die hinter allem einen weiteren geschickten Schachzug gegenüber dem übermächtigen Staatsapparat erkennen wollten, führten zu Verwirrungen, aber auch zur Apathie, mit der eine Entwicklung ertragen wurde, in der man sich nicht mehr als Subjekt verorten konnte.

Im Kontext der ersten Pseudo-Unabhängigkeitserklärung begannen viele Firmen, ihren Sitz von Katalonien in andere Landesteile zu verlegen. Panik vor finanziellen Engpässen spielte eine Rolle bei den Geldinstituten. Es war aber auch der Protest des Unternehmertums, das bis zuletzt glaubte, die Separatisten würden es nicht ernst meinen, was in Bezug auf einen großen Teil des bürgerlichen Separatismus eine zutreffende Annahme war, bis dieser zwischen dem Erwartungsdruck der Basis und der Unnachgiebigkeit der Zentralregierung beziehungsweise der Geschlossenheit des konstitutionell-monarchistischen Blocks zerrieben wurde.

Von der Straße in die Parlamente

Seit den Mobilisierungen von 2003 gegen den Krieg im Irak hat sich in Katalonien eine dichte Abfolge von Protestbewegungen ereignet. Nach 2007 setzten die Proteste gegen die Folgen der kapitalistischen Krise ein. Ihre Protagonisten waren besonders die proletarisierten Mittelschichten aus den urbanen Dienstleistungssektoren, die »blockierten« Nachfolgegenerationen und ein erheblicher Anteil von AltaktivistInnen, die sich aus dem Ruhestand zurückmeldeten. Auf einen Generalstreik 2011 folgten 2012 zwei weitere. Zudem entwickelten sich breite, ausdauernde Bewegungen (*mareas*) der Beschäftigten und NutzerInnen gegen Ausgabenkürzungen im Öffentlichen Dienst und die Bewegung gegen Zwangsräumungen. Katalonien war ein Brennpunkt dieser Protestwellen. Hier gab es später auch wichtige Kämpfe um besetzte soziale Zentren.

Mit dem Abflauen der Protestbewegungen und dem Wahlsieg der Rajoy-Regierung im November 2011 setzten linke Strömungen auf den Weg in die Institutionen. Die Entwicklungen seither verlaufen in einem Schema, das sich weltweit beobachten lässt: Mit der globalen Krise beschleunigt sich der Niedergang der Sozialdemokratie. Die Bewegungen gegen Prekarisierung und Austeritätspolitik münden in Wiederbelebungsversuche neokeynesianistischer Politik, Graswurzelbewegungen um Rebellen der Sozialdemokratie, die die Politik des dritten Weges zurückdrehen wollen (Corbyn, Sanders, Mélenchon). Um diese Rolle wetteifern in Spanien der sozialistische Generalsekretär Sanchez und die neosozialdemokratische *Podemos* mit dem Unterschied, dass Sanchez nur von einer kleinen parteiinternen Basisbewegung gestützt wird, während *Podemos* eine Basisbewegung zur Partei transformiert.

Der niedrige Euro aufgrund der Anleihenkaufprogramme der EZB, fallende Energiepreise und der Wiederaufschwung des Tourismus sorgten seit 2014/15 für einen Miniaufschwung. In diesen Jahren zogen *Podemos* und eine Reihe von lokalen Wahlbündnissen in Landes- und Kommunalparlamente ein. Gerade in den größeren Städten konnten diese neuen Formationen erhebliche Stimmenanteile gewinnen, sodass zahlreiche AktivistInnen nun in den Institutionen ihren Broterwerb gefunden haben und »Realpolitik« betreiben.

Das Aufkommen neuer Parteien und das Absacken der etablierten Mehrheitsparteien bei den Parlamentswahlen im November 2015 leiteten das Ende der »Zwei-Parteien-Herrschaft« ein. Seit dem Ende der Franco-Diktatur hatten sich die Sozialdemokraten (*Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens*, PSOE) und die postfrankistische Rechte (*Volkspartei*, PP) an der Regierung abgewechselt. Ein wichtiger Grund für ihren Absturz ist die deutlich gesunkene Toleranz gegenüber ihrer korrupten Klientelpolitik.[2]

[2] **Korruption,** wesentlich die *illegale* Förderung privater Interessen durch Amtsträger im Austausch mit verdeckten Gegenleistungen, ist unter allen Regierungen fester Bestandteil der postfrankistischen Demokratie. Üblicherweise wird sie zur Parteienfinanzierung oder persönlichen Bereicherung genutzt. In der Phase des Immobilienbooms erlangte die Korruption quasi alltägliche Normalität. Die Baulandausweisung, die Bautätigkeit und die Immobiliengeschäfte wurden zur Haupteinnahmequelle der Kommunen. Private Bereicherung durch Schmiergelder und politischer Erfolg hingen von diesem Geschäftsmodell gleichermaßen ab. Die florierenden Einkommen erklären die breite Akzeptanz der Korruption. Mit dem Platzen der Immobilienblase und der sozialen Krise im Gefolge ist die Korruption zum Gegenstand der Delegitimierung und der Denunzierung nicht zuletzt durch konkurrierende poltische Formationen geworden. Die unabhängige Webseite *Casos aislados of a systemic corruption* gibt einen Überblick über den gewaltigen Umfang: http://www.casos-aislados.com/en/. Von 2010 bis 2016 wurde in Spanien gegen 11 500 Personen ermittelt. Die *Volkspartei* ist eindeutiger Spitzenreiter im Korruptionsranking. Die Skandale betreffen Parteimitglieder bis in die höchsten Ämter einschließlich des Ministerpräsidenten.

Im rechten Spektrum ist der *Volkspartei* mit der *Bürger*-Partei *Ciudadanos*[3] Konkurrenz erwachsen. Sie entstand 2006 in Katalonien während der *Tripartit*-Regierung mit dem Ziel, den pro-spanischen Stimmungen politischen Ausdruck zu verleihen. Ihre Protagonisten stammen aus dem urbanen Milieu, das seine Karriereaussichten durch die bestehenden Seilschaften blockiert sieht. Zentrale Figur ist der 42-jährige Jurist Albert Rivera, der sich nach ersten Erfolgen bei den Regionalwahlen 2012 (neun Abgeordnete) daranmachte, die Partei landesweit als moderne, »saubere« Rechtsalternative für die Parlamentswahlen 2015 zu positionieren. Elemente sozialdemokratischer Programmatik sind inzwischen einem offen neoliberalen Zuschnitt geopfert worden.

Auch hier wiederholen sich weltweite Muster. Die neuen Rechtspopulisten (Le Pén, Strache, AfD, Trump) hantieren mit krudem Nationalismus und reiten auf der Welle des *Establishment-Bashing* – und werden zuweilen von einer scheinbar unabhängigen, weder »links noch rechts verorteten« jugendlich-frischen Lichtfigur im letzten Moment gebremst. Diese erscheint als kleineres Übel und profiliert sich als Messias, der die gesellschaftlichen »Verkrustungen« reformieren will. So kam in Frankreich Macron (dem Rivera als Vorbild gedient haben soll) an die Regierung und mimt in bonapartistischer Tradition den starken Mann gegen gewerkschaftliche Renitenz und terroristische Bedrohung. Ähnlich hat sich Rivera in der Auseinandersetzung mit der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung als wahrer Vertreter von Recht und Ordnung in Szene gesetzt.

Das Ende des Zwei-Parteien-Systems führte nicht zur proklamierten Erneuerung der Demokratie, sondern in eine unbekannte Welt parlamentarischer Instabilität. Die Wahlen vom November 2015 mussten ein halbes Jahr später wiederholt werden, weil eine Regierungsbildung unmöglich war. Und auch dann – einzige Differenz war ein mysteriöses Absacken von *Podemos* – war eine Regierungsbildung erst nach einem »Putsch« des rechten Flügels in der sozialistischen Partei möglich, sodass diese nunmehr eine Regierungskoalition aus PP und *Ciudadanos* duldete.

Implosion der postfrankistischen »Kompromisse«

Der Übergang vom frankistischen zum demokratischen Staat nach 1975 wurde ausgehandelt zwischen Vertretern des alten Regimes, des Militärs, der Monarchie sowie der neuen Parteien (sozialistische PSOE, kommunistische PCE) und ihrer Gewerkschaften (CCOO, UGT). Vor dem Hintergrund schwerer Wirtschaftskrisen (»Ölschock«) und eines enorm gewachsenen Industrieproletariats war die Integration der ArbeiterInnen in die weitere Entwicklung unabdingbar (Sozialpakte der Moncloa[4]). Der Übergang fand unter der inoffiziellen Schirmherrschaft der »Amerikaner« (CIA) und bundesdeutscher Parteienstiftungen (FES, KAS) statt und schlug sich schließlich in der Verfassung von 1978 nieder. Die Zwei-Parteien-Herrschaft und das damit verbundene Interessengeflecht, das die börsennotierten Unternehmen und die großen Medienkonzerne einschließt, wird mit dieser Verfassung identifiziert (*Régimen del 78*). Sie regelt auch die fiskalpolitischen Zuständigkeiten und die Kompetenzen der autonomen Regionen. Das grundsätzliche Ungleichgewicht zwischen der haushaltspolitischen Verantwortung der Regionalregierungen und der fiskalpolitischen Verfügungsgewalt der Zentralregierung ist die Grundlage für die Politik des Tauschhandels nach jeder Regierungsbildung. Ebenso bildet es den Mechanismus für die Manipulation der territorialen Konflikte, mit denen die Regierungen, wie sich nun zeigt, identitäre Konflikte befeuern können, wenn es ihnen opportun erscheint. Und auf dieser Grundlage inszeniert sich das *78er-Regime* perverserweise dann – beispielsweise mit der Intervention in Katalonien – als Bollwerk der Demokratie gegen das Wiederaufleben von Nationalismus und Faschismus.

Die Manipulation der »territorialen Frage« ist ein entscheidendes Instrument zur Desartikulation der »sozialen Frage«. Diesem Ross gibt nun *Ciudadanos* die Sporen. Neuerdings kritisieren sie auch die baskischen Privilegien, womit sie zugleich den Überlebensdeal der *Volkspartei* in Frage stellen und sich weitere Stimmen aus diesem Lager sichern.

Die territorialpolitischen Kompromisse von 1978 waren Ausdruck der ungleichen Entwicklung Spaniens: Ausbau der Industrie im Norden, Rückständigkeit agrarwirtschaftlicher Monokultur in Großgrundbesitzerhand im Süden und Südwesten. Der Kern dieser symbiotischen Beziehung war die Binnenmigration ländlicher Arbeitskraft in die wachsenden Industriezentren. Die »Demokratie« brachte ab Mitte der 70er Jahre eine Periode der »Umstrukturierung« vor allem der Schwerindustrie und der Montagefabriken. Nach dem Schleifen der Zentren der Arbeiterautonomie folgte der EU-Beitritt. Die EU-Subventionen in Infrastrukturprojekte wurden ein entscheidender Faktor zur Entwicklung der Bauindustrie. Mit der Einführung der Gemeinschaftswährung 2002 und einem ungebremsten Kreditzufluss begann der Immobilienboom. Steigende Löhne in Spanien und die globale Konkurrenz aus Asien und Osteuropa führten zu weiterer Deindustrialisierung. Der Tourismus ließ den tertiären Sektor in Spanien noch stärker als üblich anwachsen. Die starke Fragmentierung des Arbeitsmarktes (Dualität aus Stammbelegschaften und

[3] **Ciudadanos**
Die schnelle Ausbreitung der Partei wurde möglich durch Massenübertritte aus der PP und anderen Parteien. Die Delegiertenlisten wurden von der Parteispitze zusammengestellt, was in der Anfangsphase zu vielen Austritten von Basismilitanten führte. Ex-Präsident Aznar unterstützt die Partei mit seinem Think-Tank FEAS. In vielen Kommunalparlamenten regiert PP mit *Ciudadanos*. Es gibt Berichte, wonach Gelder aus Junckers Europa-Subventionsfonds zur Parteifinanzierung abgezweigt wurden. Der Präsident der katalanischen Sabadell-Bank, Josep Oliu, äußerte im Juni 2014 die Hoffnung, dass eine rechte Version von *Podemos* auftauchen möge. Oliu ist außerdem Präsident des Think-Tanks FEDEA, der von der spanischen Zentralbank ins Leben gerufen wurde und hinter dem die spanische Finanzoligarchie und börsennotierte Schwergewichte stehen.

[4] **Sozialpakte der Moncloa**
1977 schlossen die Regierung unter Suárez, die im Parlament vertretenen Parteien, die Industrieverbände und die Gewerkschaften CCOO, UGT, CNT zwei Abkommen zur »wirtschaftlichen Stabilisierung«. Diese wurden als notwendige Stabilisatoren des Übergangs zur Demokratie verkauft. Sie beinhalteten unter anderem die Begrenzung der Lohnerhöhungen auf die erwartete Inflationsentwicklung, die Legalisierung von Entlassungen, Währungsabwertung, Geldmengenbegrenzung, Haushaltskürzungen sowie Legalisierung von Arbeitnehmerorganisierung und Streik. Den Gewerkschaften wurden ihre vom Franco-Regime konfiszierten Besitztümer zurückgegeben. Die Abkommen bildeten den Beginn der Implantation eines Betriebsratswesens nach deutschem Vorbild, um die Konflikte durch Beschränkung auf die Betriebsebene voneinander zu isolieren. Die Abkommen gelten bis heute als Referenz für die konzertierte Gestaltung des sozialen Friedens in Krisenzeiten. Viele »Sozialpakte« wurden seitdem geschlossen unter Berufung auf die Abkommmen der Moncloa.

prekären Jobbern sowie einem bedeutenden Anteil an Selbstständigen) wurde im Boom durch migrantische Arbeitskraft noch massiv ausgeweitet – und in der Krise über gesetzliche »Reformen« weiter ausgebaut. In der »Schuldenökonomie« einer überdurchschnittlich alten und weiter alternden Gesellschaft (18,5 Prozent in Katalonien sind über 65 Jahre) gewinnt der Staatsapparat noch an Bedeutung. Die Verfilzung mit der Bau- und Energiewirtschaft und die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen bilden die Grundlage des korrupten Systems.

Die Proteste im Frühjahr 2011 (»15-M«) artikulierten sich als Bewegung für eine demokratische Erneuerung gegen die herrschende korrupte Schicht (*La Casta*).[5] Nach dem Verlassen der Plätze mündeten sie in Parteigründungen, die als wahre Sozialdemokraten die PSOE in den Parlamenten zu überflügeln versuchen.Das funktionierte zunächst ganz gut, und im konstitutionell-monarchisch zementierten Machtgefüge breitete sich Panik aus angesichts der Erosion seiner Kontrolle über und durch den Staatsapparat. Das Unabhängigkeitsreferendum in Katalonien sehen diese Kräfte als weitere, tiefgehende Bedrohung. Wie ernst sie diese nehmen, lässt sich an ihrer Reaktion ablesen: Blockbildung und vollkommene Unterordnung aller Fraktionen unter die Staatsräson.

In Katalonien hat die Zerrüttung des parlamentarischen Systems durch die Überlagerung mit dem katalanistischen Republikanismus zu besonders komplexen Konstellationen geführt. Die Auflösung der christdemokratischen Parteienallianz (*Convergencia i Unió*, CIU) – sie regierte von 1980 bis 2003 sowie 2010 bis 2015 – und die Stimmengewinne der sozialdemokratischen *Republikanischen Linken* (*Esquerra Republicana de Catalunya*, ERC) ab 2003 spiegeln einen Linksruck in der katalanischen Gesellschaft wider. Ab 2015 wird ERC zur dominanten Partei des Separatistenspektrums, zu dem außer der *Convergencia*-Nachfolgepartei der *Europäischen Demokraten Kataloniens* (*Partit Demòcrata Europeu Català*, PDECAT) bzw. mittlerweile *Gemeinsam für Katalonien* (*Junts pel Catalunya*, JXC) die antikapitalistisch-kommunalistisch definierte *Kandidatur der Volkseinheit* (CUP) gehört. Diese trat schon länger bei Kommunalwahlen an und konnte 2011 bereits 101 Stadt- und Gemeinderäte sowie ab 2012 erstmals drei Sitze im Regionalparlament stellen; 2015 waren es 382 Stadt- und Gemeinderäte und zehn Sitze im Regionalparlament. Das Parteienspektrum im katalanischen Parlament wird ergänzt durch die auch landesweit präsenten verfassungstreuen Parteien *Zusammen Können Wir* (*Catalunya en Comú-Podem*, Podemos-Schwesterparteien), PSC (PSOE-Schwesterpartei), *Ciudadanos* und Volkspartei PP.

Der Aufschwung des Separatismus

Die Unabhängigkeitsbewegung lässt sich kaum präzise charakterisieren. Es gibt unzählige Vereinigungen zur Pflege kultureller Traditionen. 2015 gab es 4200 Kulturvereine mit 350 000 Mitgliedern, die jedes Jahr 15 388 traditionelle Feste organisieren und neben etlichen anderen Einrichtungen über 191 soziale Zentren (*Ateneus*) verfügen. Sympathien für katalanische Kultur und Sprache sind weit verbreitet und überlappen sich mit Forderungen nach mehr institutioneller Macht im Zentralstaat und nach mehr Kontrolle bei Investitionsentscheidungen und haushaltspolitischen Fragen. Als klar wurde, dass mit den dominierenden Parteien in der Zentralregierung kein Spielraum für Veränderungen bestand und alle Initiativen der *Volkspartei* sogar auf die Beschneidung gewonnener Spielräume abzielten, hat sich diese Stimmung radikalisiert. Der radikale Bruch mit dem weitgehend gleichgeschalteten Block aus Regierung, Parteien, obersten Gerichtshöfen und Massenmedien wurde zur zwangsläufigen Option.

Der *Shift* in der katalanischen Gesellschaft ist aber nicht zu verstehen ohne den Kriseneinbruch seit 2008 und die folgende Dynamik aus den Angriffen auf das Reproduktionsniveau und den Mobilisierungen dagegen. Die Verantwortlichkeit für die Sozialpolitik, insbesondere die Bildungs- und Gesundheitsausgaben, liegt weitgehend bei den Haushalten der Regionalregierungen. Deren Refinanzierung via Umverteilung der Steueraufkommen durch die Zentralregierung ist ein permanenter Konfliktpunkt. Gerade in Krisenzeiten kann die Zentralregierung diesen Mechanismus nutzen, um die Verantwortung für die Austeritätspolitik gezielt zu verlagern. Katalonien gehörte zu den Regionen mit den schärfsten Haushaltseinschnitten.

Das führte zu einer Radikalisierung der katalanistischen Bewegung und schließlich zu einer zunehmenden Konvergenz mit sozialen Bewegungen. Wobei die Beziehung zwischen Basis und Parteien immer ambivalent blieb, wozu auch die katalanistischen Massenorganisationen beitrugen, die den Druck der Basis in die Parteien projizierten, aber auch Garant für die Loyalität gegenüber den Parteilinien waren.

[5] Siehe *Wildcat* 90, Sommer 2011: Bewegungen in Spanien – Plötzlich wurde alles real

»Ein Jahr ist Trump im Amt: Weniger Abschiebungen, höhere Aktienkurse, mehr Frauen in der Politik«, schrieb die ZEIT Mitte Januar. Erstens macht nochmal deutlich, *wie stark* die Obama-Administration abgeschoben hat. Zweitens, die Zusammenhänge zwischen Trump und der Wirtschaft, behandeln wir gleich. Drittens aber ist eine Bewegung *gegen* Trump, dazu kommen wir am Schluss.

Rechte Regierungen

Das rentensuchende Kapital kauft sich Regierungen

»Ich besitze, wirklich, eines der größten Weingüter der Vereinigten Staaten – es ist in Charlottesville.«

Trump in seiner Reaktion auf den faschistischen Mord in Charlottesville, August 2017

Wie man spätestens seit der »Bimbes«-Doku[1] weiß, hat die deutsche Industrie Helmut Kohl seit Mitte der 60er Jahre komplett durchfinanziert; erst, damit er sich innerparteilich durchsetzen kann, dann, damit er Kanzler wird. Trump kürzt das ab: der (gar nicht so erfolgreiche) Unternehmer wird selber Präsident und macht sich die Gesetze, wie sie ihm gefallen. Trump war schon mal da, als Berlusconi in Italien. Beide sind korrupte Trickbetrüger aus der Immobilienbranche; der eine baute seine Hochhäuser mithilfe der Mafia und wurde von den rechtsradikalen Medien gesponsort, der andere baute sich sein Medienimperium selber auf (*Mediaset*). Beide benutzten ihre Regierungsmacht, um sich vor ihren Steuerbetrügereien und sonstigen kriminellen Machenschaften zu schützen. Beide schraubten an den Gesetzen, um ihre Wiederwahl zu sichern – Trump macht sich zudem daran, so viele Richterposten wie möglich neu zu besetzen. Den Polizeiapparat brauchen sie nicht groß umzubauen, dort stecken schon jetzt viele Rechtsradikale. (Nicht nur in den USA, Italien und Österreich. In Berlin wurde im Dezember 2017 AktivistInnen gedroht, sie an faschistische Gruppen zu verraten: »Eure Gesichter Namen Adressen Fahrzeuge Eltern Geschwister sind sehr lange schon bekannt.«)*

Es waren die *rent-seeking*-Vielfach-Milliardäre der Wall Street, der Öl- und Gasindustrie sowie die Militärindustrie, die Trump zum Präsidentschafts-Kandidaten der Republikaner gemacht haben. Die politischen Entscheidungsprozesse in den USA werden von deren Lobby-Vereinigungen gesteuert. Für das *Cato Institute*, den Think-Tank der berüchtigten Koch-Brüder, arbeiten mehr Menschen als für die Republikanische Partei. Die *Tea Party* wäre ohne deren ideologische und finanzielle Unterstützung nie entstanden; es ist keine »Graswurzelbewegung«, wie es die Presse immer suggeriert.[2]

Rent seeking ist doppelt wichtig: Es beschreibt zum einen ganz gut die milliardenschweren Erben und die Art ihres Geschäfts: kurzfristige Gewinne aus dem Plündern des Planeten ziehen. Zweitens ist es der zentrale Begriff des anti-demokratischen Südstaaten-Ökonomen James Buchanan. In den Südstaaten verteidigte die weiße Oberschicht in den 50er Jahren noch mit Zähnen und Klauen die Segregation. Dort, in Charlottesville, Virginia, gründete Buchanan 1957 das *Thomas Jefferson Center zur Verteidigung der individuellen Freiheit*. Hinter dem Gebimmel von »individueller Freiheit« ging es dabei stets gegen Bürgerrechte für alle, gegen Steuern für Unternehmer, gegen Gewerkschaften, gegen das Wahlrecht von Armen. Nach dem Putsch 1973 hatten Buchanan und seine *Chicago Boys* ihren großen Durchbruch in Chile. Das wies die Richtung für die mit den Namen Thatcher und Reagan verbundene Konterrevolution 1979/80 ff. - auch wenn es volkswirtschaftlich nicht sonderlich gut funktioniert hatte. 1986 bekam er den Wirtschaftsnobelpreis für seine *Public Choice*-»Theorie«, also die Behauptung, alle Menschen strebten nach »Gewinnmaximierung«.

Ohne die Vorarbeiten von Buchanan und das Geld der Koch-Brüder wäre es der libertären Rechten in den USA nicht gelungen, Mike Pence als Vize- und Trump als Präsident zu installieren.[3] Ganz im Sinne der Theorien Buchanans begreift Trump sich nicht als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, sondern als Vertreter seiner eigenen Geschäftsinteressen. Sein Regierungsprogramm ist der Kulminationspunkt von vier Jahrzehnten rechter Agitation gegen den *big state*, die radikale Entwertung der Arbeitskraft.

Wo die industrielle Entwicklung noch sozialen Fortschritt für Viele ermöglichte (nicht: *garantierte*!); ist das *rent-seeking*-Kapital nur am Ausplündern der Menschen und des Planeten interessiert. Und dazu passt Trumps Vorstellung von Politik als Nullsummenspiel. Er verhält sich als Präsident genauso, wie er es vorher als Boss getan hat: »you are fired« (er hat im ersten Jahr 34 Prozent aller leitenden Regierungsmitarbeiter gefeuert; im Moment sind noch mehr als 100 Führungsstellen unbesetzt), »Wahrheit ist, was ich sage« (was seine Sprecherin »alternative Fakten« nannte), »für mich gelten keine Regeln« usw.

[1] »Bimbes – Die schwarzen-Kassen des Helmut Kohl« steht noch bis Dezember 2018 auf ardmediathek.de

[2] Charles und David Koch gehört das zweitgrößte Unternehmenskonglomerat in den USA in Privatbesitz. Es ist unter anderem in den Sektoren Pipelines, Raffinerien, Fasern, Dünger, Forsterzeugnisse, Verbrauchsgüter und Chemie tätig. Nach einer Studie der University of Massachusetts zählt das Unternehmen zu den zehn größten Luftverschmutzern der USA. Die Kochbrüder werden auf 80 Mrd. Dollar geschätzt. 1977 gründeten sie das *Cato Institute*, eine der einflussreichsten US-Denkfabriken. Sie unterstützen weitere 30 Denkfabriken und Stiftungen. Sie gehören zu den wichtigsten Unterstützern der *Tea Party*.

* Siehe z. B. *Vice.com* am 3.1.18: »Berliner Polizisten sollen anonym Drohbriefe an Linksautonome verschickt haben«

[3] Siehe dazu Nancy MacLean: »Democracy in Chains: The Deep History of the Radical Right's Stealth Plan for America« Juni 2017.

Bei allen sonstigen Unterschieden ist das Verhältnis zwischen Kapital und diesem neuen Typus von Regierungen in Europa ganz ähnlich. Auch *Schwarz-Blau* in Österreich ist eine »Regierung der Konzerne«: eine Pharmalobbyistin als Sozialministerin, das Raiffeisen-Management stellt den Finanzminister, die Wirtschaftsministerin kommt aus der Telekomlobby... Der KTM-Chef Pierer spendete im Wahlkampf eine knappe halbe Million für Sebastian Kurz (und forderte im selben Zug eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten, Steuersenkungen und Deregulierung im Arbeitsrecht – eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung war dann die Flexibilisierung der Arbeitszeiten). Ein Drittel der Wahlkampfspenden kamen aus der Immobilienbranche.

Das gleiche in Frankreich mit Macron. Wer gegen diese Entwicklung auf »Demokratie« setzt, hat den Schuss nicht gehört.

Die parlamentarische Demokratie passt nicht mehr zum aktuellen Kapitalismus. Die politischen Systeme sind bis an ihre Wurzeln erschüttert, so wie es die Monarchien Anfang des 20. Jahrhunderts waren.

Die Machtübernahme

»Faschismus ist ein Ergebnis der Krise unserer Zeit. Wir hätten ihn auch ›Irrationalismus‹ taufen können«, soll Mussolini kurz vor seinem Ende gesagt haben. Die Brexit-Abstimmung, Orbán, Duterte, Erdogan, die Pis-Regierungen in Polen, Trump, Babiš in Tschechien, Sturz-Krache in Österreich, demnächst vielleicht *5 Stelle* in Italien (oder kommt Berlusconi zurück?) sind Ergebnisse der Krise *unserer* Zeit. Auch Mussolini und Hitler kamen legal an die Macht und haben erst in einem zweiten Schritt – Mussolini erst vier Jahre später – ihre Machtbefugnisse diktatorisch erweitert.

Es gab schon ähnlich beschränkte Personen an der Spitze von (US-)Regierungen, aber die haben versucht, ihre Beschränktheit zu kaschieren. Trump nicht. Dieser »Idiot« (so Außenminister Rex Tillerson) treibt die *freak show* im Weißen Haus auf immer neue Höhen. Derweil setzt der Apparat um ihn herum radikale Änderungen durch. Beachtet werden fast nur die spektakulären Dekrete von Trump selber: Einreiseverbot für Muslime; mehr Mittel im Kampf gegen illegale Einwanderer. Auch einige seiner ökologischen Entscheidungen wurden noch wahrgenommen (Abschaffung der CO_2-Begrenzungen für Kohlekraftwerke, Lockerung von Wasser- und Bodenschutz, Öl- und Gasförderung wird in Teilen der Arktis und des Atlantiks erlaubt, neue Pipelines ...).

Breit diskutiert wurde die Steuerreform Ende 2017. Die Unternehmenssteuer wird von 35 auf 21 Prozent gesenkt; die USA werden zu einer Steuerflucht-Oase. Die 500 größten US-Konzerne machen dadurch durchschnittlich zwölf Prozent mehr Gewinn. Es war Trumps erster großer politischer Erfolg, und es wurde höchste Zeit für ihn, seine Sponsoren waren schon nervös geworden.

Fast völlig unter dem Radar blieben aber Sachen wie Annullierung von Bankkunden-Rechten, Abschaffung der Netzneutralität; die Anweisung an Staatsanwälte, auch bei kleineren Drogendelikten die Maximalstrafe zu fordern. Firmen, die sich auf öffentliche Aufträge bewerben, sind nicht mehr verpflichtet, Verstöße gegen Arbeitsschutzbestimmungen offenzulegen. Bundesstaaten dürfen Kliniken, die Abtreibungen anbieten, Fördermittel streichen. Klagen von Transsexuellen wegen Benachteiligung sind vor Arbeitsgerichten nicht mehr als sexuelle Diskriminierung zu bewerten. Die Polizei darf wieder Militärmaterial beziehen, darunter Kriegsgerät wie Granatwerfer. Sie darf wieder Eigentum von Verdächtigen ohne Prozess oder Urteil beschlagnahmen. Provider von Telefon- und Internet können Kundendaten aufzeichnen und verkaufen, ohne die Nutzer um Erlaubnis zu fragen.

In fast allen Bereichen der Staatsverwaltung hat ein massiver Stellenabbau eingesetzt, nur mal am Beispiel des Landwirtschaftsministeriums: Streichungen im Essensmarken-Programm für Arme, Lockerung der Fleischkontrollen, politische Vorgaben für die Forschung, Verbot des Worts »Klimawandel« in Berichten, Aufhebung von Vorschriften für gesünderes Schulessen. Die Mittel des Auswärtigen Amtes wurden um 30 Prozent gekürzt.

Trumps Leute sitzen bereits an vielen Schaltstellen: Eine nach der Krise gegründete Agentur, die Verbraucher vor Tricksereien der Finanzwirtschaft bewahren sollte, wird jetzt von einem ihrer schärfsten Kritiker geleitet; die Oberste Umweltbehörde wird nun von einem Mann geführt, der diese Behörde früher verklagt hat; der Energieminister hat einen Subventionsplan für Kohlekraftwerke entworfen usw. usw.

Trump hat bereits zwölf Richter für die Bundesberufungsgerichte berufen, die zweithöchste Instanz nach dem *Supreme Court*. Weiter unten hat er Dutzende Richterstellen mit Reaktionären besetzt, die in der Regel jünger als 50 Jahre sind (die Ämter werden auf Lebenszeit vergeben). Der Vorsitzende der reaktionären Juristen-Vereinigung *Federalist Society* hat vorgeschlagen, die Zahl der Bundesrichter zumindest zu verdoppeln, um »das juristische Erbe Barack Obamas zu zerstören«.

Die Schäden Trumps reaktionärer Wende werden weit über seine Amtszeit hinausreichen. Darüber wird erst seit Neuestem diskutiert. Zunächst wurde nur hitzig gestritten über die Frage, wer ihn gewählt hat.

sie irgendwie luftig und nicht zu greifen seien. Es gebe eine Gruppe, die sich diese Kräfte zunutze mache und seit dem Zusammenbruch des Ostblocks überall den Ton angebe; man begegne ihnen gelegentlich in Flughafen-Lounges. Dahrendorf nannte sie die »globale Klasse«. Diese Klasse bestimme die Politik.[10]

Mit der globalen Krise 2007 ff. sind die Versprechungen dieser »globalen Klasse« endgültig kassiert. Den Menschen im ehemaligen Ostblock hatte man die »Transformation« vor die Nase gesetzt, den Unterklassen im Westen den *trickle-down*-Effekt versprochen. Nun war klar: die »Transformationsphase« würde nie vorübergehen, und vom *trickle down* kommen nicht mal Tröpfchen unten an.

Entgegen unseren damaligen Hoffnungen hat die Krise zu relativ wenig Gegenwehr geführt, die meisten Aufstände (in Nordafrika) wurden niedergeschlagen. Seither bildeten sich vielerorts rechte Bewegungen und Regierungen. Prototypisch ist Ungarn. Im Boom nach dem Beitritt zur EU hatten sich die Leute in Fremdwährungskrediten verschuldet. Als in der Krise der Forint massiv gegenüber dem Euro abwertete, konnten viele ihre Hypotheken nicht mehr bedienen. Dieses massive soziale Abrutschen war das Einfallstor für die nationalistische Demagogie von Orbán, der seit 2010 dort an der Regierung ist. Auch in der BRD stand bei der AfD zunächst die Kritik am Euro im Vordergrund.

Wenn die Verschlechterung aller Bedingungen jahrelang mit der Globalisierung gerechtfertigt wurde, ist die Reaktion »Re-Nationalisierung« erst einmal verständlich.

Aufstand gegen die »globale Klasse«

»In der EU hat das ›liberale Technokratentum‹ seinen Gipfel erreicht. In praktisch jedem Mitgliedsstaat hat dieses sogenannte Demokratiedefizit zum Aufstieg populistischer, euroskeptischer Parteien geführt.«

Dani Rodrik

Durch die gesamte sogenannte westliche Welt geht eine Protestbewegung gegen die Globalisierung. In ihr vermischen sich die materiellen Sorgen entlassener IndustriearbeiterInnen mit der existenziellen Verzweiflung abgehängter Teile des Proletariats, die seit Jahren aus dem Rahmen institutioneller Vertretung rausgefallen und in ihrer Würde verletzt sind. Die kulturelle Verunsicherung rechts-konservativer Bürger kommt dazu und macht daraus rechte Bewegungen auf der Straße (»Pegida«, »Demo für alle«).

Mobilität, Chancengleichheit und Multikulturalismus (*rainbow coalition*) waren das Versprechen der Globalisierung, während sich die soziale Ungleichheit immer weiter verschärfte. Die Wut der Unterklassen über die eigene Situation richtet sich auch gegen die Ideologien der »globalen Klasse« (Multikulturalismus und Identitätspolitik) – und hier konnten Rechtsradikale andocken. Bannon brachte dies in einem Interview auf den Punkt: Die Demokraten haben noch nicht verstanden, dass ihre (ehemalige) Wählerbasis in der Krise ist. »Ich will, dass sie jeden Tag über Rassismus sprechen«, spottete er. »Wenn die Linke sich auf die Themen Rasse und Identität konzentriert und wir uns auf ökonomischen Nationalismus, dann können wir die Demokraten zermalmen.« Mit dieser Einschätzung konnte er sich u. a. auf eine Rasmussen-Umfrage vom August 2017 in den USA stützen. Demnach sagten 85 Prozent der Befragten, die Redefreiheit sei wichtiger als der Schutz von Leuten, die sich gekränkt fühlen könnten. Fast die Hälfte sah die Meinungsfreiheit von der *political correctness* bedroht. Identitätspolitik hat in den USA momentan einen schweren Stand.[11]

Über drei Viertel der Trump-Wähler sagten bei Befragungen nach der Wahl, ihre eigene finanzielle Lage habe sich in letzter Zeit verschlechtert (nur 19 Prozent der Clinton-Wähler sagten das von sich). Zwei Drittel glauben, dass der Welthandel im eigenen Land Jobs kostet. Ganz ähnlich in Frankreich: Bei den Regionalwahlen 2015 stimmten 62 Prozent der ArbeiterInnen mit prekären Jobs für den *Front National*. Auch bei der Präsidentschaftswahl schnitt Le Pen besonders gut bei denen ab, die in der Globalisierung eine Gefahr sehen.

In Europa läuft die Globalisierung unter dem Namen »Europäische Union«. Bei ihrer Einführung vor einem Vierteljahrhundert gab es nur wenige offene Kämpfe dagegen (beispielsweise in Griechenland), und diese blieben isoliert. Die EU setzte den Rahmen für das Ausspielen der Arbeiterklasse gegeneinander, bei dem die meisten verloren haben – allerdings hat auch ein Teil gewonnen, anders ist die Langlebigkeit der EU trotz aller Krisen nicht zu erklären. Die Mehrheit der Proleten war zu Recht immer dagegen und hatte dabei kaum Unterstützung von links. Nun bietet ihnen die radikale Rechte Unterstützung an – und liefert zugleich die passenden Erklärungen für das Treten nach unten; sie ethnisiert soziale Fragen.

Die kulturelle Seite

Das Explosive am »Populismus« ist, dass sich proletarische Wut mit rechtem Kulturkampf vermischt. Nur so kann die AfD zweistellige Wahlergebnisse einfahren. Nur so sind Trump und Sturz-Krache an die Regierung gekommen. Reale Deklassierung und Abstiegsängste, kulturelle Verunsicherung und Verlust der politischen Repräsentanz werden reaktionär verarbeitet. Man sieht »das ganze System« als Feind, sieht aber keine Chance, sich gemeinsam

[10] Ralf Dahrendorf: »Die globale Klasse und die neue Ungleichheit«, in: Merkur November 2000

[11] http://www.rasmussenreports.com/public_content/lifestyle/general_lifestyle/august_2017/73_say_freedom_of_speech_worth_dying_for

dagegen durchzusetzen – deshalb wählt man den, der verspricht, sich für einen einzusetzen und gegen Mexikaner und Muslime vorzugehen.

Es hat auch früher eine breite rechte Wählerbasis gegeben. Und wir müssen nicht in die 50er und 60er Jahre oder zu den Nazis Kiesinger und Filbinger zurückgehen, um daran zu erinnern, wie rechts die CDU war. Noch zu Beginn der 90er Jahre warnte Edmund Stoiber z. B. vor einer »drohenden Durchrassung des deutschen Volkes«. Damals kamen die Russlanddeutschen in die BRD; viele von ihnen fanden in der CDU und CSU ihre politische Heimat, denn sie hatten ähnliche Einstellungen. Diese Leute wählen heute AfD – und nicht eine Partei, die für die »Homo-Ehe« eintritt, die AKWs abschaltet und vor zwei Jahren eine Million Flüchtlinge ins Land gelassen hat. Von 1,5 Millionen wahlberechtigten Russlanddeutschen wählen bis zu 20 Prozent AfD. Wichtiger sind sie für die Partei aber als *Community*. In Pforzheim z. B. fuhr die AfD in einem »russlanddeutschen Stadtteil« 44 Prozent ein. (Dort hatten vor 25 Jahren auch schon die *Republikaner* zweistellige Ergebnisse.)

Es hat auch früher ein faschistisches Wählerpotenzial zwischen fünf und zehn Prozent gegeben. Die BRD war lange Zeit das einzige Land, in dem das immer nur kurzfristig in den Parlamenten auftauchte. Seit der Flüchtlingskrise hat die AfD nun zweistellige Ergebnisse. Ihr ideologischer Klebstoff ist die Hetze gegen die PC-Linke, gegen die Schwulen usw. – die sie alle als Teil eines abgehobenen Establishments darstellt. Ihr regionales Standbein ist die »abgehängte Peripherie«. Das sind in der BRD Teile des Ostens und des Ruhrgebiets, wo die AfD viele Stimmen bekam; in Sachsen wurde sie bei den Bundestagswahlen sogar stärkste Partei.[12]

Auch Teile von CDU/CSU propagieren eine ähnliche reaktionäre Wende wie in Ungarn, Österreich oder den USA. Sie wollen vor »'68« zurück, unter dessen Folgen sie seit 50 Jahren leiden.

Die Peripherie

Fast 70 Prozent der Deutschen leben in Orten mit weniger als 100 000 EinwohnerInnen. Vielleicht glauben die sogar den Quatsch, wenn die CSU gegen den »linken Prenzlauer Berg« hetzt. Die Struktur der Peripherie ist überall ähnlich: der einzige Arbeitgeber hat zugemacht, die Hauspreise verfallen, die Leute können nicht weg, haben vielleicht ein kleines Haus, in dem sie keine Miete zahlen müssen… Und überall auf der Welt werden neu ankommende Flüchtlinge überdurchschnittlich stark in diese abgehängten Gebiete gepackt – u. a. weil dort die Mieten so niedrig sind, aber auch deshalb, weil die AnwohnerInnen sich nicht so gut wehren können wie irgendwelche Villenvororte.[13] Und entgegen des landläufigen linken Vorurteils, vor allem in Gegenden ohne MigrantInnen würden die Leute rechts wählen, bekam die AfD bei den letzten Wahlen dort viele Stimmen, wo viele Flüchtlinge konzentriert wurden.[14]

In den USA begann nach Trumps Wahlsieg das Kümmern um die Peripherie. Der damalige Chefredakteur der *New York Times* schrieb, man müsse die Sorgen und Nöte der Menschen in der Provinz ernst nehmen, die besonders häufig für Trump gestimmt haben. In den großen Küstenstädten habe man nicht mitbekommen, dass das Landleben längst seinen Zauber verloren hat. Studien zeigten aber, dass die amerikanische Landbevölkerung früher sterbe, weniger verdiene, früher geschieden werde und in größerem Umfang auf staatliche Unterstützung angewiesen sei als die Bewohner der großen Städte. Das Dorf sei das neue Ghetto.

Anti-Establishment Stimmung

»Die Wahl Trumps und der Brexit waren unerwartet; sie verblassen aber vor der gegenwärtigen Situation in Frankreich: dort haben wir sechs mögliche Kandidaten für die Präsidentenwahl, und alle, ja alle! behaupten, gegen das Establishment zu sein.«

Immanuel Wallerstein, 15.2.2017

Aus der Peripherie wächst eine Stimmung gegen das »Establishment«. *Front National*, die *Brexiteers*, Trump usw. lenken diesen Protest als Wasser auf ihre Mühlen. Das hat so gut funktioniert, dass auch Renzi in Italien (der sich als »Verschrotter der korrupten Polit-Eliten« aufspielte), Macron in Frankreich (er soll im Wahlkampf das Buch von Guilluy[15] auf dem Nachttisch gehabt haben) und Kurz in Österreich sich dieser Masche bedienen. Die alten Parteien beschimpfen das als »Populismus«. Aber was für ein krasser Vorwurf ist das, sich mit dem Volk gemein zu machen!?! Das implodierende Parteiensystem ruft zu den Waffen – und bestätigt dem wütenden Volk scheinbar, dass es mit seiner Elitenkritik recht hat.

Aber was ist »Establishment«, was ist »Elite«? Warum funktioniert es, wenn der Milliardär Trump seinen WählerInnen verspricht, mit der »versifften Elite« aufzuräumen?

Der soziale Fortschritt in den westlichen Gesellschaften hat nach allen Kriterien (Reallöhne, Lohnquote, Zugang zu Bildung, wie viel Einkommen geht für Miete drauf) seit zwei bis drei Jahrzehnten stagniert oder sich sogar umgedreht. Gleichzeitig haben sich diese Gesellschaften auf vielen Feldern kulturell noch weiterentwickelt (»Ehe für alle«, in der CDU-Führungsriege gibt es offen auftretende Schwule, die US Army nimmt Transgender-Personen, Frauen in der Bundeswehr – wobei hier absichtlich ambivalente Beispiele

[14] Das zeigt z. B. die Wahlkreisanalyse des Jenaer Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft im Auftrag der Amadeu-Antonio-Stiftung; ansonsten eine uninteressante Untersuchung, die soziale Gründe wegerklären soll. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/studie_afd_wahlkreisanalyse_btw17.pdf

[12] Siehe »Es brodelt im Land« https://www.wildcat-www.de/aktuell/a105_afd_btw.html

[15] Siehe die Besprechung von Guilluys Buch auf S. 91.

[13] Mike Davis »The Great God Trump and the White Working Class« https://www.jacobinmag.com/2017/02/the-great-god-trump-and-the-white-working-class/

genommen wurden; es wäre fortschrittlicher, die Ehe, die Armeen und die CDU abzuschaffen). Der Trick der »Populisten« besteht darin, Leuten, die für sich keine Perspektive mehr sehen, einzureden, das liege daran, dass es demnächst ein drittes Geschlecht im Personalausweis gibt: »Dafür haben sie Geld, für einen Kindergarten in unserem Dorf nicht!« Oder eben: »Den Flüchtlingen wird es hinten reingeschoben, wir finden keine Wohnung!«

Trump, Erdogan und Konsorten kommen an die Regierung, indem sie die Spaltung der Gesellschaft ausnutzen. So wie in Frankreich der FN die Arbeiter gegen die Armen hetzt, indem er Armut ethnisiert, soll *America First* die abgehängten Arbeiter des Mittleren Westens gegen die mexikanischen und andere Zuwanderer mobilisieren. Das Problem der Linken ist, dass sie den »Populisten« auf den Leim geht und diese Spaltung reproduziert: Die einen verteidigen vorbehaltlos Genderklos und Zuwanderung; sie begeistern sich für den »globalen Süden«, haben aber nur Verachtung für die Peripherie im eigenen Land. Die anderen wollen die Abgehängten mit einem »linken« Populismus erreichen; das ist aber ein Widerspruch in sich!

Die Linke hat sich in eine beknackte Debatte verstrickt

Die Demokratische Partei streitet nun, wie sie gegen Trump antreten soll. Einige wollen vor allem an weiße Wähler appellieren, die für Trump gestimmt haben, andere wollen die »*Rainbow Coalition*« verstärken. Strukturell die gleiche Debatte läuft in der Partei *Die Linke*: Traditionskommunisten[16] gegen Antideutsche, Materialisten gegen Postmoderne. Diese Fragestellung spiegelt den professionell verengten Horizont eines Wahlkampfmanagers. Dass eine ehemals »radikale Linke« mit der gleichen Fragestellung einen heftigen Glaubenskampf ausficht, zeigt, wie tief wir gesunken sind.

Nach dem Wahlsieg von Trump suchte die postmoderne, antirassistische bzw. »intersektionalistische« Linke nach Argumenten, um sich die soziale Realität außerhalb ihrer Metropolenblase auch weiterhin vom Leib zu halten.[17]

Die Traditionslinke sah in Trumps Wahlsieg richtigerweise eine Rückkehr des Klassenkampfs, versumpfte aber in ihren alten Vorstellungen von Haupt- und Nebenwiderspruch. Etwa Kagarlitzky: »Es waren die Stimmen der Arbeiter, die Trump den Sieg gebracht haben. Nicht die sogenannten ›weißen Männer‹, sondern die Arbeiterklasse, die sich offen und größtenteils solidarisch dem Washingtoner Establishment entgegengestellt hat. (...) Es war tatsächlich ein Aufstand der vergessenen und grollenden amerikanischen Provinz gegen die verwöhnten Menschen in Kalifornien und gegen die kosmopolitischen Funktionäre in Washington.«[18] Solche Analysen können sich darauf stützen, dass fast 20 Prozent der Trump-WählerInnen zuvor Bernie Sanders unterstützt hatten. Auch »grollende Provinz« gegen »kosmopolitische Funktionäre« ist eine gute Beschreibung. Aber »offen und größtenteils solidarisch«? Das sind die zornigen Trumpwähler doch gerade nicht! Und zur »Arbeiterklasse« gehören auch Putzfrauen, Kurierfahrer, Krankenschwestern..., sie und die schwarzen Proleten haben in sehr geringem Umfang Trump gewählt. Und warum sollten wir wegdiskutieren, dass ihn vor allem weiße Männer gewählt haben?

Trotzdem ist es richtig, die modische Behauptung zu kritisieren, man dürfe verschiedene Anliegen keinesfalls hierarchisieren. Selbst die Friedrich-Ebert-Stiftung kommt in der Ende 2017 vorgestellten Studie »Angst im Sozialstaat« zum Ergebnis, die Agenda 2010 sei eine »institutionelle Angstmobilisierung«. Hartz IV *sollte* Angst erzeugen, nur so konnten Löhne, Renten, Arbeits- und Lebensbedingungen massiv abgebaut werden. Diese »sozialpolitisch generierten Ängste« führen nun zu »Aggressionen gegen Minderheiten«, Angst vor Zuwanderung und Aufstieg der AfD.[19] Letzlich fordern sie die Abschaffung von Hartz IV, ein Ende der Austeritätspolitik und eine europäisch koordinierte Steuerpolitik. Aber das *rent-seeking*-Kapital lässt keinen Spielraum für Reformismus. Es gibt auch nichts mehr sozialdemokratisch umzuverteilen, wenn alles privatisiert ist. Gerade aus dieser »Alternativlosigkeit« speist sich die Wut.

Sind die Wähler von Trump alles Rassisten?

Macomb County in Michigan wird oft als Beispiel genommen, Umland von Detroit: weiße *blue-collar*-Bevölkerung; sie waren Anfang der 80er die sogenannten »Reagan-Demokraten«, also Arbeiter, die nach der scharfen Krise 1979 für Reagans Versprechen stimmten, »Amerika wiederaufzubauen«. 2008 und 2012 stimmte *Macomb County* für Obama; in den 2016er Vorwahlen für Bernie Sanders – im Herbst 2016 dann für Trump. Es kann sein, dass viele dieser Arbeiter rassistisch, sexistisch usw. sind – wahrscheinlich aber auch nicht mehr als der Durchschnitt. Die Frage ist, wie man »rassistisch« definiert – und noch viel stärker, welches Verhältnis es gibt zwischen Reden und Handeln.

Die Unterklassen haben kein »falsches Bewusstsein« über ihre Lage und sind nicht irrational. Das *PEW Research-Center* machte im April und Mai 2016 z.B. eine Umfrage in 14 Ländern: »*Was braucht man, um wirklich dazu zu gehören?*«[20] Demnach sagt in Europa etwa ein Drittel der Befragten, es sei »sehr wichtig«, dass jemand in ihrem Land geboren wurde, wenn er wirklich dazugehören will. In Deutschland sagten das nur 13 Prozent; in Frankreich ein

16 Schwieriges Wort! Gemeint sind sozialdemokratische Positionen von Kagarlitzky über Sahra Wagenknecht bis Christian Baron – siehe die Buchbesprechung Seite 82.

17 Ein Beispiel siehe hier: http://www.wsm.ie/c/trump-white-working-class-and-left Da wird sogar argumentiert, es lohne sich nicht, aus der Stadt, wo die Linke wohnt, aufs Land zu den TrumpwählerInnen zu fahren!

18 http://www.counterpunch.org/2017/02/21/trump-and-the-contradictions-of-capitalism/ noch pointierter und ebenfalls auf counterpunch – Paul Craig Roberts: »Die Arbeiterklasse hat die Wahl gewonnen« (http://www.counterpunch.org/2016/11/09/the-working-class-won-the-election/)

19 Eine Zusammenfassung der Studie findet Ihr hier: http://library.fes.de/pdf-files/wiso/13889.pdf

20 http://www.pewglobal.org/2017/02/01/what-it-takes-to-truly-be-one-of-us/ auf Deutsch siehe z.B. die Besprechung in der FAZ vom 1. Februar 2017: »PEW-Studie: Deutschsein hängt für viele nicht vom Geburtsort ab« http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/pew-studie-deutschsein-haengt-fuer-viele-nicht-vom-geburtsort-ab-14817680.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2

Stuttgart 1958: Die Männer tragen Anzug, die Frauen Kostüm.

Viertel, in Griechenland und Ungarn etwa die Hälfte. Durchschnittlich 77 Prozent in allen 14 Ländern sagen, wer die Landessprache spricht, gehört dazu. Die landestypische Kultur ist vor allem rechten Wählern wichtig. Nur wer dieselbe Religion hat, kann dazu gehören, finden in Griechenland über 54 Prozent, in der BRD 11 – in Italien und Polen wurde gleich gar nicht nach »christlich«, sondern nach »katholisch« gefragt: dort sagen sogar 24 bzw. 21 Prozent *der Leute, die eine linke Partei wählen*, man müsse katholisch sein, um dazu zu gehören!

Das sind wesentlich realistischere Einschätzungen – auch wenn es viel zu kritisieren gibt! – als der Zirkus, den rechte Politiker z. B. um »deutsche Leitkultur« abziehen. Aktuell sind übrigens drei Viertel der US-AmerikanerInnen dafür, dass die *Dreamer* im Land bleiben können.

Die ArbeiterInnen sind heute kulturell und im sozialen Umgang nicht rechter als in den 70er Jahren, eher »linker« – man fährt überall hin, unterhält sich mit jedem, hört »Neger-Musik«, geht zum Türken essen, trägt Hosen mit Löchern usw. Kulturell hat '68 auf jeden Fall gewonnen.

Der Niedergang der USA

Trumps Amtszeit wird vom Niedergang der USA bestimmt – und er wird diesen Niedergang aller Voraussicht nach beschleunigen.

Die Neo-Cons und die Bush-Regierung wollten den ökonomischen Niedergang durch militärische Eskalation aufhalten. In der Geschichte konnten aber nur jene Länder erfolgreich Kriege führen, die das nötige Geld über Anleihen einsammeln konnten. Die USA sind aber hoch verschuldet – und deshalb pünktlich zum Jahrestag der Regierungsübernahme Trumps gerade im *shutdown*-Modus – und permanent auf ausländische Darlehen angewiesen. China hält amerikanische Staatsanleihen im Volumen von fast 1,2 Billionen Dollar – fast ein Fünftel aller von Ausländern gehaltenen Papiere. Anfang Januar dachte China mal laut darüber nach, seine Währungsreserven zurückzufahren, und schon kam es an den Anleihemärkten zu Turbulenzen; die Zinsen zehnjähriger US-Staatsanleihen schossen über die kritische Marke von 2,5 Prozent. Wie sollte Trump einen Krieg gegen China finanzieren?

Die Krise des weißen Mannes

»Wie das angeschossene Tier ist auch das untergehende Patriarchat womöglich gefährlicher als das Patriarchat selbst.«
Franziska Schutzbach

Trump ist das Symptom vieler Krisen: des Niedergangs der USA, der Krise des Systems politischer Repräsentation; der ökonomischen und gesellschaftlichen Krise, aber auch Symptom der Krise des weißen Mannes. Trump wird, wie z. B. auch die AfD, vor allem von Männern gewählt. Was für ihn der zornige weiße Mann in den Appalachen, ist für die AfD der zornige Ossi im Erzgebirge.

Der Mann hat seine Rolle als »Krone der Schöpfung« verloren. Die Arbeitslosenquote steigt bei Männern schneller als bei Frauen; Männer fallen in der Zahl der Universitätsabschlüsse hinter die Frauen zurück; in der BRD nehmen sich dreimal so viele Männer das Leben wie Frauen. Soziologen sprechen von der *Hecession*. Diese Befunde gelten verstärkt in den »abgehängten Regionen«. Die Deindustrialisierung in der DDR traf z. B. besonders Männer. Aufgrund ihres Rollenbilds konnten sie zudem schlechter mit dem Jobverlust umgehen als Frauen. Diese wanderten eher in den Westen oder weiteten ihre Qualifikationen aus, sie sind teilweise in einen neuen besser bezahlten Job aufgestiegen. In Sachsen-Anhalt verdienen Frauen heute durchschnittlich mehr als Männer. Diese rutschten in geringqualifizierte Jobs oder Dauerarbeitslosigkeit ab. All das nagt am Selbstverständnis des »Ernährers der Familie«.

Michael Moore hatte in seinen *Fünf Gründen, warum Donald Trump gewinnen wird* als zweiten »Das letzte Aufbegehren des zornigen weißen Mannes« aufgeführt: Der gefährdete weiße Mann habe »das Gefühl, die Macht sei ihm durch die Finger geronnen und seine Art, die Dinge zu erledigen, sei nicht mehr gefragt. Diese Monster, diese ›Feminazis‹, diese Biester, die, wie Trump sagt, ›durch die Augen bluten oder wo auch immer sonst sie bluten‹, haben uns erobert. ... Das muss aufhören! Jetzt!«

Die Utopien gehen aus

Politik versteckt sich hinter »Machbarkeit«, »es gibt keine Alternative« (Thatcher und Merkel), »wer Visionen hat, muss zum Arzt« (Helmut Schmidt). Diese Entpolitisierung der Politik wurde manifest mit der EU.[21] Gleichzeitig lebt zum ersten Mal seit langer Zeit eine Generation in der Vorstellung, ihren Kindern werde es schlechter gehen. Sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit in Ländern wie Spanien, Italien und Griechenland; die Unternehmen wandern aus in Billiglohnländer; die Reichen zahlen kaum noch Steuern; die Renten werden für Viele nicht

[21] Siehe dazu ausführlich *Wildcat* 90, Sommer 2011: »Weiße Rose aus Athen«. Online auf www.wildcat-www.de

mehr zum Leben reichen... »Offensichtlich (...) sind wir nicht diejenigen, die die Gegenwart bestimmen, aus der die Zukunft hervorgehen wird«, konstatierte Zygmunt Bauman. Und deshalb haben wir »wenig bis gar keine Hoffnung, diese Zukunft in irgendeiner Weise kontrollieren zu können.« Jüngere hätten die Fähigkeit verloren, »über so etwas wie eine gute Gesellschaft nachzudenken« und suchen lieber »eine komfortable Nische«.[22]

Zygmunt Bauman starb wenige Tage, bevor Trump ins Amt kam. In seinem letzten Buch beschäftigt er sich damit, wie das Versperren jeder Utopie zum Wunsch nach den alten, angeblich besseren Zeiten führt. »Welche Erleichterung ist es da ... in die vertraute, gemütliche und heimatliche ... Welt von Gestern zurückzukehren.« (ebenda) Bauman sieht eine vierfache Rückwärtsbewegung: »Zurück zu Hobbes«,[23] »Zurück zum Stammesfeuer«, »Zurück zu sozialer Ungleichheit« und »Zurück zum Mutterleib«. Der *Suhrkamp*-Verlag bewirbt das Buch als Erklärung für Trumps Wahlsieg. Trump wurde aber nicht vom Bedürfnis breiter Massen nach mehr sozialer Ungleichheit ins Amt getragen – im Gegenteil: Weltweit gibt es ein großes gesellschaftliches Bedürfnis nach mehr Gleichheit! – sondern vom *rent-seeking*-Kapital. (Buchanan und Hobbes reichen sich die Hände.) Und er wurde von vielen gewählt, weil er sowohl den Wunsch nach dem »Zurück zum Stammesfeuer« als auch die *Wut* auf die angeblich alternativlose Globalisierung ansprach. Er schlägt Radau, deshalb haben ihn viele gewählt. Sie wollten eine Handgranate ins politische System werfen. Die Zeit der Entpolitisierung der Politik könnte zu Ende sein.

Der Kapitalismus ist so delegitimiert wie noch nie in seiner langen Geschichte. Sogar der Papst geißelte ihn in seiner Weihnachtsansprache als »ein inzwischen überholtes Entwicklungskonzept«, das »zum Niedergang des Menschen, des Sozialgefüges und der Umwelt führt«.

Was fehlt, ist ein öffentliches Subjekt, das aus breiter Kritik wieder »Utopien« machen kann.

Revolution statt Reform

In ihrem oben zitierten Rückblick auf ein Jahr Trump schrieb DIE ZEIT auch, dass sich nun viele Leute in den USA gesellschaftlich stärker engagieren. Bürgerrechtsorganisationen wie *Aclu* und das *Southern Poverty Law Center* erhalten sehr viel mehr Spenden. Liberale Zeitungen und kritische Fernsehsender erleben einen regelrechten Boom. »Und Frauen gewinnen auch Wahlen: Von den 14 Sitzen, die die Demokraten im November im Delegiertenhaus von Virginia hinzugewannen, gingen elf an weibliche Kandidaten. ... Seattle wählte mit Jenny Durkan die erste lesbische Frau zur Bürgermeisterin«.[24] Zu erwähnen wäre auch der *Women's March*; auch zum Jahrestag von Trumps Amtsantritt gingen in den USA wieder Millionen auf die Straßen.

Aber diese breiten Mobilisierungen heften sich an die Demokratische Partei. Und so kommen wir nicht aus dem Auf und Ab raus, wie man es seit bald 24 Jahren in Italien sieht: Lange Zeit ist der ekelhafte Berlusconi an der Regierung, dann wird das kurz von einer Regierung der PD unterbrochen – und diese ehemaligen »Kommunisten« fahren schärfsten Sozialabbau und Flexibilisierung des Arbeitsmarkts. Dann kommt wieder Berlusconi usw.

Auf der nächsten Seite beschreibt Curtis Price den Überraschungserfolg der Demokraten in Alamaba – und dass das absolut nichts mit irgendwelchen sozialen Verbesserungen zu tun haben wird. Trump hetzt die Arbeiterklasse gegeneinander. Aber wir dürfen auch nicht im Entferntesten glauben, die Demokraten würden sie vereinen!

Aus dem Teufelskreis kommen wir nur raus, wenn sich die diversen Mobilisierungen auf die Arbeiterklasse beziehen. In diesem Sinne wäre auch anzuknüpfen an die Protestbewegung gegen die Globalisierung – auch wenn sie sich im Moment »rechts« äußert! Verteilungs*kampf* ist keine verkürzte Kapitalismuskritik, sondern ein notwendiger Anfang. Enteignet die Expropriateure!

Die radikale Linke in der BRD ist total verunsichert, weil sie sich in den letzten Jahren größtenteils »realpolitisch« orientiert hat. Sie weiß gar nicht mehr, »wie man mit Arbeitern redet«. In den USA ist das nicht besser, eher schlimmer. Bei einer Konferenz vor einem Jahr wollte die radikale Linke diskutieren, was man nun unter Trump machen könne. Aber Metropolenlinke aus New York meinten, alle in ihrem üblichen »französischen« Jargon zutexten zu müssen. Einem jungen Latino-Genossen aus Arizona platzte schließlich der Kragen: »Ich organisiere Latino-HotelarbeiterInnen, wir haben es mit all den Problemen zu tun, die ihr hier mit ›Intersektionalität‹ usw. beschreibt – aber wir brauchen keinen einzigen Eurer Begriffe!«

In einer Zeit, in der die Massen nicht mehr an die Reformierbarkeit des Systems und die parlamentarische Demokratie glauben, macht eine Linke, die genau dies vorschlägt, definitiv eine schlechte Figur.

P.S. Den Begriff »Populismus« sollten wir nicht benutzen. Es ist der Begriff, der oben und unten scheidet und die aktuelle Version der Totalitarismusdoktrin, also der Ideologie »Extremismus von rechts und links«. »Linken Populismus« gibt es nicht; denn Emanzipation bedeutet, dass die Menschen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. ■

[22] Zygmunt Bauman, *Retrotopia*; Berlin 2017.

[23] Thomas Hobbes, englischer Staatstheoretiker; in seinem Hauptwerk *Leviathan* legte er dar, es brauche einen absolutistischen Herrscher, um den »Krieg aller gegen alle« zu verhindern; im englischen Bürgerkrieg stand auf der Seite des Königs; Hobbes ist gegen Religionsfreiheit und gegen Gewaltenteilung.

[24] http://www.zeit.de/wirtschaft/2018-01/donald-trump-wirtschaft-usa/komplettansicht

Alabama:

»Geh wählen oder stirb!«

Curtis Price

Dass am 12. Dezember 2017 in Alabama der Demokrat Doug Jones zum Senator gewählt wurde, war der erste Sieg eines Demokraten bei einer Senatswahl in Alabama seit 1992 und ein Schock für das politische Establishment. Leute im Umfeld der Demokratischen Partei halten die Wahl für einen Wendepunkt und den Anfang einer allgemeinen Anti-Trump-Stimmung.

Aber vieles an dieser Wahl war sehr spezifisch und wird sich nicht ohne weiteres wiederholen lassen. Zum einen war Roy Moore ein unglaublich unappetitlicher Kandidat, sogar gemessen an den schon niedrigen Standards der hiesigen Republikanischen Partei. Für viele schwarze Wähler war Moore, der als Richter schon zwei Amtsenthebungen wegen Rechtsbeugung hinter sich hat, ein Symbol des alten Alabama der Segregation und der Sklaverei.

Die Wahlbeteiligung unter Schwarzen war höher als bei der Wahl von Obama, und laut Umfragen stimmten 96 Prozent aller Schwarzen, die ihre Stimme abgaben, für Jones (bei den schwarzen Frauen war der Anteil sogar noch höher). Es gab eine Riesenkampagne, um die Schwarzen zur Wahl zu mobilisieren – eine Aktivistengruppe in Selma fand Moore so gefährlich, dass sie eine Kampagne *Vote or Die* (Geh wählen oder stirb) organisierten. Zusammen mit den Stimmen der gebildeten Weißen und der enttäuschten Republikaner reichte das zur knappen Mehrheit für Jones.

Es war aber auffällig, dass man sich fast vollständig auf persönliche Vorwürfe gegen Moore wegen seiner Beziehungen zu minderjährigen Mädchen konzentrierte und fast überhaupt nicht die soziale und wirtschaftliche Situation der Menschen in Alabama thematisierte. Alabama bleibt einer der ärmsten Staaten in den USA mit allen dazugehörigen sozialen Kennzahlen wie hoher Kindersterblichkeit und hohen Schulabbrecherquoten. Bei allen gesundheitsbezogenen Indikatoren versagt Alabama kläglich.

In den letzten Wochen des Wahlkampfs besuchte ein UNO-Beobachter den armen ländlichen »schwarzen Gürtel« von Alabama, wo die Bürgerrechtsbewegung in den 1960er Jahren ihren Ursprung genommen hatte, und stellte erschrocken fest, dass die Bedingungen schlimmer als alles seien, was er je in einem entwickelten Land gesehen habe.[1] Trailer-Häuser ohne Anschluss an die Kanalisation leiten ihre ungeklärten Abwässer mit improvisierten Abflussrohren direkt nach draußen, wo Kinder spielen. Forscher haben Hakenwürmer entdeckt, einen im Süden früher weit verbreiteten Parasiten, der eigentlich seit über 50 Jahren ausgerottet sein sollte.[2]

Die Leute in diesen Gegenden müssen sich Klärsysteme kaufen, da der Staat die Abwässer nicht entsorgt – die Installation so eines Klärsystems kostet ein Jahresgehalt oder mehr. Leute, die sich nicht an die Hygienevorschriften halten, werden vom Staat strafrechtlich verfolgt. Vor Jahren wurde ein Fall bekannt, bei dem eine Großmutter mit Arbeitsunfähigkeitsrente zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil sie kein Klärsystem installiert hatte.[3] Aber nur wenige Kilometer von solchen Bedingungen, die an einen Slum in der Dritten Welt erinnern, befinden sich die glitzernden Forschungszentren der *University of Birmingham*.

In den letzten Jahrzehnten ist Alabama zu einem führenden Autohersteller aufgestiegen – *Toyota*, *Mercedes-Benz* und *Nissan* sind nur einige der neuen Werke, die von den niedrigen Löhnen und einer nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitskraft angelockt wurden. Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Beschäftigung hier ist höher als in den meisten Staaten. Und Alabama profitiert weiterhin stark vom Militärkeynesianismus, durch den sich der Süden industriell entwickelt hat. *Redstone Arsenal* in Huntsville zum Beispiel ist flächenmäßig größer als die Stadt selbst und ist auch der größte Arbeitgeber der Stadt – und in Alabama gibt es viele solcher Basen.

Alabama hat Milliarden Dollar für Subventionen und Steuererleichterungen ausgegeben, um die Industrie anzulocken. Die Rechnung dafür zahlen die Arbeiterklasse und die Armen. Alabama ist einer der wenigen US-Staaten, der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel erhebt: neun Prozent. Fast 47 Prozent der Steuereinnahmen des Staates kommen aus solchen Verbrauchssteuern. Wegen fehlender öffentlicher Investitionen verfallen Straßen und Brücken, die Krankheits- und Sterblichkeitsraten sind höher als sonstwo. Im Wahlkampf aber hat keine Seite diese Fragen zum Thema gemacht, und es gibt kein Anzeichen dafür, dass Jones sich stärker darum kümmern wird als die republikanischen Senatoren vor ihm. ■

[1] UN poverty official touring Alabama's Black Belt: ›I haven't seen this‹ in the First World. AL.com, 8.12.2017 / http://www.al.com/news/index.ssf/2017/12/un_poverty_official_touring_al.html

[2] Hookworm, a disease of extreme poverty, is thriving in the US south. Why?, *The Guardian* 5.9.2017 / https://www.theguardian.com/us-news/2017/sep/05/hookworm-lowndes-county-alabama-water-waste-treatment-poverty

[3] Poor in Alabama tell of fines and jail time over septic tanks, The Florida Times-Union, 24.4.2002 / http://jacksonville.com/apnews/stories/042402/D7J3I1K81.html

Rechte Kollegen ...

Im Folgenden sechs Berichte aus der betrieblich-proletarischen Realität. Wir hatten GenossInnen gebeten, aus den Betrieben, in denen sie arbeiten, zu drei Fragen einen kurzen Bericht zu schreiben.

- Was ist das Verhältnis zwischen rassistischen Äußerungen und dem tatsächlichen Verhalten der Leute?
- Wählen die Kollegen, die sich rassistisch äußern, auch die AfD/FPÖ? Sind sie womöglich sogar Mitglied oder anderweitig rechtsradikal organisiert?
- Haben die Probleme mit rechten Kollegen zugenommen? Gibt es in den Betrieben heute mehr Rechte als früher?

Baustelle sagt an der Stelle: Ja! *Baustelle* ist aber unentschlossen, wie der Begriff »rassistisch« zu fassen ist: Einerseits seien die Angestellten und die Mittelschicht weniger »rassistisch«, andererseits wird auf ihren hässlichen *sozialen* Rassismus hingewiesen. Wie ist eine Situation aufzuknacken, die von einer »rassistischen Grundstimmung« getränkt ist, in der sich aber jede/r dagegen verwehrt, »Rassist« zu sein? Die Problemstellung durchzieht alle Berichte. Fast überall wird massiver Rassismus festgestellt, aber von Einzelfällen abgesehen nicht als die monolithische »böse Identität«, die er in vielen antirassistischen Diskursen darstellt, sondern wesentlich widersprüchlicher, fließend, vielfältig gespalten – eher Ausdruck von Schwachsinn und Verzweiflung als von gefestigten Herrenmenschen-Ansichten.

Was das Problem nicht kleiner macht!

Laut Betriebsuntersuchungen von Dörre u.a. (siehe S. 89) stimmen ArbeiterInnen heute tendenziell stärker als Angestellte der Aussage zu: »Es ist nicht genug für alle da, wir können nicht alle mitnehmen.« Nach Jahrzehnten der Niederlage haben sie den Eindruck, nichts mehr zu verschenken zu haben und selber immer zu kurz zu kommen. Der argumentative Schlagabtausch »Die BRD ist für das Elend in der Welt maßgeblich mit verantwortlich« versus »Wir können ja nicht alle Opfer von Kriegen und Klimakatastrophen aufnehmen« (siehe *Finsterland*) dreht sich deshalb im Kreis. Depressiven fehlt die Empathie, nicht das Wissen.

Österreich war natürlich besonders spannend. Dort gibt es organisierte Rechte in den Betrieben. Als Struktur ist die FPÖ schwach, als Geist gefährlich stark. Aber in manchen Klein- und Mittelbetrieben ist sie auch gut organisiert und manchmal sogar hegemonial. Der Bericht aus der Autofabrik ist aufschlussreich, weil er Fließband und Büro im selben Betrieb miteinander vergleichen kann. Interessanterweise kommt er bzgl. des Rassismus zum entgegengesetzten Urteil wie *Baustelle*: Im Büro wird mehr gehetzt – am Fließband sind sowieso die »AusländerInnen« in der Mehrheit und die »ÖsterreicherInnen« müssen sich anpassen.

Vorläufiges vorsichtiges Resümee

1) Die Situation ist ganz schön beschissen. Die rechten Wahlerfolge haben aber auch Gegenreaktionen ausgelöst. »Das einzig Gute an der aktuellen Situation ist, dass viele Menschen sich nun politisch äußern« (*Baustelle*). »Die Erfolge der AfD und anderer Faschos bringen offenbar Leute dazu, einiges neu zu bedenken.« (*Rohrreiniger*)

2) Dranbleiben! »Gäb's mehr GenossInnen, wäre der rechte Dumpfsinn nicht so dominant«. »Man kann heute Dinge in Frage stellen, ohne gleich zum weltfremden Spinner erklärt zu werden.«

3) Wir wollen das fortsetzen. Wie verhalten wir uns als »Linke« konkret im Betrieb? Welches Verhältnis hat die Linke allgemein zur Maloche als Ort des Kampfs? Dann natürlich die Frage nach konkreten Formen der Selbstorganisation. Und *last but not least*: das gemeinsame Bemühen, im Sinne einer revolutionären Perspektive auch theoretisch umfassend zu verstehen, was da gerade passiert. Denkbar wäre ein »offenes Treffen zur betrieblichen Realität« im Frühjahr.

Wie sind *Eure* Erfahrungen? Wir freuen uns über Berichte und Diskussionsbeiträge!

Krankenhaus:
Merkel, Putin, Erdogan

Ich arbeite in einem städtischen Krankenhaus in Baden-Württemberg im ungelernten Arbeiterbereich. Die beiden großen »männlichen« Arbeitertätigkeiten Patientenbegleitdienst (»Hol- und Bringdienst«) und Logistik (Versorgung, Entsorgung und Gerätetransport) haben einen gemeinsamen Pausenraum. Dort treffe ich mehrmals täglich dieselben Kollegen in unterschiedlichen Zusammensetzungen, während die Arbeit fast komplett handygesteuerte Einzelarbeit ist.

Von etwa 25 direkten Kollegen sind vier »deutsch«, die übrigen sind BRD-Durchschnitt: Kurden, Griechen, Polen, Jugos, Indonesier, Spanier, Russlanddeutsche; seit ein bis drei Generationen hier und zwischen 25 und 60 Jahre alt.

Das Klima im Pausenraum ist ganz okay – auch dann, wenn es politisch wird (was aber recht selten der Fall ist). Ich bin erst seit 2016 im Betrieb und habe deswegen die Hochphase der Flüchtlingsdebatte nicht mitbekommen. Flüchtlinge waren nur in den ersten paar Monaten wirklich ein Thema. Ich fand damals die Gespräche ziemlich fundiert und ausgewogen, was vielleicht auch daran liegt, dass im Pausenraum eine Tageszeitung liegt, die zwar kaum genau gelesen, aber von den meisten durchgeblättert wird. In den Debatten ging es wenig darum, wer die Flüchtlinge sind und aus welchen Gründen sie fliehen. Vielmehr stand die »Überforderung« im Vordergrund. Die Art, wie der Staat das Ankommen organisiert, sei zu chaotisch und führe zu schlimmen Wohnbedingungen in den Lagern und zu einer starken Ausbeutung der Leute. Außerdem zahlen die schon hier arbeitenden Leute doppelt: durch die Steuern und weil es schlechte Arbeitsbedingungen hier – wie Leiharbeit, etc. – verstärken wird.

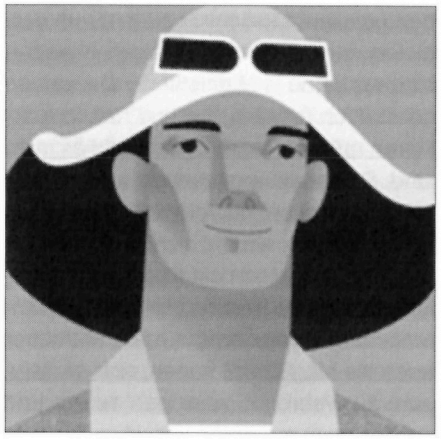
Komischerweise vertrat der einzige bekennende AfD-Wähler, ein älterer Ossi, dazu kaum Gegenpositionen. Stattdessen kam er immer wieder allgemein auf die gefährlicher gewordene Welt zu sprechen, in der man kaum noch die Wohnung verlassen kann, weil überall Irre rumlaufen und Anschläge begehen könnten. Er ist in seinen Äußerungen und seinem Verhalten widersprüchlich, auf der einen Seite hat er sich tatsächlich vor der gefährlichen Welt immer mehr in die eigenen vier Wände zurückgezogen (früher muss er sehr lebensfroh gewesen sein) und hofft von dort aus auf starke Führer wie Trump oder die AfD. Gleichzeitig ist er als Kollege recht sozial und versteht es trotz seiner vielen Spleens durchaus, sich mit den Kollegen gut zu stellen; häufig greift er sogar positiv und mit Empathie in Konfliktsituationen ein.

Als Trump-Fan war er immer wieder Teil der dominierenden politischen Gespräche im Pausenraum, und zwar denen über die starken Politikertypen: Trump, Erdogan, Putin und Duterte (dessen Anhänger der indonesische Kollege ist). Für meine Kollegen gehört die »stahlharten« Merkel auch zu diesem Typ Politiker, dem sie mit einer Mischung aus Verachtung und Bewunderung gegenüberstehen, aber ohne Hass. Und sie hat im Pausenraum weder Anhänger (wie im Fall von Trump und Duterte) noch Verteidiger (Erdogan).

Nach Terroranschlägen gab es zwar auch mal hitzige Diskussionen, ob der Grund in der »Terrorreligion Islam« liegt oder in der Außenpolitik der Amis. Viel stärker ist aber bei solchen Ereignissen die Verunsicherung; so sagte mir ein religiös-konservativer türkischer Kollege,dass er in den ersten Tagen nach einem Anschlag Angst vor Männern in arabischer Kleidung hatte.

In Gesprächen drückt sich oft die zunehmende Sorge in dieser immer unsicherer und instabiler werdenden Welt aus. Dass politische Gespräche ziemlich selten stattfinden, zeigt andererseits eine Art Gleichgültigkeit gegenüber negativen Entwicklungen (wie Terror, Flucht und Leiharbeit), die man als unvermeidlich empfindet.

Das wichtigste Thema ist die Beschwerde über die immer anstrengendere und stressigere Arbeit; das bleibt aber immer passiv und trägt wenig Ansätze zum Handeln in sich. Passend dazu erzählen die ältesten Kollegen immer gerne, dass es früher besser war, die Arbeit war besser, die Stimmung kollegialer, man hat sich gemeinsam gewehrt – was heute nicht mehr möglich sei. Aus den Erzählungen wird klar, die Arbeit ist atomisierter geworden und der subversive Typ des Zivis ist weggefallen, der mit seiner offensiven, aber »kollegialen« Anti-Arbeitshaltung zur Stimmung beitrug – anders als heute, wo sich diese Haltung vor allem im hohen Krankenstand ausdrückt. ■



Rohr-/ Industriereiniger und Entsorger:
Leute, die nicht in der Lage sind, sich gemeinsam zu wehren

Ich arbeite seit 16 Jahren in einer Entsorgungsklitsche, mit Chefs insgesamt 18 Leute, davon elf Fahrer und zwei Arbeiter ohne die benötigte Fahrerlaubnis, der Rest hockt im Büro. Keinerlei Organisierung der Beschäftigten, keine Tarifbindung, keine formalen Vertretungsstrukturen. Trotzdem hat der Laden unter Entsorgungsmalochern sogar einen recht guten Ruf: Die Löhne sind relativ hoch, dazu kommen diverse Zulagen, Weihnachtsgeld, Jahresprämie etc. Alles wird korrekt ausgezahlt, macht in einer Branche, wo du oft zu einem Grundlohn von 1200 Euro dir deine Prämien, die dann oft noch schwarz ausgezahlt werden, »verdienen« musst, schon ne Menge aus. Der Umgang ist insgesamt korrekt bis fair, soweit Lohnarbeit das überhaupt sein kann.

Im Folgenden versuche ich, verschiedene Aspekte des Bewusstseins meiner Kollegen zu beschreiben – die gut zwölf Prozent Stimmen für die AfD bei der Bundestagswahl müssen ja irgendwo hergekommen sein.

In den letzten sechs, sieben Jahren ist fast die gesamte Belegschaft ausgewechselt worden, aufgrund Verrentung oder frühzeitigem Ableben der alten Kollegen. Das Durchschnittsalter ist trotzdem recht hoch, über den Daumen gepeilt liegt es bei Anfang bis Mitte vierzig. Eine Arbeitergeneration, der nach gut 40 Jahren neoliberalem Angriff auch die letzten Reste von Klassenbewusstsein ausgetrieben worden sind. Kaum einer sieht sich tatsächlich als Arbeiter. Der Schlimmste von allen meinte beim Versuch, kumpelhaft Konsens

herzustellen, tatsächlich zu mir: »Im Vergleich zu den unzuverlässigen Kollegen sind wir beide ja Mittelstand!« Da war ich dann doch fassungslos und hab ihm erklären müssen, warum wir ebendies nicht sind. Selbst ein proletarisches Arschloch bleibt trotz allem noch Prolet.

Die »Alten« waren nicht »fortschrittlicher« oder »linker« als die aktuellen Kollegen – aber sie hatten noch nicht vollkommen vergessen, dass sie als Malocher auch die Möglichkeit haben, sich *gemeinsam* zu wehren. Früher gab es hin und wieder noch spontane kollektive Antworten auf die eine oder andere Zumutung der Geschäftsführung, heute kann ich davon nur träumen. Konflikte werden individualisiert bzw. personalisiert. Auch bei Reibereien, wo selbst dem letzten Vollhonk klar sein sollte, dass hier ein gemeinsames Vorgehen nötig ist, kommt es eben dazu nicht. Chef X war mal wieder total gemein zu Fahrer Y, und je nach Sympathie erntet Letzterer dann folgenloses Mitleid oder heimliche Häme. Scheinbar individuelle Gründe wie Feigheit, Dummheit, Opportunismus erklären sicher nur einen Teil.

Zurzeit wäre die Situation sehr günstig, um Forderungen durchzusetzen. Du musst jetzt nicht unbedingt ein Genie sein, um verstopfte Rohre zu befreien oder Schleifschlamm abzusaugen – aber ein gewisses Erfahrungswissen gehört schon dazu. Was halbwegs qualifizierte Arbeitskräfte angeht, herrscht in der Region quasi Vollbeschäftigung. Was nochmal verschärft gerade für Kraftfahrer gilt. Die Zeiten, in denen junge Männer bei der Bundeswehr den LKW-Führerschein gemacht haben, sind vorbei, und selbst *wenn*, darfst du zwar heute zum eigenen Vergnügen mit nem Laster durch die Gegend fahren – sobald du damit aber Geld verdienen willst, musst du die Ausbildung zum Berufskraftfahrer hinter dich gebracht haben. Ähnlich sieht's mit der Begrenzung des neuen PKW-Lappens auf Fahrzeuge bis 3,5 Tonnen aus – um die Fünftonner-Spülwagen zu fahren, wird heute ein besonderer Schein verlangt.

Also sind wir permanent zu wenig Leute, was die Arbeitszeiten ins teils nicht mehr Erträgliche ausdehnt. Konfliktpotential gäbe es genug, weil zudem die beiden eher linksliberalen Chefs den Laden auf eine recht autoritäre Art kommandieren. Trotzdem kommt es nicht zu gemeinsamen Aktionen. Wer keinen Bock mehr hat, sucht sich bei der momentan günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt einfach was Neues, die Fluktuation hat stark zugenommen. Wer bleibt, vielleicht weil zu alt oder weil im Vergleich mit anderen Jobs die Knete stimmt, richtet sich ein. Entweder leidlich ruhig, oder indem er sich ständig in Reibereien mit den anderen verstrickt. Darunter einige auf die eine oder andere Art pathologische Charaktere, mal eher bedauerlich, mal ausgesprochen boshaft. Letztere sind völlig vertrauensunwürdig, ständig bereit, für den eigenen Vorteil alle und jeden bei den Chefs anzuscheißen. Was bei der recht kleinen Belegschaft Verschwörungen ausgesprochen schwierig macht. Wie immer sind das die Großmäuler und verbal Gewaltaffinen.

Obwohl es mittlerweile das Berufsbild der »Fachkraft für Rohr- und Kanalservice« gibt, sind die Spülwagenfahrer fast ausschließlich »Quereinsteiger«, die Saugwagenfahrer sowieso. Handwerker, die keinen Bock mehr aufs Handwerk hatten, zwei gescheiterte Selbstständige. Der durchschnittliche Kollege in unserer Bude ist männlich (deswegen brauch ich hier auch nix zu gendern; hab noch nie eine Frau getroffen, die den Job macht), hat eine Handwerksausbildung, Umschulung auf Berufskraftfahrer bzw. Ausbildung dazu während seiner Berufssoldatenzeit (augenschreiend auffällig: Die meisten Neueingestellten der letzten Jahre waren vorher Zeitsoldaten! Sollte man sich mal genauer angucken, was diese Militarisierung junger Prolls allgemein bewirkt). Die eine Hälfte ist geschieden, Ende dreißig, zahlt Unterhalt fürs Kind/die Kinder, hat ein mehr oder weniger ausgeprägtes Alkohol- bzw. Drogenproblem. Öfter mal schieben einzelne »Depressionen« (sehr dehnbare Diagnose), die dann von verantwortungslosen Ärzten mit Psychopharmaka verkleistert werden.

Die andere Hälfte ist älter, Ende vierzig, lebt meist in klassischer Kleinfamilie und ist psychisch im Vergleich eher stabil. (Es gibt auch ein paar stabile jüngere und ein paar labile ältere Kollegen.)

Zurzeit ist die Mehrzahl nicht-migrantischer Herkunft. Es herrscht ein allgemein xenophober Konsens, der sich z. B. in dumpf »religionskritischem« Mobbing der beiden marokkanischstämmigen Kollegen ausdrückt. Krieg ich's mit, grätsch ich rein, dadurch genieß ich bei den beiden ziemliches Vertrauen – allerdings fühl ich mich da öfter mal in der Zwickmühle. Die beiden sind ansonsten nämlich nicht weniger reaktionär als ihre Kartoffelkollegen. Zumal ich Religion allgemein für wenig verteidigenswert halte.

Der Jüngere der beiden ist eh mein Sorgenkind; ich kenn ihn schon ewig. Hat als kleiner, dicker, vom Vater unterdrückter Lehrling angefangen, gläubiger Moslem, hat dann mit Boxen begonnen, 40 Kilo abgenommen. In diese Zeit fiel seine heftige salafistische Phase. War für ihn ein perfektes Vehikel, um sowohl seine Angst vor dem kalt-strafenden Vater (aka Allah) als auch vor Frauen wie vor Sexualität insgesamt zu ideologisieren. Ich hab während der Zeit alles versucht, argumentiert, ihn angebrüllt – war eher sinnlos. Irgendwann verschwand der Vater verrentet nach Marokko, zudem waren die zuvor sehr aktiven salafistischen Strukturen in der Region vermehrter Repression ausgesetzt, und seine Sympathien für diesen Irrsinn schmolzen wie Schnee in der Frühlingssonne.

Leider fand er recht schnell im kriminellen Rockerumfeld eine neue Heimat. So balanciert er also auf einem dünnen Grat zwischen Knacki- und Spießertum und pflegt einen nachgerade grotesken Machismo. Seine Sexangst geht er aggressiv durch Bordellbesuche und Datingapps an, bläht sich mit Bodybuilding, Anabolika- und Potenzmittelkonsum auf.

An seinem Antisemitismus hätte Julius Streicher seine helle Freude gehabt, aus seiner Verachtung für alle, die gefühlt sozial unter ihm stehen, macht er keinen Hehl. Die wird ergänzt mit einer an Verehrung grenzenden Bewunderung für die gerade aktuellen Gangstertypen, die Abu Chakers, Miris und Hanebuths …

Insgesamt also alles reichlich ekelig, aber wenigstens seine zurzeit eher latenten islamistischen Tendenzen sind mit Sicherheit auch eine Antwort auf lebenslange und alltägliche Ausgrenzungserfahrung. Was ihre Widerwärtigkeit nicht relativieren soll.

Den Konsens der Mehrheit halte ich für problematischer: eine Ansammlung von Ressentiments – Rassismus, Mackertum, Homophobie, Leistungsfetisch –, Teil einer

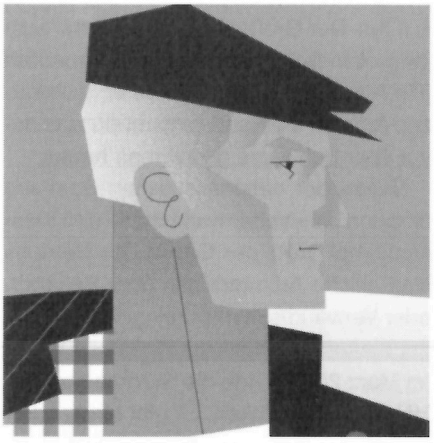
permanenten passiven Aggression. Der Projektion des arbeitsscheuen nichtdeutschen Fanatikers, der »von unseren Steuergeldern lebt«, steht das Selbstbild des fleißigen Schaffers gegenüber, der »verweichlichten Schwuchtel bzw. Muschi« das des dauerpotenten Kerls, dermaßen unter Spannung stehend, dass nur halluzinierte Ficks oder auch Faustkämpfe hier Abhilfe schaffen können. Der Konsens dieser Ressentiments schafft die Quadratur des Kreises: eine Gemeinschaft voneinander völlig isolierter Individuen, so bösartig wie defensiv. Wohlgemerkt rede ich hier von Leuten, die tatsächlich nicht einmal in der Lage sind, sich bei Bedarf gemeinsam gegen die Geschäftsführung zu wehren.

Dazu passt die allgemeine Unfähigkeit bzw. der Unwille, überhaupt zu kommunizieren. Einige der Typen hängen die ganze Zeit am Smartphone, um über *WhatsApp* irgendwelche Plattitüden auszutauschen. Häufig leiten sie einfach nur Pornowitzchen oder rassistischen Dreck weiter, gerne auch in Kombination – Pegidaporno, sozusagen. Das hat einerseits etwas Pubertäres (huiuiui, Pornobildchen und Faschokacke, voll gewagt und rebellisch), andererseits wird da eine Art Scheinkommunikation zelebriert. Frag ich dann bei denen, wo's mir noch nicht völlig hoffnungslos scheint, nach, was der Müll denn soll, kommen die ganzen Ressentimentcluster, die argumentativ recht einfach zu widerlegen wären, bestünde denn ein Interesse an Auseinandersetzung. Aber dem ist nicht so.

Manchmal ist es schon zum Verzweifeln. Da, wo ich noch nicht alle Hoffnung verloren hab, such ich die Diskussion, wenn's zu eklig wird, die Konfrontation. Aber ich würde keinen meiner aktuellen Kollegen als »Nazi« bezeichnen. Klar, die hat's in den letzten Jahren auch immer mal wieder gegeben, jeder Einzelne ein Riesenarschloch, jeder Einzelne reichlich kaputt: kleinstkriminelle Abziehertypen, alternde Naziskins, Hools, Rocker, derbere Psychos auf dem Weg in den Abgrund… Aber von denen ist keiner lange geblieben – die waren alle ein wenig zu sehr drüber, auf eine sehr unkollegiale Weise stinkendfaul.

Im Gegensatz dazu sind die meisten meiner Kollegen, bezogen auf das »zusammen Arbeiten« ganz in Ordnung. Und von denen, mit denen ich noch reden kann, mag ich manche richtig gerne. Ich würde es ja auch nicht aushalten, den ganzen Tag mit ner Hasskappe durch die Gegend zu laufen. Und dem Geier sei Dank sind auch richtig nette drunter: Der junge Musiker, der seit zwei Jahren bei uns malocht, weil er gerade mal Knete braucht, ist ein grundsympathischer linker Hippie. Und ein langjähriger Kollege, den ich bis jetzt eher als rechten Sozialdemokraten eingeordnet hatte und der in den letzten Jahren immer mal wieder eine bedenkliche Nähe zu Pegida-nahen Positionen geäußert hatte, hat einen ernstzunehmenden Wandel vollzogen, deutlich Anti-AfD, den Rassismus nun auch abstrakt verweigernd (im persönlichen Umgang hat er das eh schon immer gemacht), Position beziehend gegen die Militarisierung der Außenpolitik wie gegen die verlogene Politik der SPD.

Vielleicht liegt darin die Chance: Die Erfolge der AfD und anderer Faschos bringen offenbar Leute dazu, einiges neu zu bedenken. Da heißt's also dranbleiben. Irgendwelche kuscheligen Milieus zum Zurückziehen gibt's für linke Proleten sowieso nicht. Und gäb's mehr GenossInnen auch in solchen Jobs, wäre der rechte Dumpfsinn nicht so dominant. ■



Autofabrik:
Flüchtlinge treffen auf FPÖler

In den letzten Jahren war ich als Leiharbeiter in unterschiedlichen Fabriken. Der Tiefpunkt war 2013 in einer mittelgroßen Druckerei: Dieser Betrieb war vom Organisierungsgrad der Rechten mit Abstand der schlimmste. Die österreichischen Maschinenführer – rund zehn in meiner Schicht – waren überzeugte FPÖler. Sie laden neue Arbeiter auf ein Bier ein, um sie für die FPÖ zu gewinnen. Sie haben mich bedrängt, als ich erklärte, bei den Nationalratswahlen 2013 nicht wählen zu gehen.

Danach kam ich in eine Fabrik für Rollläden und Markisen. Die ArbeiterInnen waren bunt zusammengewürfelt – ein Großteil vom Balkan, auch viele Frauen. Hier gab es weniger Rassismus. Aber skurrile und widerliche Einzelfälle: Ich lernte einen bosnischen Arbeiter kennen, der Jörg-Haider-Fan ist. Im Lager musste ich mit einem ehemals organisierten Fascho zusammenarbeiten – an eine Wand in der Nähe seines Arbeitsplatzes war groß »NSU« gesprüht.

Dann ging es für ein paar Wochen in eine kleinere Bude, wo Aufbauten für Feuerwehrautos gemacht werden. Im Großteilelager arbeiteten drei Leute. Ein Slowene, ein Österreicher und ich. Der Österreicher war ausländerfeindlich und erzählte mit Stolz von seinen Nazi-Freunden.

Danach war ich für längere Zeit in einer Fabrik, wo Batterien für Hybridfahrzeuge hergestellt werden. Dort gab es einen jungen Arbeiter, der FPÖ-Funktionär ist. Sein bester Kumpel war ein Türsteher-Arschloch, der Nazi-Devotionalien sammelt. Ich hatte sie mal im Pausenraum überrascht, als sie sich diesen Nazi-Scheiß reinzogen. In dem Betrieb bin ich meinem ersten linken Arbeiter begegnet. Er hat diesen Kollegen mit ihren dummen Sprüchen Paroli geboten und für weniger Arbeit agitiert. Über die Monate hat sich eine wichtige – und noch immer bestehende – Freundschaft entwickelt. Wir haben gemeinsam ein Flugblatt gegen die Samstagsarbeit gemacht.

Mein Fazit: In den Klitschen und kleineren Betrieben, wo die ArbeiterInnen nicht von überall herkommen, können Rechte leicht Fuß fassen.

Gerade arbeite ich, mit Festanstellung und unbefristetem Vertrag, in einer Autofabrik. In die Bude kam ich über das AMS [österr. Jobcenter]. Von staatlicher Seite wurde massiv Kohle gegeben, um Arbeitslose zum Arbeiten zu bringen. Als ich am Band angefangen habe, kam ich in eine Gruppe von rund zehn Leuten. Bis auf den Vorarbeiter und seine Stellvertreterin war ich neben einem anderen Arbeiter der einzige Österreicher. Der Rest meiner KollegInnen kam vom Balkan. Der Großteil pendelt jeden Tag zwischen Slowenien und der Fabrik hin und her. Andere kommen

aus Bosnien, dem Kosovo oder Rumänien. Sie sind schon mehrere Jahre hier und leben in der Stadt oder der Umgebung.

Ich habe mich schnell eingelebt. Die KollegInnen haben mir ihre Tricks gezeigt, z. B. wie man leichter und schneller arbeitet, um sich Zeit rauszuholen. Einzig mein österreichischer Kollege wirkte ein bisschen verloren, er wollte irgendwie nicht reinpassen.

Dumme Sprüche gegen Ausländer gab es wenige. Nur wenn es mein Kollege aus dem Kosovo zwischendurch übertrieb und den österreichischen Arbeiter auf die Palme brachte, nannte er ihn einen »albanischen Ziegenbock«. Problematischer ist dieses »Slowenen gegen Kroaten«, »Bosnier gegen Serben« und umgekehrt.

In den Pausen oder am Band wurde oft Slowenisch gesprochen. Ich habe dann fast nichts verstanden. Mir war das aber egal. Ich habe mich in die Gespräche eingemischt, auf Deutsch weitergeredet bzw. versucht, meinen slowenischen Wortschatz auszubauen, damit wir gemeinsam über den Vorarbeiter lästern konnten. Für viele österreichische KollegInnen ist das ein Problem. Sie fühlen sich bedroht und werden paranoid. Wenn zwei Arbeiter untereinander reden und der dritte nichts versteht, denkt er, dass sie etwas aushecken und über ihn lästern. In bestimmten Abteilungen gibt es fast keine »echten« Österreicher mehr; das ist nicht nur ein Gefühl. Ein Problem ist, dass viele mit Sehnsucht nach der »alten Zeit« darauf reagieren, wo sie nicht in der Minderheit waren.

Seit vier Monaten arbeite ich nun in der Qualitätskontrolle, im Büro. Der Unterschied zwischen den beiden Bereichen ist enorm. Am Band hast du eine Taktzeit von knapp zwei Minuten. Körperlich ist es sehr anstrengend, vor allem wenn man acht, neun Stunden über Kopf arbeiten muss. Es gibt eine zehn- und eine zwanzigminütige Pause. Auf die Toilette gehen oder rauchen geht nur, wenn dich der Springer ablöst. Man ist immer am selben Fleck, kriegt von den anderen Bereichen der Fabrik nur sehr wenig mit.

Jetzt sitze ich am Computer und verbringe den Großteil der Zeit damit, gemeldete Fehler in ein Programm zu klopfen, mit Bildern zu dokumentieren und sie dann den zuständigen Meistern, Vorarbeitern und Planern zuzuweisen. Im Durchschnitt sitzt man anderthalb Stunden pro Tag in sinnlosen Besprechungen, wo man in erster Linie körperlich anwesend sein muss.

Im neuen Job habe ich nur noch mit Vorarbeitern zu tun. In dieser Gruppe herrscht eine ganz andere Stimmung. In den Kaffeepausen wird über Ausländer geschimpft. Zwei überzeugte FPÖler tun sich besonders hervor. Hin und wieder gibt es einen Kollegen, der widerspricht und sagt, dass man nicht alle in einen Topf werfen kann.

Es sind alles Österreicher vom Land, einige mit Bauernhof in der Familie. Die familiären Bande sind stark. Die Eltern sind/waren katholisch und stockkonservativ. Sie selber sind Facharbeiter, die über die Jahre an diese Posten gekommen sind. Die Werte ihrer Eltern haben sie nie in Frage gestellt, sie sind total unterwürfig. Ein 50-jähriger Kollege zeigte auf eine schwarze Arbeiterin – die er attraktiv findet – und sagte: »Wenn ich die mit nach Hause gebracht hätte, dann hätte mich mein Vater umgebracht.«

Die Stimmung hängt auch von den Lügen in den sozialen Medien ab. Linke Positionen sind klar in der Minderheit. Es gibt aber einen Unterschied zwischen dem, was diese Leute sagen, und was sie wirklich tun. Der Großteil gibt sich verbal ausländerfeindlich, grüßt aber recht freundlich alle Ausländer. Sie geben einem schwarzen Arbeiter die Hand, obwohl sie kurz davor über Schwarze geschimpft haben.

Neben der nationalistischen Spaltung blockiert die »Vetternwirtschaft« den Klassenkampf. Trotz der Größe des Betriebs sind etliche ArbeiterInnen über Bekannt- oder Verwandtschaften reingekommen.

Im März 2018 sollen die Stückzahlen den Höhepunkt erreichen. Es gibt einen enormen Bedarf an Arbeitskraft. In den letzten Wochen haben Flüchtlinge aus der »2015er-Welle« die Fabrik erreicht. Einerseits ist es gut, weil Ressentiments aufgebrochen werden können. Auf der anderen Seite fühlen sich die ÖsterreicherInnen wieder bedroht, weil sie im Pausenraum jetzt nicht mal mehr über Flüchtlinge schimpfen können; »man muss aufpassen, was man sagt, weil sie ja mittlerweile überall sind«.

Den täglichen Herausforderungen in der Fabrik begegne ich mit unterschiedlichen Taktiken. Ich diskutiere die Probleme in meiner politischen Gruppe, und wir überlegen gemeinsam, was wir dagegen tun können. Wenn man aus politischen Gründen arbeiten geht, ist die Unterstützung durch GenossInnen unerlässlich. In der Fabrik selbst halte ich Ausschau nach »Gleichgesinnten«. Auf lange Sicht ist eine Gruppe im Betrieb notwendig, die die FPÖler wegkämpft. Noch besser wäre ein großer Streik. ■

Chemiebude:
Die Oma presst das Kürbiskernöl noch von Hand

Der verstorbene Eigentümer des Chemiebetriebs, in dem ich arbeite, war bekennender Monarchist und Gönner von Jörg Haider. Wer darüber berichtete, wurde verklagt.

An unserm Standort arbeiten 160 Leute, zwei Drittel Arbeiter, ein Drittel Angestellte, etwa 15 Leiharbeiter. Diese kommen und gehen, so dass man fast keinen Kontakt aufbauen kann – aber auch so sieht man, dass darunter weder Schwarze noch Nordafrikaner, noch Araber sind.

Generell arbeiten fast nur Jugos und Österreicher in unserm Betrieb, ein Arbeiter aus Kurdistan, einer aus Vietnam, ein Albaner aus Mazedonien, dazu drei Rumänen. Die meisten Österreicher haben eine abgeschlossene Lehre und kommen aus ländlichen Gegenden. Die Slowenen fahren täglich über die Grenze, Bosnier und Kroaten wohnen in Österreich und sind perfekt integriert. In der Verpackung arbeiten vier Frauen, in der Produktion drei; insgesamt arbeiten 18 Frauen im Betrieb (die meisten im Kundenservice), bis auf eine alles einheimische.

Wir verdienen ziemlich gut, man ist schnell auf etwa 2000 Euro netto – in der

nahen Autofabrik verdient man das als Facharbeiter am Band erst nach sehr vielen Jahren.

Österreichische und jugoslawische Arbeiter haben einiges gemeinsam: z. B. bauen gefühlt gerade alle ein Haus. Deswegen gehen sie am Wochenende arbeiten, so bleibt das Verhältnis zwischen Verschuldung und Mittelschichts-Lebensstil moderat. Aber die Jugos haben Hausbauen viel besser drauf – da kommt die ganze Clique und jeder kann sein Handwerk; die Häuser stehen schneller und kommen bei gleicher Größe billiger. Und im Fabrikalltag sind sie »kollegialer«, die österreichischen Häuslebauer kommen niemals von selbst auf die Idee, dir mal einen Kaffee »zurückzubezahlen«, geschweige denn von sich aus mal eine Runde zu schmeißen.

Die obersten Betriebsräte hocken den Vormittag über in ihren Kämmerchen und werden dabei hin und wieder von ihren Handlangern, den nicht freigestellten Betriebsräten, unterstützt. Diese zählen zur faulsten Spezies unter den Beschäftigten. Richtig fleißig werden sie nur, wenn sie Argumente aufzählen, warum sie grad keine Zeit haben, irgendwas zu tun, was mit Arbeit verbunden ist. Wer keine Gewerkschaftsbeiträge zahlt, wird beim kleinsten Aufkommen von Ansprüchen herrisch in die Schranken verwiesen. Ausländer kommen generell nicht in den Betriebsrat. Und diese SPÖ-Betriebsräte kompensieren ihre Unfähigkeit oder ihren Unwillen, sich für Verbesserungen einzusetzen, mit fremdenfeindlichen Sprüchen wie »I mog kane Jugos« – da erschrickt sogar der ansonsten unpolitische, aber FPÖ wählende Kollege. Der Betriebsratskörper (richtige Betriebsräte erkennt man am üppigen Speckgürtel) hat immer mehr Probleme, die alle vier Jahre notwendigen Stimmen zu sammeln. Ihnen nach folgen nur noch schlechtere – in Österreich bekannt als »negative Selektion«.

Ich weiß, dass zwei Kollegen in der FPÖ sind; ich weiß nicht, wie viele der anderen FPÖ wählen – und wie viele davon aus Überzeugung, weil die FPÖ den Zuzug nach Österreich stoppen will (nicht die größte Gruppe an ImmigrantInnen, die Deutschen, sondern alle, die aus dem Süden und dem Osten kommen). Die FPÖ ist aber mit Abstand die beliebteste Partei. Aus mehreren Gründen: Die Eltern waren schon stramme Anti-Kommunisten gegen das angrenzende Jugoslawien. Für die Kinder steht das Land hinter der nicht mehr vorhandenen Grenze noch immer für Waren schlechter Qualität, für faule Arbeiter, für Diktatur, Mangelwirtschaft usw. Das bleibt so, egal ob man selber hinfährt zum Einkaufen, und historische Wahrheiten interessieren sowieso nicht. »Warum sonst kommen die Jugos zu uns?« Damit verbunden herrscht noch immer die Blut-und-Boden-Mentalität, weil Bauernbezug. Die Oma presst das Kürbiskernöl noch von Hand, das zeugt von heimatlichem Traditionsbewusstsein (nervt aber, wenn man selber mithelfen muss). Flüchtlinge werden als supergefährlich angesehen, weil sie als genau dagegenstehend assoziiert werden: Sie nehmen Platz und Geld weg, sie gehören nicht zur dörflichen Kirchengemeinschaft, wahrscheinlich stehlen sie sogar, sie nehmen uns die Frauen in der Disco weg usw. Das erklärt die zunehmende Bewaffnung, denn sein mit verrosteten Traktoren, Auto-Schrottteilen, Maiskolben und Misthaufen bewachsenes Stück Land muss man gegen kriminelle Ausländer verteidigen! Geübt wird dafür meistens beim Feuerwehr- bzw. Zeltfest unter seinesgleichen.

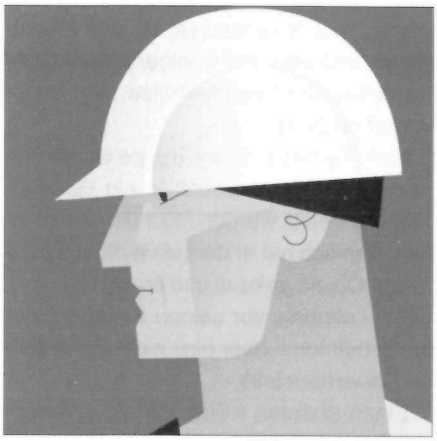
Diese Arbeiter kennen die Welt entweder aus dem Internet oder von *All-inclusive*-Reisen; einer will nicht mal in die Großstadt, weil zu viel Multikulti und Gefahr. Ihre Informationsquellen sind die *Kronen Zeitung* und *Facebook*. Gruppenzwang spielt eine dramatische Rolle – man muss sich übertreffen, um beachtet zu werden; am leichtesten geht das mit rassistisch-sexistischen Karikaturen, Witzen und Sprüchen, die in der Flüchtingswelle 2015/16 Hochkonjunktur hatten. Diese stolzen Österreicher arbeiten mit ihren jugoslawischen Kollegen nicht nur »gezwungenermaßen« zusammen, sie witzeln auch gemeinsam, um sich die Schicht erträglicher zu machen. Stehen sie ohne Jugos zusammen, sprechen sie über Flüchtlinge und tauschen unter Gelächter Gewaltfantasien aus, »auf'm Traktor aufhängen«, »in die Scheune und anzünden«. Wer die Männer kennenlernt, die über sowas lachen, die sowas verbreiten, versteht gleich mal, dass sie Selbstwertprobleme haben und irgendwas niedermachen müssen, damit sie sich nicht so elend fühlen. Am weitesten weg und deshalb perfekte Opfer sind z. B. Schwarze und Araber, sehr oft Frauen – und Politiker. Dazu passt die männerbündlerische FPÖ, die alle diese Stränge zusammenzieht. Seit SPÖVPFPÖ die Grenzen dichtgemacht haben und 2017 die Arbeitslosigkeit seit Längerem wieder mal gesunken ist, ist das Flüchtlingsthema sehr viel weniger präsent. Die Dumpfbacken-Sprüche/Witze sind leider immer noch da.

Mein Favorit in dieser Truppe wurde von seinem Onkel verarscht: In ein Haus im Familienbesitz würden Flüchtlinge einziehen. Panisch hat er daraufhin dieses baufällige Objekt gekauft und ärgert sich seitdem – niemals vor seinen Kollegen, nur im Geheimen – über eine niemals endende Dauerbaustelle.

Einen anderen würde ich als »Herrenmenschen« bezeichnen, aber er kann genau gar nix, ihn mögen die wenigsten, er ist einer der jämmerlichsten; ein Pseudo-Nazi, der wegen allem zum Chef heulen geht.

Jetzt meint die Leserin, dass das alles völlig unaushaltbar ist – aber es gibt auch die andere Seite, die hier nicht das Thema war: die Kollegialität. Ich habe in dem Betrieb Freunde gefunden, die ein Auto haben, mit denen ich jederzeit mitfahren kann und die darauf bestehen, mich trotz städtischer *Rushhour* vor die Haustür zu fahren, als mir mein Fahrrad geklaut wurde. Andere vertrauten mir mit der Zeit ihre Sorgen an und wollten über den Umgang mit ihren Kindern reden, die gerade Substanzen entdecken, mit denen sie zwei zwei Tage lang wach bleiben können. Wieder andere haben ein Tennisturnier organisiert, dafür Kohle vom Betriebsrat und vom Management abgegriffen, wo Österreicher und Slowenen gemeinsam Spaß hatten – was wiederholt werden muss! Über drei Ecken erfuhr ich, dass ein Kollege, der übles Zeug über Flüchtlinge redet und mit dem ich öfter gestritten habe, mittlerweile Sprüche klopft über die Arbeiter, die gemeinsam die Arbeiterklasse bilden und die niemand schlagen kann, wenn sie zusammenhalten. Ein anderer Kollege sagte neulich: »Keine einzige Partei stellt das Profitsystem in Frage«, deshalb interessiere er sich nicht mehr für Wahlen… Im Betrieb ist es also nicht nur ganz schlimm, es geht von total widersprüchlich über ziemlich lustig bis total interes-

sant. Vor allem jetzt, mit der FPÖ an der Regierung. Erste Diskussionen über Arbeitszeitflexibilisierung (Stichwort: Zwölfstundentag) gehen los.■



Baustelle:
Bericht aus Finsterland

Ich erinnere mich nur ungern an die Zeiten der »Flüchtlingskrise«. Die Stimmung im Osten war eine Zeitlang schlicht unerträglich. Es kam ein wohl lange unterdrückter Hass auf Flüchtlinge und die vermeintlich dafür Verantwortlichen in breitesten Kreisen der Bevölkerung an die Oberfläche, dass einem zuweilen angst und bange wurde. Das reichte bis weit in die Bekannten- und Freundeskreise hinein und machte sich auch in Kollegenkreisen bemerkbar.

Ich bin als Prüftechniker für Elektroenergieanlagen für einen Großkonzern auf Baustellen in ganz Deutschland unterwegs, meist aber im Osten des Landes. In der Regel arbeiten wir mit eigenen Bauleitern und mehrheitlich Leiharbeitern (meist ältere Ossis oder jüngere Migranten, vorzugsweise aus Osteuropa) bzw. Subunternehmen.

Seit der »Flüchtlingskrise« und den Pegida-Aufmärschen hat sich das Klima auf den Baustellen spürbar geändert. Es gab auch früher immer mal abschätzige Äußerungen über Ausländer (wobei aber die Anwesenden i.d.R. ausgespart blieben), aber nun artikulierte sich die bis dahin schweigende rassistische Mehrheit deutlich vernehmbar. In den Pausengesprächen war die »Flüchtlingskrise« lange Zeit Thema Nummer eins. Im Allgemeinen war es fast schon Konsens, dass die Mehrzahl der Flüchtlinge nur auf »unser Geld« und »unsere Sozialsysteme« scharf seien, sich nicht an die Regeln halten wollen und zudem potenzielle Kinder- oder Frauen-«Schänder«, Terroristen oder sonst etwas Böses seien. Flüchtlinge, noch dazu solche aus islamisch geprägten Ländern, sind das Feindbild schlechthin, da machen auch die Leiharbeiter mit »Migrationshintergrund« (meist Russlanddeutsche, Bulgaren, Rumänen) keine Ausnahme und versuchen i.d.R., sich selbst von den »Asylanten« abzugrenzen.

Wenn ich versuche, dem etwas entgegenzuhalten, stehe ich meist allein auf weiter Flur. Es ist schwer, gegen solch emotional aufgeladene Stimmungen zu argumentieren. Meist verweise ich darauf, dass Deutschland ja für das Elend in der Welt maßgeblich mit verantwortlich ist und es daher nur gerecht sei, wenn wir die Opfer von Kriegen und Klimakatastrophen aufnehmen. Dagegen kommt meist der Hinweis, dass »wir« ja nicht »alle« aufnehmen könnten, zudem hätten die Flüchtlinge alle Smartphones und schicke Klamotten, seien mithin also gar keine Opfer. Mitunter stimmt mir auch mal jemand zu – schließlich hat der Westen ja die ganzen Revolutionen in Nordafrika unterstützt und die an sich funktionierenden Staaten im Nahen Osten destabilisiert. Besser wäre es gewesen, die hätten alle ihre Diktatoren noch, die für Ruhe und versperrte Fluchtwege sorgten. Auch das Argument mit den »Fluchtursachen bekämpfen« sticht nicht – schließlich wäre da deutlich mehr notwendig, als die Gelder für die »Entwicklungshilfe« aufzustocken. Die sollen alle richtig arbeiten – so wie »wir« hier, dann ginge es ihnen viel besser.

Allerdings habe ich es bisher noch nicht erlebt, dass sich irgendwer als organisierter Nazi, ja nicht einmal als AfDler geoutet hätte. Viele distanzieren sich auch angesichts der diversen Skandale in der Partei von der AfD, die sie zwar »aus Protest« wählen, eigentlich jedoch eher peinlich finden. Die meisten würden sich auch vehement dagegen verwahren, als Rassisten oder »Rechte« bezeichnet zu werden – das sind nur die, die mit Baseballschläger oder Brandsatz gegen Ausländer vorgehen. Viel lieber wäre den meisten, wenn CDU, SPD & Co. sich auf ihre Pflichten gegenüber dem »Volk« besönnen und die Grenzen dichtmachten. Es gibt also keine »Lufthoheit« der Rechten, sondern eine rassistische Grundstimmung ohne irgendwelchen Organisations-Bezug.

In den Büroetagen ist die Stimmung gemäßigter – zumindest wenn irgendwelche Chefs oder deren vermeintliche ZuträgerInnen in der Nähe sind. Das rührt vermutlich auch daher, dass im Konzern die »Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen« via »Werte-Charta« auf politisch korrektes Verhalten verpflichtet werden – sprich, jedeR muss schriftlich versichern, die Gesetze des jeweiligen Landes anzuerkennen, niemanden zu diskriminieren, sei es aus religiösen, ethnischen oder sexistischen Motiven usw. Ich kenne zwar kein Beispiel, dass jemand wegen diskriminierenden Verhaltens Ärger bekommen hätte, aber anscheinend wirken solche Vorkehrungen schon. Unter den höheren Chargen ist eine gewisse Toleranz/Gleichgültigkeit gegenüber der Ethnie (aber auch zu politischen oder religiösen Einstellungen) vorherrschend. Was zählt, ist einzig und allein die Verwertbarkeit der Arbeitskraft. An die Stelle eines ethnischen Rassismus tritt einer, der nach »Leistungsbereitschaft« und den verwertbaren Fähigkeiten differenziert, mit all seinen hässlichen Ausprägungen gegenüber denjenigen, die durch dieses Raster fallen.

In der Öffentlichkeit sieht es in meinem Umfeld nicht besser aus. Im Alltag höre ich immer wieder rassistische Äußerungen – in den öffentlichen Verkehrsmitteln, am Kneipentisch, in den Wartezimmern der Behörden usw. Dem konnte man eine Zeitlang kaum aus dem Wege gehen, man ist täglich mit der Nase drauf gestoßen worden. Verstärkt wurde (und wird) diese Stimmung auch noch durch die diversen *WhatsApp*-Listen in Kollegen- und Freundeskreisen. Gegen die Flut an rassistischen Bildchen und Filmchen ist kaum anzukommen – leider gibt es von unserer Seite kaum brauchbare Sachen, d. h. solche, die das Ganze gekonnt ironisch und nicht belehrend angehen. Auch gibt es in den Medien (Lokalpresse, Radio …) immer mehr die Tendenz, sich gegenüber rassistischen Stereotypen zu öffnen und Sachen zu drucken, die es vor ein paar Jahren kaum durch die Selbstzensur geschafft hätten.

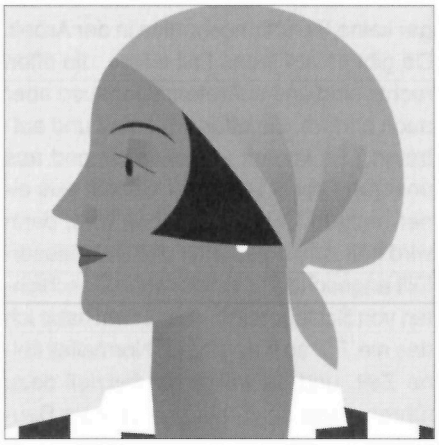
Gegenstimmen sind – außerhalb der »Szene« – kaum vernehmbar. Meist sind es Leute aus der arrivierten Mittelschicht, die sich mitunter trauen dagegenzuhalten oder auch finanziell bzw. tatkräftig Hilfe für Flüchtlinge leisten. Das ist z. B. in den Privatschulen zu spüren, die sich am ehesten in der Flüchtlingshilfe engagierten. Auch aus dem Bekanntenkreis im Speckgürtel von Magdeburg, wo ich selbst mal ein paar Jahre gelebt habe, habe ich eher Verständnis für die Situation der Flüchtlinge vernehmen können als etwa in verlassenen Provinz-Käffern.

Im ICE war die Flüchtlingskrise meist kein Thema, in den Gesprächen in der Straßen- oder S-Bahn war die Hetze gegen Flüchtlinge nicht zu überhören. Das kann insofern nicht verwundern, weil sich die durchschnittlichen VertreterInnen der Mittelschicht angesichts der boomenden Wirtschaft aktuell kaum von Sozialabbau, Mieterhöhungen oder Lohndruck bedroht sehen. Schließlich scheinen die Jobs aktuell recht sicher, die Gehälter der »Besserverdienenden« steigen weiter und gewohnt wird natürlich im Eigenheim.

Das einzig Gute an der aktuellen Situation ist, dass viele Menschen sich nun politisch äußern und einige davon auch für Argumente zugänglich sind. Auf jeden Fall ist festzustellen, dass das Vertrauen in »den Staat« oder »das System« deutlich geschwunden ist. Man kann heute Dinge in Frage stellen, ohne gleich zum weltfremden Spinner erklärt zu werden. Und längst nicht alle, die bei Pegida mitgelaufen sind oder AfD gewählt haben, sind tatsächliche oder potenzielle Nazis. Man kann die Probleme, die durch die vermehrte Einwanderung hochkommen, ja nicht einfach wegwischen. Die wachsende Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt trifft vor allem diejenigen unter den »Eingeborenen«, deren Existenz ohnehin schon prekär ist.

Speziell unter StudentInnen gibt es inzwischen dem Anschein nach wieder eine größere Bereitschaft zu solidarischem Handeln. Wenn es hier im Osten Demonstrationen oder Aktionen gegen Pegida gab, waren – neben den üblichen Verdächtigen aus der Szene – vor allem Studierende und SchülerInnen auf der Straße. (Während bei Pegida & Co. vor allem Männer über fünfzig die Szenerie dominierten.)

Das Problem ist letztlich, dass es keine relevante radikale Linke gibt, die gewillt oder in der Lage ist, sich mit den Problemen der Menschen, die nicht irgendeiner schützenswerten Minderheit angehören, zu befassen. Ein aktives Agieren in den Betrieben und »Problemvierteln« ist vonnöten, ohne die Leute gleich mit der Moralkeule oder Faschismusvorwürfen vor den Kopf zu stoßen. Hier Alternativen einer *gemeinsamen* Gegenwehr aufzuzeigen, ist die Aufgabe des Tages. ■



Messebau:
Der Kollege findet, dass er allgemein zu kurz kommt

Ich komme auf Arbeit ziemlich rum, Setbau (Veranstaltungsaufbau) hier, Messe dort usw. Eine ziemlich schnelllebige Branche mit vielen JobberInnen, viele Leute ohne Ausbildung, harte körperliche Arbeit, lange Tage. Ein Job/eine Baustelle ist relativ kurz: maximal sieben Tage Aufbau und vier Tage Abbau. Nur selten sind es mal zwei Wochen.

Auf den verschiedenen Baustellen treffe ich auf sehr unterschiedliche Leute in einem oft komplizierten Geflecht von verschiedenen Gewerken, Crews und Sub-Arbeitsverträgen. Manche sind angestellt, andere solo-selbstständig, aber dennoch Teil einer Crew, die zu einer bestimmten Firma gehört, wieder andere sind bei einer Helfer-Agentur angestellt und werden an verschiedene Baustellen verliehen. In die Verhältnisse der *Securitys* oder der festen Crews aus anderen Ländern habe ich keinen Einblick. Es gibt keine Beständigkeit, da sich die Firmen, Crews, Gewerke und deren Zusammensetzung bei jeder Baustelle ändern. In den Montage- oder *Rigging* (Höhenarbeiten)-Crews sind 95-99 Prozent männlich und weiß, mindestens 80 Prozent deutsch. Die Helfercrews sind ähnlich zusammengesetzt. Nur bei den *Security*- und Reinigungsteams sieht das anders aus: immer noch überwiegend männlich, aber zu 50-80 Prozent migrantisch.

Die KollegInnen, die auch für »meine« Firma arbeiten und mit denen ich regelmäßig zu tun habe, sind alles linke Jobber oder HandwerkerInnen, bei denen sich die Frage AfD/rechte Lufthoheit nicht stellt. Nationalismus ist bei denen völlig *out*. Ich treffe sie eher auf ner Antifa-Aktion. Sexistische, homophobe oder rassistische Sprüche sind ziemlich selten und wenn dann meist auf einer Frotzel-Ebene (da nehme ich mich auch nicht aus). Der Umgang untereinander ist immer okay und auf Augenhöhe. Wenn mir Kollegen aus anderen Crews/Firmen sexistisch entgegentreten, kann ich mit Unterstützung rechnen, falls ich mich dagegen wehre. Wenn ich mich nicht dagegen wehren will, tut das niemand an meiner Stelle.

In diesem Kreis gibt es sehr wenige Schwarze oder auch nur nicht deutsch wirkende Kollegen; mein Eindruck ist, dass es ihnen ähnlich geht wie mir – klar gibt es mal Sprüche. Genauso ist ihre rassistische Erfahrung manchmal Thema, oft in Form von Witzen, gefolgt von Anekdoten. Werden sie von Leuten aus anderen Crews dumm angemacht und wehren sich, können sie mit Unterstützung rechnen.

Am Samstag vor der Bundestags-Wahl hatten wir auf ner Baustelle mal zu viert ein kurzes Gespräch darüber, was man denn morgen wählen solle. Keiner wusste so recht was drauf zu sagen. Einigkeit bestand darin, dass die AfD nicht wählbar ist und die anderen Parteien ja sowieso weitermachen wie bisher.

Außerhalb des engen Kreises gibt es Kollegen (quasi nie Frauen und immer weiß), die ebenfalls mehr oder weniger fest für andere Firmen/Crews arbeiten, mit denen wir in großen Abständen und nur auf bestimmten Baustellen immer mal wieder arbeiten; dementsprechend selten sind Gespräche, in denen ich einen fundierteren Eindruck kriege. Einige hören während der Arbeit Musik, und da ist schon manchmal rechteres Liedgut dabei (Böhze Onkels,

Frei.Wild ...). Aber es gab noch keine Situation, in der ich mit denen mal hätte darüber reden können, was für einen Scheiß die da singen. Ich krieg's halt mit, weil es zehn oder zwanzig Meter entfernt stattfindet. In den Pausen sind die Kollegen nicht auffällig, da wird auch wenig über Politik, aber sehr viel übers Saufen geredet. Die Pausen sind kurz und oft hat nur ein Teil der Leute zusammen Pause (auch dann ist die Zusammensetzung zufällig, weil sie sich aus dem Arbeitsfortschritt an verschiedenen Teilbereichen ergibt und Leute selten feste Arbeitsbereiche haben).

Den letzten krassen rassistischen Ausfall hab ich auf der IFA vom Chef einer Firma gehört, für die ich gearbeitet habe, der sich ziemlich über übel »die Chinesen« ausgelassen hat. Allerdings ist das ein Choleriker, es war der letzte Aufbautag, die – ausschließlich chinesischen – AusstellerInnen hatten 100 Sonderwünsche und er wollte endlich fertig werden. Die anderen beiden anwesenden Kollegen und ich haben nur den Kopf geschüttelt, sein Angestellter hat ihn zu bremsen versucht ... kurz: Er hat damit nirgends Punkte gemacht. Ich bezweifle aber, dass er AfD wählt oder diese Ausfälle überhaupt einen Zusammenhang haben. Er würde auch über die »Scheiß-Schwaben« so herziehen, wenn er in einer ähnlichen Situation mit Schwaben wäre.

Auf größeren Baustellen arbeiten auch ungarische, bulgarische oder rumänische Crews, die die ganz harten, stumpfen Arbeiten machen und vermutlich im Vergleich zu uns nochmal deutlich weniger Lohn kriegen. (Ich hab bisher ihren Stundensatz nicht rausgekriegt, Schätzungen gehen von 10-15 Euro plus Hotel evtl. plus Essen für Selbstständige aus. Im Vergleich, wir kriegen im Allgemeinen 20 Euro plus Hotel plus Essen, manchmal auch 22-25 Euro). Diese Crews werden grundsätzlich schon respektiert, aber es wird auch immer etwas abschätzig geredet, und vor allem gibt es keine Vermischung. Tipps und Tricks, Werkzeug, mit dem es einfacher geht, werden ihnen eher zögerlich weitergegeben. Ich denke, da greifen zwei Ängste bzw. Stereotypen. Erstens: die sind die billigere Konkurrenz, die uns perspektivisch verdrängen bzw. unsere Löhne drücken; zweitens: »die Osteuropäer klauen doch alle«... Dazu kommen große Sprachbarrieren; meist kann nur ein Vorarbeiter Deutsch und erteilt die Anweisungen, der Rest kann meist nur Hallo, Danke und ein paar Werkzeug-Namen. Ein Gespräch mit ihnen findet daher nicht statt, keine gemeinsamen Pausenzeiten tun ihr Übriges. Wenn in diesen Crews Fehler passieren, ist die Aufregung deutlich größer als bei einem althergebrachten deutschen Kollegen. Da geht manch einem ein beleidigend gemeinter Spruch schon leichter von den Lippen. Und bleibt oft unwidersprochen stehen.

Mit anderen Crews/Gewerken habe ich gar keine Berührungspunkte in der Arbeit. Da gibt es auf jeden Fall einige, die offen rechts sind und auftreten. (Genauso aber auch andere, die offen links sind und auftreten.) Es kommt vor, dass jemand aus unseren Crews von einer Gestalt aus einer rechten Crew angepöbelt wird, dann wird halt zurückgepöbelt und sich hasserfüllt angeschaut ... es gibt auch Geschichten von Schlägereien, aber erlebt habe ich das nie. Für so was ist ja im Normalfall keine Zeit, und es würde tendenziell dazu führen, dass die Beteiligten von der Baustelle entfernt werden.

Die letzte Gruppe ist das Sicherheitspersonal auf diesen Baustellen. In der *Security* arbeiten viele MigrantInnen. Auch mit denen gibt es selten Berührungspunkte über die Arbeit hinaus, vielleicht mal ein kurzes Gespäch bei ner Zigarette, aber auch das selten. Dann geht's meistens über die Arbeitsbedingungen oder Geschehnisse vor Ort. Über die *Securitys* und ihre Anweisungen wird schon mal geflucht, auch rassistisch, aber nur, wenn sie es nicht hören, da sie ja am längsten Hebel sitzen.

Hat offener Rassismus durch Pegida, AfD und Co. zugenommen? Ja und Nein. Ja, weil offener Nationalismus, Rassismus und Hetze allgemein salonfähiger geworden sind. Das heißt als legitime Meinungen anerkannt. Man muss sich damit weniger verstecken und »darf« das offen vertreten. Deutschlandfahnen oder rechte Aufkleber auf Werkzeugkisten, Klamotten und Autos zum Beispiel haben zugenommen.

Nein, weil die Szenerie, die mir dort begegnet, sowieso schon ein ziemlich »entspanntes« Verhältnis zu dummen Sprüchen und rassistischen Stereotypen hat und der konkrete Umgang mit Kollegen sich dadurch nicht verschlechtert hat.

Trotzdem gibt es immer wieder Situationen, bei denen ich mir überlege, ob der oder der wohl für die AfD ist oder bei Pegida & Co mitlaufen würde. Das hat aber eher mit einer Haltung zu tun, nach der Solidarität ganz allgemein nur kleinen gesellschaftlichen Gruppen zugestanden wird, denen man sich selbst zugehörig fühlt. Mit Äußerungen, aus denen ich entnehme, der Kollege findet allgemein, dass er zu kurz kommt, obwohl seine Lage eigentlich gar nicht so schlecht ist. Und dann Schuldige für seine Unzufriedenheit oder seine Probleme sucht, z. B. für sein drogenbedingtes Schuldenproblem oder die in die Brüche gegangene Beziehung. Dabei ist es egal, ob die Gruppe, über die er dann herzieht oder auch hetzt, klassentechnisch über oder unter ihm steht oder überhaupt irgendwas mit der Geschichte zu tun hat – diese Menschen machen ihm das Leben schwer, sie haben kein Mitgefühl verdient und unter Umständen auch keine Menschenrechte. Das können Hartz-IV-EmpfängerInnen sein, migrantische *Securitys*, Alleinerziehende, »die Chinesen«, Politiker, FahrradfahrerInnen ...

Die Tendenz, solchen Sündenböcken mal schnell alle (Menschen-)Rechte abzusprechen, ist für mich das wesentlich Neue auf Arbeit und das Schlimmste an der rechts-autoritären Wende, wie Bosbach und die CSU sie befeuern. Es legitimiert die Schlechterbehandlung anderer und untergräbt jede Klassensolidarität. Dem entgegenzutreten ist für mich der wirkliche Kampf um die Lufthoheit!

Ist der betreffende Kollege kein Nazi oder offener Rechter, reicht es oft, ihm vorzuführen, dass er für andere genauso ein Feindbild abgibt, dem alle Rechte abgesprochen werden (können). Da geht's erstmal weniger um die Widerlegung von (gefühlten) »Fakten«, sondern mehr um Kultur im Umgang unter KollegInnen. Äußerungen, sobald sie menschenfeindlich werden, dürfen nicht stehenbleiben.

Also: öfter mal die Fresse aufmachen, schlagfertig sein und mehr gute Witze, die so eine Denke auf die Schippe nehmen!

■

Pflegeakkord nach Tarif

Der medizinisch-industrielle Komplex expandiert seit den 1950/60er Jahren. Moderne Medizin und Krankenversorgung galt als Investition in die Arbeitskraft und als vielversprechender Wachstumsmarkt. Seit Ende der 1960er Jahre hat sich eine breite Kritik an dieser »Gesundheitsindustrie« entwickelt. Eine »Gesundheitsbewegung« von unten kämpfte gegen eine krankmachende Gesellschaft und für ein besseres Leben. Eine radikalere Strömung sah Krankheit nicht nur als Resultat, sondern auch als *Voraussetzung* kapitalistischer Verwertung und prägte die Parole »aus der Krankheit eine Waffe machen«.[1]

Ein Wendepunkt in den Reformbewegungen von unten waren die *Gesundheitstage* 1981 in Berlin. Die mehr als 10 000 TeilnehmerInnen diskutierten über *Alternativmedizin* – der Beginn eines neuen Marktes und der Abschied von einer gemeinsamen Perspektive.

Seit Mitte der 1980er Jahre entwickelte sich in Europa eine Bewegung der Beschäftigten in den Krankenhäusern – die Ende der 1980er Jahre in Deutschland als Bewegung gegen den Pflegenotstand ankam.

Fast drei Jahrzehnte später: Wer nur die Gewerkschaftspresse liest, konnte im Herbst 2017 den Eindruck haben, wir stehen kurz vor einer zweiten, breiten Kampfbewegung. Die Gewerkschaft ver.di organisierte Warnstreiks und andere Mobilisierungen mit der Forderung nach einem »Entlastungstarifvertrag« bzw. gesetzlichen Regelungen für Mindestbesetzungen.

Aber ver.di hat von einem Bein aufs andere gewechselt – die Krankenhäuser bestreiken oder auf gesetzliche Regelungen setzen, oder irgendeine Mischung aus beidem!? Dementsprechend mau lief die Mobilisierung.

Aber sind wir ohne die Gewerkschaft überhaupt in der Lage, selber was zu reißen?

»Pflegenotstand« 1 – als widersprüchliche, aber erfolgreiche Bewegung

Ende der 1980er Jahre gab es Kundgebungen mit bis zu 100 000 TeilnehmerInnen. In vielen Städten versammelten sich monatelang jeweils mehr als hundert KrankenpflegerInnen und diskutierten mit viel Energie über den Widerspruch zwischen Inhalt der Pflegearbeit und ihren Bedingungen im kapitalistischen Krankenhaus. Auf überregionalen Treffen tauschte man sich aus. Erfahrungen aus der Frauenbewegung und der autonomen und Hausbesetzerbewegung von Anfang der 80er flossen ein – denn nicht wenige Bewegte waren in den »sozialen Dienstleistungen« und im Krankenhaus gelandet. So formte sich die vielleicht wichtigste soziale Bewegung der 80er Jahre. Sie kritisierte den Mythos der »erfüllenden« – und deshalb schlecht bezahlten – Arbeit am Menschen. Und diese Kritik drückt sich im Kapitalismus zunächst als Lohnforderung aus.

Die (oft nächtelangen) Debatten waren geprägt von der Widersprüchlichkeit der Lohnarbeit, besonders einer mit Menschen. Eine Strömung setzte am Wohl des Patienten an, sie wollte bessere Pflege und keine »berufsfremden Tätigkeiten«, entsprechend forderten sie »Anerkennung der Qualifikation« und »Aufwertung des Berufsbilds«. Eine andere Strömung versuchte ausgehend von den eigenen Bedürfnissen als ArbeiterIn die allgemeinen Bedingungen im Krankenhaus und in der kapitalistischen Gesellschaft zu thematisieren: die Parole »gegen die Weiße Fabrik« sollte Kooperation (s. u.) und gemeinsamen Kampf in den Kliniken thematisieren.

Neben Versammlungen, Flugis und Demonstrationen gab es nur wenige Aktionstage im Krankenhaus selber (»Dienst nach Vorschrift«) und keinen einzigen Streik. Dass wir an der Frage »Wie streiken?« nicht weitergekommen sind, eröffnete der Gewerkschaft die Möglichkeit, mit breiten Warnstreiks

[1] Das SPK (Sozialistisches PatientenKollektiv) in Heidelberg sah im Arzt-Patient-Verhältnis das grundlegende Unterdrückungsverhältnis.

im Herbst 1989 die Initiative wieder zu erlangen, bzw. einen Tarifvertrag abzuschließen.[2]

»500 DM mehr für alle« war unsere Forderung gewesen. Nun bekamen wir einen komplizierten Tarifvertrag, der differenziert nach Tätigkeit, Berufserfahrung, individuellem Schichtplan usw. den Lohn *prozentual* erhöhte. Diese Entwicklung setzt sich bis heute fort in einer immer weiteren Unterschichtung der Belegschaft *innerhalb* eines Krankenhauses und der immer weiteren Ausdifferenzierung der Kliniken *untereinander*. Die qualifizierten KrankenpflegerInnen hatten allerdings die geforderten 500 Mark mehr innerhalb von wenigen Jahren erreicht. Ihre Löhne sind auch heute nicht schlecht: Nach Haustarifvertrag der Kliniken in Baden-Württemberg verdient eine KrankenpflegerIn ein Jahr nach der Ausbildung 2820 Euro brutto ohne Zuschläge, nach sechs Jahren im Job 3225 Euro, nach 15 Jahren 3475. Damit ist allerdings das Ende der Fahnenstange erreicht. Wichtig sind im Krankenhaus außerdem die Zuschläge, z. B. für die Nacht 25-30 Prozent; zynischerweise 25 Prozent obendrauf, wenn du wegen Personalmangel aus dem »Frei« kommst, also um die 50 Prozent Zuschlag für eine »eingesprungene Nacht«.

Der TVÖD liegt ca. 150-200 Euro brutto darunter, die Konzerntarife mit den privaten Klinikbetreibern differenzieren zum Teil nach Standorten, teilweise liegen sie im TVÖD Bereich, aber auch mal darüber, vor allem im Osten auch mal deutlich darunter. Und viele Kliniken müssen um Tarife in »TVÖD-Höhe« kämpfen.

In dieser aufgesplitterten Kliniklandschaft wird für die Gewerkschaft ver.di der Fachbereich 3 *Gesundheit/Sozialwesen* zunehmend zum Schwerpunkt: zwischen 2009 und 2013 fanden hier mehr als 220 der insgesamt 880 Auseinandersetzungen statt. Bei den vielen Streiks in Privatkliniken sind oft deutlich weniger als 100 Streikende beteiligt, und sie ziehen sich oft sehr lange hin (fehlende Durchsetzungsfähigkeit oder mangelnder Eskalationswille?).

Die finanzielle Aufwertung der Pflegearbeit nach der Bewegung Ende der 1980er Jahre ist mit der »Umpflügung des Krankenhaussektors« umgesetzt worden. Damit wurde die zweite Front von damals (Kampf gegen die »Weiße Fabrik«) unterlaufen.

Die Industrialisierung des Gesundheitssystems

Seit dem ersten Kostendämpfungsgesetz 1977 (des SPD-Ministers Ehrenberg) werden die Kosten für Patienten und Versicherte erhöht. Auch alle weiteren Kostendämpfungsgesetze waren Vorarbeit zur Privatisierung der Gesundheitsbranche und zur Ausweitung ihrer Profitmöglichkeiten. Die Unternehmer werden von »Kosten entlastet« und diese immer stärker in die »Gesellschaft« verlagert: von den Zuzahlungen, über die Verteuerung der Krankenversicherung bis hin zur Praxis, dass die Kliniken Gelder der Krankenkassen (Abzug vom Lohn) für die Patientenversorgung (vor allem Bezahlung von Löhnen) stattdessen in den Ausbau der Kliniken stecken – die dann evtl. privatisiert werden. Die Kliniken werden umstrukturiert, der »Pflegeprozess« wird rationalisiert, die »zuarbeitenden Bereiche outgesourct«. Um die Kliniken herum wurde ein Netz aus ambulanten Bereichen, privaten Unternehmen/Arztpraxen und fließenden Übergängen in den Freizeit-/Alternativbereich mit neuen Formen schlecht oder gar nicht entlohnter Arbeit gesponnen. »Gesundheit« soll konsumiert und bezahlt werden, die entsprechenden Märkte boomen.

Die rotgrüne Gesundheitsreform von 2003 brachte schließlich beides zusammen: Zuzahlungen bei der Krankenversicherung *und* die Umstrukturierung des Krankenhauses; Senkung der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft und reelle Subsumtion der Arbeit in den Krankenhäusern.[3]

Pflegenotstand 2 – als Farce

Im Oktober 2017 schreckte die *Stiftung Patientensicherheit* mit neuen Zahlen auf: ein Drittel mehr »Krankenhausfälle« seit Beginn der 1990er, eine um 50 Prozent reduzierte »Verweildauer«, deutlich mehr Ärzte bei grob gleichbleibender Anzahl von Pflegekräften. Die Arbeitsintensität hat durch deutlich gestiegene »Fallzahlen« bei deutlich gesunkener »Verweildauer« enorm zugenommen. Die Folgen für die Patienten lassen sich in der Presse nachlesen: mangelnde Hygiene, bzw. immer mehr Krankenhauskeime, Mangel- und Unterversorgung, unnötige Sterbefälle.[4]

Im europäischen Vergleich hat die BRD deutlich mehr Krankenhausbetten in Relation zur Einwohnerzahl, noch größer ist der Unterschied bei der Relation Krankenhausfälle/Einwohnerzahl. Wie überall in Europa wollen Krankenkassen und Politik die Anzahl der Betten *und* der Krankenhäuser stark reduzieren – was politisch durchgesetzt werden muss. Mit der Einführung der Fallpauschalen sollte »der Markt« das Problem lösen. Die Krankenhäuser hatten in der Folge zwei Optionen: Fallzahlen erhöhen und/oder Kosten senken. [5]

Mit dem erhöhten »Durchlauf durch die Betten« hat sich auch die Arbeitsteilung verändert. Nehmen wir an, eine Station hat Mitte der 1980er mit drei Examinierten und drei »UnterstützerInnen« in einem bestimmten Zeitraum 20 Patienten versorgt. Aufgrund der längeren Verweildauer im Krankenhaus gab es darunter einen spürbaren Anteil von »Fußgängern«, also Patienten mit relativ

[2] Artikel zur Bewegung in den 1980er Jahren im »Dossier Weiße Fabrik« auf www.wildcat-www.de.

[3] Die Entwicklung ist ausführlicher beschrieben in *Wildcat* 67: Lohnsenkungen und Rationalisierung der »Weißen Fabrik«, online auf : www.wildcat-www.de

[4] In den Hintergrund gerückt sind momentan die sonst so beliebten Zahlen zur Kostensteigerung im Gesundheitswesen: die Einführung von Fallpauschalen und die »Reformen« der letzten Jahre haben die Kosten steigen lassen, was momentan noch durch höhere Einnahmen der Krankenkassen (geringere Arbeitslosigkeit, bzw. höhere Einnahmen über die Löhne) kompensiert wird, siehe z.B. http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/gesundheitssystem-deutschland-viele-reformen-wenig-wirkung-a-1170134.html

[5] Die absoluten Fallzahlen sind von 17,3 Millionen im Jahr 2000 auf 19,1 Millionen 2014 gestiegen. Gleichzeitig nahm das ärztliche Personal zu, bei der Pflege fehlen nach Berechnungen der Gewerkschaft ver.di bundesweit 162.000 Stellen. Dieser Unterschied erklärt sich aus dem Umstand, dass die Ärzte im Fallpauschalen-System »an der Kasse sitzen«, d.h. sie sind es, die die lukrativen Leistungen erbringen. Nach Thomas Kunkel, *Das Krankenhaus als Fabrik*, unter https://www.jungewelt.de/artikel/300600.das-krankenhaus-als-fabrik.ml?sstr=Thomas%7CKunkel

wenig Arbeitsaufwand. 2017 versorgen die drei Examinierten und drei »UnterstützerInnen« im selben Zeitraum 30 Patienten: eine der Examinierten ist nur mit Aufnahme, Entlassung und sonstigen Planungen beschäftigt, eine der »UnterstützerInnen« teilt stationsübergreifend Essen aus, die kürzere Verweildauer komprimiert die Behandlungen… und wir haben noch nicht darüber gesprochen, dass die PatientInnen immer älter werden.

Vor 20 Jahren hatte eine durchschnittliche Schicht noch eine Stunde Luft – die einen tranken Kaffee, die anderen widmeten sich den Patienten, Gesprächen mit den KollegInnen, oder einer Mischung davon – heute sind diese Nischen weg. Stattdessen haben wir eine immer extremere Arbeitsteilung für sogenannte »zuarbeitende Tätigkeiten«, und die PflegerInnen sind gestresst, weil sie fast die ganze Schicht konzentriert am Pflege-/Behandlungsplan arbeiten müssen.[6]

Dieser aus der »Industrialisierung« der Kliniken resultierenden Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen und der Bedingungen der Krankenhaus-PatientInnen konnten wir bislang wenig entgegensetzen. Wir haben noch kein Mittel gefunden gegen die interne Umstrukturierung und externe Neuausrichtung der Rahmenbedingungen.

Ver.di kämpft weiter mit Mitgliederschwund und Geldproblemen. Einerseits weiß jede Gewerkschaft, dass es mehr Mitglieder nur mit mehr Streikaktivität gibt – andererseits gibt es organisationsintern Streit um die Verteilung der Gelder.

Deshalb versucht nun »die Zivilgesellschaft« (Patientenverbände, Teile »der Politik«, Teile der Ärzteverbände, »die Öffentlichkeit«…) eine untere Auffanglinie einzuziehen – nichts anderes ist die heute populäre Forderung nach einer »Mindestbesetzung« in den Kliniken. Die neu geschaffenen »Pflegekammern« sollen die Aufwertung des Berufs fördern, die Rolle »in der Politik« stärken. Diese institutionellen Versuche sind zäh. Bislang interessiert sich dafür (zu Recht) nur die obere Hierarchie.

Mit Mindestbesetzungen gegen die »Weiße Fabrik«?

Seit Anfang 2017 hat ver.di die Strategie der »Entlastungskampagne« mehrmals von oben geändert. Letztlich ist ihnen eine (Streik-)Mobilisierung der einzelnen Krankenhäuser zu teuer und zu riskant. Für die bevorzugte gesetzliche Regelung fehlt momentan der Ansprechpartner (abgesehen davon, dass hiervon wenig bis nichts zu erwarten ist). Entsprechend mau sind die Mobilisierungen: Ende September 2017 wurde wiederum nur in der Charité in Berlin gestreikt; dort herrschte wachsender Unmut über die Wirkungslosigkeit des Entlastungstarifvertrags von 2015. Aber von diesem plötzlichen und unvorbereiteten Streik vor der Bundestagswahl wurden viele KollegInnen überrascht. Fast gleichzeitig bremste ver.di die streikwilligen KollegInnen bei den Berliner Vivantes-Kliniken aus. Die erste Streikwoche war schwierig, eine Ausweitung nach außen kam nicht recht zustande; in den Charité-Kliniken selber weitete sich die Beteiligung auch nicht aus – u. a. wegen Repressalien der Klinikleitungen gegenüber Streikenden. Die Demo vor das Rathaus blieb kleiner als erhofft. In den darauffolgenden Wochen wurde in einigen Krankenhäusern ein bis zwei Tage warngestreikt. Dann wurde im Oktober die anvisierte zweite Streikwoche bei der Charité ausgesetzt – der Arbeitgeber hatte eine »Verhandlungsverpflichtung« angeboten, bis Ende Dezember sollten Schritte zur besseren Umsetzung des *Tarifvertrags Gesundheitsschutz* erarbeitet werden.

Diese an- und ausgeknipsten Mobilisierungen, Streiktage, Warnstreiktage, Demos… forderten gleichwohl viel persönlichen Einsatz. Das Thema brennt allen auf den Nägeln, der Arbeitgeber macht massiv Druck – was fehlt, ist die Perspektive. Sollen die Streiks ausgeweitet werden? Soll das ganze eine soziale Bewegung simulieren? Oder geht es nur drum, die »Politik« zu Reaktionen zu bringen? Letztlich fragen sich alle, warum es keine richtigen Streiks gibt, sie hätten breite Unterstützung.

In Berlin hatten die »Tarifberater« 2015 im Streik an der Charité tatsächlich zur Dynamik des Konflikts beigetragen – 2017 hatten sie das Gefühl, lediglich »weiter oben« bereits gefasste Beschlüsse weiterleiten zu sollen.[7]

Die »UnterstützerInnen-Bündnisse« in einigen Städten sind nicht einmal eine Andeutung der potenziellen Sprengkraft, die in der Mobilisierung von GesundheitsarbeiterInnen und ihren heute gern »Kunden« genannten PatientInnen liegen könnte.

[6] Ausführlicher in *Wildcat* 100: Rollt die Lawine?, online auf: www.wildcat-www.de

[7] »TarifberaterIn«, an manchen Orten »Teamdelegierte«, werden von ver.di und den linken UnterstützerInnen als Modernisierung und Demokratisierung der gewerkschaftlichen Streikkultur verkauft. Tatsächlich ist meist jede/r, der auf Kampagnentreffen (=Teamdelegiertentreffen) kommt und sich auf einer Liste einträgt, Teamdelegierte/r. Zumindest in Freiburg gibt es keinerlei Legitimation durch die Beschäftigten – die dieses Arrangement aber auch nicht in Frage stellen. Alle grundsätzlichen Entscheidungen sind »weiter oben« schon gefallen, den »Tarifberatern« bleibt meist nur ein »Ausführungsspielraum« beim Weiterleiten an die KollegInnen.

In einer Gesellschaft, die einerseits die Lebensbedingungen von immer mehr Menschen verschlechtert und gleichzeitig mit dem Versprechen von »Gesundheit« immer mehr Geld verdient, kann der Zusammenhang von Krankheit und Kapitalismus ein wichtiger Hebel werden, wenn die GesundheitsarbeiterInnen und ihre »KundInnen« zusammen kämpfen. Bislang laufen die gewerkschaftlichen Mobilisierungen in diesem Bereich und die Diskussionen um ein »solidarisches Gesundheitswesen« nebeneinander her. So stellt das eine die Umstrukturierung nicht in Frage und das andere bleibt eine ungefährliche ideologische Utopie. So machen wir uns zum Hampelmann der Gewerkschaft.

In Stuttgart hatte sich zum Auftakt der Entlastungskampagne Ende 2016 schnell eine halbe Hundertschaft TarifberaterInnen zusammengefunden – im Lauf des Jahres schrumpfte diese aber um den Faktor 10, weil ihnen niemand die Kampagne erklären konnte.

Das »Entlastungsbündnis« in Freiburg wunderte sich. Erst kurz vor den Bundestagswahlen im Oktober sollte es wieder zu Aktivitäten an der Klinik kommen. Das Bündnis organisiert eine Demo, 500 Leute kommen, sonst passiert nichts. Eigentlich wollte man doch die Kämpfe von GesundheitsarbeiterInnen unterstützen – und sie nicht *ersetzen*!? Beim eintägigen Warnstreik am 14. Dezember hatte ein von ver.di zuhilfe gerufenes Organizerteam die Mobilisierung oberflächlich befördert, es gab eine wirklich große Demo mit 1000 Leuten. Die Hürde der Streikbeteiligung war für viele aber noch zu hoch. Solche »Mitmach-Streiks« passen zum Zuschnitt der Kampagne. Auf den sogenannten Teamdelegierten-Treffen sind meist um die 35 Leute. Die eine Hälfte ältere KollegInnen vor der Rente. Die andere Hälfte junge KollegInnen, einige Jahre im Job, eine Minderheit, die auch nicht weiß, wie sie ihre KollegInnen mobilisieren können, oder es sich nicht trauen, weil es Druck von oben gibt.

Der Arbeitgeber hat 120 Stellen für »flexible Entlastungspools« für alle vier Unikliniken in Baden-Württemberg zugesagt. Positiv auf dem Treffen nach dem Streik war, dass eigentlich alle grundsätzlich gegen flexible Pools waren, jede Station sollte angeben, mit wieviel Personal sie halbwegs vernünftig arbeiten kann.

Laut zuständigem Sekretär will ver.di die Kampagne an den Unikliniken bis Februar abschließen, es werde keinen Erzwingungsstreik geben, höchstens noch ein, zwei Warnstreiktage. In Dachau bei den Amperkliniken hat ver.di die Entlastungsrunde erst mal beendet – gegen die Ankündigung des Arbeitgebers, den TVÖD zu übernehmen. An der Berliner Charité will ver.di »bis März« wieder aktiver werden… Die Gewerkschaft tut, was sie angekündigt hat: wenig Streiks, einige Warnstreiks, Druck vor und nach den Bundestagswahlen, um von »der Politik«, der neuen Regierung, eine gesetzliche Mindestregelung zu bekommen. Die Logik der Organisation (Mitgliederschwund und Pöstchenangst, hauptamtliche Gewerkschaftsprofis in hierarchischen Strukturen) führt zum Spagat aus einer Kampagne mit angezogener Handbremse und der propagandistischen Behauptung einer breiten Mobilisierung.

Im Ergebnis benutzt ver.di unsere Probleme, um mehr Mitglieder zu bekommen. Deshalb soll die »Entlastungskampagne« all die (gesellschaftlichen) Widersprüche nicht offensiv anpacken, sondern nur moderieren.

Die große Unbekannte sind die KrankenpflegerInnen selber

Die ganzen Diskussionen um »Mindestbesetzungen«, die medialen Aufreger, die Hunderte von Studienseiten, auf denen weltweit Krankenhäuser verglichen werden… bringen uns keinen Millimeter näher an einen Streik oder eine Bewegung in den Krankenhäusern. Sie werden nur den »Status quo« festschreiben: eine immer tiefer gestaffelte Arbeitsteilung, Auslagerungen, Hetze und Pflegeakkord. Heute sind die Belegschaften tief gespalten, und die aktiven KollegInnen schimpfen über den Rest. Wir haben ein »Generationenproblem«. Ältere KollegInnen wurschteln sich mit ihrer Idee von »besserer Pflege« irgendwie zur Rente durch. Jüngere KollegInnen fühlen sich gut ausgebildet, haben eher eine Art »Facharbeiterbewusstsein« (der qualifizierte Facharbeiter macht »seine« Arbeit gut) und praktizieren ein »Mehr vom Gleichen«: noch öfter den Job wechseln; die Arbeitszeit reduzieren und mit einem Zweitjob insgesamt mehr als vorher verdienen; es gibt einen Trend »weg vom Bett« hin zu Ambulanzen oder in neue Studiengänge; andere machen sich selbstständig oder wechseln in neu geschaffene Pools mit besonderen Schichtmodellen. Alles Verhaltensweisen, mit denen die Vereinzelung noch verstärkt wird.

Und jetzt?

Vier Punkte ...

Aus der Mobilisierung der 1980er Jahre können wir vier Dinge lernen:

Eins bis drei: Wir können nur was reißen, wenn wir

- die einzelne Abteilung,
- das einzelne Krankenhaus
- und die »Berufsgrenze« überwinden.

Viertens: Wir müssen die Widersprüche dieser konkreten Arbeit anpacken. »Bessere Pflege« in einem immer unmenschlicheren System zu fordern, hat immer auch die Möglichkeit eröffnet, diese Widersprüche mit neuen Spaltungen zu »lösen«.

Nach 20 Jahren »Rollback« sind das hoch liegende Latten, aber darunter geht nix! Ohne Veränderungsdynamik keine Mobilisierungsdynamik! Die Frage des Egalitarismus ist dabei zentral. Bisher ist er nur utopisches Ziel in den Debatten um ein zukünftiges Gesundheitswesen. Er muss Mittel und Werkzeug des Kampfes werden! Nur so werden wir streikfähig.

Denn PflegerInnen haben ein objektives Streikproblem: ihr »Arbeitsmaterial« sind Menschen. Dieses Problem können wir nur knacken wenn wir die »Weiße Fabrik« *als Fabrik* bestreiken; wenn wir es lernen, unsere Zusammenarbeit (die »Kooperation«) *gemeinsam* zu blockieren und damit auch umzudrehen. Nur wir wissen, wie wir den Krankenhausbetrieb trotz aller Überlastung und Unterbesetzung aufrechterhalten. Also wissen auch nur wir, wie wir ihn blockieren können und die PatientInnen trotzdem versorgt werden! Auch den Chemiearbeitern stand der Koloss »Chemiefabrik« als übermächtige Bedrohung gegenüber – die Kämpfe in Mestre in der zweiten Hälfte der 60er Jahre haben gezeigt, dass die Arbeiter alle zusammen den Koloss so gut beherrschen, dass sie ihn nach Belieben rauf und runter fahren können. Sie haben die vom Unternehmer geschickten »Notbesatzungen« nicht ins Werk gelassen, und trotzdem kam es nicht zu Explosionen, Gasaustritten oder dergleichen. Die Streikphasen waren die sichersten Phasen in der Chemiefabrik – und genauso muss es für uns und unsere Patienten auch werden![8]

Wir müssen selber aktiv werden und eigene Erfahrungen machen, wenn wir mehr wollen als mit »unserer Gewerkschaft« den schlechten Ist-Zustand festzuschreiben. Wenn wir die von ver.di vorgegebene Kampagnenstruktur nicht sprengen, vor allem die Beschränkung auf die PflegerInnen, dann wird auch der nächste Tarifvertrag die »Weiße Fabrik« weiter perfektionieren. Dazu können wir nicht auf »Mehrheiten« warten. Aber wir können diese Fragen heute, in der aktuellen Mobilisierung, aufwerfen, indem wir sie mit allen KollegInnen – nicht nur mit PflegerInnen! – diskutieren. Da wird auch mal gestritten werden müssen: sich immer aus dem »Frei holen« lassen, weil es gerade passt, oder man nicht Nein sagen kann, hält nur das Hamsterrad am Laufen. Verhaltensweisen ändern sich nicht von alleine, das muss gemeinsam angepackt werden.

Um einen Schritt weiter zu kommen, müssen wir vielleicht einen Schritt zurückgehen und eine gemeinsame Bestandsaufnahme machen. Um kampfbereit zu werden, müssen wir Stammtische und gleichzeitig überregionale Strukturen organisieren. Schon jetzt gibt es Befürchtungen, es werde für lange Zeit wieder »still sein«, wenn jetzt nichts erreicht wird. Aber still wird es nur dann, wenn sich bei den KollegInnen Frust breit macht. Der jahrelange »Rollback« ist nicht auf einen Streich zunichtezumachen. Aber die »strukturellen« Grenzen der Gewerkschaft sind nicht unsere.

... und der fünfte!

Die »Pflegenotstandsbewegung« in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre war eine internationale Bewegung. Die Mobilisierungen in England, Italien – und besonders Frankreich – waren wichtige Vorbilder der hiesigen Bewegung.

Auch heute – unter deutlich veränderten Vorzeichen – könnten wir von den internationalen Bewegungen lernen. In Frankreich gab es Ende 2016 einen konsequent geführten Streik gegen schlechte Arbeitsbedingungen. Teilweise wurde die Klinik blockiert, zeitweise auch die Verwaltungs-/EDV Abteilung. Die Ziele wurden weitgehend durchgesetzt. In Spanien, Italien und Griechenland gibt es Kämpfe gegen den Abbau von Versorgungsstrukturen: *La Marea Blanca* kämpft in Spanien seit Einbruch der Krise gegen den Abbau von Versorgungsstrukturen (siehe dazu auch den Katalonien-Artikel auf S. 49). In Griechenland musste unter dem Druck der Krise versucht werden, die Versorgung aufrechtzuerhalten; dabei sind auch neue, selbstorganisierte Strukturen entstanden.[9]

In England gab es einen wichtigen Streik outgesourcter ArbeiterInnen. Dort ist das Gesundheitswesen inzwischen dermaßen am Boden, dass Krankenhäuser einen sogenannten »schwarzen Alarm« ausgerufen haben, weil Kapazitäten selbst für Notfallpatienten fehlen.

Und wenn wir die Grenzen Europas verlassen, können wir noch von einem Streik von Krankenschwestern in Kenia berichten – gegen schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen. Sie haben viele Krankenhäuser zeitweise komplett blockiert.

Noch wissen wir zu wenig über diese Kämpfe, aber internationale Diskussionen bringen uns weiter als das Setzen auf Wahlen und Gewerkschaften, oder das Verstecken hinter unserer Überlastung.■

[9] Gleichzeitig sollen KrankenpflegerInnen aus diesen Ländern bei uns die Löcher stopfen!

[8] Nicht nur in den Kämpfen von GesundheitsarbeiterInnen geht es um Krankheit und Gesundheit. Den Arbeitern im Chemiegürtel in Mestre/Venedig ging es in ihren Kämpfen um ihre und um die Gesundheit der Menschen der Region, bzw. um das ganze, heute würde man sagen, »Ökosystem«.

Das Proletariat, wie es im Buche steht

»Es ist daher falsch, von den Schreibenden irgendetwas Revolutionäres zu erwarten.«

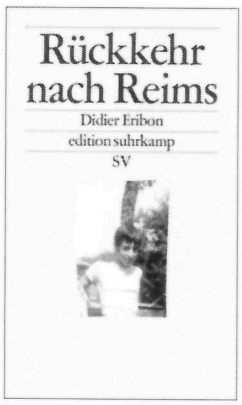
Eine Sammelbuchbesprechung

»Ich interessiere mich jetzt sehr für die Arbeiterklasse, besonders seit sie begonnen hat, rechts zu wählen ... Man macht sich ja so seine Gedanken wegen des Rechtspopulismus, auch unter Arbeitern. ... Der Eribon hat das wunderbar beschrieben in seinem Buch...«
»Sag mal, du hast deine Erkenntnisse über die deutsche Arbeiterklasse von nem französischen Soziologen?«[1]

Die Wahlerfolge von AfD, Trump und Front National haben dazu geführt, dass sich die Linke wieder mit den ArbeiterInnen beschäftigt. In der BRD bezeichnenderweise via Eribons *Rückkehr nach Reims*. Darüber machte sich im letzten Mai die »Anstalt« im ZDF lustig – um dann sehr treffend die politisch gewollten tiefen Spaltungen innerhalb von Belegschaften darzustellen. Eine Sternstunde des deutschen Kabaretts, die die Arbeiterfrage in einer gelungenen Form zum Thema gemacht hat.[1]

Sehr viel schwerer lesbar war zum Teil die soziologische Literatur, die wir uns reingezogen haben. Sie untersucht die Lebenswirklichkeit des Proletariats und seine politischen Ambitionen, ist aber natürlich nicht für dieses geschrieben.

Am Ende stellen wir zwei Bücher aus Frankreich vor, die nicht auf Deutsch vorliegen. Leute wie Beaud und Pialoux sind an ihrem Thema drangeblieben. Der *Front National* ist wesentlich bedeutender als die AfD. Aber bei allen Unterschieden zwischen den beiden Ländern – stärkste KP des Westens und Niedergang in den 1990ern vs. KPD-Verbot 1956; Deindustrialisierung vs. Hartz IV und Niedriglohn, um die deutsche Industrie konkurrenzfähig zu halten – gibt es strukturell ähnliche Entwicklungen (siehe die *Bonnets Rouges*)[2]. Wir können von dieser Debatte lernen.



Didier Eribon: Rückkehr nach Reims
Berlin 2016: Suhrkamp
(Paris 2009)
238 Seiten | 18 Euro
(Bundeszentrale für politische Bildung für 4,50 Euro)

Eribons »Rückkehr nach Reims« wurde zum Sommerbestseller 2016 der deutschen Linken. Der Autor hatte das Arbeitermilieu seiner Vaterstadt verlassen, um in Paris Karriere zu machen und sein Schwulsein auszuleben. Als er nach über drei Jahrzehnten zurückkehrt, ist er entsetzt, dass ehemals treue KP-WählerInnen Argumente bringen, die eher zum *Front National* passen. Er kommt zum Schluss, dass »wir Arbeiter« (so sprach immer sein Vater) früher zwar kommunistisch gewählt haben, aber wohl schon damals rassistisch und homophob waren.

Allerdings wählten auch zu ihren Hochzeiten nur 30 Prozent der ArbeiterInnen PCF, viele auch damals »rechts«, das hieß konservativ. Seit viele Fabriken geschlossen haben und Arbeitsplätze verloren gingen, und seit viele Zuwanderer das Leben im Stadtteil prägen, habe der Gegensatz Franzose – Ausländer den Gegensatz Arbeiter – Bourgeois ersetzt. Die »populären Klassen« sähen sich von der Linken nicht mehr repräsentiert. Die Schuld daran gibt Eribon der »konservativen Revolution« der Linken Anfang der 1980er Jahre, die seither nicht mehr von »Ausbeutung« und »Klassenverhältnissen« spricht, sondern von »notwendigen Reformen« und »Eigenverantwortung«. Die Klassenfrage wurde entsorgt und durch das »autonome Subjekt« ersetzt. Die Zustimmung zum *Front National* interpretiert er als »negative Selbstaffirmation«, als »politische Notwehr der unteren Schichten«, die versuchten, »ihre kollektive Identität zu verteidigen, oder jedenfalls eine Würde, die seit je mit Füßen getreten worden ist und nun sogar von denen missachtet wurde, die sie zuvor repräsentiert und verteidigt hatten.« (S. 124)

Es ist kein Buch über die Arbeiterklasse, über die Veränderungen der materiellen Bedingungen um sie herum. Eribon wollte ein Buch über seine Mutter schreiben, die trotz allem immer zu ihm gehalten hat. Geworden ist es eher ein Buch über ihn, seine Mühen, sich aus dem Mief zu befreien, und seine Freundschaften mit berühmten Männern wie Foucault. Und über seine Scham, dass er sich nie damit beschäftigt hat, was mit der Arbeiterklasse passiert ist.

Christian Baron: Proleten, Pöbel, Parasiten – Warum die Linken die Arbeiter verachten
Berlin 2016: Das Neue Berlin
288 Seiten | 13 Euro

»Warum die Linken die Arbeiter verachten«, fragt *Christian Baron* in seinem Buch »Proleten, Pöbel, Parasiten«. Ähnlich wie Eribon hat Baron es mithilfe wohlgesonnener Lehrerinnen geschafft, aus dem Unterschichten-Milieu rauszukommen, zu studieren und sich mithilfe von Marx- und Lenin-Lektüre zu politisieren. Nun kommt er aus Berlin zurück in die Rand-

siedlung Asternweg in Kaiserslautern und diskutiert mit den Leuten. Er versucht, ihre Haltung zu verstehen, er verteidigt sie. Ihrem Verhalten setzt er seine Erfahrungen in der linken Szene entgegen, die vorgebe, sich für die Armen, die Klasse der Unterdrückten einzusetzen, aber völlig an der Zielgruppe vorbeidiskutiere – oder schlimmer noch: »Das Treten nach unten ist … auch in linken Milieus auf dem Vormarsch« (S. 15). »Sie messen das Leben der Unterschicht an ihren eigenen Maßstäben … In Wahrheit besteht der Unterschied darin, dass den Mittelschichtskindern ihre Jugendsünden und Fehlentscheidungen verziehen und sie durch Eltern oder andere Verwandte materiell und seelisch aufgefangen werden, während die Mittellosen … gar nicht erst die Chance erhalten, ein Sensorium für diskriminierungsfreie Sprache zu entwikkeln« (S. 23) Die der Unterschicht »anerzogene Zurückhaltung« mache es den Mittelschichts-Linken leicht, sich in den Vordergrund zu drängen – doppelt verstärkt durch ein »akademisierendes Verhalten, das auf einem vom Elternhaus vermittelten Selbstbewusstsein fußt« (S. 48). Dreifach verstärkt, weil die »rebellisch anmutende Risikobereitschaft« nie im sozialen Absturz ende: Falls was schieflaufe, sei das Elternhaus zur Stelle, »die Möglichkeit des Scheiterns existiert in diesen Biografien niemals – zumindest nicht im existenziellen Sinne« (S. 49).

Im Verhalten der Unterschicht sieht Baron eine »Subkultur der Bildungsverweigerung«. Der Leistungsgesellschaft könnten sie nichts anderes entgegensetzen als eine »Sabotage der eigenen Bildung« (S. 47). Es stehe ja fest, dass sie dem Niedriglohn- oder Hartzer-Alltag nicht entkommen – während die bildungsbeflissene radikale Mittelschichtslinke dem »sozialdemokratisch-grünen Leistungsglauben« nichts entgegensetze.

»Entpolitisiertes Rassismusverständnis«

Die neuen Herrschaftsformen hinterfragten viele Linke gar nicht mehr, und ihr »entpolitisiertes Rassismus-Verständnis« mache alles nur schlimmer (S. 123): »Wer Rassismus als individuellen Charakter- oder Bildungsmangel der Unterschicht begreift, lässt die herrschende Ordnung gewähren« (S. 122). »Natürlich macht es gar keinen Unterschied im real existierenden Rassismus, ob ich Mohr, Neger oder Afrikaner sage, solange sich die Verhältnisse nicht ändern« (S. 201).

Baron kotzt gegen eine Linke ab, die sich vor allem mit sich selbst beschäftigt und moralische Vorwürfe austeilt. Am Anfang des Buchs hat er noch klare Vorschläge: »in verständlicher Sprache diskutieren« und: »Wer diese Menschen erreichen will, muss ihnen selbstbewusst, aber verständnisvoll begegnen und ihre Sprache verwenden« (S. 50). Am Ende gerinnt's dann zu einer Mischung aus (teilweise etwas unglücklichen) Anekdoten, Polemiken und Anklagen gegen ein linkes Milieu, in dem er selbst noch verfangen ist. Für das Zugehen auf die Unterklassen hat er ausgerechnet Vorschläge wie »linken Populismus« oder das bedingungslose Grundeinkommen – als wäre das nicht eine Verfestigung der Spaltung.

Frank Hertel: Knochenarbeit. Ein Frontbericht aus der Wohlstandsgesellschaft
München 2010: Hanser
205 Seiten | 7,50 Euro

»Da unten ist nicht die Hölle!«

Frank Hertel, verkrachter Soziologe, war mal wieder ohne Job und heuerte aus Geldnot in einer Backfabrik an. Neun Monate hält er es aus, danach hat er 14 Kilo weniger Gewicht und sieht »die Dinge jetzt klarer und gelassener«. (S. 44) »Es ist etwas absolut Befreiendes, wenn man es in so einer Fabrik durchhält.« (S. 54) »Vor der Arbeit wusste ich nicht, dass ich ein harter Knochen sein kann. Jetzt weiß ich es.« (S. 44) Hertel wird Hausmann und schreibt seine Erlebnisse auf; für diesen widersprüchlichen »Frontbericht aus der Wohlstandsgesellschaft« wird er im linken Feuilleton streng getadelt. Seine politischen Ergüsse, insbesondere am Schluss des Buchs, sind wirklich unsäglich. Von der Soziologie erwartet er sich keine Erkenntnisse mehr, stattdessen will er »ehrlich« sein; also z. B. sagen, dass Sozialhilfeempfänger daheim rumsitzen und keine Lust auf Arbeit haben oder dass viele seiner Kollegen einfach »dumm« sind.

»Die Arbeit könnte leichter sein, wenn zum Beispiel die Hubwagen funktionieren würden«

Hertel hat sich in den Kopf gesetzt, zu zeigen, welch unglaubliche Leistung die schlecht bezahlten ArbeiterInnen in dieser Fabrik vollbringen, die lieber arbeiten, statt von Hartz IV zu leben – und deshalb unseren Respekt verdienten. Was das Buch interessant macht, sind seine Beobachtungen im Innern dieser Klitsche, in der nachts Brot und Kuchen für Discountläden produziert werden – unter haarsträubenden Bedingungen, ständig kaputten Maschinen oder Werkzeugen, überall Dreck und Krach. Die Firma nimmt jeden, ohne Bewerbungsgespräch, ganz unkompliziert – der Lohn ist niedrig. Hier landen die, die nichts anderes finden oder die Hoffnung aufgegeben haben: wenige Deutsche, viele Iraker, Russen, Chinesen, Thais, Osteuropäer. Von 32 Kollegen sind sechs Akademiker, andere Ex-Knackis. Sie müssen zusammenarbeiten, wenn am Ende Brot rauskommen soll, auch wenn sie nur zehn Wörter Deutsch können. Die Anweisungen sind einfach: »Die Dinger da rein, zumachen, nur drei, das da hin, schneller, immer fünf, da hinten, so...« (S. 67) Er fühlt sich einsam als einer der wenigen Deutschen; die anderen schimpfen auf die »Kanaken« oder kommen im Onkelz-T-Shirt. Die »Ausländer« lassen sich beschimpfen, wissen aber, dass sie eigentlich die Macht haben.

Es sind realistische Schilderungen, die nichts beschönigen: sich gegenseitig Hubwagen klauen, nicht allen helfen, zu viel trinken. In kurzen Kapiteln wird beschrieben, wie einzelne Kollegen oder Kolleginnen ihr Leben meistern – oder eben nicht. Sein Gesamturteil: »Die Leute in der Firma waren allesamt ehrliche Häute. Wenn ihnen etwas nicht passt, brüllen sie es dir ins Gesicht. Wenn sie etwas lustig finden, lachen sie. Wenn sie traurig sind, sieht man es ihnen an. Da verstellt sich niemand. Da wird mit offenen Karten gespielt. Da ist nichts gekünstelt, nichts

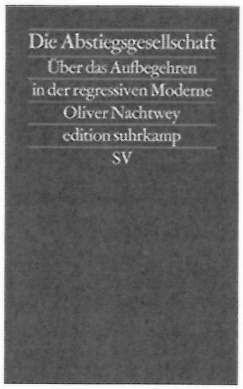
virtuell. Die Menschen in den einfachen Jobs sind in Ordnung. Sie sind liebenswert. Wer in einem Oberschichtenjob kann das von seinen Kollegen behaupten?« (S. 43) Hertel beklagt die große Gleichgültigkeit gegenüber allem, auch gegenüber der Politik – kann sie aber nachvollziehen: »Frau Merkel, Mister Obama, Monsieur Sarkozy, arbeiten Sie einen Monat bei uns in der Fabrik, in der Spätschicht von 2 bis 10! Vielleicht verstehen Sie dann, warum immer weniger Menschen zur Wahl gehen.« (S. 32)

Hertel schreibt so, als teile er in einer Kneipe seine neuesten Erkenntnisse mit. Viele seiner knappen Sätze treffen den Kern, manchmal klingen sie gewollt naiv, oft paternalistisch. Kaum ist er draußen, sehnt er sich nach seinen Kollegen – wenn ihm »das ganze deutsche Mittelschichtstheater« auf die Nerven geht. »Wenn mir alles zu viel wird, gehe ich … in eine Fabrik, denn das kann ich. Und die Fabriken sind überall auf der Welt gleich. In Bangladesch, in Botswana, in den USA oder in China. Überall werden Leute mies bezahlt, überall fehlen ihnen Zähne, und trotzdem sind sie glücklich.«

»Der Klassenkampf kehrt zurück. Jetzt muss man wissen, auf welcher Seite man steht. Das fällt mir schwer.«

Ab Seite 120 wird es langweilig. Da macht sich Hertel Sorgen um Deutschland, philosophiert über das Alter, die Jugend, über die Zersplitterung der Gesellschaft, die Orientierungslosigkeit, sieht aber keine Notwendigkeit für eine Revolution: »Es reichen kleine Reformen… Sähe ich einen Grund zur Revolte, würde ich nicht hier sitzen und tippen. Ich sehe keinen. Und ich glaube, niemand, der gemütlich sitzt und tippt, sieht einen. Es ist daher falsch, von den Schreibenden irgendetwas Revolutionäres zu erwarten.« (S. 199)

So ist auch dieses Buch vor allem eins über den Autor, dessen Urteile und politische Ansichten von Kapitel zu Kapitel wechseln, sich manchmal krass widersprechen. Ein Rezensent auf *Telepolis* [https://heise.de/-3386905] hält es für das »Psychogramm einer orientierungslosen Generation«, für eine schwer erträgliche Mischung aus plattestem Sozialdarwinismus (»Die Welt ist ein Dschungel und der Stärkste setzt sich durch«), dumpfen Vorurteilen vom Stammtisch nebenan (»Sozialhilfeempfänger genießen Herrenstatus. Man muss nicht arbeiten, um zu leben. Das hat man nicht nötig«) und einer denkbar schlichten Untertanenlogik (»Wenn oben alles in Ordnung ist, stimmt auch der Rest«). Viel besser kann man es nicht ausdrücken. Trotzdem sind seine Schilderungen des Fabrikalltags treffend.



Oliver Nachtwey: Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne
Berlin 2016: Suhrkamp | 18 Euro

Die Wiederkehr der Konformität

Neben Eribons »Rückkehr nach Reims« ging 2016 auch *Oliver Nachtweys* »Abstiegsgesellschaft« durch alle Feuilletons. Vereinfacht dargestellt erzählt er Folgendes: Auf den Nationalsozialismus folgte die Bundesrepublik Deutschland. Das anfangs stetige ökonomische Wachstum ermöglichte eine rasante gesellschaftliche Modernisierung (»soziale Moderne«), in der es zu einer materiellen, lebensweltlichen und letztendlich auch mentalen Entproletarisierug kam – und einer »Institutionalisierung des Klassenkampfs«.

Zwei der wichtigsten Errungenschaften seien der Sozialstaat und das Normalarbeitsverhältnis gewesen, die er romantisch einfärbt und weder deren Funktion zur Durchsetzung des allgemeinen Zwangs zur Arbeit noch deren eingeschränkte Gültigkeit thematisiert; dass die »Gastarbeiter« in die Sozialkassen einzahlten und kaum was davon hatten, kommt beispielsweise nicht vor.

Die rot-grüne Regierung (1998-2005) läutete eine neue Phase der Sozialpolitik ein. Mit der teilprivatisierten Rentenversicherung und den Agenda-2010-Reformen begann die Epoche der »regressiven Modernisierung«. Deren Kennzeichen seien »radikalisierte Chancengleichheit« und »Umwertung des Gerechtigkeits- und Gleichheitsdiskurses« (S. 111). Statt sozialer Ungleichheit und Ausbeutung stünden nun Gleichberechtigung und Identität im Mittelpunkt der Debatte. Arbeit gilt nicht mehr wie früher als Quelle des sozialen Aufstiegs, aus ihr entspringe im Gegenteil die Gefahr des Abstiegs, ein steigender Anteil der Lohnabhängigen erreicht weder Sicherheit, Status noch eine kontinuierliche Lebensplanung. Seit der Jahrtausendwende nehme die Armut zu.

Der von Beck beschriebene »Fahrstuhleffekt«, der in den 1960er und 1970er Jahren die gesamte Klassengesellschaft eine Etage höher gefahren hat, wurde abgelöst von der »Rolltreppe nach unten«. Nachtwey konstatiert nicht ein Anwachsen sozialer Abstiege, sondern eine »abnehmende Aufstiegsmobilität«; für die Hauptthese des Buchs, Deutschland sei zu einer Gesellschaft des sozialen Abstiegs geworden, bringt er keine Belege.

Weil der Platz an der Sonne knapper wird, geben sich viele fast völlig dem Wettbewerb hin und greifen zu Selbstoptimierungsstrategien. Nachtwey sieht eine »Wiederkehr der Konformität«; Ansprüche, die eine Generation zuvor als spießig und angepasst galten, dominieren die Lebensführung jüngerer Leute. StudentInnen setzten sich selbst Ziele wie: in Mindeststudienzeit abschließen, gute Noten, ein Auslandspraktikum – um am Arbeitsmarkt eine Nasenspitze vor den KonkurrentInnen zu liegen. Und um sich nach unten abzugrenzen, von der »neue[n] Unterschicht«, die »bildungsfern, arbeitsscheu [ist] und ihre Aufstiegsorientierung verloren [hat]«. Die Mittelschicht wird von ihrem Selbstbild getäuscht; ihren Wohlstand hat sie sich nicht durch eigene Leistung verdient. Sie ist hochgradig abhängig von institutionellen Absicherungen (Beschäftigung im öffentlichen Dienst, Kindergeld usw.).

Es fehlt an linken mobilisierenden Utopien

Und die ArbeiterInnen? Als Subjekte kommen bei Nachtwey die Gewerkschaften vor, nicht die ArbeiterInnen. Nach der »Deinstitutionalisierung« des Klassenkonflikts in der aktuellen Phase kehre »nicht automatisch auch der Klassenkampf zurück, denn dieser hat vorerst seinen überlieferten Resonanzkörper – die

traditionelle, handlungsfähige Arbeiterklasse mit ihrem gemeinsamen Deutungshorizont – eingebüßt.« (S. 188). In der Streikwelle 2015 sieht er den »Beginn einer Erneuerung der Arbeiterbewegung« (S. 195). Auf der anderen Seite sei Pegida ein »exkludierender Protest der Privilegierten«, der nur in Sachsen diese Form annehmen konnte, aber auch Ausdruck eines gesamtdeutschen Klimas, einer »neoautoritären Strömung« sei.

Aufstiegsorientierung und Leistungsprinzip seien Quellen neuer Konflikte, die nicht zwangsläufig zu emanzipatorischen Bewegungen führten – Stichwort »exklusive Solidarität« –, da der optimistische Blick in eine bessere Zukunft verloren gegangen sei. Vor allem die politische Linke habe diese Hoffnung größtenteils aufgegeben, sie sei zu einer im Grunde konservativen ›Nachhut‹ geworden (S. 231), es fehle an linken mobilisierenden Utopien.

Dienstleistungsproletariat

Was aber tun Menschen, wenn der Aufstieg nicht mehr möglich oder nicht lohnenswert erscheint und solidarische Handlungsmöglichkeiten fehlen? Und sie sich noch dem Vorwurf ausgesetzt sehen, an ihrem Versagen im »Bildungswettbewerb« selbst schuld zu sein?

Dies ist Thema zweier Untersuchungen zum »Dienstleistungsproletariat«, deren AutorInnen auch aus Hamburger Institut für Sozialforschung kommen, wo Heinz Bude (»Gesellschaft der Angst«) wirkt.

Friederike Bahl: Lebensmodelle in der Dienstleistungsgesellschaft
Hamburg 2014: Hamburger Edition
371 Seiten | 32 Euro

»Da wähl ich irgend so 'ne kleene Randgruppe … Is mir doch scheißegal. Hauptsache die Großen kriegen det nich'.«
(Gebäudereiniger zu seinem Wahlverhalten, Bahl S. 307)

Elf Prozent der Erwerbstätigen in der BRD arbeiten in »einfachen Dienstleistungen«. Die Wissenschaft interessierte sich bislang vor allem für die andere Seite der »Tertiarisierung«, in der mal die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts gesehen wurde: die Befreiung von harter körperlicher Arbeit, höhere Bildung, Zugewinn an persönlicher Autonomie, Interaktion mit Menschen. Die Soziologen Friederike Bahl und Philipp Staab haben sich in einem langjährigen Forschungsprojekt die Frage gestellt, ob in der BRD ein neues Dienstleistungsproletariat entsteht. Und zwar Proletariat nicht nur als »Proletarität«, sondern auch im Sinne der Formierung einer revolutionären Klasse.

Dazu erstellten sie in den Jahren 2010-2012 neun Fallstudien in verschiedenen Bereichen der »einfachen Dienstleistungen«: von privaten Postdiensten, Zeitungszustellung, Gebäudereinigung, Wachschutz, Textilketten bis zur stationären und *Live-in*-Altenpflege (24 Stunden Zusammenleben in der Wohnung). Die Beobachtungen an den unterschiedlichen Arbeitsplätzen und zahlreiche Gespräche mit dort Beschäftigten bilden die Grundlage der Untersuchung. Sie hatten ziemliches Glück mit ihren InterviewpartnerInnen, die allerhand über ihren Job, ihre Berufsgeheimnisse und ihre Sicht auf die Welt erzählen – dies sind die interessantesten und lesbarsten Teile der beiden Bücher.

»Discount heißt: Kunde rein, Kunde raus, möglichst wenig mit ihm sprechen […] Und suchen muss er alles selber«
(Marktleiterin eines Lebensmitteldiscounts, Bahl, S. 119)

Kennzeichen dieses Bereichs der Dienstleistungen ist die harte körperliche Arbeit und nicht etwa der »Kundenkontakt« – der ist bis auf die Pflegearbeit gar nicht mehr vorgesehen. Selbst die Arbeit im Verkauf besteht im Wesentlichen aus Durchräumen, Einräumen, Aufräumen (»Normalisierungsarbeit« nennt Bahl das sehr treffend) und Kassieren. Solche Arbeiten erschweren »systematisch die Erfahrung von Berufsstolz«, was die übliche gewerkschaftliche Agitation schwierig mache. Sie führen zu einer großen Gleichgültigkeit gegenüber dem Arbeitsinhalt oder sogar zu einer Distanzierung.

Mit Ausnahme der ausgebildeten Pflegekräfte bekommen alle Niedriglohn: Die Fallstudien wurden vor Einführung des gesetzlichen Mindestlohns gemacht, die Löhne lagen zum Teil bei 6,50 Euro, die meisten haben keine 1000 Euro netto am Monatsende. Viele der ArbeiterInnen müssen beim Amt aufstocken.

Die meisten dieser Jobs bieten keinerlei »Aufstiegs«-Perspektive oder wenigstens die Hoffnung, die Tätigkeit zu wechseln, wenn die Knochen nicht mehr mitmachen. Die Festeinstellung beim Mutterkonzern ist für »einfache Arbeit« nicht mehr vorgesehen. Am Ende eines kräfteraubenden Arbeitslebens steht eine Rente, die unterhalb der Grundsicherung liegt.

Die Perfidität von Ausgründungen wird an einem Beispiel deutlich: Ein großes Krankenhaus lagert die Reinigungsarbeit nicht mehr an ein anderes Unternehmen aus, sondern gründet eine eigene Servicegesellschaft, in die alle nicht formell qualifizierten Beschäftigten (und die EDV-Abteilung) übernommen werden. Sie können ihre alten Tarifbedingungen retten, werden zu »Privilegierten«, während alle Neuen unspezifisch als »Servicekraft« zum Niedriglohn eingestellt werden. »Servicekräfte« müssen Arbeiten jeder Art verrichten und so maximal flexibel sein, die Alt-Beschäftigten (die »Gestellten«) werden ihre VorarbeiterInnen. Ein Aufstieg in deren Bedingungen bleibt für die Neuen ausgeschlossen. Dem Gegeneinander-Ausspielen sind alle Türen geöffnet.

Auch anderswo trafen sie auf Neoliberalismus pur: Die schlecht bezahlten Postausträger bauen praktisch den Billig-Postdienst auf und müssen sich, um ihre Arbeit schaffen zu können, mithilfe von zurechtgeschnittenen Plastikkärtchen illegal Zugang zu Häusern verschaffen. Dies beschreibt plastisch, wie die Privatisierung und die Freigabe des Postmonopols zum völligen Absturz der Löhne und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führte – und damit den Komplettumbau des ehemaligen Staatsbetriebs Post zum multinationalen Unternehmen beförderte.

Friederike Bahl stellt sehr exakt und ausführlich die Arbeitssituation und die Reflexion der Befragten über ihre Arbeit und ihr Leben dar. Sie lässt sie ausführlich zu Wort kommen und lebendig werden. Manche von ihnen bringen mit ihren knappen Sprüchen die Situation hervorragend auf den Punkt.

Aber bei der Beschreibung der Arbeitssituationen bleibt es nicht. Wissenschaft will einteilen, vergleichen, eigene Begriffe setzen. Wir haben es mit zwei Doktorarbeiten im Fach Soziologie zu tun, für die die beiden Forscher unterschiedliche Schwerpunkte setzen.

Für Bahl standen Fragen im Zentrum wie: Wo verorten sich die Beschäftigten »einfacher« Dienstleistungen im »gedachten Ganzen«? Wer sind ihre Bezugsgruppen? Und wie arrangieren sie die Praxis ihres Lebens? (S. 340) Sie fragt nach dem »Akteur« und wie die Materialität der Arbeit sein Gesellschaftsbild und sein Handeln bestimmt. Denn Proletarität besitze nicht nur eine objektive, sondern auch eine subjektive Dimension. Es sei eine Lebensweise. Einer Analyse der Arbeitsbedingungen müsse eine Analyse der Arbeitsorientierungen hinzugefügt werden. Wie halten sie solch eine anstrengende und wenig anerkannte Arbeit über einen längeren Zeitraum hinaus überhaupt aus? Wie versuchen sie, noch ein Stück Befriedigung für sich rauszuholen – indem sie die Norm übererfüllen oder rebellieren?

Bahl formuliert wortgewaltig, spitzt gerne zu, was manchmal etwas abschätzig klingt, sie muss sich immer wieder zwanghaft von Marx distanzieren (»zum Anachronismus marxistischer Denkgebäude«). Und sie benutzt konsequent den Begriff »Dienstleister«, obwohl doch aus ihrer Untersuchung klar wird, dass es sich um ArbeiterInnen handelt: harte körperliche Arbeit, kaum Interaktion, worin besteht denn der »Dienst«? Dienstleister sind üblicherweise die Firmen, an die ausgelagert wird. Auch die Interviewten stechen nicht gerade durch »Dienstleistungsbewusstsein« hervor…

»Mir macht's richtig Spaß, die Firmen anzuscheißen«

Ihre Befragten ordnet Bahl in vier verschiedene »Typen« ein: Die **Enttäuschten**, die sich resignativ zurückziehen bzw. so müde sind, dass sie nur noch weitermachen können: »Was sollen wir kleinen Lichter schon tun?« Zweitens die **Aufständigen** (so geschrieben), die eine »regressive Revolte« vollführen, hier vertreten in der Figur des unbeugsamen Einzelkämpfers bzw. sozialdemokratischen Berufsrevolutionärs, der keinen Job beendet ohne Arbeitsgerichtsprozess – und sie alle gewinnt: »Mir macht's richtig Spaß, die Firmen anzuscheißen« (S. 311). Dann die **Ironischen**, deren »gezähmte Resilienz« sich eher in Sabotageakten äußert, die viel Energie reinstecken, sich an ihren Chefs zu rächen: Zu ihnen gehört der Reiniger, der regelmäßig die Kaffeetasse des Chefs mit dem Klolappen auswischt. Die vierte Gruppe stellen die **Zornigen** dar: *»Warum gibt's eigentlich bei uns keene Untergrundorganisation?!«* Deren »Gewaltbereitschaft« sieht Bahl als »Antwort auf eine gesellschaftliche Stresssituation« (S. 330). Sie hält sie für gefährlich, weil sie nicht nach individuellen Lösungen einer Verbesserung suchen, sondern bereit seien, etwas zu riskieren. Die Gefahr liege in ihrer äußerst starken moralischen Ökonomie. Sie würden am liebsten selbst durchgreifen. Na endlich!, würde man denken. Bahl sieht es allerdings nicht positiv, sondern verpasst ihnen das Etikett »autoritäre Revolte«. Das kommt dann doch etwas unvermittelt und scheint nur durch die Anmerkung in einer Fußnote gedeckt, Untersuchungen in europäischen Ländern hätten ergeben, dass das Dienstleistungsproletariat Parteien der extremen Rechten und der extremen Linken »mit autoritärem Charakter« zuneigten.

»Warum gibt's eigentlich bei uns keene Untergrundorganisation?!«

So endet die Untersuchung mit der Typisierung individueller Verhaltensweisen. Allen vier Typen unterstellt sie apokalyptische Zukunftsvorstellungen unterschiedlicher Art – sie sehen sich in einer Abwärtsbewegung und wissen, dass es so nicht weitergehen kann.

Es gebe zwar ein Gefühl für »oben« und »unten«, aber die Solidarität bleibe ein Problem. Erschwert werde sie objektiv durch die starke Fluktuation und die isolierte Arbeitssituation: Viele verrichten ihre Arbeit ganz allein, als Briefausträger oder als Reinigungsfrau müssen sie ein individuelles Pensum schaffen, sehen aber nicht, was die anderen schaffen. Dies begünstige gegenseitiges Misstrauen. Nur wenige müssen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit direkt mit KollegInnen kooperieren, deshalb fehle ein »gemeinsames Selbstbewusstsein« aufgrund gemeinsamer Leistung.

Manchmal gibt es nicht einmal einen gemeinsamen »Betrieb«, in dem man sich begegnet. Korruption und persönliche Profilierung auf Kosten anderer sind Teil der Arbeitsorganisation. Teams, die sich verstehen, werden systematisch zerstört. In den Jobs gibt es viele Eigenbrötler, die »lieber alleine arbeiten«.

Es wirkten Zentrifugalkräfte, die die sehr heterogen zusammengesetzten Belegschaften auseinandertrieben: In den Betrieben gebe es Analphabeten, aber auch viele Studierende/AkademikerInnen, es gebe wenig soziale Gemeinsamkeiten und vor allem Sprachbarrieren. Die Gebildeteren wollen sich häufig von den anderen abheben. (Die Soziologen sagen: Die Belegschaften bilden den Status einer »unmöglichen Gruppe«.)

Viele wollen nur noch raus

Für viele sei es keine Arbeit, für die es sich zu kämpfen lohnt. Sie wollen nur noch »raus« – wenn sie irgendeine Chance dazu sehen.

Die Beschäftigten in den »einfachen Dienstleistungen« seien aber keine »gefährliche Klasse«, auch keine »Lumpenproletarier«, sondern besäßen ein starkes moralisches Gerüst. Sie spüren am eigenen Körper, was sie geschafft haben. Sie wollen nicht vom »Amt« abhängig sein: »Dieses Arbeitsethos sorgt dafür, dass sie ihre eigene Lage gerade auch in ihrer normativen Ausrichtung auf Dauer perpetuieren. Es entsteht eine soziale Schließung, die nicht durch Bildungsanstrengungen behoben werden kann.« Die Proletarisierten träumten nicht mehr vom Aufstieg.

In ihren »Konklusionen« sieht Bahl durchaus Ansätze einer proletarischen Praxis, doch nicht eines »Proletariats«; vielmehr müsse von Proletarität gesprochen, also »kein formiertes Kollektiv unterstellt« werden. Die Aufständigen, die Ironischen oder die Zornigen fänden sich nicht mit der Realität ab, sondern sie sehen – häufig sehr fantasievolle – Möglich-

keiten zu handeln: Sabotage, Dienst nach Vorschrift, Anschwärzen von Vorgesetzten bei Kunden … Dass sie hier den Widerstandsgeist der Subjekte in den Vordergrund stellt, statt über den Niedergang der Arbeiterbewegung zu lamentieren, ist erfreulich. Die theoretischen Ausführungen kann man ja erstmal überschlagen.

Philipp Staab: Macht und Herrschaft in der Servicewelt
Hamburg 2014
Hamburger Edition
398 Seiten | 32 Euro

Produktive Sektoren

Philipp Staab sieht die »einfachen Dienstleistungen« als »produktive Sektoren«. Er konzentriert sich auf die Frage, wie in diesem Bereich Herrschaft ausgeübt wird. Während die Moderne durch die Ablösung reiner Macht durch Formen rationaler Herrschaft gekennzeichnet sei, gebe es heute ein Zurück zur »reinen« personengebundenen Macht, die zugleich universell und unsichtbar werde. Wenn aber Herrschaft subjektiviert werde, sei der »Betrieb« nur noch schwer als der privilegierte Ort des Ausdrucks und der Durchsetzung von Herrschaft zu erkennen.

Im Bereich einfacher Dienstleistungen gebe es keine systematische Rationalisierung durch Technikeinsatz, sondern eine Kombination von Standardisierung, Universalisierung und Verdichtung. Weder eine Maschinerie noch die »Motivation durch sinnerfüllte Tätigkeit« trieben die Beschäftigten zur Arbeit an. Deshalb müsse die Kontrolle durch personengebundene Macht stetig aktualisiert werden – was auch immer wieder Gegenmacht provoziere. Die konkrete Ausgestaltung der Macht hänge von den VorarbeiterInnen ab. Man finde »Günstlingsmodelle« neben repressiven »Gemeinschaftsmodellen«.

Die Rationalisierungsstrategien werden durch die Unterschichtung der Belegschaft durchgesetzt. Die »wohlfahrtsstaatliche Arbeitsmarktpolitik« sei die Bedingung dieses Unterschichtungsprozesses, die örtliche Arbeitsagentur liefere regelmäßig Nachschub. (S. 355)

Anhand eines **Pflegeheims** zeigt Staab die zunehmende Polarisierung innerhalb der Dienstleistungen. Um die gesetzliche Fachkräftequote von 50 Prozent zu erfüllen, investiert der Pflegeunternehmer in die Weiterqualifizierung der Fachkräfte; die nicht pflegerischen Aufgaben müssen Leute am unteren Ende der Hierarchie machen, die nicht mehr Teil der »Pflegeteams« sind. Der höheren Bezahlung der Fachkräfte steht ein stark wachsender Niedriglohnbereich in Reinigung und »Normalisierungsarbeit« gegenüber. Professionalisierung und »Deprofessionalisierung« gehen Hand in Hand. (S. 171)

Die **Pflegearbeit in Privathaushalten**, v. a. von osteuropäischen *Live-in*-Kräften geleistet, wird von Agenturen organisiert, die zwar als offizielle Arbeitgeber fungieren, aber als solche gar nicht in Erscheinung treten: Alles läuft über das Internet, sämtliche Absprachen über Telefon. Ihren Chef haben die befragten PflegerInnen nie gesehen. Der einzige Kontakt ist bei der Übergabe nach drei Monaten der nachfolgende Kollege. Die PflegerInnen organisieren den kompletten Alltag der »Patienten« selbst, die Kunde und Dienstherr in einer Person sind. Sie üben praktisch die Kontrolle über die Arbeit aus, teilen Lob oder Tadel aus – und sie sitzen am längeren Hebel. Die Verfügungsgewalt über die Arbeitskraft nehme neofeudale Züge an, so Staab. (S.180)

Betriebe ohne Betrieblichkeit

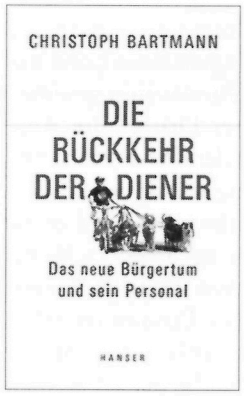
Im Gegensatz zu Pflege und Einzelhandel seien **Postdienste** »tertiäre Männerarbeit«. Auch hier übe der Kunde, der sich beschwert, die Kontrolle der Arbeit aus. Das gegenseitige Anschwärzen sei fester Bestandteil der betrieblichen Ordnung. Zeitungsausträger sind längst nicht mehr beim Zeitungsverlag angestellt, sondern in eigens ausgegründeten Unternehmen. Mit jedem Wechsel der Firma verschlechtern sich ihre Arbeitsbedingungen. In diesen »Betrieben ohne Betrieblichkeit« (S. 270) arbeiten die Austräger völlig isoliert. Der Kontakt beschränke sich auf einen Anruf um 3 Uhr morgens, um die Abholstelle zu erfahren. Den Job machen häufig Rentner, die aber immer wieder mit dynamischen jungen Männern unterschichtet werden. Die Chefs ignorieren Beschwerden der Zusteller und üben eine Art Willkürherrschaft aus, die für diese nicht berechenbar ist. Als Reaktion der Beschäftigten stellt Staab »Vergleichgültigung und Aggression« fest. Die isolierte Arbeitssituation führe zuweilen zu skrupellosem Verhalten, um sich Vorteile auf Kosten von Kollegen zu verschaffen. Staab ist aber auch auf eine Gruppe von zehn Zustellern getroffen, die sich zweimal wöchentlich in einem günstigen Stammlokal treffen und häufig mit Gruppenbahntickets Ausflüge nach Polen unternehmen.

Den rasant gewachsenen Sektor der **Gebäudereinigung** dominieren mittlerweile eine Handvoll Branchenriesen. Das typische Personal setze sich aus »Gestrandeten« zusammen: »Deindustrialisierte, Dequalifizierte und junge Alternativlose«. Zur Zeit der Befragung stockten die Hälfte der Beschäftigten ihren Lohn mit Hartz IV auf. Die Firmen sind gewöhnlich Auftragnehmer Dritter, die Ausschreibung gewinnt der Kostengünstigste. Die Rationalisierung sei mit der Einführung der »Bedarfsreinigung« wohl an ihr Ende gelangt: keine regelmäßigen Reinigungen mehr, sondern »Reinigung nach Sicht«, womit sich das Pensum vervielfachen könne und zusätzlich zum Staubsaugen 600 Papierkörbe geleert werden müssen. Um das Pensum zu schaffen, müssen die ReinigungsarbeiterInnen Pfusch machen, was ihnen das letzte bisschen Berufsstolz nehme. Ausgerechnet daran versuche die IG-BAU-Gewerkschaft aber zu appellieren mit dem unglücklichen Satz: »Ihr verdient mehr Geld. Gebäudereinigung ist ein Handwerk. Denn ihr macht die Scheiße weg, die andere bauen.« (S. 302)

Im Schlusskapitel vergleicht Staab die neue Proletarität mit einer Wiederkehr der Fronarbeit bzw. mit peripheren Manufakturbetrieben der frühen Industrialisierung. Sie habe eine unstete Gestalt: Die Leute leben von der Hand in den Mund, haben keine Mobilitätschancen, leiden unter den Folgen des körperlichen Verschleißes, seien »radikalen Exklusionsrisiken« ausgesetzt. Insgesamt hält Staab das Ausmaß an Widersetzlichkeit, das unter der fügsamen Oberfläche brodelt, für groß. Viele wählten allerdings *exit* als Option, wie die hohe Fluktuation zeige. Für die Option *voice* bräuchte es Kollektivität.

Staab schildert die Arbeits- und Herrschaftsverhältnisse sehr exakt, ist nahe dran an den Leuten. Trotzdem muss man sich durch manches Kapitel kämpfen, weil vieles dreimal gesagt wird.

Theoretisch kommen beide Autoren nicht über das hinaus, was die *Quaderni Rossi* in Italien Anfang der 1960er Jahre diskutierten: Alquati sah in der Tertiarisierung vor allem eine Proletarisierung. Oder Cacciari: »Die Verschleierung besteht also darin, den Terminus ›Dienstleistung‹ für einen Sektor zu gebrauchen, der sich innerhalb des Verwertungsprozesses entwickelt und ein entscheidendes Element von ihm darstellt.«[4] Aber ihre Untersuchungen sind ein Beleg dafür, dass die frühen Operaisten richtiglagen mit ihren Einschätzungen.



Christoph Bartmann: Die Rückkehr der Diener – Das neue Bürgertum und sein Personal
Berlin 2016: Hanser
288 Seiten | 22 Euro

Das servicebegleitete Leben der Mittelklasse

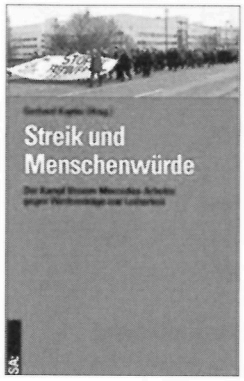
Als Direktor des Goethe-Instituts in New York lebte *Bartmann* von 2011 bis 2016 mit seiner Familie in den teuren Apartmenthäusern der Upper Westside, die eher Komforthotels gleichen – und für ihn zunächst eine fremde Welt waren. Den MieterInnen stehen rund um die Uhr viele Menschen zur Verfügung: der Portier; der Bote, der Pakete bringt und abholt; die Hundesitterinnen und *Nannies*, die mehr Zeit mit den Kindern verbringen als deren Eltern; der Hausmeister, der sich um die technischen Belange und Reparaturen kümmert (oft weil die Wohnungen ihren eigenen BewohnerInnen fremd sind). »Man kann sich nahezu von allen häuslichen Aufgaben freikaufen und dabei stets auf ein Überangebot an kostengünstiger Arbeitskraft zugreifen.« (S. 17) Diese niedrig entlohnten Jobs, ohne Mindestlohn, mit vielen Überstunden und hochflexibel, machen in den USA Menschen aus Mittel- und Südamerika, in Europa kommen sie aus Süd- und Osteuropa. »12 Prozent der deutschen Haushalte beschäftigen eine Putzkraft … Und 64 Prozent davon beschäftigen sie schwarz.« (S. 86)

Die Leute in den gehobenen Mittelschichts-Jobs empfinden ihre eigene Zeit als so wichtig, dass sie die lästigen Alltagserledigungen an die neuen Diener auslagern. Sie verbringen aber viel Zeit damit, auf Plattformen nach möglichst perfekten Anbietern zu suchen: Essen von *Foodora*, sich den Geburtstag organisieren lassen, die Hochzeit, eine Massage, den Fitnesstrainer, Kinderbetreuung… (S. 73) Im »Plattform-Kapitalismus« hat die Mittelschicht den Eindruck, dass es keine ArbeiterInnen mehr gibt, keine Begegnungen – nur Erledigungen. Die Arbeit der neuen Diener wird unsichtbar – wie deren Flexibilisierung und Armut.

Seit den 90ern gibt es zwar mehr Jobs, aber es seien »Scheißjobs…, die in vielen Ländern eine Gesellschaftsordnung zementieren helfen, die vom Dualismus aus Diener und Bedienten geprägt ist« (S. 130). In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde das »fast vollständige Verschwinden der Dienstmädchen« als gesellschaftlicher Fortschritt gesehen. In den 90er Jahren kehrte es in der Gestalt »der dienstleistenden Migrantin« zurück (S. 123). Diese verdienen 40 Prozent vom Durchschnittslohn aller abhängig Beschäftigten, und »meistens treffen geballt alle üblicherweise lohnmindernden Faktoren zu: weiblich, ungelernt, ›Migrationshintergrund‹, allein verdienend, geringe Wahlmöglichkeiten« (S. 132). Heute ist jede 13. Frau auf der Welt entlohnte Haushaltsarbeiterin. In Lateinamerika und in der Karibik ist es jede vierte, im Nahen Osten jede dritte.

Bartmann plädiert für Selber-Kochen und Selber-Putzen und fordert als ersten Schritt die »rechtliche und legale Emanzipation der Hausarbeiterinnen«, zum Beispiel durch die *Domestic Workers Convention*, die sich für legale Arbeitsverträge einsetzt; ebenso die ILO und der DGB. »Die Überwindung der Arbeitsgesellschaft« werde »ohne individuelle und politische Solidarität mit den Dienstleistern … so wenig [zur] Wirklichkeit wie mit erhöhter Militanz der Dienstleister selbst« (S. 274).[3]

Nur wenige Stammbelegschaften in der BRD haben Kämpfe gegen die Auslagerung von tariflich abgesicherter Industriearbeit an »Dienstleister«, Leiharbeiter oder selbstständige Subunternehmer geführt. Die Argumentation der IG Metall, wenn Randbereiche billiger produzieren, macht dies den eigenen Arbeitsplatz sicherer, hat verfangen und vielerorts zu einer »Wagenburg-Mentalität« geführt.



Gerhard Kupfer (Hg.): Streik und Menschenwürde – Der Kampf Bremer Mercedes-Arbeiter gegen Werkverträge und Leiharbeit
Hamburg 2017: VSA
96 Seiten | 9,80 Euro

Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft

Der ehemalige Betriebsrat im Bremer Daimlerwerk *Gerhard Kupfer* schildert in seinem 90-Seiten-Büchlein (sechs der zehn Beiträge stammen von ihm) wichtige Etappen seiner Betriebsarbeit in Bremen und die Lehren, die er daraus zieht: »den Klassenkampf an die Stelle der Sozialpartnerschaft setzen« (S. 89). Ein Vermächtnis an die Nachfolgenden?

Am 25.9.1996 geht Gerhard durch die Halle 8, Lackiererei. Die Kollegen drängen zur Aktion gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf 80 Prozent, die Streiks in Frankreich stärken das Selbstvertrauen. In der Frühstückspause um 8:45 hält Kollege Thorsten zum ersten Mal vor versammelter Lackiererei »mit hochrotem Kopf« eine Rede. Dann marschiert die ganze Frühschicht durch die riesige Montagehalle 9 und schreit: »Aufhören, aufhören«. »Kein Vorgesetzter stellt sich den Kollegen entgegen« (S. 13). Die knapp eine Woche Streik und Demos haben noch viel nachhaltigere Auswirkungen: »Rassistische Schmierereien und Sprüche gegen polnische oder türkische Kollegen verschwanden seit diesen Tagen fast vollständig…« Warum das so gut funktioniert hat? »Dazu gehört

nicht nur ein Streikkomitee während des Streiks«, »vielmehr die Zusammenfassung der fortschrittlichsten und entschiedensten Kolleginnen und Kollegen, die sich regelmäßig außerhalb des Betriebs treffen… Dann sind auch die Diskussionen um den Ausweg nicht weit: Dieser Kapitalismus kann doch wirklich nicht der Menschheit letzte Weisheit sein...« (S. 18)

Tom Adler (ehemals Betriebsrat im Daimlerwerk Mettingen bei Stuttgart) schreibt, diese Lohnfortzahlungsstreiks hätten den »Anfang vom Ende der Regierung Kohl« (S. 23) eingeläutet. Während der folgenden SPD-Regierungen wurden an den Daimler-Standorten allerdings »Dienstleistungstarifverträge« eingeführt für die Beschäftigten in Werkschutz, Kantine, Reinigung, Fahrdiensten usw. Die IG Metall machte sich die Kapitalistenlogik zu eigen, diese hätten nichts mit Autobau zu tun. Es war das Tor zu Leiharbeit und Werkverträgen. Mittlerweile arbeiten trotz der Acht-Prozent-Gesamtbetriebsvereinbarung 20-25 Prozent in Leiharbeit bei Daimler, dazu kommen Tausende mit Werkverträgen. Es gibt sechs Arbeiter-Kategorien: Stammarbeiter, Arbeiter im Dienstleistungstarif, Werkvertragler, Leiharbeiter, studentische Ferienarbeiter (»die Daimler'sche Ferienzeitrechnung geht von März bis November«, S. 31) und Pool-Arbeiter (Tagelöhner).

Die ArbeiterInnen in Bremen waren die Einzigen, die sich trauten, mit spektakulären Aktionen gegen die Fremdvergabe vorzugehen: 2014 marschierten 1500 KollegInnen vor das Tor, es gab einige Kundgebungen mit 3000 ArbeiterInnen, und vom 11. auf den 12. Dezember streikte die Nachtschicht wild. Wie in den 90ern hielten Kollegen Reden, die so was noch nie gemacht hatten.

Das Recht zu streiken muss erkämpft werden: indem man streikt

Die IGM war gegen die Aktionen. »Einige Betriebsräte anderer Werke haben sogar ausdrücklich Hunderten von Fremdvergaben per Betriebsvereinbarung zugestimmt.« (S. 42) Die zunächst verschreckte Werksleitung in Bremen fuhr schnell die Repressionsschiene: 761 schriftliche Abmahnungen, 70 Verhöre, ergebnislose Suche nach »Rädelsführern«. Sie konnten die Sache wirkungsvoll aufbauschen, auch weil die IGM bis heute keinen Rechtsbeistand leistet, mit der Behauptung, das Verfahren sei aussichtslos. *Helmut Platow* schreibt in seinem Beitrag, es sei »historisch falsch und rechtlich nicht aufrechtzuerhalten« (S. 67), das Streikrecht so einzuengen, dass Arbeiter nur streiken dürfen, wenn sie von Gewerkschaften dazu aufgerufen werden. Kupfer betont immer wieder, dass Rechte erkämpft werden müssen: Das Recht zu streiken also, indem man streikt. Es liegt weniger am Streikrecht und mehr an der mangelhaften Solidarität, dass der Kampf 2014 verloren ging und trotz der Aktionen 143 Arbeitsplätze im Rohbau an *Rhenus* und STUTE *Logistics* vergeben wurden. Weitere 150 sollen an DB *Schenker* ausgelagert werden.

Der Streik wurde ersetzt durch die Trillerpfeife

Am Ende schildert Kupfer den Konflikt mit der IGM: »Die einzig scharfe Waffe der Gewerkschaften – der Streik – wurde ersetzt durch die Trillerpfeife.… Noch nie mussten wir so viele Kollegen vom Austritt abhalten.« (S. 77) Und das ist das große Problem: Ebenso wie die Auseinandersetzung um das Streikrecht (die längsten Einzelbeiträge sind juristische Abhandlungen über Werkverträge und Streikrecht) zieht sich das »Die Gewerkschaft sind wir«-Pathos durch das Büchlein bis auf Seite 86: »Wir werden keine Ruhe geben, solange wir nicht unsere Gewerkschaften wieder zu dem gemacht haben, wozu sie mal gegründet wurden.«

Dabei war die IGM immer auf Seiten der kapitalistischen Modernisierer bis hin zu den Standortsicherungsverträgen in den 90ern. Und sie hat eine berüchtigte Tradition, Kämpfe im Ausland totzuschweigen.[5]

Klaus Dörre, Thomas Goes, Stefan Schmalz, Marcel Thiel: Streikrepublik Deutschland? Die Erneuerung der Gewerkschaften in Ost und West
Frankfurt/New York 2016: Campus
284 S. | 29,95 Euro

Streikrepublik Deutschland?

Das Buch der Jenaer Forscher versucht, aus zwei Untersuchungsprojekten Schlussfolgerungen für die künftige Gewerkschaftsarbeit in der »prekären Vollerwerbsgesellschaft« BRD zu ziehen. Hauptthema ist der »Funktionswandel des Streiks«, der heute in den neuen Bereichen und in der »Tarifwüste Ostdeutschland« erst wieder Tarifbedingungen herstellen müsse. Die erste Studie untersuchte **Betriebe in Ostdeutschland** – vorwiegend Autozulieferer und Backfabriken; die zweite das »Super-Streik-Jahr« 2015 in der Metall-/Elektroindustrie, bei Bahn, Post, ErzieherInnen und *Amazon*. Beide basieren auf Gesprächen mit Gewerkschafts- und Verbandsvertretern sowie ArbeiterInnen und Aktiven in den Betrieben. Gerade im Osten sei ein »Stimmungswandel« feststellbar: In den Betrieben bekomme eine neue Generation von FacharbeiterInnen und TechnikerInnen die Oberhand, die nicht mehr mit dem Spruch »Hauptsache Arbeit« alle Bedingungen akzeptieren, sondern vermehrt Betriebsräte gründen und dafür den Kontakt zu Gewerkschaften suchen – allerdings ginge es ihnen »rein instrumentell« schlicht um höhere Löhne. Die »betriebswirtschaftliche Schere der Kollegen«, die sich im Wettbewerb mit den Weststandorten sehen, sei nach wie vor ein Problem. Ebenso stoße eine eindeutig antirassistische Positionierung häufig auf Widerstand, so dass neu erschlossene Betriebe wieder verloren gehen: »Kein Glauben mehr an Gesellschaft«, »kein Verständnis mehr von gesellschaftlichem Zusammenleben«, »purer Hass auf die da oben und alle, die irgendwas mit dem Etablierten zu tun haben«, beschreibt ein Gewerkschaftssekretär die Kollegen.

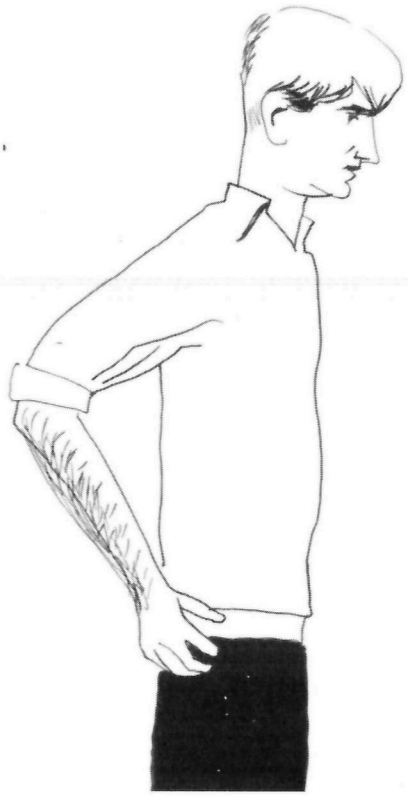
Aufgrund dieser Probleme geht das Nachwort speziell auf rechte Tendenzen bei ArbeiterInnen ein. Lohnabhängige tendierten, je auswegloser die Situation erscheine, zu »exklusiver Solidarität«. Bei einer Untersuchung in einem Automobilbetrieb (*Audi*) verneinte die große Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten gewerblichen Beschäftigten die Frage, ob unsere Gesellschaft noch alle »mitnehmen« könne; bei den Angestellten fielen die Antworten positiver aus. Stammbeschäftigte grenzten sich nicht nur nach »oben«, sondern auch nach »unten« ab, gegen Arbeitslose, »faule Griechen« usw. Bewegungen gegen die Zumutungen von Markt und Konkurrenz könnten faschistische, sogar terroristische Züge annehmen, indem ein Verteilungskampf imaginiert wird zwischen »dem deutschen Volk« und den »migrantischen Invasoren«. Die Autoren unterscheiden zwischen der rebellischen Variante v. a. bei Arbeitslosen und Prekären und der »konservierenden« bei formal gut Integrierten, die den sozialen Abstieg fürchten: Sie wollten das Sicherheitsversprechen des sozial abgefederten Kapitalismus bewahren, indem die Zahl der Anspruchsberechtigten begrenzt wird. In ihrem Nationalismus paare sich ein »rudimentärer Klasseninstinkt« mit Missgunst und Verachtung. Solche Orientierungen fänden sich auch bei Gewerkschaftsmitgliedern, alten und neu gewonnenen.

Die eigene Marginalisierung treibe Lohnabhängige dazu, sich mit Hilfe der Neuen Rechten eine öffentlich wirksame Stimme zu verschaffen – gerade im Osten scheuten sich auch Gewerkschafter oder Jugendvertreter nicht, diese Stimme in Anspruch zu nehmen. Eine Mitschuld dafür geben die Jenaer Forscher dem Unverständnis, mit dem linksalternative Milieus dem neuen Verteilungskonflikt begegnen. »Die junge intellektuelle Linke hat den Bezug zu der Unterklasse im eigenen Land fast ganz verloren«, wird der Parteienforscher Merkel zitiert.

Wie soll die Gewerkschaft damit umgehen? Sie gehöre zu den wenigen Organisationen, die diese frustrierten Arbeitermilieus überhaupt noch erreichten. Deshalb reiche es nicht, solche Mitglieder einfach auszuschließen (hier bezieht er sich auf die »Wer hetzt, der fliegt«-Kampagne des IGM-Vorsitzenden Hofmann). Aktive müssten in Diskussionen mit ihnen bestehen können, dazu brauche es »positive Identitätsbildungen« und »enttäuschungsfeste Überzeugungen«. Letztlich trägt Dörre den Gewerkschaften eine Art sozialistischen Erziehungsauftrag an.

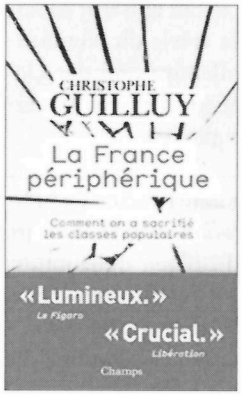
Die vielen Streiks 2015 haben, wo sie erfolgreich waren, bei den Beteiligten emanzipatorische Prozesse in Gang gesetzt. Aber außerhalb dieser Belegschaften »spürte« man diese Zunahme der Streiks nicht – sie veränderten nicht die allgemeine Stimmung in der Klasse in Richtung: Gemeinsam können wir etwas erreichen. »Von der Klassen-Achse geht gegenwärtig kaum eine positive identitätsbildende Kraft aus«. Die einzige kognitive Gemeinsamkeit zwischen ErzieherInnen, Lokführern, BriefträgerInnen, Pickern bei *Amazon* und ProduktionsarbeiterInnen sei das verbreitete Empfinden, für erbrachte Leistungen nicht angemessen belohnt zu werden. Kollektividentitäten, wie sie in Konflikten aufblitzen, bezögen sich auf den Betrieb, nähmen die Gestalt von Berufsbewusstsein (Lokführer) oder Facharbeiterbewusstsein (ErzieherInnen) an. Dies dürfe man jedoch nicht einfach als »falsches Bewusstsein« abtun, sondern hier könne »gewerkschaftliche Identitätsbildung« ansetzen. Dabei verweist Dörre an anderer Stelle zu Recht darauf, dass die AfD mit ihrer Betriebspolitik genau an den gleichen Identitätsbildungen anzusetzen versucht, mit denen die Gewerkschaften mobilisieren: Berufsbewusstsein, Abgrenzung nach unten.

Nach den vielen wichtigen Befunden, die das Buch bringt, sind die politischen Schlussfolgerungen fragwürdig: Die Gewerkschaft soll das Vakuum füllen bzw. die Linken sollen *über die Gewerkschaft* den Zugang zu den ArbeiterInnen suchen. Dabei waren es die Gewerkschaften, die alles dafür getan haben, dass die Streiks 2015 getrennt voneinander blieben. Das ist auch ihre Aufgabe: Kämpfe unter Kontrolle zu halten. Deshalb gab es keine Solidaritätsstreiks, die was hätten reißen können. Der erste große GdL-Streik hatte noch eine ganz andere Wirkung!
Die Gewerkschaften waren wichtiger als Gerhard Schröder bei der Aufspaltung der Arbeiterklasse. Dörre weiß das auch.



Die Debatte in Frankreich

Wir besprechen im Folgenden zwei neuere Bücher, die bisher nicht auf Deutsch vorliegen. (Alle Zitate sind Eigenübersetzungen.)



Christophe Guilluy: La France périphérique. Comment on a sacrifié les classes populaires
(Das periphere Frankreich. Wie die popularen Klassen geopfert wurden)
Paris 2015: Flammarion | 6 Euro

»Allein und ohne Bedienungsanleitung«

Guilluy ist Geograph und stellt eine starke Zustimmung zum *Front National* vor allem in der abgehängten Peripherie fest. Dort, wo es keine Jobs, keine Läden, keine Strukturen mehr gibt. Dort, wo die Mehrheit der Franzosen wohnt. Sie haben durch die Globalisierung verloren. Gewonnen haben hochmobile und hochqualifizierte BewohnerInnen der multikulturellen Metropolen. An die Metropolen angehängt sieht Guilluy auch die Banlieue: Dort gäbe es alle möglichen Probleme, aber kein Beschäftigungsproblem. Deren Revolten hätten die Entwicklung nicht stoppen, die Gesellschaft nicht verändern können.

Das Zweiparteiensystem repräsentiere nur noch eine Minderheit und habe sich wahlstrategisch auch darauf eingestellt. Nur das wachsende Durchschnittsalter der WählerInnen halte es noch über Wasser. Für die popularen Klassen funktioniere das Rechts-links-Schema seit mindestens zwei Jahrzehnten nicht mehr – das gelte um so mehr für die Jungen. »Man kann nicht politisch Klassen integrieren, die man wirtschaftlich und gesellschaftlich ausschließt.« (S. 72) 2014 wurde der FN zur stärksten Partei. Aber laut Guilluy suchen sich nicht die Parteien ihre WählerInnen, sondern die Leute suchen sich »ihre« Partei – und verändern sie dadurch. Es bleibe ein Rätsel, warum Ende der 1980er Jahre ArbeiterInnen und Arbeitslose anfingen, den FN zu wählen, eine rechtsextreme, faschistische Kleinpartei. Aber heute gehöre der FN zu den stärksten Verfechtern des französischen Sozialstaats.

Sehr schematisch eingeteilt wohne die Bevölkerung in drei Zonen: den globalisierten und gentrifizierten Metropolen; den ethnisierten Banlieues; im peripheren Frankreich wohnen 61 Prozent der Bevölkerung.

Das Ende der Mobilität oder die Rückkehr des Sesshaften

Die Mobilität ist noch ungleicher »verteilt« als die Einkommen. Die Franzosen legen am Tag durchschnittlich 40 km zurück, davon 25 km Arbeitsweg und 15 km bei (Urlaubs- u. ä.)Fahrten, die länger als 100 km sind. Die »aktive Bevölkerung« legt täglich durchschnittlich 35 km Arbeitsweg zurück. Die Wege im Auto haben sich in 40 Jahren versechsfacht. Aber die oberen Berufsgruppen reisen immer mehr und immer weiter – während 43 Prozent der Franzosen (und 60 Prozent der ArbeiterInnen) nicht einmal mehr in Urlaub fahren. Die Mobilität der Reichen ist nur möglich, weil es den anderen unmöglich ist, sich so viel zu bewegen – sonst würden alle Verkehrssysteme zusammenbrechen.

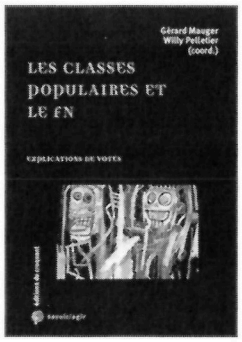
Für 1120 Euro Mindestlohn kann man es sich nicht leisten, mit dem Auto täglich 20 km zur Arbeit zu fahren, das würde nämlich ca. 250 Euro im Monat kosten. Der Verlust des Arbeitsplatzes führt dann zur »aufgezwungenen Sesshaftigkeit«, die für industrielle Krisenregionen typisch ist. Die Leute haben oft ein kleines Häuschen oder eine billige Wohnung – weit weg von den Gegenden, wo es Arbeit gibt. Aber die Mieten in den Metropolen können sie sich nicht leisten. 2008 lebten 41 Prozent der »Franzosen« (beide Elternteile sind in Frankreich geboren) im Alter von 18 bis 50 Jahren in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern – und sogar 56 Prozent der einheimischen ArbeiterInnen!

Die Hochqualifizierten verbrauchten die Ressourcen (Erdöl, Raum, Steuergelder), werfen aber den Prolos vor, »unökologisch« zu sein. Sie lebten unter sich in *gated communities*, werfen aber den Prolos vor, rassistisch zu sein, wenn sie sich auf ähnliche Art vor den Folgen der Zuwanderung schützen wollen. »Populismus« ist ihr Kampfbegriff, um sich von den popularen Klassen zu distanzieren.

Guilluy ergreift klar Partei: Während die Hochqualifizierten gar nicht in Gefahr kämen, am Arbeitsplatz, am Wohnort, beim Einkaufen, im Urlaub oder sonst wo sich mit »Ausländern« gemein machen zu müssen, seien die Prolos die wirklichen »Multikultis«; sie wüssten, dass man sich beim Frühstück vielleicht rassistisch äußert und nachmittags solidarisch gemeinsam wehren muss... »In Wirklichkeit sind es die popularen Klassen, die unter widrigen Umständen, allein und ohne Bedienungsanleitung, diese multikulturelle Gesellschaft aufbauen.« (S. 78)

Aber in Meinungsumfragen klingt das ganz anders: 68 Prozent der Leitenden Angestellten sehen die Globalisierung als Chance, 74 Prozent der Arbeiter sehen sie als Bedrohung. Knapp drei Viertel der Leitenden Angestellten denken, Frankreich müsse sich der Welt öffnen, drei Viertel der ArbeiterInnen denken, man müsse sich vor ihr schützen. Fast drei Viertel der befragten Arbeiter (38 Prozent) haben nicht mehr das Gefühl, hier »zuhause zu sein« (*chez soi*), 39 Prozent (9 Prozent) sagen, die Zuwanderer nähmen den Franzosen die Arbeit weg (in Klammern die Zahlen der Leitenden Angestellten). Drei Viertel aller Franzosen sind der Meinung, es gäbe zu viele Ausländer in Frankreich, (aber »nur«) ein Fünftel aller Franzosen wählt FN. Es sei im Übrigen fast gleichgültig, ob man islamische BewohnerInnen der Ile de France fragt, BewohnerInnen der »überseeischen Territorien« oder Korsen: immer finden sich Mehrheiten gegen Zuwanderung.

In der Hinwendung des peripheren Frankreich zum *Front National* sieht Guilluy eine rationale Entwicklung – auch wenn er die politischen Konsequenzen falsch findet. Die Mehrheit habe sich mehrmals zu wehren versucht, z. B. gegen die EU. Vom Referendum zu Maastricht 1992 bis zur Ablehnung der Europäischen Verfassung 2005 sei ein langsamer Prozess des Sich-Freimachens der popularen Klassen in Gang. »Wahlenthaltung oder FN wählen sind kein Ausdruck des Werteverfalls (*anomie*), oder Zeichen eines irrationalen Fortschreitens von ›Populismus‹, sondern der Beweis einer Emanzipation von unten ... [Die da unten] entwickeln ihre eigene Gesellschaftsdiagnose« (S. 89).



Gérard Mauger, Willy Pelletier (Hrsg.): Les classes populaires et le FN. Explications de vote
Edition du Croquant, Dezember 2016
282 Seiten | 18 Euro
(Die popularen Klassen und der Front National. Erklärungen für das Wahlverhalten)

Soziale Deklassierung allein erklärt nicht die FN-Stimmen

Die SoziologInnen, Politologen und Geografen, die sich Mitte Juni 2016 zu zwei Studientagen der *Fondation Copernic* trafen, wollen sich nicht mit vereinfachenden geografischen oder ideologischen Erklärungen zufriedengeben. Die 16 Beiträge in dem Sammelband gehen der Frage nach, warum der *Front National* 30 Jahre lang stärker wurde und 2015 einen großen Aufstieg erlebte: Wer wählt ihn?

Im ersten Teil **Wählerkonglomerat und moralische Ordnung** weisen *Daniel Gaxie* und *Patrick Lehingue* auf die zerstreute und volatile Wählerschaft des FN hin. Sie sei eher ein Konglomerat, das ein paar Ansichten teile wie z. B. gegen Einwanderung, aber aus unterschiedlichen Gründen. Der Erfolg des FN erkläre sich nicht aus einer »Ideologie«, die Wählerbedürfnisse repräsentiere, sondern eher aus der Verschlechterung der Lebensbedingungen vieler Menschen aus der Arbeiter- und den Mittelklassen. Von ihrem Gefühl, nicht die Politik bestimme die Lage, sondern Wirtschaft und Finanzwelt, profitiere in erster Linie der FN. Dieser kann verschiedene Sichtweisen vertreten, die zum Teil früheren widersprechen – und sie auch wieder ändern, falls sie bei den WählerInnen nicht ankommen; er vertritt gleichzeitig neoliberale wie populare Ansichten. Die WählerInnen sind nicht unbedingt von der Partei überzeugt, wollen zum Teil gar nicht, dass diese gewinnt, weil es dann zum Bürgerkrieg kommen würde. Wer will, kann im FN rasch aufsteigen, Kandidaten werden gebraucht.

Alle Medienkampagnen gegen den FN hätten sich als unwirksam erwiesen, ihn im Gegenteil noch gestärkt, deshalb solle man lieber an Punkten wie Krankenversicherung, Arbeitslosigkeit usw. ansetzen, an den latenten Widersprüchen und sie zur Implosion bringen.

Auch *Louis Pinto* betont, dass die Attraktivität des FN nicht sein Programm, sondern seine moralisierende Rhetorik ausmache. Er entpolitisiere und mache z. B. aus den Problemen in den Hochhaussiedlungen ein Problem des individuellen guten Benehmens. Dieser moralisierende Individualismus besetze ein Vakuum in einer Zeit, in der die Klasse sich nicht gegen die Unternehmer durchsetzen kann. Leute haben »die Schnauze voll«, sie stellen aber nicht die gesamte Ordnung in Frage, sondern prangern »Abweichungen« an, den verschwenderischen Staat, die unerträgliche Steuerlast, die elitäre Kultur – und die angebliche Begünstigung bestimmter Gruppen wie die Einwanderer. Der FN muss nicht »rassistisch« argumentieren, er fordert einfach, dass die zuletzt Gekommenen auch zuletzt bedient werden. Gegen eine universalistische und egalitäre Vision der Menschenwürde setzt er auf eine »natürliche Hierarchie«, an deren unterem Ende die Fremden, die Nichtstuer und die Arbeitslosen stehen. Diese Argumentation braucht keine makroökonomischen Begriffe, sie spricht Leidenschaften an wie das Ressentiment, den Hass oder die Lust.

Im zweiten Teil **Räume des FN: vom Land zum periurbanen Raum** werden vereinfachende geografische Erklärungen auseinandergenommen. *Emmanuel Pierru* und *Sébastien Vignon* schreiben, bis 2002 wurde vor allem in den Städten FN gewählt, seit 2012 vor allem in entlegenen Landstrichen. Aber gestiegen sei dort auch die Stimmenthaltung. Im Département Somme/Nordwestfrankreich z. B. gebe es keine Arbeit, keine Läden, keine Cafés, kein Vereinsleben mehr. Früher war hier der PCF stark und organisierte das soziale Leben. Heute sind die Jugendlichen arbeitslos und werden von denen, »die immer gearbeitet haben«, als Nichtstuer beschimpft. Die nächsten »Problemgruppen« sind die »Einwanderer«, die »Araber«, die SozialhilfeempfängerInnen.

Violaine Girard untersucht in ihrem Beitrag das periphere Frankreich, hält aber Guilluys Thesen für kulturalistisch und essentialistisch. Auch sie betont die vielen Stimmenthaltungen: In den meisten Haushalten überwiege das Desinteresse an Politik. Berufliche Unsicherheit und soziale Deklassierung allein erklärten nicht die hohe Zahl der FN-Stimmen – viele kämen von Leuten, die bereits rechts sozialisiert seien oder sich seit langem von der traditionellen Linken entfernt haben. Eine wichtige Rolle spiele die Veränderung der Arbeitskollektive und der Gewerkschaften, vor allem aber die Abwertung manueller Tätigkeiten.

Im dritten Teil **Populare Klassen und FN-Stimmen** betont *Julian Mischi*, dass im Gegensatz zur landläufigen Behauptung nicht der PCF dem FN den Boden bereitet hat. Im Gegenteil: Wo Strukturen des PCF auch heute noch aktiv sind, komme die radikale Rechte nicht hoch.

Arbeiter wurden auch im PCF an den Rand gedrängt

Aber der PCF habe sich unbeliebt gemacht – schließlich war er 1981-1984 und 1997-2002 an der Regierung beteiligt! Seit den 1990er Jahren wende sich die einstige Partei der Arbeiterklasse nicht mehr vorrangig an die popularen Klassen, vielmehr will sie »die Gesellschaft in ihrer Diversität« repräsentieren – auf Kosten des Kampfs gegen die Ausbeutung. Arbeiter und Angestellte wurden im Apparat zugunsten von Studierten immer mehr an den Rand gedrängt. Diese Entfernung von den popularen Klassen ermögliche es anderen Kräften, sich als »Partei der Arbeiter« in Szene zu setzen. Anders als in den Medien dargestellt finde der FN aber kaum Legitimität bei existierenden Arbeiterorganisationen oder in Regionen, wo es noch Großbetriebe und eine Kampftradition gebe, er prosperiere nur an ihren Rändern: dort, wo Betriebe schließen und die Solidarität und das »kommunistische Ökosystem« zerfallen.

Am Beispiel einer Gewerkschaftergruppe, alles Eisenbahner, in einer Provinzgemeinde zeigt der Autor, wie die Auseinandersetzung mit Rassismus und FN geführt werden kann.

Stéphane Beaud und *Michel Pialoux* kommen in ihrem Beitrag auf ihre bekannte Untersuchung in Sochaux-Monbéliard in den 1990er Jahren zurück.[6] Im Gespräch über die Probleme im alltäglichen Zusammenleben zwischen einhei-

mischen Franzosen und solchen maghrebinischer Herkunft sagt ihnen ein Arbeiter einer alten Fabrik: »Es gibt kein Vertrauen mehr unter uns«. Die feindliche Stimmung gegenüber den ImmigrantInnen habe insbesondere während der Golfkriege zugenommen. Die Immigranten blieben zunehmend unter sich, aber die Einwandererkinder hassen ihre Väter, weil sie einfache Arbeiter sind – was sie selbst nicht sein wollen. (Zudem werden Einwandererkinder in den neuen Fabriken nur mit den besten Referenzen und Bürgen eingestellt.) In den Hochhausvierteln gebe es zunehmend Probleme, u. a. wegen der Kinder und dem anderen Erziehungsstil, der zu lax sei und wenig Wert auf Schulbildung lege. Viele Kinder wohnen noch lange zuhause.

Der Hauptgrund, FN zu wählen, sei die Angst der Leute, durch Arbeitslosigkeit und die Deklassierung ihres Wohnorts die hart erarbeitete *respectabilité* (Ansehen) zu verlieren: ein Zuhause, gut erzogene Kinder, einen guten Ruf, etwas mehr als das Notwendige besitzen… Dieses Klassenethos, ihr Lokalismus und ihre Bodenständigkeit seien zugunsten des Kosmopolitismus und der Verschmelzung der Kulturen disqualifiziert worden.

Eher Wahlenthaltung als Stimmen für den FN

Gérard Mauger betont in seinem eigenen Beitrag, dass der FN nicht »die erste Arbeiterpartei« sei. Bei den Regionalwahlen 2015 beispielsweise kamen zwar zwei Drittel der FN-WählerInnen aus den popularen Klassen, aber 61 Prozent der ArbeiterInnen haben sich der Stimme enthalten, weitere 17 Prozent seien nicht einmal in die Wählerlisten eingetragen gewesen. Somit habe jeder siebte Arbeiter tatsächlich FN gewählt. Die Partei stoße auf ein großes Echo aufgrund der tiefen sozialen Spaltung. Viele sehen die Gesellschaft dreigeteilt: Dem »Wir« stehen »die oben« und »die unten« gegenüber. Die soziale Grenze werde moralisch definiert. Sie halten ihre eigene Arbeitsmoral hoch, und dass sie nie auf Kosten anderer gelebt hätten. Der Ekel vor der Politik mische sich mit dem Hass auf Sozialhilfeempfänger.

»Die Anziehungskraft des FN auf Feuerwehrleute«

Romain Pudal fährt seit 15 Jahren für 8-9 Euro die Stunde als Freiwilliger auf den Einsatzwagen der Feuerwehr in der Pariser Banlieue mit. Seine Kollegen, die berufsmäßigen Feuerwehrleute, sind gewöhnlich weiß, häufig Kinder italienischer, portugiesischer oder polnischer Einwanderer. Sie haben eine mittlere Schulbildung und meist ein Handwerk gelernt. (Die Freiwilligen – 80 Prozent der Belegschaft – sind hingegen Studierende, Arbeiter, Arbeitslose, Handwerker…)

Berufsfeuerwehrleute gehören zum stabilen Teil der popularen Klassen, einige haben auch mit prekären Jobs Erfahrungen gemacht. Ihre Ziele sind traditionell: Heirat, Familie, Eigenheim. Ihre Ehefrauen sind Friseurin, Verkäuferin, Bank- oder Verwaltungsangestellte. Feuerwehrleute kommen viel herum, sehen viel Elend, sorgen sich um die Schulbildung ihrer Kinder, lesen Zeitung, sehen fern und diskutieren darüber. Sie haben zunehmend das traditionelle politische Rechts-links-Spiel satt, wo die Unterschiede immer kleiner werden. Sie suchen nach Ausdrucksformen für ihre Sorgen, ihren Ärger, ihre Wut oder ganz einfach ihre Wünsche.

Sie werden nicht nur bei Bränden gerufen, sondern bei Familienstreitigkeiten, Unfällen, Schlägereien, blockierten Aufzügen – ein kostenloser Service des Staates gegenüber Sozialfällen. Viele haben das Gefühl, das Elend der Welt auf ihren Schultern zu tragen oder die Müllabfuhr der Gesellschaft zu sein. In den letzten 15 Jahren habe sich das soziale und politische Klima verschlechtert, die Auswirkungen bekamen die Feuerwehrleute direkt zu spüren, beispielsweise in den Riots 2005 und 2007, wo sie direkt involviert waren – was einen tiefen Graben gezogen hat zwischen den Fraktionen der popularen Klassen, die Schwierigkeiten haben, sich derselben Welt zugehörig zu fühlen. Während der fünf Jahre Sarkozy, der die Hochhausviertel mit dem *Kärcher* säubern wollte, hat die Gewalt und die Stigmatisierung, die Rassifizierung der sozialen Probleme massiv zugenommen. Die Probleme wurden von der Politik systematisch als ethnisch und religiös dargestellt, mit inkompatiblen Lebensweisen erklärt, rassistische Reden bis hin zur höchsten Staatsebene wurden hoffähig. Weil Sarkozy gleichzeitig die Beschäftigten im öffentlichen Dienst als Drückeberger beschimpfte, hätten sich viele von ihm abgewandt. Aber auch die Linke singe seit 15 Jahren dasselbe Lied vom »Kampf der Kulturen«, habe den popularen Klassen den Rücken gekehrt und ihre eigenen Privilegien bewahrt. Gewisse linke Intellektuelle wären aus den Arbeitervierteln weggezogen, um die Probleme nicht sehen zu müssen.

Pudal hält die Mehrzahl der Feuerwehrleute nicht für rassistisch. »Sie sind auch nicht wirklich von den Diskursen des FN überzeugt, aber sie wählen sie möglicherweise, um damit ihren Ärger und ihre Sorgen auszudrücken – dass sie die Schnauze voll haben von einer weitgehend diskreditierten politischen Kaste.« (S. 193f.)

Im vierten Teil **Deklassierung, Ressentiment und Wahl des** FN beschreibt *Ivan Bruneau* einen jungen FN-Wähler, Abiturient aus der Arbeiterklasse, Abkömmling einer Bergarbeiterfamilie polnischen Ursprungs. Er hatte früh durch seine Großväter (rassistischer Autoarbeiter bzw. polnischer Antisemit) eine rechte Sozialisation in Verbindung mit einer strengen Erziehung. Er setzt auf den sozialen Aufstieg, muss aber schließlich sein Geschichtsstudium abbrechen, weil er sich vor allem eine rechte Identität konstruiert und das Dritte Reich und die Waffen-SS abfeiert.

Im Aufsatz »Front National wählen im Schloss« beschreiben *Samuel Bouron* und *Maia Drouard* einen Angehörigen der Hochbourgeoisie, der in einem Schloss wohnt und FN-Anhänger ist. Der FN hat nicht nur bei den Deklassierten, sondern gerade in den wohlhabenden Stadtteilen einen hohen Stimmenanteil. Der Interviewte will die Zivilisation verteidigen. Er spricht voller Klassenverachtung.

Im fünften Teil **Sackgassen der Aktivisten** rechnet *Willy Pelletier* mit seiner eigenen Vergangenheit als Antifa-Aktivist in einer trotzkistischen Organisation ab. »Unsere tugendhafte Empörung hat die Stimmen für Le Pen nicht verhindert. Und zeugt nicht das Gefühl moralischer Überlegenheit dieser todbringenden Erzengel, die nicht einen Le-Pen-Anhänger

kennen und sich diese als besessen von niedrigen, brutalen, erschreckenden Leidenschaften vorstellen, vor allem von eigenem ›Klassenrassismus‹ oder von uneingestandenen oder nicht hinnehmbaren Interessen?« (S. 244f.) Eine soziale Gruppe führe ihre Privat-Fehde und feiere mit ihren Aktivitäten vor allem sich selbst ab. Ihre moralischen Kreuzzüge gegen den FN überzeugten nur die Überzeugten. Pelletier beschreibt die antifaschistischen Gruppen, in denen er aktiv war, er glaubt allerdings kaum, die heutigen Anti-FN-Militanten überzeugen zu können, die in ihm einen gealterten Ex sehen, erschöpft vom Kampf gegen die Faschos.

Pelletier zog dann aufs Land, in eine dünn besiedelte Gegend. In den kleinen Gemeinden seiner neuen Umgebung gibt es fast nichts mehr außer kaputten Häusern, keine Arbeit, keine Post, keine Ärzte, keine Apotheke. Am Eingang einer Ortschaft hängen gelbe Transparente »Voisins vigilants« (wachsame Nachbarn) – ein Zeichen von FN-Präsenz.

Die Konstruktion der »Franzosen«

In seinem dritten Aufsatz im Buch »Ist der französische Fußball rassistisch?« stellt *Stéphane Beaud* die breite Mediendebatte anlässlich der Nichtaufstellung eines Fußballers für die Europameisterschaft 2016 dar. Der ehemalige Spieler und Fußballintellektuelle Cantona (Herkunft italienisch-spanisch) nennt den Trainer Didier Deschamps, »mit seinem sehr französischen Namen«, einen Rassisten, weil er Karim Benzema (Sohn algerischer Einwanderer) nicht aufgestellt hat, und wirft dem baskisch-französischen Deschamps vor, seine Familie habe sich wohl nie mit Einwanderern vermischt. Wohlgemerkt sind alle drei sehr gut verdienende Fußball-Profis.[7]

Laut Beaud führt Cantona nur scheinbar einen antirassistischen Diskurs. Indem er alle disqualifiziere, die nach *France profonde* klingen, verdoppele er das Gefühl von Enteignung der Globalisierungsverlierer. Er verstärke den Gegensatz zwischen Kindern der Einwanderer und denen, die sie abwertend »die Franzosen« nennen. Das sei der einzige Erfolg solcher Diskurse: Sie hätten ein Ensemble konstruiert, das man »die Franzosen« nennt und das es vorher nicht gab.

Beaud sieht in dieser Auseinandersetzung die »ideologische Obsession eines Teils der linken Intelligentsia«, die am meisten Unterdrückten zu verteidigen. Dagegen gehöre es im selben linken Milieu inzwischen zum guten Ton, systematisch auf den »*petits Blancs*« herumzuhacken – übrigens eine Ideologie und eine politische Entscheidung, die seinerzeit vom PS-nahen Thinktank *Terra Nova* getroffen wurde. Viele »*petits Blancs*« lebten heute in größter Bedrängnis und sozialer Not – manchmal seit zwei Generationen. In einer anderen historischen Konfiguration hätten sie ihren Platz beim PCF gefunden. Mit dieser denunziatorischen Ideologie überlasse man sie dem FN. Gleichzeitig privilegiere man all das, was in Richtung der Welt läuft, die man in Zukunft sehen wolle: »Mischlinge«, grenzenlos, multikulturell, kosmopolitisch usw. d. h. die Welt der Globalisierungsgewinner, der Nomaden ohne Wurzeln, die Welt der Flughäfen, des Weltbürgers.

Im **Schlusswort** setzen sich die Herausgeber noch einmal mit dem Verdacht auseinander, »soziologische Entschuldigungen« zu suchen. Die Praxis der Untersuchung setze nicht unbedingt Empathie, aber zumindest voraus, dass man die Leute nimmt, wie sie sind. Sie hoffen, dass die Porträts im Buch die stereotype Sichtweise auf »*den* FN-Wähler« als »machistische und homophobe, rassistische und fremdenfeindliche Dumpfbacke« korrigieren oder wenigstens modifizieren. Sie kritisieren den Klassenrassismus, der vorgibt, gegen »den Rassismus« zu kämpfen, und die Anti-FN-Aktivisten mit ihrem Hass auf die »bornierten und rassistischen Prolos« und ihrer bedingungslosen Verteidigung der »Immigranten«, die sie als Avantgarde des internationalen Proletariats und/oder als exemplarische Opfer ausmachen. Statt den Rassismus zu bekämpfen, bestätige man sich seine eigene Distanz zum Alltag.

Insgesamt ein Buch, wie wir es auch gerne über die BRD lesen würden. Die Beiträge sind sehr differenziert und stehen nicht einfach nebeneinander, da wurde wirklich debattiert. Eine Grenze des Buchs ist allerdings, dass die historische Rolle des PCF so wenig hinterfragt wird. ■

[1] »Die Anstalt« im ZDF am 16. Mai 2017, https://www.zdf.de/comedy/die-anstalt/die-anstalt-vom-16-mai-2017-100.html

[2] Zu den *Bonnets rouges* siehe den Artikel *Grau liegt in der Luft* in *Wildcat* 96.

[3] Mehr dazu in *Wildcat* 76: Wer macht den Dreck weg? Online auf www.wildcat-www.de

[4] Romano Alquati: Organische Zusammensetzung des Kapitals und Arbeitskraft bei Olivetti. Massimo Cacciari: Qualifikation und Klassenbewusstsein. Frankfurt 1970, S.38/9.

[5] Zur IGM: 35-Stunden-Woche: weniger Lohn und mehr Arbeit, Wildcat-Zirkular Nr. 48/49, März 1999. Online im Archiv auf www.wildcat-www.de.

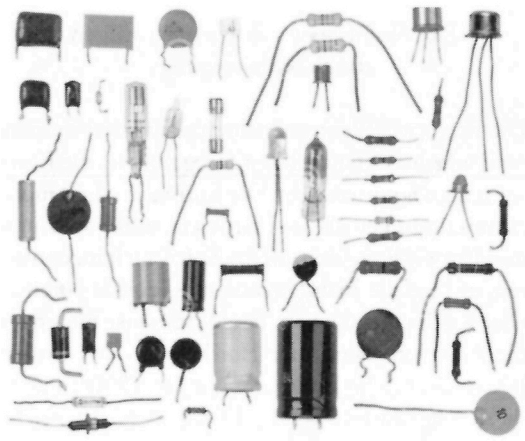
Sympathisch kommt Kupfer rüber im Interview mit *Schattenblick*, in dem er die Autoindustrie des Mordes beschuldigt und recht gut voraussieht, was auf die AutoarbeiterInnen zukommt. http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prin0387.html

»La mobilité – nouvelle question sociale?« 2010; der ganze Text ist hier als pdf: http://sociologies.revues.org/3321 außerdem hat er 2008 geschrieben: https://vertigo.revues.org/9339 (2008)

[6] Beaud/Pialoux: Die verlorene Zukunft der Arbeiter. Siehe die Besprechung in *Wildcat* 75, Winter 2005/2006.

[7] Siehe »Ist die Front National schuld am Aus von Karim Benzema?« https://www.morgenpost.de/sport/fussball-em/article207629375/Ist-die-Front-National-schuld-am-Aus-von-Karim-Benzema.html

Den französischen Ausdruck »classes populaires« haben wir in diesem Text mit »populare Klassen« übersetzt. Manche schreiben auch »populäre Klassen«, was aber eher missverständlich klingt. Gemeint sind die »Volksklassen«, also Arbeiterklasse, Proletarier, Kleinbürgertum. Statt »Volksviertel« schreiben wir »Arbeiterviertel«.



Die frühe Auslagerung der Elektronikindustrie

Ferruccio Gambino, 2016

Stark geekürzte Übersetzung des Nachworts zu: **Flexible workforces and low profit margins: electronics assembly between Europe and China**, edited by Jan Drahokoupil, Rutvica Andrijasevic, Devi Sacchetto, etui 2016. Kostenloser Download auf der Website des *European Trade Union Institute:* http://www.etui.org/Publications2/Books/Flexible-workforces-and-low-profit-margins-electronics-assembly-between-Europe-and-China

Wenn Computer sprechen könnten

Wenn die soziale Entwicklung die Stufe der Lohnarbeit erreicht hat, arbeiten zunächst Menschen für einen Hungerlohn oder für ihren Lebensunterhalt, später kommen dann die Maschinen. Menschen, die im frühen 20. Jahrhundert große Mengen an Daten verarbeiteten, wurden »Computer« genannt, und überall sind sie mittlerweile durch Maschinen ersetzt worden.

Meine Ausgangsfrage lautet: Warum stieß in der Elektronikindustrie jeder Versuch der Selbstorganisation von ArbeiterInnen in den letzten 40 Jahren auf so enorme Hindernisse, anders als in der Auto- oder anderen Industrien im amerikanisch-europäischen Raum, die schon in den 1940ern gewerkschaftlich organisiert waren? Drei Hindernisse kommen einem in den Sinn: *Erstens* die strenge Disziplin am Fließband und in den zugehörigen Wohnheimen. *Zweitens* die strikten Lieferfristen auf dem globalen Markt. *Drittens* die feste Übereinkunft zwischen industriellen Machteliten und öffentlichen Institutionen, die Montageindustrie für die nordamerikanisch-europäische Nachfrage auf anderen Kontinenten zu halten und sich die notwendigen Rohstoffe zum Niedrigstpreis zu sichern, ungeachtet der sozialen und politischen Konsequenzen, besonders in Afrika. Ein stillschweigender Teil dieser Übereinkunft ist das Postulat, dass keinerlei Selbstorganisation von unten entstehen darf – oft nicht einmal eine zurückhaltende paternalistische Gewerkschaft.

Strenge Disziplin

Die Industrie hat sich selten für das Wohl der ArbeiterInnen interessiert. Meiner Meinung nach ist der Grundpfeiler des Akkumulationsprozesses, so viel Arbeitskraft wie möglich aus den Menschen und so viel Reichtum wie möglich aus der Erde herauszupressen, ohne Rücksicht auf die jetzige und zukünftige Zerstörung. Daraus entsteht die Beschleunigung der Arbeit mit all ihren Folgen, Arbeitsunfällen und aggressiveren Zugriff auf die Natur durch diverse Ausbeutungsregimes. Diese Entwicklungen erledigen sich weder von selbst noch dank eines Wunder wirkenden Erlösers.

Die Zusammenarbeit zwischen *Apple* und *Foxconn* ist sowohl in ihrer Beständigkeit wie ihrem Umfang bemerkenswert. In beinahe 20 Jahren hat *Apple* hohe Gewinne gemacht und *Foxconn* ist es trotz seiner schwächeren Position gelungen,selbst Profite zu machen. Beide waren sich darin einig, wie die IndustriearbeiterInnen in China zu behandeln sind: strenge Kontrolle, lange Arbeitszeiten an den Bändern, Überstunden nach dem Willen des Managements. Mehr als 60 Prozent der ArbeiterInnen leben am Arbeitsplatz, die wenigen Annehmlichkeiten auf den sogenannten *Campussen* sind nur kosmetische Versuche, das Elend der Schlafsäle zu lindern, wo Doppelstockbetten für sechs bis zwölf ArbeiterInnen und verschlossene Türen für alle die Norm sind.

In Mittel-/Osteuropa und in Lateinamerika haben wohnungssuchende Elektronik-ArbeiterInnen wenig Wahlmöglichkeiten. Hotels der untersten Kategorie, baufällige, flüchtig renovierte Gebäude, Herbergen oder private Unterkünfte sind die Norm für migrantische ArbeiterInnen. Aber egal wie viel Freiheit den ArbeiterInnen bei ihrer Lebensgestaltung zugestanden wird, lange Arbeitszeiten und niedrige Löhne zielen im herrschenden Flexibilisierungwahn auf ihre jederzeitige Verfügbarkeit, oft ohne rechtlichen Anspruch auf die Bezahlung von Überstunden.

ArbeiterInnen kämpfen in der Elektronik-Industrie immer wieder mit knappen Ressourcen für ein halbwegs erträgliches Leben, obwohl öffentliche Institutionen und Privatunternehmen ihnen Hindernisse in den Weg legen. Seit Mitte der 1980er Jahre hat die nordamerikanische und westeuropäische Elektronikindustrie die Textil- und Bekleidungsindustrie überholt und wurde zur globalsten Industrie überhaupt. Seit den 1950ern wurde die Herstellung von Textilien und Bekleidung und seit den 1960ern die von Elektrogeräten in ausge-

wählte Industrieregionen Asiens ausgelagert, die Elektronikindustrie hat sich ab den 1990ern hauptsächlich in China niedergelassen. Das dortige Arbeitskraftreservoir besteht aus einem Heer von Teenagern und jungen Erwachsenen, die als BürgerInnen zweiter Klasse vom Land in die Industriegebiete migriert sind.

Die ausgelagerte Elektronikproduktion braucht einen kontinuierlichen Nachschub an jungen Leuten. Wenn *Foxconn* und andere Elektronik-Zulieferer bei Nachfragespitzen nicht ausreichend »Frischfleisch« für ihre Fabriken finden können, werben sie sogar Schüler von Berufs- und technischen Schulen an. Das ist nur möglich mit der aktiven Unterstützung zentraler und lokaler Institutionen, lokaler Autoritäten und Lehrerr. Ersten Anzeichen zufolge weitet sich die institutionelle Unterstützung für solche erzwungenen Praktika aus – z. B. in Europa –, während das lang etablierte Ausbildungssystem abgebaut wird .

Für die 20- bis Mitte 30-Jährigen in der Elektronikindustrie und in anderen Branchen ist auf globaler Ebene die tägliche Reproduktion ein wichtiges Thema: im Fabrik-Schlafsaal-Regime werden die Kosten auf ein Minimum gedrückt. Für die ArbeiterInnen bedeute dies ein Leben in quälender Enge. Diese Politik haben die Unternehmen, die ihre Betriebe nach China verlagert haben, aus der Zeit der dortigen frühen Industrialisierung übernommen. In jeder der großen *Foxconn*-Fabriken sind Hunderttausende Menschen konzentriert – solche Dimensionen wurden in fünfhundert Jahren Kapitalismus bis dato nicht erreicht.

Diese Orte haben eine besondere Eigenschaft. In der Menschheitsgeschichte ist es, soweit wir wissen, noch nie vorgekommen, dass in einer nichtmilitärischen Einrichtung inmitten von 200 000 bis 400 000 Menschen nicht ein einziges Kind schlafen durfte. Es werden also zunehmend nicht-militärische Orte aufgebaut, wo das Leben sich nicht legal fortpflanzen kann. Für gewöhnlich spüren Erwachsene die Anwesenheit von Kindern, ihre Stimmen und ihr Spiel, auch in den widrigsten Situationen; wenn nicht ihre unmittelbare Anwesenheit, dann zumindest durch eine ungefähre Ahnung, dass sie irgendwo in ihrer Nähe sind. Auch in Europa und Mexiko ist die Abwesenheit von Kindern im Umfeld der Industriekomplexe ein Merkmal von *Foxconn*-Fabriken (Cecchi und Sacchetto 2014).

Die lange Kette von Sklavenquartieren, Bergwerkscamps, Arbeitshäusern, Armenhäusern, Werkssiedlungen und isolierten Arbeitslagern ist noch lange nicht zerrissen.

Die Nachfragestrukturen erzwingen die Beschleunigung

Die Frage, wie Elektronikwaren produziert werden, wird von der Öffentlichkeit ferngehalten, die Konsumenten ignorieren sie. Die Software erhält mehr Aufmerksamkeit als die Hardware, weil Forschung und Entwicklung sich auf die Software konzentrieren, um auf die Bedürfnisse und Gefühle potentieller Käufer einzugehen. Paradoxerweise hielt man die Anziehungskraft der Hardware in den frühen Jahren des PCs für irrelevant; seit den 1990ern wurde sie unerwartet wichtig. Damit stieg die Nachfrage. Dies löste eine Beschleunigung der Arbeit aus, um immer hungrigere globale Fließbänder zu füttern, und zwar weitaus stärker, als es beim historischen Vorläufer, der US-amerikanischen Autoindustrie im frühen 20. Jahrhundert, der Fall gewesen war. Wieder einmal hat der Rausch für neue Produkte das Arbeitsregime sowohl für MontagearbeiterInnen (erhöhtes Arbeitstempo) als auch für Techniker, Ingenieure und Verkäufer (höherer Output) vorgegeben.

Weitere Untersuchungen wären wünschenswert. Die VerkäuferInnen in den *Apple Stores* z. B. liegen mit einem Jahresgehalt von ungefähr 25 000 Dollar netto 2012 in den unteren Einkommensgruppen der USA. Oder die Ingenieure in der globalen Elektronikbranche; ihre Gehälter blieben durch die wachsende Zahl von Bildungsinstitutionen und -einrichtungen auf einer bestimmten Höhe. In den USA werden Immigrationsprogramme für Elektronik-Ingenieure und Techniker besonders aus Asien kombiniert mit der Auslagerung qualifizierter Arbeiten. Deutsche Unternehmer beschweren sich über eine anhaltende Knappheit an Elektronik-Ingenieuren, um die Gehälter durch die Anwerbung junger qualifizierter Leute aus dem Ausland zu drücken.

Der zweite Grund, warum die ArbeiterInnen heute Schwierigkeiten haben, sich selbst zu organisieren, liegt zu einem Gutteil an den frühzeitigen Auslagerungen. Wenn Henry Ford 1913 begonnen hätte, die Automontage auszulagern, um die steigende Nachfrage nach Autos zu befriedigen, hätte es dann den sozialen Konflikt überhaupt gegeben, der in den USA in den 1930ern zur gewerkschaftlichen Organisierung führte? Vielleicht wäre der Konflikt im Keim erstickt oder auf die lange Bank geschoben worden. Wären die *Besetzungsstreiks* in den Autofabriken in Detroit und Flint nicht für alle wahrnehmbar gewesen, wie hätte sich das international auf die Reorganisation militanter Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg ausgewirkt? Wir wissen es nicht. Sicher ist, dass niemand die ArbeiterInnen in Asien, Mitteleuropa oder im atlantischen Raum dafür verantwortlich machen

kann, dass sie sich in der Elektronikbranche scheinbar so schleppend selbst organisieren. Die ArbeiterInnen kamen nicht zu den digitalen Geräten, die Herrscher der digitalen Geräte kamen zu ihnen. Wir sollten diesen ArbeiterInnen dankbar sein für das, was sie gegen die Ausbeutung getan haben, und dafür, dass sie trotz extremer Arbeitsbedingungen und rasender Nachfrage in den asiatischen und westlichen Industrieländern den Wettlauf nach unten stoppen.

Befehlsketten

Die Elektronikbranche hat ihren Ursprung im militärisch-industriellen Komplex der 1950er und 1960er Jahre und wurde im frühen 21. Jahrhundert zur führenden Industrie. Bis in die späten 1970er war die dreistufige Hierarchie der Softwarebranche einfach und militärisch aufgebaut: an der Spitze die Manager, dann die Analytiker, darunter die Programmierer. Letztere steckten in einer sozialen Identitätskrise, wie Philip Kraft herausfand, als er ihre Arbeitsbedingungen untersuchte (Kraft 1977). Die Hardware-Produktion war die Aufgabe von Ingenieuren, Technikern und qualifizierten Arbeitern, und sie war die Domäne etablierter Oligopole. An der Westküste der USA waren junge Hacker in der digitalen Bewegung gegen Oligopole und Profitorientierung aktiv. Im Zuge von 1968 entstanden im Silicon Valley gegen das Establishment gerichtete *communities*; einige ihrer Mitglieder tauchten später wieder in den Schmelztiegeln der Elektronik-Konzerne auf, andere wurden radikale Aktivisten.

Da sich die asiatische Elektronikindustrie gleichzeitig mit dem exponentiellen Anstieg der globalen Nachfrage nach digitalen Produkten entwickelte, entstand eine neue internationale Arbeitsteilung in der US-Elektronikindustrie. Forschung und Entwicklung blieben größtenteils in den Vereinigten Staaten, aber die Montage verlagerte sich vorsichtig nach Ostasien, und zu einem geringeren Teil nach Mittel- und Osteuropa. Das war kein ganz neuer Schritt. Seit den 1950ern hingen US-amerikanische Auslands-Direktinvestitionen im Bereich der Bekleidungs- und Elektronikindustrie von den großen Arbeitskraftreservoirs in Ostasien ab, besonders in den vier sogenannten asiatischen Tigerstaaten. Das Neue in den 1980ern war, dass die Elektronikbranche als aufstrebende Industrie ins Ausland abwanderte, *bevor* sie heimische Großfabriken hervorgebracht hatte. Textil- und Autoindustrie als führende Industrien im 19. bzw. 20. Jahrhundert hatten sich auf heimischem Boden entwickelt, wurden dort gewerkschaftlich organisiert und blieben auch dann geschützt, als sie ins Ausland verlagert wurden. (Gambino 1975)

Foto: clean_IT
https://www.flickr.com/photos/29956555@N03/3045241109/

Im Gegensatz dazu lagerten die Elektronik-Konzerne ihre Betriebe in weniger als einem Jahrzehnt nach Ostasien aus, nämlich in den 1990ern, ohne sich um die Entfernung zu den Absatzmärkten zu kümmern. Sie waren damit stark von der internationalen Logistik abhängig und von staatlicher Hilfe gegen mögliche Versuche von Arbeiter-Selbstorganisierung. Die Frage des US-Präsidenten an *Apple*-Chef Steve Jobs – »Warum kann diese Arbeit nicht zurückkommen?« – im Jahr 2012 war die Bitte um eine Erklärung, nicht die Forderung, die Elektronikindustrie wieder zurück ins Land zu holen. Steve Jobs' offene Zurückweisung – »Diese Jobs kommen nicht zurück« – sprach nicht nur Bände über die derzeitige Entscheidungsgewalt über Investitionen und Arbeitsplätze, sie griff auch die zentralen Aspekte der Verlagerung auf, wie sie die *New York Times* in bedingungsloser Unterstützung von Jobs' Antwort beschrieb: Größe der ausländischen Fabriken, billigere ArbeiterInnen, Flexibilität, Fleiß und *industrial skills* (Duhigg und Bradsher 2012). Die scheinbar unverschämte Antwort verbarg die Resignation der Exekutive gegenüber den Jobverlusten und die eiserne Entschlossenheit von *Apple*, die globale Disziplin aufrechtzuerhalten und die direkte Konfrontation mit den ArbeiterInnen zu vermeiden. Mit anderen Worten: Der Preis für die Auslagerung der Industrie, nämlich dass man sich auf ansonsten feindliche Regimes verlassen muss, scheint gerechtfertigt zu sein, solange das herzliche Einverständnis zwischen westlichen Konzernen und asiatischen Regierungen für hohe Profite sorgt und auf einer besonderen Art indirekter Herrschaft basiert.

Beim Abbau von Rohstoffen für die Elektronikindustrie hingegen sind Raubtiermethoden verbreiteter als indirekte Herrschaft. Die Gebiete, in denen z. B. Tantal abgebaut wird, sind kein unbedeutendes Anhängsel, sondern ein Grundbestandteil der Elektronikindustrie. Tantal wird aus einem Gemisch aus niobium- und tantalhaltigen Erzen gewonnen, Koltan genannt. Bisher wurden diese Mineralien hauptsächlich in Australien und Afrika abgebaut. In den letzten 15 Jahren war der Osten

der Demokratischen Republik Kongo (kurz Ostkongo) der weltweit wichtigste Abbau-Ort. Um die Herkunft aus dem kriegsgebeutelten Ostkongo zu vertuschen, schrieb man Teile davon anderen Ländern wie Ruanda zu. Deshalb ist nicht ganz klar, wie viel Tantal insbesondere in Afrika seit den späten 1990ern abgebaut worden ist. Andere Länder mit Koltanabbau sind Brasilien, Kanada, China, Kasachstan und Russland (United States Geological Survey 2013). Auf allen Kontinenten werden gerade potenzielle Minen ausgekundschaftet, möglicherweise steht ein neuer Kampf um Rohstoffe bevor.

Dank des Handy-Booms zu Beginn des neuen Jahrtausends verzehnfachte sich der Preis für Tantal im Laufe des Jahres 2000. Junge ostkongolesische Männer verließen ihre Felder und nahmen Hacken in die Hand, um ihr Glück in den düsteren Minen zu suchen; andere wurden von Warlords, die ihre Milizen in den ersten Jahren des Kongokriegs organisiert hatten, in die Bergwerke gezwungen. So wenig der steigende Tantal-Preis den ehemaligen Bauern gebracht hat, so sehr hat er den Warlords bei der Suche nach dem schnellen Geld geholfen. Sie verbündeten sich mit offiziellen Militärs und brachten Koltan zu den *Comptoirs* (Handelshäusern), wo internationale Händler es problemlos kaufen konnten. Beobachter der Vereinten Nationen haben dokumentiert, wie die darin verwickelten europäischen und asiatischen Unternehmen kongolesische Mineralien gekauft und geplündert haben (UN Sicherheitsrat 2001, zitiert in Burgis, S. 32 und Fußnote 6, S. 254). Entscheidend ist der rasche Schmuggel der Mineralien (speziell Koltan) aus dem Land heraus. Im Ausland kann es dann als politisch unbelastet und sauber ausgewiesen werden. Dann geht die Beute an die Räuber.

Während Staaten mit stabilen staatlichen Institutionen, wie z. B. Australien, Koltan in großem Umfang industriell abbauen, wird es im östlichen Kongo weitgehend von Hand abgebaut. Die Milizen finanzieren sich durch die Ausbeutung der Minenarbeiter, die unter vorgehaltener Knarre nach Erz schürfen. Das war der Kern unzähliger kriegerischer Konflikte.

Beschleunigung ist der unsichtbare rote Faden

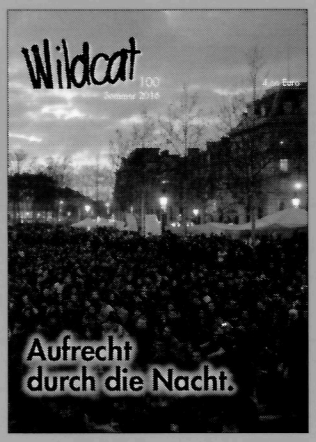
Der menschliche Selbsterhaltungstrieb ist noch nicht derart zerfressen, dass er der extremen Steigerung der Arbeitsgeschwindigkeit in der Elektronik- und anderen Industrien keine Grenzen setzen würde. Soziale Bewegungen wie die von 1968 und die frühen grünen Kampagnen haben sich gegen den zunehmenden Leistungsdruck auf Arbeit und anderswo gestemmt. Aber es hätte sehr viel mehr als 1968 gebraucht, um bezüglich der Intensität industrieller Produktion neue Regeln durchzusetzen. Die Moderne beruht auf den unstrittigen Dogmen der Beschleunigung in Politik, Wirtschaft und Bildung und sogar beim Biorhythmus lebender Organismen. Was als zunehmende Geschwindigkeit erscheint, ist in Wirklichkeit die scheinbar unaufhaltsame Ausweitung der Produktivkräfte. Menschen in modernen Gesellschaften leiden allgemein unter Zeitmangel, doch besonders dramatisch ist die Not in der Massenproduktion, wo die ausgebeuteten Menschen an streng kontrollierten Fließbändern, im Transport und am Computer gegen die Tyrannei der Uhr anrennen müssen, die Bruchteile von Sekunden misst. Sie werden aktiv isoliert, aber sie werden nicht isoliert bleiben.

Nur in ihren besten Momenten, z. B. in den neu organisierten Autofabriken in Detroit und Flint 1937, war die frisch gegründete Gewerkschaft der *United Auto Workers* stark genug, um der Intensivierung der Arbeit Grenzen zu setzen. Nur 1968 hatte die Macht, an den Fließbändern der europäischen Autofabriken mit beharrlich verschränkten Armen die Arbeit abzuschaffen. Bis die Probleme der Beschleunigung der Industrieproduktion und der Lebensrhythmen zum Thema von politischen Debatten und Kampagnen werden – wie z. B. globale Erwärmung und Umweltverschmutzung –, ist kein Ende der gärenden und offen ausbrechenden Unruhen abzusehen.

Keine offene Debatte, keine öffentliche Arena wird lange überleben, wenn Leute für niedrige Löhne lange arbeiten müssen, während gesichtslose Orakel mit angeblich menschlichen Zügen in entfernten Besprechungszimmern wesentliche Entscheidungen über ihr Leben treffen. Kein System politischer Repräsentation, und schon gar nicht eine lebhafte Demokratie, wird unter solchen Umständen lange überleben. Unser Ziel muss sein, eine Debatte von und mit arbeitenden Menschen anzuschieben, die in ihren Fabriken, Schlafsälen, Lagern, Schiffen, Fabrikstädten und -metropolen in eine scheinbar feste, aber tatsächlich wankende industrielle Ordnung eingesperrt sind.

Alle Arbeitsverhältnisse sind wichtig für gegenwärtig und zukünftig Lebende. Sie sind relevant in China genauso wie in Mittel- und Osteuropa; in Mexiko genauso wie in Brasilien; im Ostkongo genauso wie in Cupertino, Kalifornien. Profitraten und Ausbeutungsraten mögen in der Elektronikbranche von Land zu Land weit auseinandergehen, aber *sie* sind die lange unsichtbare Kette, die sich um den Globus legt. ■

Back Issues.



Wildcat 100 (Sommer 2016)

Frankreich: Nuit debout – eine unerwartete Bewegung

UK: Brexit – Völlig falsche Antworten auf grundlegende Fragen

Urban Riots, Gangkultur, bewaffneter Konkurrenzkampf

Rechte Arbeiter in Österreich

Grazer Spendenkonvoi – »Es ist der Neubeginn der Gesellschaft«

Knastkämpfe in den USA

Die Kommune von Oaxaca – Kampfgemeinschaft gegen den Staat

Wildcat 99 (Winter 2015/16)

Wanderung, Flucht und Arbeit

Willkommenskultur: Kümmern oder kämpfen?

Türkei: Wilde Streiks in der Automobilindustrie

Mexiko / USA: Kämpfe im Drogenkrieg-Kapitalismus

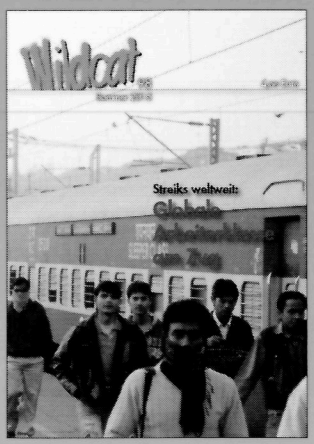
China: Wirtschaft am Abgrund

Südafrika: »Students mast fall!«

Zuwanderung und NSU - Neues vom tiefen Staat

Bolivien: An der Grenze eines Entwicklungsmodells

Riots in den USA: Krieg der Armen gegen die Armen?



Wildcat 98 (Sommer 2015)

Baltimore's »Fire next time«

Hongkong: Schüler und Studenten im Kampf

BRD: Europa arbeitet in Deutschland

China: Der Lernprozess der WanderarbeiterInnen

Mexiko – USA: Klassenkampf und Gewaltökonomie

Griechenland: Die Linke an der Regierung

Südafrika: ArbeiterInnen gegen den ANC-Staat

Nordafrika: Proletarisierung, Streikwelle, Aufstand

Südamerika: ¡Hasta la victoria siempre!

Delirium im Donbass

Wildcat 97 (Winter 2014/2015)

Ferguson: Bewegung gegen Bullenmorde

Bodentruppen gesucht – Der globale Bürgerkrieg

Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan

Drei Tage Volksaufstand in Turin – Krise der selbständigen Arbeit in Italien

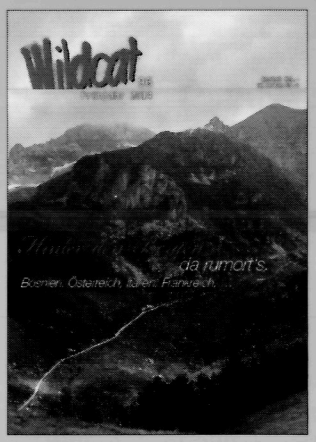
Südafrika: »Economy can go to hell«

Bangladesch: Streiks der Textilarbeiterinnen

Indien: Kapitalistische Entwicklung und Egalitarismus

China: Streik der Schuharbeiterinnen

Grüne Visionen oder Fracking-Blase



Wildcat 96 (Frühjahr 2014)

NSU: Beihilfe im Amt

NSA: Public/Private Surveillance Partnership

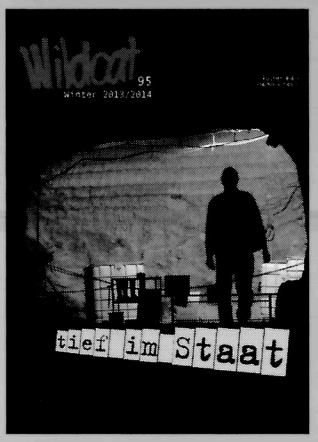
Ukraine – Die Bewegung vom Majdan

Panorama der Krise

- Italien
- Frankreich
- Österreich
- Bosnien
- Indien

Boom, Bust und Kämpfe in den »Schwellenländern«

Bewegung und Beruf: Linke im Dilemma



Wildcat 95 (Winter 2013/2014)

Platzbesetzungen – eine globale Bewegung?

Tiefer Staat:

- Faschos in Griechenland
- Ägypten nach dem Putsch
- NSA leck geschlagen

Autoindustrie – Kämpfe und Spaltung

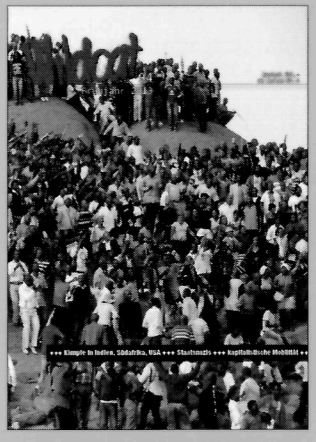
Südafrika – Marikana ein Jahr danach

Streik und Streikunterstützung bei Neupack

Streik und Betriebsschließung bei Norgren

Aufruhr in der Bretagne

Green New Deal



Wildcat 94 (Frühjahr 2013)

Slovenien: Das Ende der Transformation

Südafrika: Hier gibt es keine Parteien, nur Arbeiter!

Griechenland: Kämpfe in der Krise

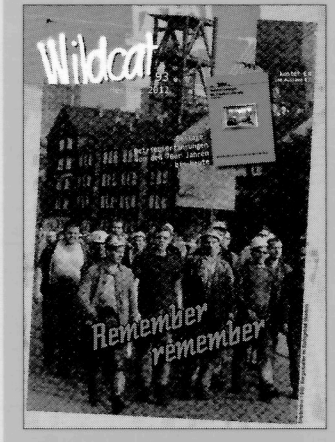
Blick auf eine vergewaltigende Gesellschaft

BRD/NSU: Es dürfen keine Geheimnisse bekannt werden, die das Handeln des Staates beeinträchtigen

Umschlagpunkte: Kämpfe gegen die kapitalistische Mobilität

USA: Blaumann und Blaufrau

Buchbesprechnungen: Wallerstein, Bayat, P.M.



Wildcat 93 (Herbst 2012)

Der NSU und der Staat

Auto Slaves: Die Krise der Auto-Gesellschaft

Der deutsche Sonderboom am Ende

Bergarbeiterstreik in Spanien

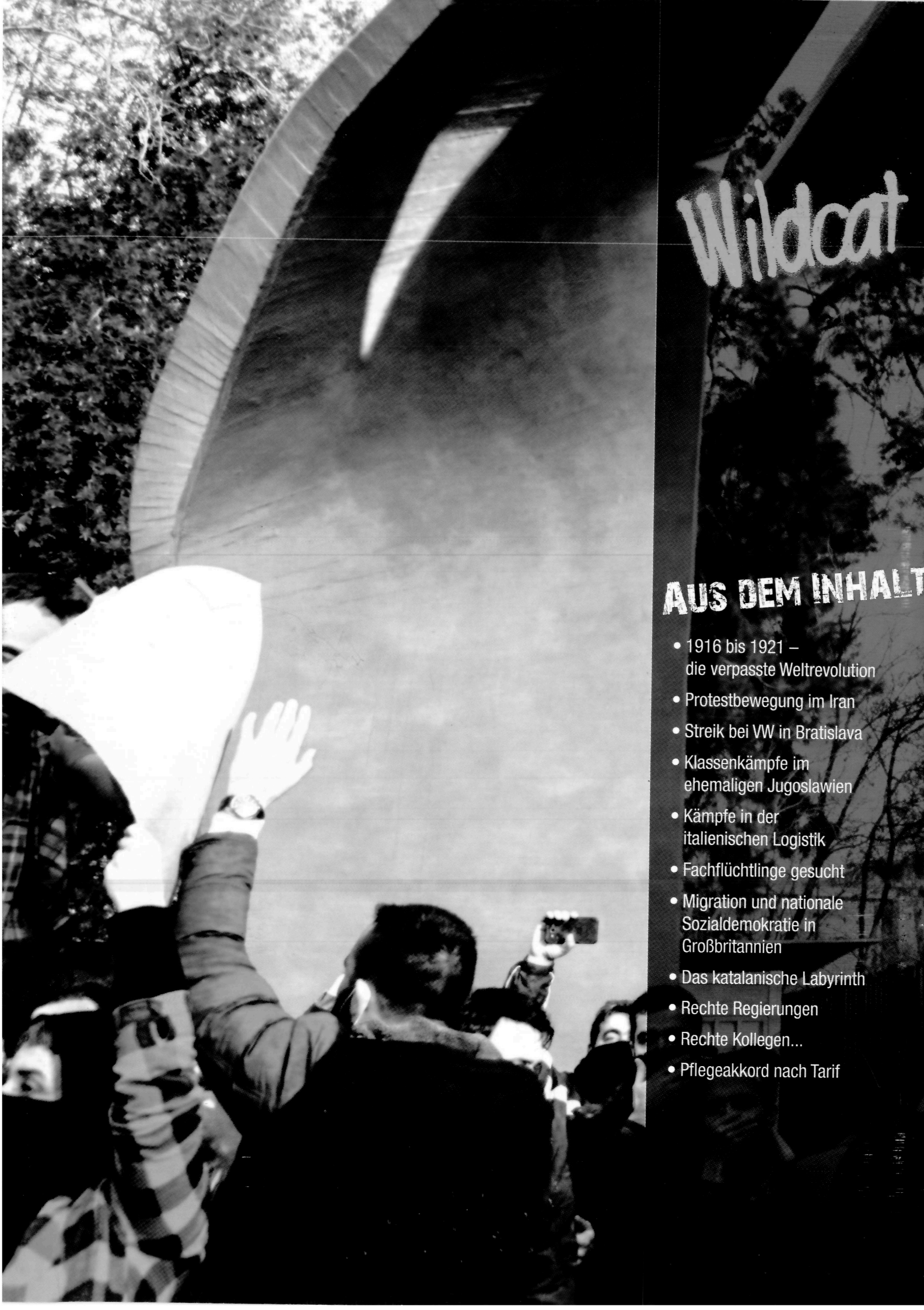
Alles Lüge! Bolivien, Frühjahr 2012

Mursis Zeitbombe – Ägypten nach den Wahlen

Neues aus der weißen Fabrik

Beilage:

Materialien gegen die Individualisierung – Betriebserfahrungen von den 70er Jahren bis heute



Wildcat

AUS DEM INHALT

- 1916 bis 1921 – die verpasste Weltrevolution
- Protestbewegung im Iran
- Streik bei VW in Bratislava
- Klassenkämpfe im ehemaligen Jugoslawien
- Kämpfe in der italienischen Logistik
- Fachflüchtlinge gesucht
- Migration und nationale Sozialdemokratie in Großbritannien
- Das katalanische Labyrinth
- Rechte Regierungen
- Rechte Kollegen...
- Pflegeakkord nach Tarif